

Stenografischer Bericht

49. Sitzung des Landtages Steiermark

XVII. Gesetzgebungsperiode 02. April 2019

Beginn: 10.02 Uhr

Entschuldigungen: LTAvg. Dirnberger

A. Einl.Zahl 3229/1

Aktuelle Stunde betreffend *Zukunft der Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen*

Begründung: LTAvg. Schwarz (8935)

Wortmeldungen: Landesrat Mag. Drexler (8938), LTAvg. Meißl (8941), LTAvg. Schönleitner (8943), LTAvg. Dr. Murgg (8946), LTAvg. Kolar (8949), LTAvg. Riener (8949), LTAvg. Royer (8951), LTAvg. Schönleitner (8953), LTAvg. Grubesa (8956), LTAvg. Forstner, MPA (8958), LTAvg. Mag. Hermann (8960), LTAvg. Krautwaschl (8962), LTAvg. Schwarz (8964), Landesrat Mag. Drexler (8966)

B1. Einl.Zahl 3211/1

Anfrage der LTAvg. Krautwaschl an Landesrat Mag. Drexler
betreffend Probleme beim ärztlichen Bereitschaftsdienst

Anfrage: LTAvg. Krautwaschl (8969)

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Drexler (8970)

Zusatzfrage: LTAvg. Krautwaschl (8972)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Mag. Drexler (8972)

B2. Einl.Zahl 3226/1

Anfrage des LTAvg. Mag. Hermann an Landesrat Anton Lang
betreffend Stärkung der S-Bahn im Süden von Graz während des Baus der Koralmbahn

Anfrage: LTAvg. Mag. Hermann (8973)

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Anton Lang (8974)

Zusatzfrage: LTAvg. Mag. Hermann (8976)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Anton Lang (8976)

D1. Einl.Zahl 3191/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrat Anton Lang
betreffend *Schwarz-rotes Prestigeprojekt „Leitspital Liezen“ – ein finanzpolitischer Blindflug?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Mag. Hermann (9056)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Anton Lang (9060)

Wortmeldungen: LTAbg. Royer (9064), LTAbg. Schönleitner (9066), LTAbg. Dr. Murgg (9070), LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (9073), LTAbg. Schönleitner (9075), LTAbg. Riener (9075)

Beschlussfassung: (9076)

D2. Einl.Zahl 3230/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrätin Mag. Kampus
betreffend *SPÖ-Prestigeprojekt „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ jämmerlich gescheitert: Offene Fragen nach interner Prüfung der Abteilung 11 und Missständen beim Vollzug der Mindestsicherung*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Triller, BA (9076)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Kampus (9080)

Wortmeldungen: LTAbg. Klimt-Weithaler (9089) LTAbg. Mag. Hermann (9093) LTAbg. Triller, BA (9095) Landesrätin Mag. Kampus (9096)

Beschlussfassung: (9098)

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT) - Betreff: *Mitteilungen gem. § 39 GeoLT*

1. Einl.Zahl 3103/9

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gemeinden

Betreff: *Gesetz vom ..., mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird*

Wortmeldungen: LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (8978), LTAbg. Wolfgang Moitzi (8981), LTAbg. Dr. Murgg (8982), LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko (8983), LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (8984), LTAbg. Petinger (8986), Landesrat Seitinger (8987)

Beschlussfassung: (8991)

2. Einl.Zahl 3153/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52. Abs. 4 L-VG zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes betreffend "Prüfbericht zu Wortmeldungen: LTAbg. Fischer (8991), LTAbg. Gangl (8992)*

Beschlussfassung: (8994)

3. Einl.Zahl 3163/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend „Prüfbericht zu Landwirtschaftskammer Steiermark“ (Einl.Zahl 2390/2, Beschluss Nr. 876)*

Wortmeldungen: LTAbg. Royer (8994), LTAbg. Bauer (8995), LTAbg. Hubert Lang (8996), LTAbg. Schönleitner (8998), LTAbg. Dr. Murgg (9001), LTAbg. Fartek (9003), LTAbg. Schönleitner (9005), LTAbg. Hubert Lang (9008), Landesrat Seitinger (9010)

Beschlussfassung: (9013)

4. Einl.Zahl 2943/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Umwelt

Betreff: *Verbot von Glyphosat für private Anwendungen*

Wortmeldungen: LTAbg. Krautwaschl (9014), LTAbg. Kolar (9017), LTAbg. Klimt-Weithaler (9020), LTAbg. Cramer (9023), LTAbg. Schönleitner (9025), LTAbg. Hubert Lang (9028), LTAbg. Krautwaschl (9030), LTAbg. Dr. Murgg (9032), LTAbg. Kolar (9032)

Beschlussfassung: (9034)

5. Einl.Zahl 3170/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gemeinden

Betreff: *Gesetz über die Aufteilung der Gemeinde Murfeld auf die angrenzenden Marktgemeinden Sankt Veit in der Südsteiermark und Straß in der Steiermark*

Wortmeldungen: LTAbg. Fartek (9034), LTAbg. Schweiner (9035), LTAbg. Mag. Kerschler (9037), LTAbg. Kogler (9038)

Beschlussfassung: (9038)

6. Einl.Zahl 2952/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Sicherstellung der Fernwärmeversorgung zu angemessenen Preisen*

Wortmeldung: LTAbg. Ahrer (9039)

Beschlussfassung: (9040)

7. Einl.Zahl 2844/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gesundheit

Betreff: *Ausbau der Angebote für Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen*

Wortmeldungen: LTAbg. Krautwaschl (9040), LTAbg. Tschernko, MSc (9043)

Beschlussfassung: (9044)

8. Einl.Zahl 2946/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft

Betreff: *Infrastrukturelle Pläne rund um das Forum Stadtpark statt Kongresse für zivilen Ungehorsam fördern!*

Wortmeldungen: Dritter Landtagspräsident Dr. Kurzmann (9045), LTAbg. Mag.Dr. Holasek (9047), LTAbg. Mag.Dr. Dolesch (9048), LTAbg. Klimt-Weithaler (9050)

Beschlussfassung: (9051)

9. Einl.Zahl 3152/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2019/2); Psychosoziale Angebote in den Ländern Salzburg und Steiermark*

Wortmeldungen: LTAbg. Dipl.-Ing. Staller (9051), LTAbg. Klimt-Weithaler (9053), LTAbg. Krautwaschl (9098), LTAbg. Tschernko, MSc (9101), Landesrätin Mag. Kampus (9104),

Beschlussfassung: (9106)

10. Einl.Zahl 3179/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Europa

Betreff: *Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gesetz über die Anerkennung von Berufsqualifikationen geändert wird*

Beschlussfassung: (9106)

11. Einl.Zahl 2880/6

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales

Betreff: *Kindergrundsicherung*

Wortmeldungen: LTAbsg. Ederer (9107), LTAbsg. Schweiner (9109), LTAbsg. Klimt-Weithaler (9111), LTAbsg. Triller BA (9115), Landesrätin Mag. Kampus (9115)

Beschlussfassung: (9117)

12. Einl.Zahl 2891/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales

Betreff: *An- und Abwesenheit von Asylwerbern*

Wortmeldung: LTAbsg. Triller, BA (9117)

Beschlussfassung: (9118)

13. Einl.Zahl 3177/4

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales

Betreff: *Vollzug der Bedarforientierten Mindestsicherung*

Wortmeldungen: LTAbsg. Mag. Hermann (9118), LTAbsg. Riener (9119)

Beschlussfassung: (9121)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte die Sitzplätze einzunehmen, damit wir mit der Sitzung beginnen können – wie der Name sagt, es ist eine Sitzung.

Hohes Haus! Es findet heute die neunundvierzigste Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung dieses Landtages via Livestream beiwohnen.

Vor Ort darf ich eine Gruppe ganz besonders begrüßen. Sie war ja jetzt beim kurzen Konzert im Hof schon mit dabei, und zwar die Schülerinnen und Schüler der Fachschule für Land- und Ernährungswirtschaft Maria Lankowitz-St. Marein unter der Leitung von Fachschuloberlehrerin Elfriede Kneihsl, Fachschullehrerin Diplom Pädagogin Ing. Ingrid Fröhwein, Diplom Pädagogin Ing. Sabine Steirer und Diplom Pädagogin Simone Weber, Bachelor of Education. Herzlich willkommen! (*Allgemeiner Beifall*)

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung und die heute anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

Mir liegt eine Entschuldigung vor, und zwar ist der Abgeordnete Erwin Dirnberger für die heutige Sitzung entschuldigt.

Ja, und gratulieren möchte ich, nachdem es genau der heutige Tag ist und ein runder Geburtstag. Der Abgeordnete Erich Hafner feiert heute seinen 60-sten Geburtstag. Alles Gute dafür. (*Allgemeiner Beifall*)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Tagesordnung zur heutigen Sitzung ist Ihnen zugegangen. Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand? Das sehe ich nicht.

Vom Landtagsklub der SPÖ wurde am Freitag, dem 29. März 2019 ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde betreffend „Zukunft der Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen“ eingebracht.

Gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich Klubobmann LTAbg. Johannes Schwarz das Wort. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

LTAbg. Schwarz – SPÖ (10.05 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das österreichische Gesundheitssystem, das steirische Gesundheitssystem ist – und das wird niemand in diesem Raum hier bestreiten – eines der besten in Europa und wahrscheinlich eines der besten in der ganzen Welt. Jeder und jede, der/die in der Steiermark medizinische Versorgung braucht, jeder und jede haben die Möglichkeit bestmögliche Spitzenmedizin in der Steiermark in Anspruch zu nehmen. Und damit dieses Gesundheitssystem, dieses beste Gesundheitssystem auch für die Zukunft entsprechend abgesichert ist, damit dieses Gesundheitssystem weiterentwickelt wird, hat sich die Koalition Zukunft Steiermark, hat sich dieser Landtag Steiermark dazu entschlossen, einen Regionalen Strukturplan Gesundheit in diesem Haus auf den Weg zu bringen, aufbauend auf einem Steirischen Gesundheitsplan 2035. Begründet darin, wie ich bereits erwähnt habe, dass sich die Welt verändert hat, dass es medizinischen Fortschritt gibt, dass es rechtliche, arbeitsrechtliche Veränderungen im

Bereich, nicht zuletzt der Ärztinnen und Ärzte gibt, dass es eine demografische Entwicklung in unserem Land gibt, sprich, dass es Veränderungen gegeben hat, die es notwendig machen, dass wir unsere Gesundheitslandschaft, was den niedergelassenen Bereich, was den FachärztInnenbereich, aber auch was den Spitalsbereich betrifft, dass wir diese Gesundheitslandschaft einer Veränderung unterziehen, dass wir sie zukunftsfit machen. Deswegen haben wir den größten Beteiligungsprozess gemeinsam mit dem zuständigen Landesrat, den größten Beteiligungsprozess, den es meines Erachtens in diesem Land jemals gegeben hat, nämlich einen Beteiligungsprozess gestartet, der sich gemeinsam mit den Verantwortungsträgern in diesem Land, aber auch mit der steirischen Bevölkerung in einem Austausch, in einem Kommunikationsprozess damit beschäftigt hat, wie wir dieses Gesundheitssystem weiterentwickeln wollen. Daraus ist eben dieser Regionale Strukturplan Gesundheit und dieser Steirische Gesundheitsplan 2035 entstanden. Er ist entstanden, dass wir sagen, wir brauchen eine bestmögliche allgemeinmedizinische Versorgung in unserem Land, deswegen ist es notwendig, zu den Hausärzten zusätzlich Gesundheitszentren einzurichten, wo Hausärztinnen und Hausärzte gemeinsam mit pflegerischen Personal, mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern für die allgemeine medizinische Versorgung in unserem Land sorgen, zusätzlich zu den exzellenten Hausärztinnen und Hausärzten, die wir in diesem Land haben. Gleichzeitig haben wir die Stufe der Facharztzentren ins Leben gerufen, wo es darum geht, auch die fachärztliche Versorgung in diesem Land zu verbessern und zum Dritten haben wir uns auch mit der Spitalsstruktur unseres Landes auseinandergesetzt und sind zu der Auffassung gelangt, gemeinsam mit den Expertinnen und Experten im Kommunikationsprozess, im Rahmen dieser Beteiligung, dass es notwendig ist, dass es in den jeweiligen Regionen ein Leitspital gibt und so ist dieser Prozess auch aufgesetzt. Der Grund dieser Aktuellen Stunde ist nicht zuletzt, dass es rund um das Spital in der Region Liezen doch die eine oder andere Diskussion gibt, und dass es notwendig ist, im Rahmen dieser Landtagssitzung hier noch einmal auf die Fakten hinzuweisen, weil wir ja am kommenden Sonntag eine Volksbefragung in diesem Zusammenhang haben. Darf noch einmal darauf hinweisen, ich habe das in verschiedensten Debattenbeiträgen auch in den letzten Wochen und Monaten bereits getan, alle Expertinnen und Experten, die Pflegeombudsfrau, alle im medizinischen Bereich Tätigen, sind der Meinung, dass es notwendig ist, in Liezen ein Leitspital zu errichten, dass es notwendig ist, die drei bisherigen Spitalsstandorte zu einem Leitspital zusammenzuführen. Dieses Leitspital wird mehr an Leistungen bieten, wird eine umfassendere Versorgung als die bisherigen Standorte ermöglichen, für die Bevölkerung der

Region zur Verfügung stellen. Es wird kein Standort geschlossen, sondern die bisherigen Krankenhausstandorte werden weiterhin Gesundheitsstandorte in Form von Gesundheitszentren, in Form von Facharztzentren und dergleichen bieten, und es wird einen Standort geben, das ist der Standort Stainach, der nach allen wissenschaftlichen Berechnungen, nach allen Fragen der Erreichbarkeit, nach all diesen Grundsätzen eindeutig der beste Standort für dieses neue Leitspital ist. Insofern sind sich alle Expertinnen und Experten einig, sind die Fakten hier in diesem Zusammenhang klar. Und zusätzlich zu diesem neuen Standort wird es auch entsprechende Unterstützung, was die Fragen der Infrastruktur betrifft, man kann es auch sehr gut in den heutigen Tageszeitungen oder in der heutigen Tageszeitung nachlesen, also wird es auch einen Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, vor allem was die Straßen und dergleichen anlangt, geben, um eben die Erreichbarkeit dieses neuen Leitspitals auch entsprechend sicherzustellen und es wird auch einen Notarzthubschrauber in Zukunft geben, der 24 Stunden für die notärztliche Versorgungsnotwendigkeit im Einsatz sein, der in der Obersteiermark bekanntlich in St. Michael stationiert sein wird. Also insofern sprechen alle Fakten, alle inhaltlichen Punkte dafür dieses Leitspital und diesen Gesundheitsplan 2035 in Umsetzung zu bringen. Leider haben die Oppositionsfractionen aus parteitaktischen Überlegungen sich hier dagegengestellt, weil nichts anderes als parteitaktische Überlegungen können das sein, wenn alle Fakten, alle ExpertInnen, alle im Gesundheits- und Medizinbereich Tätigen der Meinung sind, das ist eine richtige und sinnvolle Überlegung für die Zukunft unseres Gesundheitssystems. Leider haben die Oppositionsfractionen aus parteitaktischen Überlegungen hier eine Gegenposition eingenommen und aus diesen Überlegungen heraus auch eine Volksbefragung initiiert, die legitim ist, aber aus meiner Sicht aus den falschen Überlegungen hier in Umsetzung gebracht wurde, haben eine Gegenposition zu diesem Gesundheitsplan 2035 eingenommen. Deswegen ist es uns als Regierungsfractionen wichtig, dass wir an diesem Tag noch einmal die Fakten in den Vordergrund bringen und die eine oder andere Desinformation hier heute auch noch einmal geraderücken können. Denn ich möchte zum Abschluss noch sagen: Die Finanzierung des Spitals ist gesichert, der Standort ist gesichert, die Umsetzung ist gesichert und es wird eine entsprechende Umsetzung geben. Gerade haben wir gelesen, dass in der Landesregierung jetzt auch diese unmittelbare Grundstücksfrage auch gelöst wird, also insofern sind alle ökonomischen Gründe, die interessanterweise auch von der Grünen Fraktion jetzt immer wieder in den Vordergrund gestellt werden, im Grunde sind den Grünen Finanzfragen, jetzt habe ich es in den letzten Jahren in diesem Landtag verfolgt, eigentlich nicht so immer im

Mittelpunkt, sondern geht es immer darum, mehr Geld auszugeben. Bei dieser Frage sind sie auf einmal sparsam. Wir sind der Meinung, es ist wichtig die Gesundheitsversorgung der Steirerinnen und Steirer für die Zukunft zu sichern, da stehen für uns ökonomische Fragen nicht im Vordergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen sind wir der Meinung, dass hier ein richtiger Weg eingeschlagen wurde und deswegen haben wir diese Aktuelle Stunde einberufen und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ein steirisches Glück auf. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.13 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Zur Abgabe einer Stellungnahme erteile ich jetzt dem als zuständig bezeichneten Regierungsmitglied, Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler, das Wort. Auch deine Redezeit beträgt zehn Minuten.

Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (10.14 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich bin den Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei außerordentlich dankbar, dass sie diese Aktuelle Stunde dieses Landtages einberufen haben, zumal ein Thema die letzten Wochen/beinahe Monate der steirischen landespolitischen Diskussion beherrscht hat. Das sind die ersten Umsetzungsmaßnahmen, die basierend auf unserem Gesundheitsplan 2035 über den sogenannten Regionalen Strukturplan Gesundheit 2025, nun in Angriff genommen werden. Ich möchte ein weiteres Mal in Erinnerung rufen, warum wir das alles tun. Was ist das Motiv dahinter, dass diese Landesregierung gerade in gesundheitspolitischer Manier derartig aktiv werden lässt, während sich die Opposition lediglich im bemühten Aktionismus findet. Vor allem Abgeordneter Deutschmann ist sehr bemüht, er versteckt sich schon hinter dem Taferl, gell. *(Die Abgeordneten der FPÖ Fraktion zeigen Protestzettel in die Höhe – LTAvg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Wenn es nicht wichtig ist!“)* Abgeordneter Deutschmann, einer der ernsthaften Freiheitlichen Politiker in diesem Land, hat mit diesem Stil natürlich keine Freude, ist mir klar, währenddessen Kurzmann lächelt. Gut. Aber Sie haben ohnehin Ihre eigenen Fotodokumente rechtzeitig da hier vorbereiten lassen, damit man das auch aussenden kann. Also gratuliere. Wir jedenfalls als Regierung und damit als jener Teil der steirischen Landespolitik, dessen Hauptprinzip Verantwortung ist, Verantwortung für die Zukunft ist, macht es sich eben nicht leicht bei diesen Themen. Wenn wir dieses ambitionierte Ziel, den Gesundheitsplan 2035 ins Stammbuch geschrieben haben, nämlich, dass wir

eigentlich wollen, dass die Steirerinnen und Steirer gesünder sind und länger leben als der Rest der Welt, dann sehen Sie schon, dass unsere Ziele in die Richtung gehen auch in Zukunft eine qualitätsvolle und flächendeckende Versorgung in dieser Steiermark sicher zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Klubobmann Schwarz hat bereits auf die Grundzüge des Gesundheitsplanes hingewiesen, nämlich vor allem darauf, dass es einen ganzheitlichen Blick braucht. Tun Sie nicht bei einzelnen Details immer den Anfang suchen, schauen Sie einmal auf das große Ganze. Und das große Ganze beginnt bei den niedergelassenen Ärzten, bei den Hausärzten, Landärzten, wie immer Sie sie bezeichnen wollen, bei den niedergelassenen Fachärzten, die sozusagen Basis und Rückgrat der Versorgung sind. Diese erste Stufe der Versorgung wird neuerdings ergänzt durch die sogenannten Gesundheitszentren. Das ist das, was im Bundesgesetz Primärversorgungseinrichtung heißt. Aber, meine Damen und Herren, wir waren der Meinung, dass das ein furchtbarer technokratischer Begriff ist – Primärversorgungseinrichtung, Zentrumstyp, Netzwerktyp. Wie soll ich das einem Patienten oder einer Patientin erklären? Wie soll ich das einem Bürger oder einer Bürgerin erklären? Deswegen haben wir in der Steiermark gesagt, diese Dinge heißen bei uns Gesundheitszentren, dann die Facharztzentren, dann erst der Bereich der Spitäler, der Krankenhäuser. Alles zusammen müssen Sie sehen und im Zusammenspiel dieser Versorgungselemente, die abgesehen davon noch auf eine der weltweit besten notärztlichen Versorgungen treffen, zur Luft und zu Lande, ergeben sozusagen den Gesamteindruck. Es ist schon darauf hingewiesen worden, es gibt einen rasanten medizinischen Fortschritt, der zur Spezialisierung führt. Und Spezialisierung macht Konzentration notwendig. Es gibt einen rasanten medizintechnischen Fortschritt. Muss ja jedem von uns klar sein. Denken Sie einmal nach, mit welchem Telefon Sie vor 15 Jahren telefoniert haben und was das gekonnt hat und was es nicht gekonnt hat. Und jetzt stellen Sie sich einmal vor, wie sich die Medizintechnik im gleichen Zeitraum entwickelt hat. Pharmazeutischer Fortschritt. Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie müssen uns weiterentwickeln mit unseren Spitalsstrukturen. Wir haben auch neue rechtliche Rahmenbedingungen. Wir haben eine neue Ärzteausbildungsordnung. Wir haben ein neues Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz. Die Ausbildung ist ganz ein wichtiger Punkt, der uns zu der Idee „Ein Leitspital statt drei kleine Spitäler“ gebracht hat. Die Ausbildungsordnung für die österreichischen Ärzte sieht einfach vor, dass der in Ausbildung befindliche junge Arzt eine gewisse Anzahl etwa von Operationen oder Behandlungen in dieser Ausbildung durchführen muss und deswegen kann ich eine Ausbildungsstelle nur in einem ordentlichen größeren Spital haben und nicht an

einem kleinen Spital. Wir wollen junge Ärzte ins Ennstal bringen, daher brauchen wir ein Leitspital, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Die Anzahl ist aber nicht nur für die Ausbildungsplätze wichtig. Die ist überhaupt sozusagen Kern der ganzen Übung. Was heißt Fallzahlen? Auch so ein Unwort eigentlich – sprachlich. Was heißt das? Das heißt, wenn man etwas öfter tut, hat man mehr Routine. Das gilt für einfache Handgriffe und für komplexe Operationen gleichermaßen. Wir wollen Ärzte, die bei den Eingriffen, die sie vornehmen, mit größtmöglicher Erfahrung und Routine vorgehen. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen wir die größeren Abteilungen in diesem Leitspital. Anhand des Beispiels Geburten: Sie wissen, dass wir in der Steiermark grundsätzlich nach den Reformen in diesem Bereich keine geburtshilfliche Station haben, die weniger als 700 Geburten pro Jahr macht. Rottenmann – 250; Schladming – 150. Viele Schladminger oder viele Ennstaler fahren nach Salzburg – Bundesland Salzburg – Schwarzach, die Ausseer nach Bad Ischl, andere vielleicht nach Leoben. Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir in diesem kräftigen Leitspital eine ordentliche größere Geburtenstation haben, nähern wir uns auch genau jener Anzahl von Geburten, die wir ansonsten in der ganzen Steiermark als sinnvoll im Sinne der Qualität erachten. Also, damit wir in 20 Jahren noch gebürtige Ennstaler haben, ein Leitspital in Stainach-Pürgg ist notwendig. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe sehr viele Diskussionen in den letzten Wochen und Monaten geführt, und ich bitte Sie jetzt schon zu verzeihen, dass ich auch nicht während der gesamten Landtagssitzung möglicherweise hier sein werde, weil ich heute noch zu einer Bürgerversammlung nach Schladming fahren werde. Viele Debatten, unter anderem habe ich bei der Kronen Zeitung mit dem Vorsitzenden dieser Bürgerinitiative BISS diskutiert. Der sagt mir dort glatt, die Idee Leitspital ist eh nicht schlecht, aber sie kommt zehn Jahre zu früh. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, selbst, wenn das stimmt, sage ich Ihnen: Lieber zehn Jahre zu früh die richtige Entscheidung, als zehn Jahre zu spät die richtige Entscheidung, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und viel ist darüber gesprochen worden, ist das der richtige Standort und warum und wieso? Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Standort haben wir bereits vor knapp einem Jahr präsentiert. Damals haben wir gesagt, aufgrund objektiver Kriterien, aufgrund der Verteilung der Bevölkerung im Bezirk, aufgrund der Verkehrsverbindungen, aufgrund der Patientenströme ergibt sich aus diesen objektiven Gründen ein Standort rund um das Schloss Trautenfels – mutmaßlich in der Gemeinde Stainach-Pürgg. Das hatte objektive Gründe. Und wenn nun seitens der

Bürgerinitiative erklärt wird, man sollte doch viel lieber Rottenmann ausbauen, dann muss ich Ihnen sagen, dass Rottenmann eben nicht so gut liegt, und dass wir das LKH Bad Aussee mit Interner und Chirurgie nur mehr mit letzter Kraftanstrengung bis 2025 betreiben werden können. Wenn dort nicht der Primar selber bis zu 18 Dienste im Monat macht, müssen wir die Chirurgie zusperren. Wie sind hier am Rande des Möglichen, daher ist klar, das LKH Bad Aussee und wohl auch die Klinik Diakonissen Schladming werden über kurz oder lang der Vergangenheit angehören als Akutspital. Sie werden im medizinischen Bereich nachgenutzt werden. Wenn das aber so ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann ist der Standort Stainach-Pürgg jener, der den bestmöglichen Ersatz für die drei bestehenden Standorte ergibt. Insofern meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ärzte sind dafür, die Krankenschwestern sind dafür, die Pflegedirektoren sind dafür, der Feuerwehrarzt ist dafür, der ÖAMTC ist dafür, der fliegt immerhin mit dem Hubschrauber rundherum. Also mehr, sehr verehrten Damen und Herren, alle die in diesem Bereich Verantwortung tragen, sind für diese Lösung und daher meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen wir das Leitspital und zwar in Stainach-Pürgg. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.25 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die Redezeit der weiteren Rednerinnen und Redner in der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten und die Redezeit von weiteren Mitgliedern der Landesregierung ist auf die Redezeit jenes Klubs anzurechnen, dem sie angehören.

Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Arnd Meißl von der FPÖ.

LTAbg. Meißl – FPÖ (10.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, hohe Landesregierung, Hoher Landtag!

Was wir jetzt gehört haben, war eine Werbeveranstaltung der ÖVP, über die SPÖ in Auftrag gegeben. Es ist eben nicht alles so eindeutig, wie Sie das da jetzt dargestellt haben, Herr Landesrat. Und eines möchte ich vorne weg festhalten: Das, was Sie machen, ist eine Gefährdung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und ein Kahlschlag im ländlichen Raum, der seinesgleichen sucht. Als hätte es eines Beweises bedurft, wie Sie hier vorgehen und wie planlos Sie vorgehen und wie gefährlich das ist, was Sie machen, hat mir heute aus der Kleinen Zeitung Kollegen Kolar mit einer jungen Mutter entgegengelacht, mit einer Mutter, die mit ihrem Kind ein Krankenhaus aufsuchen musste, weil es eine aufgeschlagene Lippe gehabt hat. Zwei Stiche wären nötig gewesen, sie sind ins Krankenhaus

nach Judenburg gefahren und was war die Folge? Der Arzt hat gesagt: „Nein, wir dürfen das nicht behandeln, ihr müsst nach Graz fahren.“ Da kannst dir gratulieren. (*LTabg. Schwarz: „Was hat das mit Stainach zu tun?“*) Und das Gleiche – tun Sie ein bisserl warten und mir nicht die Zeit stellen – das Gleiche ist jetzt, dass Sie in Liezen oben behaupten die Gesundheitsversorgung zu verbessern. In Wirklichkeit war das Einzige, was Sie an Zugeständnis bisher geschafft haben, eine Kinderambulanz. Nur das Problem ist das, an der Kinderambulanz wird genau der Fall auch nicht gemacht, die Kinder fahren dann an der Kinderstation vorbei, in so einem Fall, fahren noch einmal vorbei in Leoben – Leoben ist ein Schwerpunktkrankenhaus – und fahren dann nach Graz. Das ist Ihre Gesundheitspolitik, die Sie machen. Herr Schwarz, der größte Beteiligungsprozess, Sie haben es angesprochen, das ist eine wunderbare Geschichte. (*LTabg. Schwarz: „Die erste Wortmeldung ist schon zum vergessen.“*) Den größten Beteiligungsprozess haben wir, gemeinsam mit der KPÖ, über die Volksbefragung in die Wege geleitet und da sind sehr viele Argumente auf den Tisch gekommen und ich habe auch in Stainach erlebt, wie der Herr Landesrat dort gestanden ist, und einen Notfallmediziner dort vor Ort gefragt hat: „Ja, sagen Sie mir, was brauchen Sie eigentlich?“ Damit ist rausgekommen, der hat mit keinen Leuten dort geredet. Das Nächste ist, Sie versuchen immer wieder, die Facharztzentren... (*Landesrat Mag. Drexler: „Zuhören ist Ihre Stärke nicht, Sie Charmebolzen Sie.“*) Anscheinend darf der Herr Landesrat in diesem Haus alles sagen, aber vielleicht kann man ihn zur Ruhe ein bisserl aufrufen. (*Unruhe bei den Abgeordneten – LTabg. Schwarz: „Das war ja ein Lob. Das war ein Kompliment - Charmebolzen.“*) Der Hubschrauber, den Sie erwähnen, das ist ja auch so eine Geschichte, das ist ein Notarztinstrument, ein Notarztinstrument. Und jetzt ganz ehrlich, diese Dinge, die in Krankenhäusern abgehandelt werden, sind zu 99 % nicht abhängig davon, ob ich einen Hubschrauber habe oder nicht. Das sind Ausreden, Sie lenken einfach ab. (*Beifall bei der FPÖ*) Die Ärzte, die Sie ansprechen, und das ist das Hochinteressante für mich immer, die sprechen nicht von einem Zentralspital, die sprechen in Wirklichkeit jetzt von einem Leitspital. Das kann auch in Rottenmann stehen, mit Schwerpunkten zum Beispiel in Schladming, aber auch in Bad Aussee. (*Beifall bei der FPÖ*) Eines frage ich mich auch: Die Facharztzentren, Herr Landesrat, wie wollen Sie die bespielen? Im Regionalen Strukturplan Gesundheit steht drinnen, wirtschaftliche und personelle Gründe sind für das LKH Ennstal ausschlaggebend, wie Sie es dort bezeichnen. Ja, dann frage ich mich jetzt, das wird dann eine spannende Geschichte. Wie wollen Sie die Ärzte dorthin bringen in die Facharztzentren? Das können Sie nicht erklären. Sie haben es in keiner Diskussion geschafft Antworten darauf zu

finden. Sie haben es in keiner Diskussion noch geschafft Antworten darauf zu finden oder zu geben, was wird in den Facharztzentren tatsächlich gemacht? Es sind Fragen über Fragen offen. Dann habe ich in einer Diskussion gestern gehört, da hat Professor Tscheliessnigg gesagt: Acht Minuten brauchen wir jetzt nur mehr für eine Rettungsfahrt von Liezen bis nach Stainach. Na gratuliere! Wenn der Verkehr da ist, da kannst mit 80 km/h, da bist du hinter einem LKW drauf, dann kannst du dir gratulieren, weil dann scheppert es dort auch noch einmal. Und ich sage Ihnen als Vater, der in einer Notarztsituation schon einmal vor und von Mürzzuschlag nach Leoben gefahren ist – 35 Minuten bei 160 km/h. Das, was dort behauptet worden ist, ist eine unglaubliche Zumutung eigentlich für die Leute und die Leute werden dort hinters Licht geführt. Und wenn Sie von der Ärzteausbildung reden, dann muss man eines einmal sagen: Punkt eins ist, die Ausbildung der Ärzte beginnt einmal in Graz an der Universität – in Rottenmann gibt es ja keine. Vielleicht kann man das auch so machen, wie es andere Bundesländer machen. Zum Beispiel Niederösterreich oder Salzburg, die die kleinen Krankenhäuser stärken – im Gegensatz zu Ihnen, die sie zusperren, (*LTA* *Mag. Pichler-Jessenko*. „*Was sollen Sie dort operieren?*“) – und die Ausbildung sehr wohl nach den rechtlichen Richtlinien abhalten. Und eines muss ich Ihnen auch sagen, das Letzte, weil es schon blinkt. Die Fallzahlen: Sie reden immer von Fallzahlen. Ja, Fallzahl pro Arzt und nicht pro Krankenhaus ist entscheidend. Alles andere ist ein Märchen und es gibt Chirurgen, die operieren in einem Krankenhaus wie Salzburg oder Graz nur sieben Mal. Das ist gefährlich, das ist tatsächlich gefährlich. Und da muss man aufpassen. Und das ist Ihre Verantwortung als Landesgesetzgeber und Verantwortung der KAGes, (*Präsidentin Dr. Vollath*: „*Die Redezeit ist erschöpft, Herr Kollege.*“) ja, den Satz sage ich noch fertig, darauf zu schauen, dass alles in Ordnung ist und dass es da zu keinen Missständen kommt und dass die Spitäler, die vorhandenen, ordentlich ausgestattet sind. Das, was Sie machen, ist eine Ausdünnung des ländlichen Raumes und ist gefährlich für die Leute. Danke. (*Beifall bei der FPÖ – 10.31 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Klubobmann Lambert Schönleitner von den Grünen.

LTA **Schönleitner – Grüne** (*10.31 Uhr*): Danke dir, Frau Präsidentin! Herr Gesundheitslandesrat, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich wende mich gleich an den Gesundheitslandesrat, denn zu sagen: „Alles ist okay und alles ist gut und wir nehmen die großen Dinge jetzt endlich in Angriff, die nicht gemacht wurden“, da wäre ich ja noch dabei, das ist wichtig. Ich glaube, es muss sich was ändern, auch im Gesundheitsbereich, und man muss auch erkennen, dass wir nicht mehr so viele Betten brauchen, weil in der Chirurgie ändert sich was. Das alles verstehe ich. Das möchte ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Das sagen wir immer wieder, die Sandra Krautwaschl und ich, es muss sich was ändern. Aber wenn ich mir, und das möchte ich schon vorausschicken, denn Sie haben ja auch die Gesundheitspolitik im Gesamten in Ihrem Eingangsstatement hergenommen, wenn ich mir die Gesundheitspolitik Ihres Ressorts in den letzten Wochen anschau, dann werden Sie nicht behaupten können, dass das rund und glatt und pannenfrei läuft. Es war geradezu ein Pannenritt. Das muss man doch erkennen können, der hier im Gesundheitsressort und in der Verantwortung der steirischen Landesregierung auf dem Tisch liegt. Die Geschichte mit der Herzchirurgie. Die böse Opposition hat sie nicht erfunden, ja. Da gibt es offenbar eine Problemlage, auch mit Fallzahlen, die auch wichtig sind, die man dort nicht im Griff gehabt hat. Das Nächste sind die Patientenrechte. Die Patientenanwältin hat Ihnen klipp und klar in ihrem Bericht gesagt, dass einiges im Argen liegt (*LTabg. Eisel-Eiselsberg*: „*Was hat das mit dem Leitspital zu tun?*“) Ja, da komme ich gleich hin, lieber Detlev Eisel-Eiselsberg, Herr Landesrat hat auch die Gesundheitspolitik genommen. Da hat die Landesregierung schäbig gehandelt und versagt. Das Nächste ist der ärztliche Bereitschaftsdienst, lieber Detlev, der schon unmittelbar mit der Gesundheitsversorgung in einem Bezirk und in der Region zusammenhängt. Da wird Kollegin Krautwaschl heute noch eine Anfrage an Sie richten. Da muss ich Ihnen ehrlich sagen, so, wie das vorbereitet wurde und was mir Medizinerinnen und Mediziner in der Steiermark sagen, da kann man doch nicht behaupten: „Das läuft alles rund, das ist alles gut, wir haben das alles in Griff.“ Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich habe das Gefühl gehabt, die letzten Wochen, Sie haben es nicht im Griff, (*LTabg. Schwarz*: „*Und vorher war alles super, lieber Lambert, vorher hat alles funktioniert.*“) sonst wären diese vielen Fälle nicht gekommen. Wenn Sie dann dauernd behaupten, ja, Sie hätten ja da jetzt ein neues Spital, das alles spielt, und diese ganzen Mängel, die wir haben und die Schwierigkeiten mit den Fallzahlen in den Griff bekommen, dann ist es eben genau nicht so. Das sagen uns auch junge Medizinerinnen/Mediziner. Ich habe Ihnen das Treffen in Irnding, das mit den Ennstalern geheim stattgefunden hat, wo die dabei waren... (*Landesrat Mag. Drexler*: „*Haben Sie den Ennstaler gelesen? Haben Sie den Ennstaler gelesen?*“) Den lese ich nur hin und wieder – nicht immer, weil die Qualität

nachlässt, aber, Kollege Drexler, lenken Sie nicht ab, ich möchte auf einen Punkt kommen. Da haben junge Mediziner, ich komme zu einem konkreten Punkt, diskutieren wir sachlich, ganz klar gesagt, dass es in der neuen Spitalsstruktur keine Antwort darauf gibt, wie zum Beispiel das Notarztsystem – das Boden gebundene – im Ennstal verstärkt wird. (*Landesrat Mag. Drexler: „Das ist eine irreführende Argumentation.“*) Das hat es nicht gegeben. Jetzt rückt, Kollege Forstner weiß es, das Spital Richtung Westen, im Osten des Bezirkes, in deiner Gegend ist der Notarztendienst in Wirklichkeit – der Boden gebundene – nicht aufgewertet worden. Jetzt fliegt vielleicht der Hubschrauber dann in der Nacht, das ist ja eine geringfügige Verbesserung, aber jeder weiß, der in diesem Bereich einiges schon gesehen hat, dass das bei Schlechtwetter und in vielen Fällen nicht der Fall ist. Das ist zu wenig. Und wenn mir dann auch junge Ärzte berichten, dass es ein Problem werden wird, den Notdienst im Bezirk überhaupt zu besetzen, weil sich der ja vorwiegend aus Spitalsärzten derzeit im Bezirk bespielt, dann sagen Sie ganz einfach: „Ja, das werden wir schon irgendwie auf die Reihe bekommen.“ Wenn ich höre, Herr Landesrat, (*Landesrat Mag. Drexler: „Ich habe nie gesagt ‚Irgendwie‘.“*) bei den Gesundheitszentren, wenn ich höre, die Probleme werden dann gelöst sein, weil die bringen automatisch Ärzte in die Region, dann sage ich Ihnen, das ist nicht so. Ich höre von Admont derzeit anderes. Vielleicht kriegt man es noch auf die Reihe. Es ist aber nicht so, dass die Ärzte schon vorhanden wären, weil das Problem ganz wo anders liegt und Kollege Meißl hat jetzt etwas Richtiges angesprochen. Ich war in Stainach auch verwundert. Ich habe ja geglaubt, jetzt schicken sie da den Kollegen Meißl hin, das wird ein Fest für den Gesundheitslandesrat in der Debatte und in der Argumentation. Aber ich sage Ihnen ehrlich, bei den Argumenten hätten Sie dort abgeräumt. Dr. Fritsch, glaube ich, war es, der mit Ihnen auf dem Podium gewesen ist. Der hat sich nicht einmal mit Ihnen auf irgendwas einigen können, wie die Gesundheitsversorgung aussieht. Er hat nämlich offenbar ein anderes Bild von dem, wie eine Notarztversorgung aussieht. Dann haben Sie ihm Fragen gestellt, der Kollege Meißl hat es gesagt, aber sie waren nicht wirklich nachvollziehbar. Und das muss man ganz einfach sehen. Dieses Spital, das Sie jetzt bauen, das ist ein Schmalspurspital – sagen wir ruhig Schmalspur-Leitspital. Es ist nämlich kein Steyr, es ist kein Leoben, das wissen wir, sondern es ist eigentlich das Gleiche, nur eines davon, was wir jetzt in dreifacher Ausführung gehabt haben. Jetzt steigen vielleicht die Fallzahlen ein wenig, aber wir haben nur eine neurologische Ambulanz, wir haben nur eine Kinderambulanz, wir haben sie nicht sieben Tage, wir haben sie nicht 24 Stunden. Ich könnte Ihnen noch viele Dinge sagen, die mir Experten sagen. (*LTAvg. Schwarz: „Das sagt der Richtige.“ - LTAvg. Riener: „Der*

Richtige.“) Sie sagen, die Bevölkerung ist populistisch und wir auch, aber das sagen uns auch Ärztinnen und Ärzte, dass das, was jetzt kommt, die Gesamtsicht in der Gesundheitsversorgung nicht sicherstellt. Und das möchte ich, dass Sie das ernst nehmen. Ich könnte Ihnen jetzt noch – meine ersten fünf Minuten (*Präsidentin Dr. Vollath: „Genau, die Redezeit ist erschöpft.“*) sind gleich vorbei, komme dann zum Ende. Ich könnte Ihnen jetzt, Herr Gesundheitslandesrat, Zitate bringe, von der seinerzeitigen Landtagssitzung, wie Sie Kollegen Hirt als Landesrat kritisiert haben. Da würden Sie sich wundern, was Sie damals alles gesagt haben, auch über PPP-Modelle. Dazu kann ich dann später oder am Nachmittag noch kommen, aber es ist doch ein Faktum. Wenn Sie sagen, und da haben Sie recht, und das ist mein letzter Satz jetzt, wenn Sie sagen, man muss eine Gesamtsicht haben, dann kann ich ja nicht sagen, die Spitalsbetten um 23 % runter und gleichzeitig im niedergelassenen Bereich der Allgemeinmedizin gehe ich auch um 16 % runter, und die Bevölkerung im Bezirk Liezen sinkt bis 2025 um 1,6 %. Darum sind die Fragen am Tisch, Sie haben sie nicht beantwortet und so einfach kann man sich das nicht machen, dass man sagt, wir sind gut unterwegs. Alles was wir gesehen haben, waren nicht die Antworten, die wir eigentlich gebraucht hätten, um der Bevölkerung diese Sicherheit zu geben. Generell sage ich nicht Nein zu einem Leitspital, (*Präsidentin Dr. Vollath: „Herr Klubobmann, die Redezeit ist wirklich erschöpft. Jetzt nämlich schon lange erschöpft.“*) aber in dieser Form findet es die Qualität, die wir wollen, leider nicht. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 10.38 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Dr. Werner Murgg von der KPÖ.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (10.38 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es ist ja erfreulich, dass heute gleich zu Beginn der Sitzung der Zuhörerraum fast voll ist. Ja, wir haben schon wieder einiges gehört, vieles ist eigentlich nicht neu, ich muss auch gleich am Anfang eine Kritik an Sie richten, Herr Landesrat. Ich war bei allen diesen Diskussionen dabei, bei diesen sogenannten Informationsveranstaltungen, heute kann ich leider nicht nach Schladming fahren, weil Landtag ist, aber ich muss sagen, also was Sie in Bad Aussee abgeliefert haben, hat ja zu Recht fast zu einem kleinen Volksaufstand geführt. Weil Sie in Wahrheit nur das wiedergegeben haben und auf einem niederen Niveau, was Sie hier seit

Monaten uns sagen. Am 7. April wird die Bevölkerung letztlich sagen, was sie von Ihren Plänen hält – die Bevölkerung aus dem Bezirk Liezen. Und ich kann Ihnen jetzt schon sagen, die wird Klartext sprechen und da werden Sie noch lange zu knabbern haben an dieser Volksbefragung. Und dem Kollegen Schwarz sage ich vorneweg auch was: Wenn das wirklich so ist, wie Sie hier sagen, dass die Experten und die Studien und Sie haben die wunderbaren Argumente, dass wir dieses Leitspital brauchen, dann frage ich mich, warum weder Sie noch irgendein Abgeordneter aus Ihrer Landesriege oder auch der Bundesrat Lindner bei einer einzigen Diskussionsveranstaltung im Bezirk dabei waren? (*LTabg. Grubesa*: „Das stimmt ja nicht.“) Sie waren in Stainach nicht, Sie waren in Bad Aussee nicht, Sie waren in Rottenmann nicht. Offenbar sind Ihre Argumente nicht so wunderbar, weil sonst hätten Sie sich dort den Argumenten und den Sorgen und Wünschen der Bevölkerung gestellt. (*LTabg. Schwarz*: „Wenn ich eingeladen bin, gehe ich hin, aber wenn ich nicht eingeladen bin, gehe ich nicht.“) Ich war auch nicht eingeladen, aber ich habe mir das angehört, (*LTabg. Schwarz*: „Ja, Sie gehen ja.“) weil es einfach als Abgeordneter dazugehört, dass man schaut, was die Bevölkerung für Sorgen hat und wo sie der Schuh drückt. Aber Ihre Argumente hätten dort nicht gegriffen, das ist der wirkliche Punkt.

Jetzt sage ich eingangs auch noch was zu den Fallzahlen. Kollege Arnd Meißl hat das ja dankenswerter Weise schon heute gesagt, das pfeifen ja auch die Spatzen von den Dächern und ich kenne auch viele Ärzte aus meiner Studienzeit und aus meiner Mittelschulzeit, die heute am UKH West sind oder in Deutschlandsberg, weiß Gott wo, die sagen mir: Wir dürfen natürlich gewisse Operationen nicht mehr machen, weil eben die Fallzahlen künstlich gesenkt werden müssen. (*LTabg. Schwarz*: „So ein Vollholler.“) Das hat man bei der Thorax-Chirurgie in Leoben genauso gesehen. Und dieses Beispiel in Judenburg, was Sie heute schon erwähnt haben, lieber Kollege Meißl, spricht ja auch für diese These. Man schickt die Leute zwangsweise zu den Peripheriespitälern ins Zentrum und sagt dann, wir haben keine Fallzahlen, wir können das nicht mehr machen. Frau Kollegin Kolar, es ist sehr erfreulich, dass Sie sich für diese Sache einsetzen, dass die Fallzahlen, also in diesem Fall mit den Operationen, wo man nicht unbedingt einen Kinderchirurgen braucht, dass diese Bestimmung in der KAGes wieder wegkommt, aber ich frage Sie, warum Sie hier im Landtag all diesen Beschlüssen zustimmen, wo genau dieser Kahlschlag passiert. Da sollten Sie auch einmal darüber nachdenken. Jetzt habe ich einige Fakten. Es ist ja nur mehr wenig Zeit.

Die Erreichbarkeit. Ich habe geschaut, was im alten RSG drinnen steht, da waren nämlich 30 Minuten im 2012er Jahr bei der Grundversorgung. Bei manchen war es 30 bis 45. Jetzt

haben wir 45 Minuten. Sie sagen in Ihrem Vorspann zur heutigen Aktuellen Stunde, ja, die rechtlichen Rahmenbedingungen – wir müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen erfüllen. Ja, Sie verschlechtern ja mit Ihren eigenen Beschlüssen die rechtlichen Rahmenbedingungen, zum Beispiel mit dem RSG und auch mit dem Ärztarbeitsgesetz, weil Sie genau wissen, das Ärztarbeitsgesetz ist in Österreich übererfüllt worden gegenüber den EU Vorgaben und sagen dann: „Ja wir haben so schlechte Rahmenbedingungen, wir müssen die Gesundheitsversorgung außerhalb von Graz und außerhalb der“ angeblich „großen Leitspitäler zurückfahren, weil wir die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht einhalten können.“ Ja, zuerst die Rahmenbedingungen selbst schlechtmachen und dann sagen, wir müssen das so und so umbauen. Das ist, glaube ich, keine ehrliche Diskussion. Die Erreichbarkeit in Deutschland habe ich mir angeschaut. Wissen Sie, wie die dort ist? Das kennen Sie sicher. 15 Minuten 88 %, 30 Minuten fast 100 %. Da sagen Sie: „Ja, in Österreich ist alles so super und in anderen Ländern haben wir bei Weitem nicht diese Dichte, die wir in Österreich haben.“ Stimmt nicht.

Dann zu den Gesundheitszentren noch ein Satz. Du bist ja großzügig, liebe Frau Präsidentin, diesen Satz darf ich vielleicht noch zu Ende sprechen. Die Gesundheitszentren, das hat Ihnen auch Dr. Fritsch in Stainach ausgerichtet, sind eben kein Spital und sie haben einen schweren Fehler gegenüber den Spitälern. Es ist eben nicht zwischen null und 24 Uhr eine Versorgung möglich, wie in einem Spital und die Notarztversorgung wird außerhalb von Graz auch zurückgefahren. Es gibt zwischen null und sieben Uhr (*Präsidentin Dr. Vollath: „Ich bitte zum Schluss zu kommen.“*) nur mehr in Graz einen Notarzt und nicht mehr in der Region. Danke. (*Beifall bei der KPÖ – Landesrat Mag. Drexler: „Das ist ja eine glatte Unwahrheit. Also Sie haben jetzt gesagt, es gibt zwischen null und 24 Uhr keinen Notarzt mehr. Ich meine...“ – Präsidentin Dr. Vollath: „Ich bitte, dich zu Wort zu melden, lieber Herr Landesrat.“ – Landesrat Mag. Drexler: „Das ist ein Wahnsinn, auf diesem Niveau zu diskutieren.“ – 10.44 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Ich bitte überhaupt alle die Geschäftsordnung zu respektieren. Die Redezeit bei der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten und ich bitte die Rede auf diese Zeit auch einzustellen, damit ich nicht immer unterbrechen muss. Das wäre für mich angenehmer und für Sie selbst angenehmer.

Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Gabriele Kolar. Bitte Gabi.

LTAbg. Kolar – SPÖ (10.45 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werter Herr Landesrat, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, Schülerinnen und Schüler!

Ich möchte ganz kurz Stellung nehmen, weil ich eigentlich persönlich angesprochen worden bin, zur neuen Richtlinie der KAGes, heute in der Zeitung. Es enttäuscht mich sehr, geschätzter Herr Abgeordneter Murgg, dass Sie hier behaupten, wir hätten im Landtag Steiermark inhaltlich im Gesundheitsplan diese neue Abänderung dieser Richtlinie der KAGes beschlossen. Das haben wir nicht und das steht dort auch nicht drinnen. Also ich bitte Sie hier, das genauer zu recherchieren. Aber nun zum Abgeordneten Meißl. Lieber Herr Meißl, Sie stellen sich hier heraus und sagen, ich habe heute aus der Zeitung von einem Bild heruntergelacht. Zum Ersten muss ich Ihnen unterstellen, Sie sind nicht einmal in der Lage ein Bild richtig zu interpretieren – denn ich habe nicht gelacht, geschweige, den Text dazu ordentlich gelesen zu haben. Denn das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Ich, als Abgeordnete hier im Landtag Steiermark, stehe voll und ganz hinter dem Leitspital Liezen. Die neue Richtlinie der KAGes hat mit diesem Leitspital, mit dieser Diskussion, mit dieser Aktuellen Stunde gar nichts zu tun. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und eines möchte ich noch dazu sagen, ich bemitleide die FPÖ dahingehend, dass sie vorige Woche, oder genauer gesagt am 25. März, mit ihrer eigenen Bundesministerin Hartinger-Klein durch die Lande gezogen ist, ihres Zeichens eine Steirerin, und die nicht hergegangen ist und Stellung bezogen hat, nämlich die Linie der FPÖ Steiermark mitgetragen hat gegen das Leitspital Liezen zu sein, sondern sich hier sozusagen aus der Affäre gezogen hat und gesagt hat: „Ich verhalte mich neutral.“ Neutral ist Österreich, möge es so bleiben. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.47 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Und ich bedanke mich für die Einhaltung der Redezeit. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Barbara Riener von der ÖVP.

LTAbg. Riener – ÖVP (10.47 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, vor allem liebe junge Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben heute eine hitzige Debatte, wie Sie schon bemerkt haben in diesem Landtag. Immer wenn es um sehr nahe Veränderungen geht, ist das halt so. Aber ich möchte, weil die Redezeit sehr kurz ist, ein paar Punkte herausgreifen.

Ich fange gleich dort an, wo Kollegin Kolar aufgehört hat. Ich habe mir das nämlich vorbereitet, wie tatsächlich die Haltung von der Frau Bundesministerin ist, liebe FPÖ. Auf der einen Seite zur Diskussion und ich zitiere jetzt aus der APA: „Zur Diskussion um das von der Landesregierung in der Obersteiermark geplante Leitspital anstelle drei kleiner Krankenhäuser, dass die FPÖ mit einer Volksbefragung im Bezirk Liezen zu Fall bringen will, blieb Hartinger zurückhaltend. Man müsse hinterfragen, was an den Standorten gemacht wird“ – werde steht genau – werde, „was an den Standorten gemacht werde, nicht die Standorte selbst hinterfragen, aber auch ergänzend.“ Und das zitiere ich aus der Kleinen Zeitung: „Als offene Kritikerin des Projekts trat die Freiheitliche Steirerin aber nicht auf. Hartinger-Klein sagte, sie mische sich nicht ein, ist neutral. Grundsätzlich stehe sie für Qualität im Vordergrund, Fallzahlen, Strukturen und Stärken der Häuser wären zu berücksichtigen.“ Das heißt, wenn wir und wenn ich heute die Debatte anschau, was alles nicht in Ordnung ist, was da alles nicht gemacht wird, dort und da, dann glaube ich, ist es eigentlich egal, was entschieden wird, Ihr findet immer einen Weg, etwas zu zerpfücken. Ich bin aber auch ziemlich irritiert, wenn insgesamt Expertenmeinungen, die jetzt schon sehr häufig ganz offen in den Medien Stellung beziehen, einfach vom Tisch gewischt werden, wenn Aussagen von der Patientenombudsfrau einfach vom Tisch gewischt werden, wenn Fakten, die tatsächlich bestehen und jeder nachlesen kann und nachrecherchieren kann, einfach vom Tisch gewischt werden. Ja, was ist denn das? Das ist für mich unseriöse Politik, wenn ich jetzt Lambert Schönleitner anschau. (*LTabg. Schönleitner: „Fragen sind nicht beantwortet.“*) Das ist für mich unseriöse Politik und das, was du unserem Landesrat vorwirfst, ist unterste Schublade und abzulehnen. Auch wenn ich in Opposition bin, würde ich nie so in die Tiefe gehen. Ihr haltet die Werte immer hoch, also bitte auch in dieser Debatte. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*)

Unser Landesrat Christopher Drexler zeigt ehrliches Bemühen und hat es auch mit allen seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, ob es jetzt der Gesundheitsfonds ist, ob es die KAGes ist, ob es die Ärzte sind, auch die Ärztekammer, es sind alle, die dafür eintreten, dass sie sagen, bitte, wir wollen die beste Qualität im Gesundheitssystem. Das hast du auch angesprochen. Gesundheitssystem ist nicht Leitspital – bin ich d'accord. Wie oft reden wir da, es gibt ein abgestuftes System, wohnortnahe, aber wir haben trotzdem eine politische

Verantwortung. Und die politische Verantwortung heißt, Entscheidungen rechtzeitig und richtig treffen, weil in zehn Jahren ist es zu spät, weil dann steht die FPÖ dann da und sagt: „Bitte, warum habt ihr denn nicht vor zehn Jahren angefangen?“ Siehe Ärztedebatte, siehe Ärztinnendebatte, ja, da haben wir genau das gleiche Problem. Ihr sagt, warum habt ihr denn nicht schon viel früher angefangen? Jetzt sind wir in der Verantwortung und jetzt machen wir gute Politik für die Steirerinnen und Steirer. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und die gefährliche Aussage vom Kollegen Murgg, es gäbe kein Notarztsystem in der Steiermark außerhalb von Graz. Also ich bin total weg, weil das ist einfach absolut falsch. Das ist absolut falsch. Das Notarztsystem in der Steiermark ist gut aufgestellt. Manchmal muss das eine oder andere nachjustiert werden, aber es ist gut aufgestellt und bitte verunsichern Sie die Steirerinnen und Steirer nicht dermaßen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Gute Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen, gute Politik heißt mutige Entscheidungen treffen, auch wenn Gegenwind da ist. Wenn es um Qualität geht, wenn es um Verantwortung geht, Expertenerfahrungen aus ihrer Sicht und ihre Erfahrungen sind uns wichtig. Erfahrungen und Aussagen von Patientenombudsfrau Renate Skledar ist uns wichtig und Fakten sind uns auch wichtig, weil wir wollen die beste Versorgung in der Gesundheit für die Steirerinnen und Steirer. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.52 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Alber Royer von der FPÖ.

LTAbg. Royer – FPÖ (10.53 Uhr): Frau Präsidentin, liebe Mitglieder der Landesregierung, Hoher Landtag!

Ich finde es schon einmal spannend, dass die SPÖ da jetzt zur Aktuellen Stunde lädt. Dr. Murgg hat es schon angesprochen, Hannes Schwarz stellt sich da heute heraus und erklärt ganz protzig, es wird kein Standort geschlossen *(LTAbg. Schwarz: „Wird er ja nicht.“)* Ja, stellt euch rauf – in Rottenmann war bei der Diskussion keiner dabei, in Aussee war keiner dabei von der SPÖ, die ganze Bezirks SPÖ taucht weg – stellt euch rauf und erzählt es den Leuten oben. *(Beifall bei der FPÖ)* Da werdet ihr auch sehen, was passiert. Herr Landesrat Drexler hat die leidvolle Erfahrung gemacht. Er hat sich in Aussee in einen vollen Saal gestellt und hat 500 Leuten erklärt, es wird alles besser. Die Folge war, dass er ausgelacht worden ist von den Leuten. Ausgelacht und niedergebuhet. Das, was ich in der letzten dreiviertel Stunde da jetzt gehört habe, das funktioniert nur da in Graz herunter. Da sitzen eure eigenen Leute da und applaudieren euch und ihr glaubt es untereinander, dass wirklich

alles besser wird. Bleiben wir bei den Fakten. Es heißt, es wird kein Krankenhaus geschlossen. In Schladming fahren wir den Betrieb nieder von 126 Betten auf vier Betten. Ja, von mir aus, ist es keine Schließung, aber ich empfinde es als Schließung, wenn man so gravierend niederfährt. (LTabg. Schwarz: „*Sie hören eh nicht zu. Hören Sie zu.*“) Dr. Fritsch hat bei der Diskussion in Stainach gesagt, wenn man so niederfährt, dann ist die Notfallversorgung in der Weise, wie wir sie jetzt haben, für die Bevölkerung nicht mehr gewährleistet. Also das finde ich schon ziemlich arg. (LTabg. Schwarz: „*Das ist ein Holler.*“) Und dann stellt man sich her und sagt, es wird alles besser. Wir verlieren ein Drittel von den Spitalsbetten. Stainach wird nämlich nicht so groß gebaut, wie ihr immer tut. (LTabg. Riener: „*Reden Sie mit Ihrer Ministerin.*“) Wir bauen 226 Betten und haben 338 momentan im Bezirk. (LTabg. Schwarz: „*Haben Sie schon einmal gehört, dass die Gesundheitsvorsorge nicht von den Betten abhängt*“) Das ist auf jeden Fall ein Minus in der Versorgung für den Bezirk. Wir verlieren regionale Arbeitsplätze. Wir verlieren regionale Arbeitsplätze, weil die Jobgarantie vom Herrn Landesrat Drexler gibt es ja nur für das medizinische Personal. Und selbst beim medizinischen Personal ist das nicht sicher, ob die dann alle wieder in der gleichen Situation eingesetzt werden können. (LTabg. Riener. *Und wenn Sie das noch fünfmal sagen, stimmt es nicht.*“ - LTabg. Schwarz: „*Rede einmal mit der Ministerin.*“) Das sind Fakten und es ist wahr. Und wenn wir es noch zehn Mal sagen, dann stimmt es zehn Mal, ist ganz klar, weil Sie ja alles verdrehen. (Beifall bei der FPÖ) Und was ich persönlich eigentlich am Ärgsten fast empfinde, es gibt sogar Experten, die argumentieren mit einem Bevölkerungsschwund im Bezirk Liezen. Da geistern Zahlen herum, 76.000 Leute/70.000 Leute nur mehr. Ja vielleicht, wenn Sie uns mit Gewalt alles zusperren und es die jungen Leute wegtreibt, vielleicht schafft ihr es irgendwann. Die Realität ist ja völlig eine andere. Wir haben 80.000 Einwohner im Bezirk Liezen. Es hat schon vor Jahren die Studie gegeben, dass man bis heuer auf 76.000 geht. Es ist nicht passiert. Wir sind immer noch bei 80.000 und wir haben sehr viele Nächtigungszahlen, vor allem im Raum Schladming und Bad Aussee. Das wisst ihr auch genau. Wenn man die Nächtigungsäquivalente noch dazurechnet, dann haben wir 93.000 Leute medizinisch zu versorgen, weil natürlich auch die Gäste versorgt werden müssen. Das heißt, wir brauchen eine medizinische Versorgung für über 90.000 Leute und ihr kalkuliert irgendwo mit 70.000 Leuten und fährt uns die Betten zurück. (LTabg. Schwarz: „*Keine Ahnung. Er hat keine Ahnung.*“) Es wird immer nur vom Leitspital geredet. Da muss ich vielleicht auch noch eines sagen, es ist eine Begriffsverwirrung. Das habe ich von Anfang an gesagt. In Stainach baut ihr natürlich ein Zentralkrankenhaus. Gegen ein

Leitspital haben wir ja nichts. Das ist ja das, was die Leute zum Teil auch verwirrt für die Abstimmung. Weil wir sagen: Ein Leitspital, jawohl, eines von den dreien Spitalern könnten wir ausbauen. Dr. Waneck hat gesagt, das ist eindeutig möglich, ungefähr – das hat Drexler auch gesagt – 70 Millionen Euro müssten wir in die Hand nehmen, dann könnten wir eines von den dreien zu einem echten Leitspital ausbauen, den anderen beiden könnten wir eine Standortgarantie abgeben, die Stationen abgleichen und spezialisieren und das wäre eigentlich der richtige Weg. (*LTAbg. Riener: „Und die Ärzte schicken wir von einem Krankenhaus ins andere.“*) Ihr baut ein Zentralkrankenhaus und schreibt „Leitspital“ drauf. Das ist ja der ganze Schmach an der Sache. Aber es wird nichts besser. Ihr werdet am Sonntag dann sehen, dass die Leute das schon verstanden haben, warum da nichts besser wird. In Graz herunter herrscht die Meinung natürlich vor, es ist eine Segnung für den Bezirk Liezen. Es wird oben so nicht empfunden.

Ein Wort vielleicht noch zur Kinderstation. Wenn nur eine Kinder-Tagesambulanz kommt, was natürlich voll zu wenig ist, dann bin ich der Meinung, wir brauchen nicht sechs Jahre darauf warten. Dann bitte macht die Kinder-Tagesambulanz bei einem von den drei Bestehenden, jederzeit, nächstes Jahr oder wann auch immer, aber bald einmal dazu. Eine vollwertige Kinderstation kriegen wir scheinbar nicht, die wir brauchen würden. Und eine Tagesambulanz, wie gesagt, da brauchen wir nicht 250 Millionen in die grüne Wiese verbauen, nur damit wir dann eine Kinder-Tagesambulanz als Mehrwert haben. Danke. (*Beifall bei der FPÖ – 10.58 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Lambert Schönleitner von den Grünen.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (10.58 Uhr): Nochmals ganz kurz dazu. (*LTAbg. Riener: „Drei Minuten hast noch.“*) Ich habe dich gehört in deiner Belehrung Frau Kollegin Klubobfrau Barbara Riener. Drei Minuten habe ich noch. (*LTAbg. Schwarz: „Das ist die Geschäftsordnung.“*) Das höre ich bis hierher. Ich werde mich bemühen das einzuhalten, wenn du mit dem Zeigefinger zeigst, aber es gibt eine Geschäftsordnung und die nützen wir aus. Und wenn ich vorher etwas zu lang war, was ich selten bin, werde ich vielleicht jetzt etwas früher fertig sein.

Zur SPÖ werde ich mich nicht äußern, nein, Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß nicht, ich glaube, ihr seid wirklich, wenn man im Bezirk eure Präsenz anschaut, es ist ohnehin gesagt

worden, nicht vorhanden. Das ist ein Faktum. (*Beifall bei den Grünen*) Das ist keine Bosheit, sondern ihr seid nicht da. (*LTAbg. Schwarz: „Lambert, wo wohnst du?“*) Ihr wart in Rottenmann nicht bei der Bürgerversammlung, na, es ist so. Kollegin Grubesa, hast du dich zu Wort gemeldet in Stainach? Ich habe nichts gehört. Dr. Murgg und ich, wir haben uns zu Wort gemeldet oder waren dort und haben uns das angeschaut. Das haben wir ja auch gemacht, weil es wichtig ist sich zu informieren. Aber ich mag nicht, Kollegin Barbara Riener, (*LTAbg. Riener: „Ja.“*) ich schätze dich sehr, wenn du sagst, die Debatte ist untergriffig, was da die Opposition macht (*LTAbg. Riener: „Untergriffig für dich. Die Aussendung.“*) Der erste Untergriffige – in meine Richtung gesagt – okay, gut, aber der Erste, der einen untergriffigen Begriff verwendet hat, war der Landesrat (*LTAbg. Riener: „Die Aussendung.“*) in Richtung des Kollegen von der FPÖ, des Gesundheitssprechers, der hat zu ihm „Charmebolzen“ gesagt hat. Er hat aufgeregt hereingerufen, er ist leicht unter Druck, das verstehe ich, aber wir haben die Debatte mit Argumenten geführt und das tue ich nach wie vor (*unverständlicher Zwischenruf von Landesrat Mag. Drexler und LTAbg. Riener*) und das mache ich auch jetzt Herr Landesrat.

Herr Landesrat, dann sagen Sie immer, die Finanzierung ist egal. Auf das möchte ich noch einmal kurz eingehen. Kollege Schwarz ist herausgetreten im Landtag, das war, glaube ich, bei der letzten oder vorletzten Sitzung, er hat gesagt: „Wir haben die Finanzierung gesichert, aber wir wissen nicht wie.“ Das war sinngemäß die Zusammenfassung. (*LTAbg. Schwarz: „Das ist falsch. Das ist unglaublich, was du da sagst. Das ist unglaubwürdig. Unglaublich.“*) Das ist natürlich schon ein großes Problem, wenn Sie bis heute nicht sagen können, machen Sie ein PPP-Modell, wird es vielleicht doch allein ein KAGes Projekt, wird es mit der Diakonie was? Wissen Sie, das ist das, was bei Ihnen unglaubwürdig ist. Das muss man sagen. Ich lese Ihnen ein Zitat vor aus einer Landtagssitzung hier im Haus, dass Sie gesagt haben: „Schauen Sie sich an, bitte schön, wie die Spitalsbauten in diesem Land aussehen.“ Zitat Christopher Drexler. „Wir haben einen eigenen Untersuchungsausschuss gehabt, wo wir auf eklatante Missstände beim Neubau des LKH West gekommen sind“ – und dann kommt es – „wir haben im Kontrollausschuss einen Rechnungshofbericht liegen, zu diesem – und jetzt abfällig aus Ihrer Sicht gesprochen – zu diesem erfolgsversprechenden Joint Venture oder PPP Projekt in Schladming“. Das waren Sie. Verstehen Sie, wenn ich dann die Finanzierung hinterfrage (*Landesrat Mag. Drexler: „Das war vor 15 Jahren.“*) ob das sinnvoll ist oder gut, (*Landesrat Mag. Drexler: „Ein Beispiel von vor 15 Jahren, Herr Kollege.“*) dann sagen Sie mir oder auch der Kollege Schwarz, der immer fleißig und brav adjustiert, Vormittag wird bei

der ÖVP angerufen, welche Aufträge zu erfüllen sind. Heute hat es eine Aktuelle Stunde gegeben, die SPÖ macht es. Das haben Sie damals gesagt. (*LTabg. Riener: „Du kannst doch jetzt nicht...“*) Das war ein Zitat des jetzigen Gesundheitslandesrates. Warum bringe ich das Beispiel? Weil Sie immer so tun, wenn wir sagen, die Finanzierung oder die offenen Fragen, als hätten die nicht auch schon andere gestellt. Sie haben sie damals auch gestellt. Aber wenn Sie jetzt eine 180 Grad Wende machen, (*Landesrat Mag. Drexler: „Deswegen machen wir es ja jetzt besser, Herr Kollege.“*) ja sind Sie mir nicht böse, dass Ihnen die Bevölkerung sagt, das ist nicht mehr nachvollziehbar. Sie haben halt, und dann bin ich schon wieder am Ende meiner Rede, einen riesengroßen Fehler gemacht. Darum ist der Druck so groß. Den hätte ich Ihnen ja ursprünglich gar nicht zugetraut, dass Sie das tun. Sie sind nämlich hergegangen und haben der Bevölkerung im ersten Moment, wie die FPÖ und die KPÖ die Befragung eingebracht hat – die Volksbefragung, gesagt: „Das sind alles Populisten. Das ist die Allianz der Populisten.“ Seinerzeit haben Sie gesagt, bei der Spitalsdebatte, das haben Sie dem Kollegen Hirt vorgeworfen, der jetzt Landesamtsdirektor ist: „Die Demokratie ist wichtig. Man muss sehen, was die Menschen sagen, man muss sie einbinden.“ Und dann gehen Sie her, wenn es um die Volksbefragung geht und ziehen sich zurück auf ein problematisches Argument – und das haben Sie geliefert und sagen: „Volksbefragungen sind rechtlich nicht bindend. Da ist die repräsentative Demokratie zuständig.“ Das ist eben genau das, was die Bevölkerung in der Region aufbringt und was die Bevölkerung auch ärgert. Und was man natürlich sagen muss, es ist im niedergelassenen Bereich diese Stärkung nicht da. Sie sagen ja dann selber manchmal – in Stainach haben Sie es auch gesagt: „Ja, dafür bin ich nicht zuständig, da sind die Kassen zuständig, bei den Allgemeinmedizinstellen.“ Ja, was sagen Sie denn der Bevölkerung im Bezirk in Liezen? Wir haben erlebt, drei Jahre kein Hautarzt in der Vergangenheit. Der HNO Arzt hat gar nicht in Pension gehen können und dann sagen Sie, Sie werden drei Facharztzentren machen – wie immer die ausschauen, weil die haben Sie bis jetzt nicht genau beschrieben, ist heute eh schon gesagt worden. Dann sagen Sie, die werden alle Fachärzte haben, da werden wir überall Facharztzentren machen. Die Gesundheitszentren, ein letztes Beispiel, ja, die sind dann immer nur auf Kritik Stück um Stück ausgeweitet worden. In Admont war es das Stift Admont, was aktiv war. Beim Kollegen Forstner im Osten, wo die Leute bei mir waren und gesagt haben: „Da brauchen wir ein Gesundheitszentrum“, war zuerst gar nichts und jetzt sagen Sie, das ist auch wieder so eine Geschichte, die völlig unklar definiert ist, da kommt ein Netzwerk Gesundheitszentrum. Ja, weil die Ärzte dann miteinander telefonieren und sagen, wer Dienst macht. Und das ist

(Präsidentin Dr. Vollath: „Und die Redezeit ist wieder erschöpft.“) alles unklar, im Facharztbereich nicht klar *(LTabg. Schweiner: „Der redet einfach weiter. Das ist ihm wurscht.“)* und auch bei den Gesundheitszentren nicht und tun Sie nicht so, als ob Sie seinerzeit nicht die gleichen Fragen gestellt hätten. Das Problem ist, Sie beantworten sie nicht. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 11.04 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Michaela Grubesa von der SPÖ. Entschuldigen noch kurz. Bevor ich dich zum Wort lasse. Wir haben die erste Stunde der Aktuellen Stunde bereits verbraucht und gemäß § 71 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung mache ich daher vom Recht, sie jetzt um 30 Minuten zu verlängern, Gebrauch.

Am Wort ist Michaela Grubesa.

LTabg. Grubesa – SPÖ (11.04 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat, werte Mitglieder der Regierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zusehende und Zuhörende!

Ich bin sehr dankbar für die Aktuelle Stunde heute, es gibt ja auch noch eine Dringliche am Nachmittag. Ich glaube, das ist ein Thema, das wir unbedingt dieser Tage behandeln sollten, vor dieser Volksbefragung, die ja schon in aller Munde ist, zumindest in diesem Haus. Ich finde es absolut wichtig, die Fakten und die Daten noch einmal auf den Tisch zu legen. Es ist viel Richtiges und Wichtiges schon gesagt worden, vom Klubobmann Schwarz und auch vom Herrn Landesrat selbstverständlich. Aber wir haben auch Aktionismus erlebt in diesem Haus und ich freue mich grundsätzlich immer darüber, es lockert ein bisschen die Stimmung auf und die Taferln, die Sie da gebastelt haben – wobei, es waren Zettel, die Mühe Taferln zu bauen, haben Sie sich ja gar nicht gemacht –, auf denen ist draufgestanden „Bürger fragen statt Drüberfahren.“ Ja, da muss ich Sie fragen, liebe Fraktion der freiheitlichen Partei, wo waren Sie denn die letzten Wochen und Monate, als im Parlament im Wien beschlossen wurde, dass wir gegen das Rauchervolksbegehren überhaupt nichts tun werden, dass wir dieses Papier ad acta legen und wo wir 900.000 Stimmen einfach ignorieren? Hätten Sie die Taferl mal wieder nach Wien mitgenommen, sehr verehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – Unruhe bei den FPÖ Abgeordneten)* Zur Kinder- und Geburtshilfe, die ja geplant ist, muss ich als Ausseerin sagen, ich freue mich sehr darüber. Das ist ein absolut wichtiger Punkt, der in diesem Leitspital installiert werden soll. Bin auch fasziniert davon, dass sich regelmäßig

Männer zu Wort melden, wenn es darum geht, es soll eine Kinder- und Geburtshilfe geben im Ennstal in Zukunft. Und der Herr Landesrat führt das immer sehr schön aus mit den gebürtigen Ennstalerinnen und Ennstalern. Ich möchte Sie fragen, werte Herren Kollegen, wann Sie das letzte Mal im Bezirk Liezen wohnhaft gewesen sind und Wehen gehabt haben? Ich vor ziemlich genau neun Jahren und ich habe dann über den Pötschenpass nach Oberösterreich müssen, so wie alle anderen Frauen, die im Ausseerland zuhause sind und rundum ..., mit einer neun prozentigen Steigung – wer aus dem Bezirk kommt, der kennt das – Sie ja offensichtlich nicht, und der ist im Winter nicht immer passierbar. Das geht über die Klachau, wenn das Argument jetzt wiederkommen sollte, wesentlich leichter. Und ich bin froh, als Frau und als Vertreterin dieses Bezirkes, wenn ich mir ansehe, wer die Landflucht, die auch schon heute angesprochen wurde, in diesem Bezirk verursacht, dann sind das nämlich Frauen. Und die denken sich nicht: „Mei klass, vor meiner Haustür steht ein Krankenhaus“, sondern sie denken sich: „Wo ist der nächste Kindergarten?“ Und wenn Sie uns da vehement unterstützen würden, wie Sie in dieser Debatte hitzig sind, dann hätten wir bei der Landflucht in unseren Regionen keine Probleme, sehr verehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Abschließend möchte ich betonen, dass ich sowohl dem Kollegen Schönleitner als auch dem Kollegen Royer meinen privaten Grund mitgeteilt habe, warum ich diesen Mittwoch in Bad Aussee leider nicht dabei gewesen bin – im Übrigen zum ersten Mal, ich war bei allen anderen Versammlungen. Im Vorjahr waren Sie nicht dabei, vielleicht können Sie mir später auch erzählen, was der Grund dafür gewesen ist. Grundsätzlich möchte ich festhalten, dass Sie nur ein Interesse haben und das ist nicht die Gesundheit unserer Bevölkerung, das ist nicht die beste Versorgung für den Bezirk, die beste Infrastruktur in Liezen, sondern das sind Wählerstimmen. Weil Sie bei uns daheim nämlich niemand wählt. Sie haben dort keine Bürgermeister, die KPÖ kennt überhaupt keiner, *(LTabg. Schönleitner: „Wir haben drei Abgeordnete.“)* wenn man dort mit den Menschen redet. Jetzt haben Sie eben dieses Volksbegehren *(Unruhe bei den Abgeordneten der FPÖ, der KPÖ und den Grünen)* einberufen und hätten gerne etwas Popularität. Sie können Ihre Glanzstunde am 7. April sehr gerne genießen, aber wenn es Ihnen ernst ist damit, eine optimale Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen und in der Steiermark zu garantieren, dann unterhalten Sie sich doch einmal mit Ihrer Ministerin und mit Ihren Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene, was da mit den Kassen aktuell passiert. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.09 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Armin Forstner von der ÖVP.

LTAbg. Forstner, MPA – ÖVP (11.04 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Landesregierung, vor allem liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte vielleicht gleich als erstes zum Kollegen Arnd Meißl kurz ein paar Worte sagen. Lieber Arnd, Werbeveranstaltung, brauchen wir nicht, brauchen wir wirklich nicht. Wir machen das so gut, wir machen das so fortschrittlich. Eine Werbeveranstaltung braucht Ihr für eure Volksbefragung. Das ist einfach das Problem. Ihr macht jetzt schon Wahlkampf, anstatt dass ihr euch aktiv einbringt in die Landespolitik, tut ihr verhindern, vernadern und sonstiges. Und wenn du sagst, Gefährdung der Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen: Im Gegenteil, und ich habe da was mitgebracht, weil ihr ja die „Karterl-Zeiger Nummer eins“ seid, wie Herr Landesrat heute schon bemerkt hat. Ich würde euch einmal empfehlen, dass ihr die neue Versorgung im Bezirk Liezen ein wenig anschaut, und dir auch, lieber Lambert, dass du gleich ein wenig mitschaust, bitte, täte mir auch sehr gut gefallen. Denn wenn man sich das neue Versorgungskonzept eben bei uns im Bezirk anschaut, kann es nur besser werden. Und da würde ich auch bitten, dass man das so zur Kenntnis nimmt und nicht immer Unwahrheiten und sämtliches Anderes verbreitet (*LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Was heißt da Unwahrheit?“*) beziehungsweise die Leute oder unsere Liezener und Liezenerinnen dementsprechend verunsichert.

Hubschrauber: Ist die schlechteste Versorgung, das hast du angezweifelt. Bitte, lieber Arnd, ist die beste Versorgung, die wir je gehabt haben. Ich kann das ja gar nicht verstehen, was du da sagst? (*LTAbg. Meißl: „Hast du zugehört?“*) Bitte, wenn der Hubschrauber bei uns im Bezirk Liezen landet, wir haben eine Flugzeit nach Bruck an der Mur, da hat der seinen Hubschrauber noch nicht einmal angestartet, von acht Minuten. Acht Minuten, bitte. (*LTAbg. Meißl: „Setz dich hin und beruhig dich. Drei Hubschrauber für die medizinische Versorgung im Bezirk, das ist unglaublich.“*) Wir fliegen nach Linz in zwölf Minuten. Wir fliegen nach Graz in 20 Minuten. Wir fliegen nach Salzburg, wir fliegen überall hin. Die beste Versorgung für unsere Bevölkerung im Bezirk. Das könnte ja nicht besser sein und wenn wir Spezialisierungen haben, von den einzelnen Abteilungen, dann ist das nur gut. Lieber Lambert, du bist genau in die gleiche Richtung gegangen und jedes Mal, wenn ich zu dir was sage, bist dann beleidigt. Stellst dich wieder raus und fängst an zu meckern. Ich verstehe das

nicht, du sagst, die Bevölkerung war bei dir. Du bist gar nie mehr oben bei uns im Bezirk. Du bist nur zu den Veranstaltungen oben, das muss man einfach einmal ganz klar sagen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Das wissen wir alle, das weiß der ganze Bezirk. Und dann hast du die Frechheit und stellst dich da raus und sagst: „Die Leute waren bei mir.“ Also wirklich, das ist eine Unverschämtheit sondergleichen. Und Dr. Fritsch, das ist heute schon einmal erwähnt worden, Herr Dr. Fritsch hat Anregungen gegeben beziehungsweise Verbesserungen, wie man es machen kann. Das hat Albert genauso gehört, weil, wir sind nebeneinander gesessen. Da ist es darum gegangen, wir brauchen was für Schlaganfallpatienten und sämtliches Anderes. Und was ist gesagt worden? Es wird angedacht, es wird geschaut. Wir reden jetzt noch die nächsten fünf, sechs, sieben Jahre, wo noch immer Verbesserungen eintreten können. Aber das verstehe ich dann einfach nicht, dass man alles schlechtredet.

Und wenn du sagst, das Gesundheitszentrum Admont, na bitte, bevor wir nicht gesagt haben, machen wir da eines, ist von dir gar nichts gekommen, weil du warst wieder einmal nicht da und hast wieder nicht aufgepasst. Das ist leider so. Und das Netzwerkzentrum bei uns herüber. Wir sind in so einer abgelegenen Region, wir haben 40 Kilometer, wir sind fast kürzer in Niederösterreich draußen, das weißt du genau, als wie in Rottenmann. Wir sind auch dementsprechend gut versorgt. Wir haben auch geschaut, dass unsere Hausärzte dementsprechend gerüstet sind. (*LTabg. Schönleitner: „Notarztversorgung, das sagt mir dein Rotes Kreuz aus Altenmarkt.“*) Ja, Leitstelle Altenmarkt, genau. Das ist die Rote Kreuz Leitstelle und der Rote Kreuz Standpunkt ist sehr gut, zu dieser Sache und gerade die bringen sich aktiv ein. Ich verstehe das nicht, dass man das dann immer umdreht und in die andere Richtung geht. Also das ist für mich ein wenig schwierig – und wenn du auch sagst, das und das. Bitte, dass wir heute keine gescheite Straße haben, dass die B320 nicht ausgebaut worden ist, dass unsere Straßen dementsprechend so sind, ja da musst du dich aber selber bei der Nase nehmen, bitte. Weil 20 Jahre oder die letzten 30 Jahre haben die Grünen alles verhindert, was zum Verhindern gegangen ist (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) und dass du dich heute herstellst und sagst, bitte, das gibt es nicht – ist für mich ein Wahnsinn.

Und Herr Kollege Murgg, Bürgerversammlung in Rottenmann: Das ist ja für mich das Beste, was ich je miterlebt habe. Sie haben gesagt, das Ärztesystem, die Ausbildung gehört geändert. Da haben Sie gar nicht gewusst, dass sie schon geändert worden ist. Also bitte, schauen Sie sich das ein wenig an, bevor Sie sich wo hinstellen und irgendwas sagen. Weil wir zwei waren dort, Kollege Arnd Meißl war auch dort, Kollege Royer, es waren alle dort, außer die Michi, die war an diesem Tag entschuldigt, das weiß ich. Also, das ist für mich schon eine

spannende Sache, was man sich dann im Nachhinein über verschiedene Sachen anhören muss. Lieber Albert, wenn ich natürlich in Mitterberg wohne – ist für mich schön, und ab Liezen gibt es für dich den Bezirk nicht mehr. Ich würde dich auch einmal bitten, dass du zu uns herunterkommst, dass du dir das einmal anschaust, was da geleistet wird, mit so einem Gesundheitszentrum, mit so einem Netzwerk Gesundheitszentrum. Du warst noch nie herunter, das wissen wir auch dementsprechend. Du vertrittst nur die Hälfte der Leute von dem Bezirk. Ist das so? Eigentlich sind wir gewählt für alle, sollten wir für alle da sein. Ich würde dir einmal empfehlen, dass du einmal runter kommst zu uns und dass wir das dann gemeinsam machen können. Und da gebührt natürlich wieder der Dank ganz besonders an euren Staatssekretär in Ruhe, Herrn Dr. Waneck, der vor 15 Jahren schon gesagt hat, ihr habt es eh gelesen in der Zeitung, wie das eigentlich ist und gehen sollte. (*Präsidentin Dr. Vollath: „Die Redezeit ist bitte erschöpft.“*) Ja, bin eh schon fertig. Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.14 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Ich begrüße die Funktionäre und Funktionärinnen des Steirischen Seniorenbundes des Bezirkes Leibnitz unter der Leitung des Bezirksobmannes von Leibnitz, Herrn Manfred Haider. Herzlich willkommen im Landtag. (*Allgemeiner Beifall*)

Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mag. Stefan Hermann von der FPÖ.

LTAbg. Mag. Hermann – FPÖ (11.15 Uhr): Danke sehr, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrter Herr Abgeordneter Forstner!

Ein paar Worte zu dir auch. Du hast uns unterstellt, wir würden Unwahrheiten verbreiten, wir würden vernadern, ja, und zum Thema Unwahrheiten muss ich dich auch bitten, ein bisserl in dich zu gehen, denn was du da behauptest über die Aussagen eines Herrn Dr. Waneck ist schlichtweg nicht wahr. Du hast ein Zitat vom Herrn Waneck gebracht, das habt ihr auch in den Medien gespielt, gratuliere, dass er damals in seiner Funktion darüber sprach, darüber nachdachte, 3.000 Akutbetten auch entsprechend einzusparen. In derselben Aussendung/in derselben Aussage, ich zitiere hier die APA vom 28. Jänner 2003, sprach Waneck ganz klar davon, das Schließen von einzelnen kleineren Krankenhäusern, wie es von einigen GesundheitsökonomInnen angedacht wurde, kommt für Waneck nicht in Frage. Wichtiger sei es strukturelle Änderungen vorzunehmen. Und schauen wir uns an, was im RSG steht:

800 Betten sollen eingespart werden und wie wir jetzt wissen, 100 allein im Bezirk Liezen. Soviel zu den Unwahrheiten, die Sie entsprechend uns unterstellen zu verbreiten. (*Beifall bei der FPÖ*) Was ist unser Konzept? Wir Freiheitliche (*LTA*bg. Schwarz: „Das frage ich mich auch?“) verwehren uns ja nicht, verwehren uns ja nicht – Sie sind ein bisschen nervös, Ihr Sessel wackelt, kann ich mir schon vorstellen – was ist unser Konzept? Wir stehen für eine 24-Stunden Notfallversorgung, eine 24-Stunden Ambulanz an allen Standorten, sieben Tage die Woche. Für eine Notfallversorgung rund um die Uhr, denn auch der Notarzt muss ja irgendwo hinfahren, wenn er einen Patienten aufnimmt. Es braucht Schockräume, es braucht sogenannte „stroke units“. Spezialisierungen sind zu setzen ganz klar, und ja, und ja, wie die Experten, sprechen auch wir davon, dass es ein Leitspital braucht. Und nichts anderes sagen auch die KAGes Experten und die anderen Doktoren. Es wird ein Leitspital brauchen, aber unser Ziel ist es, einen bestehenden Standort aufzuwerten. Wir haben in Rottenmann 70 Millionen Investitionsrückstau, investieren wir in einen bestehenden Standort. Bauen wir den aus, dann ersparen wir uns eine große Investition und müssen keine bestehenden Krankenhäuser auch schließen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Vieles ist schon gesagt worden, möchte ich nicht wiederholen. Vielleicht eine Aussage vom Landesrat Drexler, die mir irgendwie hängen geblieben ist. Sie meinten zu Beginn, einen technischen Begriff wie Primärversorgungseinheit kann man den Bürgern/den Patienten nicht erklären. Deshalb hat man sich dazu entschieden, von Ärztezentren und Gesundheitszentren zu sprechen. Darüber machen Sie sich Gedanken. Sie haben aber kein Problem damit viele Fragezeichen auch stehen zu lassen. Wie schaut die konkrete Nachnutzung an den Standorten Schladming, Bad Aussee und Rottenmann aus? Wissen wir nicht. Wie schaut die Finanzierung genau aus? PPP oder aus dem Regelbudget? Wissen wir nicht. Was passiert mit den Arbeitsplätzen in der Region? Wir haben jetzt an allen drei Standorten zirka 1.000 Beschäftigte. Nachher sollen es nur mehr 600 sein. Ein Delta von 400 Personen. Sie sagen, alle werden im Gesundheitsbereich einen Job finden. Ja, wo? Ich frage wo? Muss dann die Bewohnerin von Liezen nach Radkersburg fahren oder so? Ich weiß es nicht, auch diese Antwort bleiben Sie entsprechend schuldig.

Und jetzt möchte ich zum Schluss noch zur SPÖ kommen und vielleicht auch zum Klubobmann Schwarz. Vielleicht wäre es sinnvoller gewesen, liebe Freunde der SPÖ (*LTA*bg. Schwarz: „Na, Freunde sind wir keine.), diese Aktuelle Stunde nicht hier im Landhaus, (*LTA*bg. Schwarz: „Wenn wir zwei Freunde sind, ist die Welt nicht mehr in Ordnung. Per du sind wir auch noch nicht.“) durchzuführen, sondern vielleicht hättet ihr das mit euren

Parteigenossen in Liezen durchführen sollen. Denn auch wenn Ihr hier Meinungen vertreten, decken diese sich nicht mit den Meinungen eurer Basisfunktionäre vor Ort. Ich darf daran erinnern, dass Bezirksobmann Lindner, jetzt Nationalratsabgeordneter, im Wahlkampf war, der einen Sturm der Entrüstung losgetreten hat und gesagt hat, er wird gegen die Pläne der Landesregierung ankämpfen. Von diesem Sturm ist nur mehr ein Lüfterl übergeblieben, das jetzt durchs Ennstal weht. Und auch die SPÖ Ortsgruppen in Bad Aussee – Grundlsee und wie sie alle heißen – haben offene Briefe gerichtet, haben zu Veranstaltungen geladen, Sie haben vorher bei einem Zwischenruf gesagt, Sie kommen nur zu Veranstaltungen, wo Sie eingeladen sind. (*LTabg. Schwarz. „So ist es.“*) Ich nehme an, da waren Sie eingeladen, genau wie alle anderen Landespolitiker. Die eigene SPÖ lädt Sie nicht ein – spannend. (*Beifall bei der FPÖ*) Würde mir auch zu denken geben. (*LTabg. Schwarz: „Das war eine Gemeindeversammlung. Aber mit den Fakten haben Sie es ja nicht so.“*) Komme schön langsam zum Schluss, Herr Kollege Schwarz.

Die ganze Gesundheitsdebatte wird immer von dem Begriff geprägt, das neue Zentralkrankenhaus sei alternativlos. Nichts ist alternativlos und ich bin mir sicher, dass mit der Volksbefragung... (*Präsidentin Dr. Vollath: „Die Redezeit ist erschöpft, Herr Kollege.“*) - ein Satz noch – am Sonntag ein klarer Auftrag an die Politik auch kommen wird, an die Verantwortlichen kommen wird, Alternativen zu erarbeiten und die dann entsprechend zur Umsetzung zu bringen. (*Beifall bei der FPÖ – 11.20 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: In der Aktuellen Stunde verbleiben noch 15 Minuten. Mir liegen genau drei Wortmeldungen vor. Weitere kann ich daher nicht annehmen.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Sandra Krautwaschl von den Grünen.

LTabg. Krautwaschl – Grüne (11.21 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werter Herr Landesrat, liebe Regierungsmitglieder, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Gesundheitsversorgung ist ein unglaublich sensibles Thema und es ist sehr davon abhängig, dass die Menschen das Vertrauen haben in eine Verlässlichkeit und in die bestmögliche Versorgung von dem, was sie gerade brauchen. Ich bin jetzt noch einmal herausgegangen, weil ich glaube und weil ich auch in Gesprächen mit Ärztinnen und Ärzten und anderen Gesundheitsberufen in der Region immer wieder festgestellt habe, dass hier in der Gesamtheit der Versorgung sehr wohl noch viele Fragen offen sind. Es wurde heute schon mehrmals auch

von meinen VorrednerInnen gesagt, dass es nicht möglich ist, dieses Vertrauen im Moment in der Bevölkerung herzustellen, weil eben der gesamte Plan von Ihnen nicht offengelegt wird. Weil immer wieder auf genaueres Nachfragen (*Landesrat Mag. Drexler: „Das kann gar nichts.“*) und ich werde Ihnen dazu Beispiele sagen, (*Landesrat Mag. Drexler: „Frau Abgeordnete, ich habe die Volksbefragung für den 7. April nicht bestellt.“*) keine Antworten, keine konkreten Antworten gegeben werden. Für uns ist es klar, und das habe ich auch immer betont, wenn ein Gesamtkonzept der Versorgung nachvollziehbar ist, dann können wir einer Veränderung im Gesundheitssystem durchaus auch zustimmen. Wenn wir der Bevölkerung garantieren können, dass sie darauf vertrauen können, dass sie die bestmögliche Versorgung bekommen. Sie haben ja auch immer wieder von Verbesserungen gesprochen, aber, und das möchte ich jetzt schon auch mal sagen, genau im niedergelassenen Bereich, wo wir gestern einen runden Tisch hatten, und wo ganz klar und deutlich wieder betont wurde, dass die Primärversorgung und ausreichende kassenärztliche Hausarztversorgung extrem wichtig ist, und eine geringere Sterblichkeit zur Folge hat in der Bevölkerung, die Lebenserwartung steigert und bessere Versorgung insgesamt darstellt, weil dann eigentlich die Fehlversorgung zurückgeht, das können Sie nicht sicherstellen. Und immer, wenn wir nachfragen oder, wenn ich konkrete Anfragen stelle, so wie die letzte im letzten Gesundheitsausschuss, dann wird hier allgemein geantwortet, wird geantwortet, dass das alles Bundeskompetenzen sind, dass die Krankenkasse zuständig ist (*Landesrat Mag. Drexler: „Bundes, Bundes ist gar nichts.“*) und dass Sie, ja, es ist um einen konkreten Antrag gegangen, wo es um Nachfolge von Praxen geht, wo ein Arzt schon sehr alt ist und der Vertrag nicht mehr verlängert werden kann. (*Landesrat Mag. Drexler: „Wenn Sie im Unterausschuss jede einzelne Praxis nachbesetzen wollen, ist das nicht mein Zugang zur Politik.“*) Und das ist nicht der einzige Fall, sondern das ist bei ganz vielen Punkten, wo es darum geht, die Basisversorgung sicherzustellen, immer wieder so, dass Sie hier ausweichen, dass Sie hier zwar von Primärversorgung sprechen, aber dann die entsprechenden Bereiche nicht entsprechend abgedeckt werden.

Ich möchte auch auf etwas zurückkommen, was Herr Klubobmann Schwarz heute gesagt hat. Er hat nämlich etwas gesagt, was mich wirklich ziemlich bewegt hat, weil ich das genau in anderen Bereichen nicht so wahrnehme: Wenn es um die Gesundheit geht, stehen ökonomische Fragen nicht im Vordergrund. (*LTabg. Schwarz: „So ist es.“*) Ja, aber immer dann, wenn es um die Gesundheit als Gesamtes geht, ja, und wir Ideen einbringen und Vorschläge, wie es hier zu Verbesserungen kommen kann für die Bevölkerung, wie das Vertrauen dafür entstehen kann, dass es eben nicht nur die Spitalsbetten sind, die die

Versorgung sicherstellen, sondern eben eine niederschwellige Versorgung, die dort ansetzt, wo ganz, ganz banale Dinge, wie eine kleine Verletzung oder ein alter Mensch, der chronisch krank ist, Versorgung brauchen, dann spielt dieses Prinzip offensichtlich nicht so eine große Rolle, dann sind sehr wohl ökonomische Gründe oder auch nicht Zuständigkeiten oder ein Versagen in dem Herstellen einer Zuständigkeit über den Gesundheitsfonds, wo Sie ja der Vorsitzende sind, Herr Landesrat. Und aus diesem Grund kann ich nicht sehen, dass die Versorgung im Bezirk Liezen durch dieses Leitspital, wie Sie es jetzt planen, ohne die entsprechenden sonstigen Voraussetzungen besser werden soll. Abschließend noch, weil doch die Zeit sehr kurz ist, wir haben uns das ja auch angeschaut, es ist nämlich so, stationäre Versorgung zurückzufahren, ist das eine. Betten allein bringen natürlich keine bessere Versorgung, aber es braucht das Personal und es braucht dann im niedergelassenen Bereich eine Verstärkung. Und so, wie wir das aus dem Gesundheitsplan herauslesen, gibt es insgesamt 27 % weniger Betten und 16 % weniger im niedergelassenen Bereich bei einem Rückgang der Bevölkerung um 1,6 % - und das wollen Sie als Verbesserung letztlich darstellen. Daran können wir nicht glauben und deswegen haben wir (*Präsidentin Dr. Vollath*: „Die Redezeit ist erschöpft, Frau Kollegin.“) auch diese Haltung eingenommen. Ja, ich sehe es blinken. Danke für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass es hier im Sinne der Bevölkerung doch noch zu einer insgesamt besseren Lösung kommen wird. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 11.26 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Hannes Schwarz von der SPÖ.

LTAbg. Schwarz – SPÖ (11.26 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, wertere Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon meines Erachtens ..., also es bestürzt mich etwas, dass wir seit, eigentlich jetzt seit vielen Jahren über die Frage der bestmöglichen Gesundheitsversorgung in der Steiermark hier in diesem Haus debattieren und jetzt, wenn man ehrlich ist, alle maßgeblichen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, alle Expertinnen und Experten der einhelligen Meinung sind, dass diese Strukturreform unablässig und unabänderlich ist, um dieses Gesundheitssystem für die Steiermark, für die Zukunft zu sichern. Und wenn nach zwei Jahren oder nach längerer Zeit von Debatten, hier herinnen Oppositionsfraktionen noch immer das Gleiche behaupten, was sie vor Jahren schon hier behauptet haben und das noch immer falsch ist, dann frage ich mich schön langsam, wie bereit sind Sie herinnen Fakten und

Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Das ist ja wirklich beschämend, dass Sie hier auf Tatsachen und Fakten nicht reagieren, sondern seit Jahren hier herinnen bewusst die Unwahrheit sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Das ist ja inakzeptabel. Ich meine, Kollege Murgg stellt sich hier heraus und sagt, die ärztliche Versorgung sei rund um die Uhr nicht gesichert. Das ist einfach die Unwahrheit, weil Sie nämlich eines verwechseln. Sie verwechseln Bereitschaftsdienst mit Notarztdienst. *(LTabg. Riener: „Genau.“)* Das zeigt auch, wie sehr Sie in die Tiefe der Debatte mittlerweile noch immer nicht eingestiegen sind. Der Notarztdienst in der Region Liezen ist 24-Stunden/sieben Tage die Woche gesichert und dann betreiben Sie hier herinnen, nicht aus Ihrem eigenen Unwissen hier heraus, die Bevölkerung zu verunsichern. Das lehne ich aufs Schärfste ab, Herr Kollege Murgg. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Das zeigt die ganze Blickrichtung der Oppositionsfraktionen in dieser Debatte. Sie wollen verunsichern, Sie wollen aus parteipolitischen Gründen hier heraus die Bevölkerung verunsichern und Sie bleiben nicht bei den Fakten. Der Punkt ist ja auch der, ich meine den Kollegen Meißl ernst zu nehmen, ist eine schwierige Angelegenheit, *(LTabg. Mag. Hermann: „Geh.“)* aber, wenn ich einen Teil seiner Wortmeldung ernst nehme, nämlich den mit den Spitalsbetten und dergleichen, der Kollege Royer hat das auch gesagt: Spitalsbetten sagen nichts darüber aus, wie groß die Versorgungsqualität ist. Das ist Denken aus dem letzten Jahrtausend, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(LTabg. Schönleitner: „Im niedergelassenen Bereich.“)* Es geht um die bestmögliche medizinische Versorgung. Da sagt die Anzahl der Spitalsbetten nichts aus, meine sehr verehrten Damen und Herren. Nehmen Sie das zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und wenn selbst die zuständige Gesundheitsministerin – die ja für öffentlich gelungene Auftritte nicht gerade bekannt ist, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf – wenn selbst diese Gesundheitsministerin der Meinung ist, da sagt sie lieber aber nichts dagegen, weil es offenbar eine gescheite Idee ist, dann führt das alle Argumente der FPÖ ad absurdum, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Fahren Sie doch mit diesen Schildern nach Wien und versuchen Sie einmal Ihre eigene Fraktion auf Wiener Ebene zu überzeugen, bevor Sie uns die Schilder da im Landtag Steiermark ständig hochhalten. Das ist auch Politik aus dem vergangenen Jahrtausend, weil diejenigen, die das gemacht haben, sind schon lange nicht mehr in Regierungsverantwortung und das ist auch gut so, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mir das erlauben darf. *(LTabg. Meißl: „Die SPÖ auf Bundesebene oder was?“)* Insgesamt denke ich, wir haben alle Fakten auf den Tisch gelegt. All denen, denen die Zukunft des Landes, all denen,

denen die Gesundheitsversorgung der steirischen Bevölkerung wirklich am Herzen liegt, an all die-/denjenigen kann ich nur appellieren, diese Wegweisende Reform mit uns gemeinsam zu gestalten, die Menschen nicht zu verunsichern, sondern es braucht diese Veränderung.

Zum Schluss noch, weil immer wieder Zitate in den Raum geworfen werden: Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, falls Sie es noch nicht bemerkt haben, die Welt hat sich verändert. Nicht alles, was vor 20 Jahren richtig war, ist jetzt noch richtig. Ich schätze immer Politikerinnen und Politiker, die nicht 20 Jahre lang immer das Gleiche sagen, sondern auch bereit sind, auf die veränderten Umstände in dieser Welt auch einzugehen und die Politik auf die jetzigen Gegebenheiten anzupassen. Es gibt ja nichts Schlimmeres, als wenn ich das sage, was ich vor 50 Jahren gesagt habe, und das auch in 50 Jahren noch richtig ist, sondern ich muss mich ja als Mensch weiterentwickeln, als Politikerin und Politiker weiterentwickeln. Mir machen Politiker Angst, die 50 Jahre immer das Gleiche sagen, weil dann leben sie nicht in dieser Welt und haben auch nicht die Möglichkeit offenbar vernunftbegabt auf die Veränderungen dieser Welt einzugehen. In diesem Sinne, wir wollen diese Veränderung zum Besseren für die Steirerinnen und Steirer gestalten und deswegen sollten wir für diese Gesundheitsreform eintreten. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.31 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Es verbleiben noch vier Minuten, diese gebühren Herrn Landesrat Drexler.

Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (11.31 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren!

Ich wollte mit dem ersten Punkt beginnen, den aber jetzt Klubobmann Schwarz schon sehr eindeutig und zutreffend zurechtgerückt hat.

Man kann in diesem Haus, man darf in diesem Haus nicht stehen lassen, wenn ein Abgeordneter es unternimmt zu untersagen, wir haben nach null Uhr keine notärztliche Versorgung in diesem Land. Das ist wirklich Verunsicherung pur für die Bevölkerung. Der Seniorenbund aus dem Bezirk Leibnitz ist da. Was sollen sich die Herrschaften denken, wenn sie von da weggehen und glauben, mitten in der Nacht kommt kein Notarzt mehr. Notarzt in der Steiermark 24-Stunden/365 Tage im Jahr zur Luft und zu Lande und das bleibt so. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Frau Abgeordnete Krautwaschl, ich bedanke mich für Ihren grundsätzlichen Zugang. Sie waren ja auch gestern beim Runden Tisch zur Attraktivierung der Allgemeinmedizin dabei. Ja, diese sogenannte Primärversorgung gilt es insgesamt zu stärken. Schauen Sie, was wir alles unternehmen. Schauen Sie, dass wir Nummer eins in Österreich sind bei den Gesundheitszentren oder auch Primärversorgungseinheiten genannt. Schauen Sie sich das alles an, aber natürlich ist für den niedergelassenen Bereich hauptsächlich die Sozialversicherung, zweitens die Ärztekammer zuständig. Ich bitte Sie eines, passen Sie auf, Frau Abgeordnete, Sie haben gesagt, ich habe genau mitgeschrieben, ja: „Da sollen wir nicht so *umadum tun*“ – an mich gewandt – dann muss man sich um das Herstellen von Zuständigkeiten kümmern. Also jetzt vor dem Hintergrund dessen, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen, die zwar nicht mehr im Parlament sind, aber noch an der politischen Debatte teilnehmen, mit Sicherheit die Sozialversicherungsreform als Angriff auf die Selbstverwaltung kritisieren; ich soll dann meine eigene Zuständigkeit herstellen und sie der Sozialversicherung wegnehmen. Also ich bitte Sie, ein bisserl auch Staatsbürgerkunde nebenbei zu betreiben und sich nicht in solche Forderungen zu versteigen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Aber dennoch, Ihr Zugang zur Primärversorgung und auch zum niedergelassenen Bereich ist richtig. Ich kann nur nicht jetzt auf alles eingehen. Kann Ihnen nur eines sagen, zu Ihrer Rechnung: Wenn Sie die Gesundheitszentren im RSG nicht mal drei Ärzte, sondern mal vier Ärzte rechnen, und drei bis fünf Ärzte sollen in einem Gesundheitszentrum sein, dann sind Sie schon bei der gleichen Anzahl von Allgemeinmedizinern. Also ich bitte Sie einfach wirklich diesbezüglich die Kirche im Dorf zu lassen. Ich möchte was ganz Wichtiges sagen. Frau Abgeordnete Grubesa hat darauf hingewiesen, dass wir schon vor eineinhalb Jahren eine Bürgerversammlung in Bad Aussee hatten. Die hat drei Stunden und 45 Minuten gedauert. Herr Dr. Murgg, zur unerhörten Bürgerversammlung zuletzt, die nach zwei Stunden und zehn Minuten oder was vom Moderator abgebrochen worden ist – nicht von mir. Ich bin noch eine Stunde dann bei den Leuten gestanden, falls das dem Herrn Abgeordneten Royer aufgefallen ist oder sonst irgendwem. Wir nehmen uns Zeit für diese Diskussion.

Aber eines kann ich Ihnen von den Kommunisten und Ihnen von den Freiheitlichen nicht ersparen, vor eineinhalb Jahren waren wir in Aussee allein, Frau Abgeordnete Grubesa und ich. Da hat Sie das Thema noch nicht interessiert, ja, obwohl der Regionale Strukturplan Gesundheit längst beschlossen war, obwohl längst klar war, dass wir ein Leitspital in Liezen machen. Sie sind erst jetzt, ein Jahr vor der Landtagswahl draufgekommen, dass sie plötzlich

eine Volksbefragung wollen und jede Woche so eine Debatte abführen, ja. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und an die Freiheitlichen gemünzt, tun Sie nicht immer der SPÖ sagen, wie gespalten sie ist. Sie wissen aber schon, dass die FPÖ in Stainach schwer für das Leitspital ist und zusammen mit den anderen Parteien auf einem Plakat steht, wo die Bevölkerung aufgefordert wird – von SPÖ, ÖVP und FPÖ – für das Leitspital zu stimmen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und, Herr Klubobmann Schönleitner, wenn Sie sich auf die Patientenombudsfrau Skledar berufen, wenn es um das Schadensmanagement der KAGes geht, wo wir mit Sicherheit noch viele Debatten haben werden und wo wir sicher ein bisserl was auch verändern werden, dann hören Sie der Patientenombudsfrau Skledar auch zu, bei ihrem leidenschaftlichen Plädoyer für das Leitspital. Einmal Skledar, immer Skledar, Herr Klubobmann. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Abschließend zum Argument vom Herrn Klubobmann Hermann. Alle Beschäftigten der Standorte der KAGes, also Rottenmann und Bad Aussee, haben natürlich eine Jobgarantie innerhalb der KAGes, das ist Teil einer Betriebsvereinbarung, einer Betriebsvereinbarung. *(Präsidentin Dr. Vollath: „Ich bitte zum Schluss zu kommen.“)* Gleiches gilt im Übrigen, was die Jobgarantie betrifft, auch für die Diakonie im Unternehmen. Natürlich wollen wir möglichst alle im Bezirk Liezen einsetzen. Ich habe Ihnen gestern im Radio schon gesagt, wenn aber eine Krankenschwester ins LBZ Mautern will, werden wir nichts dagegen haben. Und bei Ihrer Rechnung übersehen Sie, dass auch die bisherigen Standorte Aussee und Schladming in der Nachnutzung jedenfalls im Gesundheitsbereich bleiben werden und auch dort qualifizierte Arbeitsplätze vorhanden sind. In diesem Sinne alles zusammen: Sagen Sie Ja zum Leitspital. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.37 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass zwei Anfragen gemäß § 69 unserer Geschäftsordnung vorliegen.

Am Donnerstag, dem 28. März 2019 wurde von der Abgeordneten Sandra Krautwaschl namens des Klubs der Grünen eine Frage, mit der Einl.Zahl 3211/1, an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler betreffend „Probleme beim ärztlichen Bereitschaftsdienst“ eingebracht.

Außerdem wurde am Freitag, dem 29. März 2019 von Klubobmann Mag. Stefan Hermann namens des Klubs der FPÖ eine Anfrage, mit der Einl.Zahl 3226/1, an Landesrat Anton Lang

betreffend „Stärkung der S-Bahn im Süden von Graz während des Baus der Koralmbahn“ eingebracht.

Gemäß § 69 Abs. 8 der Geschäftsordnung ist beim Aufruf des gegenständlichen Tagesordnungspunktes die Frage mündlich zu wiederholen.

Gemäß § 69 Abs. 2 hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt.

Nach Beantwortung der Frage kann jeweils die Fragestellerin beziehungsweise der Fragesteller eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Diese darf nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und muss mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen.

Über die Beantwortung der Anfragen finden keine Wechselreden statt. Soviel zu unserer Geschäftsordnung.

Ich komme nun zur Behandlung der **ersten Befragung**, mit der Einl.Zahl 3211/1, und ersuche die Fragestellerin Sandra Krautwaschl die Frage am Redepult zu wiederholen.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.39 Uhr): Ja, danke Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landesrat!

Zum Thema passend oder zugehörend eigentlich für mich, möchte ich in meiner heutigen Befragung die Probleme beim ärztlichen Bereitschaftsdienst thematisieren. Wir haben diese Neuregelung ja grundsätzlich begrüßt – ich begrüße sie prinzipiell auch nach wie vor – haben aber nach ausführlichen Recherchen auch in anderen Bundesländern schon bei der ersten Debatte darüber auch Verbesserungsvorschläge eingebracht und jetzt eben auch Medienberichten entnommen, dass es teilweise in einigen Sprengeln schon noch sehr mangelhafte Besetzung des Bereitschaftsdienstes gibt und glauben auch, dass er vielleicht teilweise dadurch noch Anpassungen braucht an die tatsächlichen Realitäten vor Ort und ich stelle daher die Frage:

„In welchen der 24 Sprengel gibt es zum 01.04. zwischen 07.00 und 24.00 Uhr keinen durchgängigen funktionierenden ärztlichen Bereitschaftsdienst?“

Ich bitte um Beantwortung. *(Beifall bei den Grünen – 11.40 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich ersuche Landesrat Mag. Christopher Drexler die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (11.40 Uhr): Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Abgeordnete Krautwaschl!

Darf Ihnen hierzu Folgendes mitteilen: Kurze Vorwegbemerkung, bekanntlich hat es mit dem alten Bereitschaftsdienstmodell erhebliche Probleme gegeben. Erhebliche Probleme, die zu Auslastungen um die 50 % insbesondere unter der Woche geführt haben. Das Problem ist verschärft worden durch Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 29. Jänner dieses Jahres, in dem festgehalten wurde, dass aufgrund eines Formalfehlers der Ärztekammer für Steiermark derzeit keine Verpflichtung für die niedergelassenen Vertragsärztinnen und –ärzte zur Teilnahme am Bereitschaftsdienst-alt an Sonn- und Feiertagen besteht. Damit ist der Verwaltungsgerichtshof zwar von seiner bisherigen Rechtsprechung abgewichen oder von jener des Verfassungsgerichtshofes, aber das Problem ist noch zusätzlich evident geworden, dass das alte Bereitschaftsdienstmodell jedenfalls nicht mehr funktioniert hat. Wir haben also nicht aus Jux und Tollerei ein Neues gemacht, sondern weil das alte nicht funktioniert und dann ist die Verpflichtung vom alten auch noch weggefallen. Mithin ist ein neues Bereitschaftsdienstmodell zwischen Ärztekammer, Gebietskrankenkasse und Gesundheitsfonds – sprich Land ausverhandelt worden, das grundsätzlich auf Freiwilligkeit basiert, das grundsätzlich ein System von Visitendienst ist, das heißt, der Arzt fährt zum Patienten und nicht der Patient fährt zum Arzt. Ja, und es hat natürlich, wie immer, wenn es Veränderungen gibt, erhebliche Diskussionen gegeben, ob denn das geht? Ich habe erst dieser Tage wieder ein Posting von einem Arzt gesehen, der geschrieben hat, er darf jetzt nicht mehr die Ordination offenhalten am Wochenende. Was definitiv nicht stimmt. Er kann selbstverständlich seine Ordination offenhalten. Er kann nicht nur gleichzeitig eine Bereitschaft, dass er wo hinfährt, abrechnen, wenn er in der offenen Ordination Behandlungen vornimmt. Weil er kann nicht gleichzeitig in der Ordination sein und wo hinfahren. Gleichzeitig geht das nicht. Hintereinander geht das schon. Wir haben auch eine letzte Änderung vorgenommen. Es ist jetzt sozusagen der Dienstblock am Samstag auch noch zu splitten zwischen unterschiedlichen Ärztinnen oder Ärzten. Das war noch eine kleine Adaptierung. Insgesamt ist erfreulich, dass gestern am 01. April das neue Bereitschaftsdienstmodell begonnen hat und das neue Gesundheitstelefon, das damit untrennbar verbunden ist, begonnen hat – gestern, nachdem es der erste Tag war, allerdings

nicht zu der Zeit, wie es normal sein wird. Es hat gestern erst um 09.00 Uhr begonnen; gestern, 01. April, das Bereitschaftsdienstmodell hat seit gestern begonnen; Telefon seit gestern 09.00 Uhr. Wir hatten gestern von 09.00 bis 24.00 Uhr 160 Telefonate auf 1450 ... – Gesundheitstelefon. Finde ich für den ersten Tag, ehrlich gesagt, nicht schlecht – 160 Telefonate. Zwischen null und 07.00 Uhr heute waren es dann lediglich 16 Telefonate steiermarkweit. Das heißt, das ist ja der Zeitraum, den wahrscheinlich Dr. Murgg in seiner nicht ganz genauen Näherung zum Thema gemeint hat, wo wir nicht jetzt via Bereitschaftsdienstmodell fahren, sondern wo wir auch in dieser Zeit zwischen null und 07.00 Uhr via notärztliche Versorgung und Rettungsdienstversorgung fahren. Weil alle Experten, auch die Beteiligten, der Meinung waren, da wird die Anzahl so gering sein, dass wir das mit den Notärzten und mit der Rettung bewerkstelligen werden. Erster Tag zeigt in diese Richtung. Wir hatten insgesamt gestern zwischen 18.00 und 24.00 Uhr sechs Visiten in der ganzen Steiermark und wir hatten zwischen null und 07.00 Uhr zwei Einsätze mit dem Notarzt – also damit Sie eine Dimension bekommen, was stattgefunden hat. Ich kann Ihnen sagen, dass der Bereitschaftsdienst gestern am ersten Tag eine Besetzungsquote von 66 % hatte und heute am 02. April bereits eine Besetzungsquote von 75 %. Heute sind nicht besetzt, also was heißt nicht besetzt, klingt ein bisschen falsch, ein Bereitschaftsdienst nach neuem Bereitschaftsdienstmodell findet heute nicht statt in Liezen, Judenburg, Knittelfeld, Trofaiach, Kapfenberg, Mariazell, Hartberg, Joglland und Feldbach. Alle anderen Regionen sind heute, am 02. April, im Rahmen des Bereitschaftsdienstes besetzt. Noch einmal darf ich Sie daran erinnern, dass es im alten Modell vielfach 50 % waren, die nur besetzt waren und ich darf Sie daran erinnern, dass selbstverständlich alle anderen Ebenen der Versorgung aufrecht erhalten bleiben. Wir werden jetzt ständig schauen, wie sich das entwickelt. Hier gibt es nicht erst eine Evaluierung nach drei Jahren oder am Sankt Nimmerleinstag, sondern es wird begleitend jetzt die Entwicklung dieses neuen Bereitschaftsdienstmodells angesehen und soll dieser beobachtet werden. Wenn wir in einigen Monaten sehen, dass wir hier nicht eine weitgehende Abdeckung im Bereitschaftsdienstmodell haben, werde ich selbstverständlich die Verhandlungspartner Ärztekammer, Gebietskrankenkasse und Gesundheitsfonds an einen Tisch holen und über entsprechende Neuausrichtung beraten lassen. Soweit meine Antwort.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.46 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Gibt es eine Zusatzfrage? Ja.

Während du nach vorne kommst, begrüße ich herzlich die Damen und Herren des Steirischen Seniorenbundes Ortsgruppe St. Anna am Aigen, unter der Leitung des Obmannes Josef Hödl. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.47 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ja, herzlich willkommen auch allen Zuhörerinnen und Zuhörern hier im Saal. Es freut mich, Herr Landesrat, dass ja zumindest zwei meiner Anregungen, die ich bei der ersten Diskussion zu diesem Thema gebracht habe, offensichtlich jetzt schon in Umsetzung kommen, nämlich, dass Ordinationen öffnen auch für Ärzte möglich ist, auch wenn sie den Dienst splitten – zumindest habe ich Sie so verstanden, und dass die Evaluierung unmittelbar dann auch zu Veränderungen führt. Das finde ich sehr wichtig. Und meine Zusatzfrage lautet:

„Werden Sie, wie auch von uns bereits gefordert, anlässlich der letzten Diskussion, vor allem in den größeren Sprengeln auch bei Bedarf zusätzlich einen Fahrdienst nach oberösterreichischem Modell ermöglichen um den Bereitschaftsdienst weiter zu attraktivieren. *(Beifall bei den Grünen – 11.47 Uhr)*“

Präsidentin Dr. Vollath: Ich bitte um Beantwortung auch dieser Zusatzfrage.

Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (11.48 Uhr): Verehrte Frau Abgeordnete!

Die Vermutung, dass man Ordinationen nicht aufsperrern darf, war ein Missverständnis bei vielen Ärzten. Dazu hätte es keine Anregung ihrerseits gebraucht. Das war nie vorgesehen, dass das verboten wäre. Das war ein Missverständnis. Der Ausdruck „Splitting“ hat sich auf den Zeitblock am Samstag bezogen und nicht auf irgendein anderes Splitting. Chauffeure für die Allgemeinmediziner werden wir nicht vorsehen. Wir sind der Meinung, dass ein sehr attraktives Modell gefunden worden ist. Ich habe Ihnen im Rahmen der Beantwortung, glaube ich, der Beantwortung einer Dringlichen Anfrage der KPÖ unlängst auch auseinandersetzen dürfen, wie die Verdienstmöglichkeiten für die Ärztinnen und Ärzte im Rahmen dieses Bereitschaftsdienstmodelles sind, nämlich durchaus sehr ordentlich und das ist jetzt noch eine vorsichtige Formulierung, und ich glaube, dass wir damit ausreichend attraktiv sind, um die sozusagen Einmeldungen in das neue Bereitschaftsdienstmodell dorthin zu bekommen, wo wir sie haben wollen. Ich darf noch einmal sagen, wenn wir am ersten Tag trotz all der Diskussionen, die man in den letzten Wochen da und dort lesen konnte, trotz all dieser

Kassandrarufo, die es gegeben hat, selbst die Veteranen von der Gemeindeinitiative haben sich wieder zu Wort gemeldet, also, wo wir trotz all dieser Umstände am ersten Tag 66 % Auslastung hatten und am zweiten Tag 75 % haben, dann will ich den Tag nicht vor dem Abend loben, aber ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.49 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich komme zur Behandlung der **zweiten Befragung**, mit der Einl.Zahl 3226/1 und ersuche den Fragesteller, Klubobmann. Mag. Stefan Hermann, die Frage am Redepult zu wiederholen.

LTabg. Mag. Hermann – FPÖ (11.50 Uhr): Danke schön, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher!

Am 26. März erfolgte der Baustart des letzten Abschnitts der Koralmbahn. Die Steiermark wird zweifelsohne von diesem wichtigen Projekt profitieren. So wird die Koralmbahn Wirtschafts- und Entwicklungsmotor sein und die Steiermark Herzstück der baltisch adriatischen Achse. Ab 2020 wird am Bauabschnitt Feldkirchen bei Graz bis Weitendorf gebaut. Hier soll ein 3,1 Kilometer langer Tunnel errichtet werden. Es kommt zu einer Totalsperre der Landesstraße B67 neu. 20.000 Kraftfahrzeuge pro Tag werden sich auf die umliegenden Gemeinden verteilen. Im Süden von Graz herrscht ein ohnehin schon großes Verkehrsaufkommen. Es droht ein regelrechtes Verkehrschaos. Am 05. Oktober kam es im Gleinalmtunnel im Norden von Graz zu einem Unfall mit einem LKW Brand. Der Tunnel war entsprechend zwei Monate gesperrt. In dieser Zeit kam es zu einem starken Zuwachs bei der S-Bahn. Es werden sogar 20 % Zuwachs kolportiert. Da die S-Bahn-Linie im Süden von Graz schon stark genutzt wird, gilt es jetzt weitere Maßnahmen zu setzen, um die Steigerung während der Bauphase der Koralmbahn auch abdecken zu können. Meine Frage an Sie, geschätzter Herr Landesrat:

„Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um während des Baus der Koralmbahn im Süden von Graz einen vermehrten Umstieg der Verkehrsteilnehmer auf die S-Bahn-Linien bzw. generell den öffentlichen Verkehr zu fördern und zu ermöglichen?“

Ich bitte um Beantwortung. *(Beifall bei der FPÖ – 11.51 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich ersuche Landesrat Anton Lang die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Anton Lang – SPÖ (11.52 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Kollege der Landesregierung, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie Herr Klubobmann schon gesagt hat, die Bedeutung des „Jahrhundertprojektes Koralmbahn“ für die Steiermark ist, so denke ich wohl hier, unbestritten in der gesamten Steiermark. Wir sind uns sicherlich auch darüber einig, dass es nach der Inbetriebnahme dieser Eisenbahnachse zu essentiellen Verbesserungen im Schienenverkehr kommen wird, die in allen Bereichen, vor allem aber im öffentlichen Personennahverkehr sehr spürbar sein werden. Damit es aber ab 2020 während der zirka zweieinhalbjährigen Bauzeit zu so wenig als möglichen Behinderungen im Straßenverkehr kommen wird, braucht es verkehrsplanerische und vor allem auch -organisatorische Maßnahmen. In diesem Wissen laufen in meinem Verkehrsressort seit vergangenem Jahr, also schon seit 2018, intensive Vorbereitungs- und Planungsarbeiten, die rechtzeitig noch im heurigen Jahr zur Umsetzung gelangen werden. Die Abstimmung und Information zu den geplanten Maßnahmen erfolgt in einer eigens dafür installierten Arbeitsgruppe, wir haben also eine Arbeitsgruppe mit den betroffenen sechs Gemeinden hier in Graz Umgebung schon im Vorjahr installiert und es herrscht hier eine sehr konstruktive Atmosphäre. Die nächste Sitzung dieser Arbeitsgruppe, erlaube ich mir noch hier anzumerken, ist bereits wieder jetzt am 10. April.

Wie du es, Herr Klubobmann, in der Erläuterung zu deiner Anfrage richtig beschreibst, steht bei allen diesen Maßnahmen der Ausbau der Kapazität im Öffentlichen Verkehr sowohl auf der S-Bahn als auch im Busbereich im Vordergrund.

So gibt es auf der S5, also die S5 ist von Graz nach Spielfeld, ab Fahrplanwechsel im Dezember 2019, also im nächsten Jahr, folgende Verbesserungen, erstens: Ein durchgehender Halbstundentakt von Montag bis Freitag. Zweitens: Ein durchgehender Stundentakt auch am Wochenende. Der dritte Punkt, ein ganz ein wichtiger Punkt, nämlich die massive Verdichtung im Frühverkehr, weil wir dort einfach Spitzen haben, wie du ja selber weißt im südlichen Bereich von Graz. Viertens: Zwei zusätzliche Schnellzugpaare zwischen Graz und Spielfeld. Fünftens: Neben den bereits bestehenden Anlagen werden neue Park & Ride Plätze gesucht, da gibt es derzeit Verhandlungen, weil man natürlich auch die entsprechenden Grundstücke dazu braucht, um auch hier zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, damit man also hier vom PKW auf den Öffentlichen Verkehr umsteigen kann. Und auch im Busbereich gibt

es also hier schon seit langem Vorbereitungen. Diese Vorbereitungen laufen auf Hochtouren! So wurden die Planungen für den RegioBus Bereich Graz Südwest vorgezogen und die Planungen waren ursprünglich erst im Jahr 2022 angedacht. Die haben wir jetzt vorgezogen, und wir konzentrieren uns dabei auf folgende Bereiche: Es geht um die RegioBus-Linien 600, 610 und 620, auf die Linien Leibnitz/St. Georgen – Wildon – Werndorf – Kalsdorf – Feldkirchen – Graz, also ganz eine wichtige Linie von Süden Richtung Graz, dann geht es um die RegioBus-Linien 650/671, Gleinstätten – Wettmannstätten – Preding – Wundschuh – Graz, dann geht es um den suburbaner Bereich der RegioBus-Linien 630/631, das ist also Werndorf – Kalsdorf – Feldkirchen – Graz. Auch hier stehen die Kapazitätserhöhung durch Verdichtung des Angebots und eine durchgängige Vertaktung im Vordergrund der Planungsarbeiten. Neben den deutlichen Angebotsausweitungen im Fahrplan sollen begleitend auch kundennahe verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Attraktivierung gesetzt werden wie z.B. einheitliche Linienführungen, einheitliche Abfahrtshaltestellen und Ähnliches. Derzeit laufen die Abstimmungen mit den entsprechenden Busunternehmen, mit den Gemeinden erfolgt ebenfalls die Abstimmung und im April treffen wir uns wieder zu weiteren Gesprächen. Als Ergänzung noch dazu zur Kapazitätssteigerung und Attraktivierung im Öffentlichen Verkehr wird gerade ein umfangreiches Informationspaket für die Bevölkerung geschnürt, nämlich im gesamten Einzugsgebiet südlich von Graz, also nicht nur dort in diesen Gemeinden, wo also diese Baustellen unmittelbar dann im Zuge der Bauarbeiten sind, was die Koralmbahn betrifft, sondern in dem ganzen südlichen Bereich von Graz. Hier geht's mir vor allem um eines, nämlich, dass wir also hier wirklich das Bewusstsein in die Bevölkerung hineinbringen, dass wir gerade in diesen Zeiten, aber so hoffe ich auch danach, dass es hier, wenn man schon mit dem PKW fahren muss oder fahren will, verstärkt zu Fahrgemeinschaften kommt. Dass wir das in den Mittelpunkt rücken, dass wir also nicht hier immer nur die PKWs mit einer Person besetzt haben, dass man sich hier wirklich in Fahrgemeinschaften zusammensetzt, um hier also wirklich eine Entlastung auf diesen Strecken zu haben. Wir brauchen aber, um das große Ziel zu erreichen, Partner. Das sind einmal vor allem die Gemeinden und Regionen. Und hier gibt es sehr, sehr gute Gespräche und ich glaube, im Interesse der Bevölkerung, der Pendlerinnen und Pendler, muss es uns also da gelingen, alle diese Maßnahmen umzusetzen. Und ich darf dich, geschätzter Klubobmann, auch gleichzeitig bitten, du bist ja in einer Gemeinde also hier tätig als Kommunalpolitiker, dass du dich immer dort also hier schlaun machst, weil es natürlich in dieser Zeit, wo wir uns dem Baubeginn nähern, es immer wieder aktuelle Änderungen gibt,

neue Maßnahmen gibt. Wir informieren immer die Gemeinden, und so ersuche ich dort also hier die Informationen einzuhalten und wenn wir also dieses gesamte Paket, das wir vorhaben, umsetzen können, dann wird es sicher etwas angenehmer sein, für die Bevölkerung, die dort auf den Straßen unterwegs ist. Eines möchte ich abschließend auch noch sagen, also wenn es solche Bautätigkeiten gibt, wie da in den nächsten zwei bis drei Jahren auf uns zukommen, dass es nicht ganz ohne Probleme gehen wird, da möge ich bitten, dass sich das alle zu Herzen nehmen, aber wir machen alles gemeinsam mit den Projektverantwortlichen, gemeinsam mit den Gemeinden, um hier also wirklich das hintanzustellen, was öfters also schon kolportiert wird, dass es hier echt zu einem Verkehrschaos kommen wird. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.59 Uhr)*

Präsidentin Khom: Herr Klubobmann, gibt es eine Zusatzfrage? Ja!

LTAbg. Mag. Hermann – FPÖ (11.59 Uhr): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin!

Geschätzter Herr Landesrat, du hast vom Ausbau von Park & Ride Anlagen gesprochen. Meine Frage: Gibt es Überlegungen im Bereich der Bahnhaltestelle, Flughafen Graz/Feldkirchen eine Park & Ride Anlage zu errichten und wie schauen diese Überlegungen aus? Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ – 11.59 Uhr)*

Präsidentin Khom: Herr Landesrat, bitte um Beantwortung.

Landesrat Anton Lang – SPÖ (12.00 Uhr): Ja, Herr Klubobmann, ich darf das gleich beantworten. Auch dort haben wir Überlegungen in diese Richtung und es wird derzeit geprüft. Das Problem, das wir noch haben, das haben wir aber nicht dort, sondern insgesamt ist es natürlich wichtig bei diesen Park & Ride Anlagen die Grundstücke zu bekommen. Wenn sie nicht im öffentlichen Bereich sind, müssen wir natürlich hier verhandeln, aber wir haben insgesamt mehrere Standorte im Visier und so gibt es auch in diesem Bereich Überlegungen und Prüfungen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.00 Uhr)*

Präsidentin Khom: Danke, Herr Landesrat. Damit sind die Befragungen beendet und ich fahre mit den Mitteilungen fort.

Am Dienstag, dem 26. März 2019, wurde von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, mit der Einl.Zahl 3191/1, an Herrn Landesrat Anton Lang betreffend „Schwarz-Rotes Prestigeprojekt „Leitspital Liezen“ – ein finanzpolitischer Blindflug?“ eingebracht und am Sonntag, dem 31. März 2019, wurde von Abgeordneten der FPÖ eine weitere Dringliche Anfrage, mit der Einl.Zahl 3230/1, an Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus betreffend „SPÖ-Prestigeprojekt „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ jämmerlich gescheitert: Offene Fragen nach interner Prüfung der Abteilung 11 und Missständen beim Vollzug der Mindestsicherung“ eingebracht.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr damit beginnen.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfragen findet gemäß § 68 Abs. 1 je eine Wechselrede statt.

Es wurden zwölf Anfragen gemäß § 66 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages eingebracht. Weiters wurden zwei Anfragebeantwortungen gemäß § 64 Abs. 2 von der Frau Präsidentin sowie 17 Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht.

Die Anfragen sowie die Anfragebeantwortungen sind gemäß § 78 Zahl 4 auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Gemeinden, Einl.Zahl 3103/4, betreffend Gesetz vom ..., mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird zum Antrag von Abgeordneten der ÖVP und SPÖ, Einl.Zahl 3103/1.

Ich bitte um Wortmeldungen. Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Bitte, Herr Dipl.-Ing. Deutschmann. Bitte, Gerald.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (12.03 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Grundsätzlich zu dieser Gesetzesänderung ist einmal der Kurzwerdegang von mir kurz zu reißen, weil, und das wissen Sie aus den Debatten, aus den Wohnbaudebatten, dass uns und vor allem mir der Wohnbau, vor allem der geförderte, seit vielen Jahren am Herzen liegt und wir selbstredend eine Gesetzesänderung, wir seinerzeit in einem Unterausschuss beantragt haben, mit Recht, da gibt es eine Vereinbarung, dass der Termin nicht so stattgefunden hat, wie man sich das vorstellt. Mag aus anderen Gründen passiert sein. Ich auf alle Fälle, konnte zu diesem Zeitpunkt, der mir vorgegeben war, den Unterausschuss nicht besuchen. Manchmal gehen auch Termine menschlicher Weise daneben und das ist auch da so passiert. Das war keine Ignoranz, sondern das war einfach ein Versehen. Gleich zu Beginn. Grundsätzlich weise ich einmal darauf hin, dass diese Vorlage, also sprich das Gesetz, das hier geändert wird, ich darf es einmal so bezeichnen, ein „no-na“ Gesetz ist, denn es ist eine Weiterschreibung der Wohnbauförderung, was ja sowieso aus meiner Sicht nicht nur vernünftig, sondern auch richtig ist, werde aber begründen, warum wir in diesem Fall dem Gesetzesänderungstext nicht näher treten können. Interessanterweise und das mögen vielleicht meine Nachredner, vielleicht du Alexandra, mir dann erklären, in der Presseaussendung heißt es, dass in den nächsten Jahren 2.800 Wohnungen gefördert werden, also in den nächsten zwei Jahren, so wie ich es hier lese. Wenn ich mir das Globalbudget Wohnbau – Wirkungsziel: Die steirische Bevölkerung findet leistbare und nachhaltige Wohnräume vor – ansehe, welches wir im Doppelbudget beschlossen haben, so reden wir von 2019 und 2020 von jeweils 1.900 Wohneinheiten, also frage ich mich, wo hier die Erneuerung liegt? Ich möchte aber hier betonen, im Sinne einer durchaus konstruktiven Debatte, dass die Zahlen, die in diesem Antrag stehen, also sprich die geförderten Summen, die Quadratmeterpreise etc. im Verhältnis zu den Baupreisen selbstredend richtig sind und auch mit diesen Quadratmeterpreisen, wie sie jetzt in dem Gesetzestext stehen, durchaus im Sinne der Förderung das Auslangen gefunden werden kann, wenn man die letzten, sage ich einmal, drei, vier Jahre hernimmt und dann die Abrechnungen gegenüberstellt. Was uns ein bisserl stört bei dieser Geschichte, ist, dass auf der einen Seite zwar diese Weiterführung dieses Wohnbauförderungsgesetzes und der Durchführungsverordnung notwendig erscheinen hat lassen, aufgrund des Auslaufens – was ja richtig ist – hat man leider, und das ist irgendwie bedenklich aus meiner Sicht, unsere freiheitlichen Forderungen im Sozialen Wohnbau im Detail mehr oder weniger ignoriert. Und ich darf erinnern, dass wir in den letzten Jahren mehrere Anläufe genommen haben, um

unsere Position hinsichtlich des Sozialen Wohnbaues auch hier zu manifestieren. Reform der Wohnbauförderung haben wir einmal gehabt, Senkung der Baukosten, inländerfreundliche Wohnungsunterstützung, Reform des Heizkostenzuschusses, und da hat es jetzt gewisse Parameter gegeben und Entstehungsgeschichten, wo wir aus heutiger Sicht sagen: So können wir auch dieses weiterführende Gesetz nicht mittragen, wenn man nicht grundsätzlich einmal die harten Fakten angeht und die Probleme, die wir wirklich haben im geförderten Wohnbau, auf die lange Bank schieben. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ich denke und ich weiß, dass unser Landesrat Hans Seitinger sehr bemüht ist in dieser Richtung, nicht nur den Wohnbau zu erhalten, sondern auch weiterzuführen und auch konstruktiv hier die Probleme oder die Kritiken ernst nimmt oder auch weiterführt, deswegen möchte ich ein paar Dinge hier noch ansprechen, wo sie im Plan der Durchführung oder im Faktum dann nicht so passiert sind. Wenn ich sage: Wohnbau muss leistbar bleiben, teure und unzweckmäßige Bestimmungen gehören beseitigt, dann haben wir – und das habe ich ja aus der Presse entnommen – vom Landesrat seit Kurzem hier das Bekenntnis, dass es diese Durchforstung dieser Bestimmungen notwendig macht. Aber, lieber Herr Landesrat, das sind schon Dinge, die haben wir schon länger diskutiert, wir haben es auch eingebracht, in dem Antrag relativ klar formuliert, am 02.11. eingebracht im Gemeindevorschuss, am 22.01. wurde uns dann das Wohnbauförderungsgesetz in der Stellungnahme präsentiert und als solches angenommen. Es ist in Wahrheit kein Auseinandersetzen mit der Problematik.

Das Zweite ist die Transparenz im gemeinnützigen Wohnbau. Auch ein Antrag unsererseits, wo wir versucht haben, diese ganzen Berechnungsmethoden hier etwas näher ans Licht zu rücken und auch einfacher zu gestalten. Auch hier geschätzte Damen und Herren, da habe ich in der letzten Sitzung vielleicht etwas zu technoid eine Rede gehalten, über die Wärmeproblematiken und der bauphysikalischen Problematik, aber nichtsdestotrotz auch hier ist man nicht ins Detail eingegangen, sondern hat lediglich die Durchführungsverordnung zitiert. Ist ein Weg, ist aber aus meiner Sicht, wie ich mir das vorstelle, dass man auch aus der Praxis her, gewisse Dinge auch im Gesetz ändern sollte, nicht der richtige. Auch hier haben wir am 02.11. diesen Antrag eingebracht und am 22.01. dieses Jahres wurde er eben mit dem Abänderungsantrag hinsichtlich der Stellungnahme durchgewunken. Heizkostenzuschuss muss dringend reformiert werden. Liegt im Unterausschuss „Soziales“. Aktivierung und Modernisierung des gemeinnützigen Wohnbaues nach Grazer Vorbild, wurde gleich wie die anderen Geschichten eingebracht am 02.11. und auch hier wieder lediglich die Verordnung zitiert und das Gesetz, das wir ohnehin schon haben.

Und als Letztes, Wohnraum für sozial schwache Jungfamilien schaffen – mehr Vorbehaltsflächen dafür geförderten Gemeindewohnbau und umfassende Sanierung im Wohnbestand. Ein ganz wichtiger Bereich, der dem Unterausschuss „Raumordnung“ zugeordnet wurde. Wo ich glaube, dass das ein Thema ist, das uns ganz sicher mehr beschäftigen sollte, denn, geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag, wir haben nur beschränkt Bauland zur Verfügung. Die Baulandkategorien werden schwieriger, die Gemeinden, vor allem die städtischen Bereiche kämpfen mit der, sage ich einmal so, weiteren Dezentralisierung und das ist im Wohnbau gefährlich. Und darum ist es ein Gebot der Stunde, hier ganz gewiss, vor allem im Bereich der umfassenden Sanierung, im Bereich der Lückenfüllung, wenn man es so sagen darf, im Raumordnungsgesetz auch zu verankern, dass wir hier ganz bewusst in gewissen Bereichen den Wohnbau aufwerten. *(Beifall bei der FPÖ)* Es gibt Gegenden in den Städten vor allem, wo wir innerstädtisch durchwegs Bereiche haben, die vielleicht – sage ich einmal so – aus der Raumordnungsperspektive nicht unbedingt Wohnbauland sein können oder sind, aber wir haben ja die Möglichkeit der Überlagerung und hier sehe ich schon Möglichkeiten zentral, Infrastruktur nutzend in die Städte zu gehen und hier auch im Sinne der Raumordnung, im Sinne unserer Baukulturenquete, im Sinne der Zersiedelung städtisch etwas zu tun, und da könnten wir mit der Wohnbauförderung durchwegs einen Ansatz schaffen und sagen: Ja, wir wollen diese umfassende Sanierung, ja, wir wollen die Vorteilsflächen in den Gemeinden, in den Städten, in den Zentren schaffen, um hier mit der Förderung nutzvoll Jungfamilien, Bevölkerung ins Land zu bringen, in die Stadt zu bringen, um hier etwas a) der Landflucht auszuweichen und b) die Städte in der Infrastrukturproblematik zu entlasten. Ich denke, geschätzte Damen und Herren, diese Anträge, die wir eingebracht haben, sind durchaus diskutierenswert und gut. Es reicht eben nicht, glaube ich, diese mit der bestehenden Wohnbauförderung, mit dem Gesetz hier zu beantworten und stehen zu lassen.

Ich persönlich und unser Klub selbstredend, in dem Fall unter meiner Führung im Sinne des Wohnbaus, wenn ich so sagen darf, stehen natürlich voll und inhaltlich hinter dem geförderten System. Ich glaube aber, es bedarf einer breiteren Diskussion. Es gibt gewisse Dinge, die nicht so gut funktionieren, wie man glaubt. Vieles funktioniert, ich möchte den geförderten Wohnbau niemals schlecht reden, weil das ein gutes Modell ist, aber die Dinge, die ich hier angesprochen habe, sollte man diskutieren, sollte man auch überlegen, was brauchen wir neu? Was brauchen wir nicht mehr? Wo kann man Standards zurückfahren, die uns vielleicht auf vielen Dingen momentan zwar, du hast es letztes Mal gesagt, einen guten

Standort bringen, wo wir im Vergleich zu anderen Ländern durchwegs in der ersten Reihe stehen, das stimmt, brauchen wird das aber auch im geförderten Wohnbau? Sollte man einmal überlegen, und vor allem, geschätzte Damen und Herren, besinnen wir uns dessen, dass wir unsere Städte, unsere Orte aufwerten müssen – mit Wohnen und nicht mit leerstehenden Gebäuden. Danke. *(Beifall bei der FPÖ –12.12 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Wolfgang Moitzi. Bitte schön Herr Abgeordneter.

LTabg. Wolfgang Moitzi – SPÖ (12.13 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Ich glaube, Wohnen ist ein Thema, das uns fraktionsübergreifend, ja, ein hohes Gut ist da im Landtag. Wir wissen von verschiedenen Studien, dass die Wohnkosten immer mehr ansteigen und dass ein immer größerer Anteil der Einkommen für das Thema aufgewendet werden muss. Wir – und das haben wir auch schon öfter jetzt diskutiert, auch mit dem Kollegen Deutschmann – haben ein zentrales Mittel als Land Steiermark, weil Thema Wohnen ist eine klassische Querschnittsmaterie. Die Kompetenz des Landes ist vor allem im geförderten Wohnbau einfach vorhanden. Wir haben zurzeit in der Steiermark knapp 75.000 geförderte Wohnungen, die über Geschoßbauförderungen abgewickelt wurden und durch die jetzige Verlängerung haben wir in den nächsten zwei Jahren 2.800 zusätzliche Wohneinheiten; d.h. für Tausende Steirerinnen und Steirer einfach zusätzlichen, billigen Wohnraum. Weil, wenn man sich anschaut, im privaten vermieteten Sektor sind die Wohnkosten um knapp zwei Euro teurer, als im geförderten Wohnbereich. Das heißt, dass wir durch den geförderten Wohnbau, dadurch, dass wir es als Land Steiermark in der Hand haben und machen, leisten wir einfach auch einen wesentlichen Faktor zur Dämpfung der überhitzten Mittel zurzeit. Und da wundert es mich schon, dass die FPÖ, die ja hin und wieder sich als soziale Heimatpartei definiert, ich meine, durch die Sozialministerin wird das jetzt ohnehin immer weniger, dass sie das von sich selbst behaupten, zu Recht, dass die FPÖ heute einfach dagegen stimmt, wenn es darum geht, 2.800 neue Wohneinheiten für einkommensschwache Familien in der Steiermark zur Verfügung zu stellen. Weil ich glaube, da stellt sich einfach die Frage, was ist daran sozial, dass man einfach der Verlängerung des Wohnbauprogrammes nicht zustimmt? Der Effekt ist, dass, wenn alle dem Abstimmungsverhalten der FPÖ folgen würden, diese Wohnungen nicht gebaut werden. Wir haben zurzeit ein großes Problem im Mietsektor, das sind vor allem die

im privat vermieteten Bereich. Dort sind die Mieten zurzeit exorbitant hoch. Und wenn ich dann anschau, was auf Bundesebene dazu gefordert wird, die Aufhebung des Verbotes des Lagezuschlages in Gründerzeitviertel, marktkonforme Mieten bei Neubauten und Gesamtsanierungen, Schutzwirkung des Mietrechtes zu den Vermietern soll aufgeweicht werden, da wird mir eher angst und bange, wenn diese Mietrechtsnovelle auf Bundesebene kommt, weil das wird in diesem Bereich, wo wir die großen Probleme haben, nämlich im privaten Mietsektor, noch viel größer. Und genau deshalb finde ich es auch richtig und wichtig, dass wir den geförderten Wohnbau in der Steiermark weiter ausbauen, dass wir uns als Landesregierung und als Landtag dazu bekennen, dass einfach da Mittel hineinfließen.

Und ein kurzes Thema auch zum Heizkostenzuschuss, weil der angesprochen worden ist. Der ist in dieser Legislaturperiode reformiert worden und erhöht worden. Der Heizkostenzuschuss ist befeuerungsunabhängig jetzt auf 120 Euro angehoben worden. Also das, was Sie als FPÖ fordern, ist schon passiert. Deshalb werden wir natürlich als SPÖ diesem Antrag zustimmen, vielleicht werden sich das die Kolleginnen und Kollegen der FPÖ auch noch überlegen. Ich glaube, die 2.800 neuen Mieterinnen und Mieter mitsamt den Familien hätten es verdient, dass wir einen Allparteiantrag zusammenbringen, dass alle Fraktionen da zustimmen, weil der geförderte Wohnbereich einfach extrem wichtig ist, dass wir einen leistbaren Wohnraum in der Steiermark haben. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.16 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Werner Murgg. Bitteschön.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (12.16 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Nur ein Wort von mir, wir werden auch dagegen stimmen. Aber nicht, dass das in die falsche Kehle kommt. Ich habe es das letzte Mal, glaube ich, schon gesagt, ich stimme mit dem, was der Kollege Moitzi gesagt hat, eigentlich im Wesentlichen überein. Natürlich haben wir auch mit der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Novelle wenig am Hut, wenn ich das einmal so salopp sagen darf, aber uns sind schlicht und einfach die Quadratmeterpreise, die hier erlaubt sind, zu hoch. Das war schon das letzte Mal der Grund und das ist wieder der Grund, warum wir dieser Novelle nicht zustimmen werden. *(Beifall bei der KPÖ – 12.17 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Alexandra Pichler-Jessenko. Bitte schön.

LTabg. Mag. Pichler-Jessenko – ÖVP (12.17 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich finde es eigentlich wirklich sehr bedauerlich, dass wir ein Wohnbauprogramm für die Steirerinnen und Steirer, das wir seit Jahren, glaube ich, wirklich mit großem Erfolg, sowohl was die Qualität anbelangt als auch was die Quantität anbelangt, hier in der Steiermark vorantreiben, dieses Mal von der KPÖ – also Werner, mir ist es schon ein bisserl in die falsche Kehle gekommen, als auch von der FPÖ, gerade von dir Gerald, ja, als Wohnbauexperte – dieses Mal hier nicht mitgetragen wird. Es ist ein Programm, das wir fortschreiben. Es werden hier in Neubau 1.400 Geschoßbauwohnungen errichtet. Wir haben zusätzlich in der umfassenden Sanierung, das heißt alte Gebäude, die dann im Rahmen dieses Förderprogrammes saniert werden. Auch dort entstehen 1.100 neue Wohnungen und wir haben dann noch einige Tausende kleine und energetische Sanierungen. Du hast das Wirkungsziel hier genannt, Gerald, ich glaube, da sind die Eigenheime noch dabei, diese 1.900 ist das Ziel, 1.400 Neubaugeschoßwohnungen pro Jahr plus die 500 Eigenheimförderungen. Ich kann mir nur vorstellen, dass das hier gemeint ist. In Summe sind es eben diese 2.8 im Neubau, im geförderten, und die über 2.000 in der umfassenden Sanierung. Und um dieses Stück geht es hier heute und ich glaube, es ist jetzt nicht legitim, das zu vermischen, mit anderen Anträgen der FPÖ, die wir, glaube ich ausführlich auch ich hier heraußen in der letzten Landtagssitzung thematisiert haben. Es geht hier wirklich jetzt ausschließlich um die Fortführung eines äußerst erfolgreichen Wohnbauprogrammes, welches der Herr Landesrat jetzt seit Jahren für die Steiermark umsetzt.

Ein Schwerpunkt, der ist auch kritisiert worden von der FPÖ, ist diese Leerstandsthematik in den Ortschaften, also über die Steiermark verteilt und in Städten, in den kleineren Städten und nach Orten, die wir haben. Da hast du Recht und genau aus diesem Grund wurde jetzt bereits vor einigen Jahren dir Ortskernerneuerung ins Leben gerufen. Diese Förderung, die sowohl Gemeinden, aber auch gemeindenahe Institutionen nutzen können und ganz neu, wir hatten es im letzten Ausschuss, eine Förderung, die es ermöglicht zum Beispiel in einem kleinen Ort – wenn ein Haus im Ortskern zum Beispiel leer steht, ich nehme immer das Beispiel Obdach mit dem Fleischerhaus –, dass Private, sprich Gewerbetreibende Eigenkapital einsetzen, damit

sie in ihrem Ort, wo sie leben, wo sie arbeiten, wo sie zuhause sind, ein Haus sanieren, und dass im Rahmen dieser Wohnbauförderung dann wieder als geförderte Wohnungen zur Verfügung stehen. Also das ist ein komplett neues Programm, das auch wieder dieser quasi Entvölkerung der Steiermark auch entgegenwirken soll.

Das dritte Thema war eben dieses Thema Transparenz und Kosten. Wie gesagt, um das geht es heute hier nicht. Da habe ich letztens wirklich lange, ich glaube, du hast lange darüber referiert, eher fachlich, sehr gut, dann habe ich lange darüber referiert, wie diese Entwicklung mit den OIB Richtlinien war, was hier im Baugesetz passiert ist. Ich gebe dir Recht, es kann hier noch viel mehr passieren, aber wir sind laufend dran und wie mir auch die Genossenschaften – Christian Krainer, ist in diesem Ausschuss – der OIB versichert hat, hat sich hier einiges getan. Und bitte auch nicht zu vergessen, was uns gelungen ist Ich glaube, da warst du noch im Wohnbaubeirat, es war unterm Sigi Schrittwieser und Herrn Landesrat Seitinger, dass wir diese Kostenthematik im geförderten Wohnbau, was den Lift anbelangt, den wir jetzt nur mehr ab dem dritten Geschoß haben, und was die Anpassbarkeit der Wohnungen, bitte nicht die Barrierefreiheit, wir bauen nach wie vor die Häuser komplett barrierefrei, aber wir bauen sie seit dieser Änderung nicht mehr zu 100 % anpassbar, und das macht deswegen Sinn, dass ich nur 25 % der Wohnungen in jedem Haus anpassbar baue, weil wir auch nicht so viele Menschen haben, die diese Wohnungen brauchen. Der Lift plus diese Reduktion der Anpassbarkeit, die wir jetzt vor Jahren durchgesetzt haben, das macht immerhin, und das war ein großer Brocken, das haben uns die Experten ausgerechnet, die Genossenschaften, das macht 200 bis 350 Euro pro Quadratmeter im geförderten Wohnbau aus. Der uns dann wieder zur Verfügung steht.

Und, Werner, dein Argument, wir haben im geförderten Wohnbau zwei Drittel des Richtwertes. Also das ist durchaus ein gangbarer Preis. Ich verstehe nicht und das tut mir wirklich leid, warum ihr, gleich wie die FPÖ, dieses Projekt, dieses wirkliche Erfolgsprojekt „geförderter Wohnbau“ in der Steiermark nicht mitunterstützt. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.23 Uhr)*

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (12.23 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Es wird deswegen nicht wahrer, auch wenn man immer wieder behauptet, wir wären gegen den geförderten Wohnbau, Herr Kollege Moitzi. Noch einmal: Ich habe in meiner Rede auch schon das letzte Mal ganz eindeutig gesagt, dass uns der geförderte Wohnbau ein Anliegen ist

und hier – und das können wir den letzten acht Jahren entnehmen – waren wir immer auch intensiv an dem geförderten Wohnbauprojekt beteiligt und dafür stehen wir. Nicht zuletzt auch deshalb, weil ich ja selbst beruflich sehr viel mit diesen Dingen konfrontiert bin und mich damit beschäftige, geschätzte Damen und Herren, und das nicht nur mit dem Gesetzestext, sondern auch mit Wertung dieses Wohnbaues. Lassen wir das einmal so stehen. Vielleicht kann mir Herr Landesrat dann beantworten, wie viele Wohnungen wirklich neu gefördert werden, weil da im Globalbudget 1.900 pro Jahr stehen und jetzt steht 2.800 – vielleicht können wir einmal Äpfel und Birnen auseinanderklauben und dann entgegen dieser Presseaussendung klarmachen, wie viele Wohnungen 2019/2020/2021 pro Jahr wirklich in der Geschoßbauförderung neu entstehen. Das ist einfach eine Zahl, die kann man sagen, und dann wissen wir es. Es ist weder im Gesetzestext klar, noch in der Presseaussendung, weil im Globalbudget etwas Anderes steht.

So, zu dir, liebe Alexandra: Bedauerlich ist, dass du nicht zuhörst, das ist bedauerlich. Aber es ist legitim, dass man jetzt natürlich sagt: „Ist klar, ihr seid dagegen und man kann gewisse Dinge nicht junktimieren.“ Da bin ich nicht deiner Meinung. Ich kann es schon junktimieren, weil ich glaube – ich meine, es ist schon viel passiert, da gebe ich dir Recht, dass das jetzt mit dem Lift usw. habe ich auch mitgetragen, ist auch gut, ist gescheit wegen der Ersparnis, mit dem kann man gut leben. Manche können es nicht, wie wir wissen, aber im Sinne des Wohnbaues ist es gut. Nur, es ist so, als wenn man halt eine Reparatur macht und am halben Weg stehen bleibt und sagt: „Na ja, eigentlich springt der Wagen an, aber Räder habe ich noch keine drauf“, so kommt mir das vor. Es sind ja viele Dinge, die wir angreifen müssen und über die sollen wir uns aber auch schon unterhalten im Jahr 2010, dass es Bestimmungen gibt, die einfach entrümpelt gehören und wo wir uns überlegen sollten, ob wir mit Steuergeld/mit Fördergeld nicht gewisse Dinge erleichtern können. Ich weiß, dass das schleppend ist, ich weiß, dass das komplex ist, ich weiß, dass es hier verschiedene Zugänge gibt, aber das hat in unseren Anträgen Platz gefunden. Und noch einmal – und ich betone es jetzt letztmalig: Wir sind für den geförderten Wohnbau, wir wollen hier nur mehr Veränderung wissen und vor allem in der Durchführung etwas moderater, einfacher, sinnvoller machen. Das sind unsere Anträge, das sind auch die Gespräche, die wir mit den Expertinnen und Experten führen und da steigen wir keinen Millimeter herunter, weil wir glauben, dass das ein Stückwerk ist. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 12.26 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Karl Petinger. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Petinger - SPÖ (12.26 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen, werte Kollegen, werte Zuhörer!

Ich bin durchaus positiv gestimmt, da ich bei allen Wortmeldungen durchgehört habe, und ich glaube das auch, dass man zum geförderten Wohnbau in der Steiermark über alle Parteien hinweg steht. Das ist auch wichtig, wie wir in den Argumenten auch schon gehört haben, dass wir durch diese Förderung natürlich moderate Mietpreise erzielen können und das ist für viele Steirerinnen und Steirer sehr wichtig. Ich bin auch durchaus einverstanden, dass wir über verschiedene Positionen in der Wohnbauförderung reden müssen. Das passiert ja auch ständig, es ist ja nicht so, dass nicht darüber gesprochen wird: Wo kann es Verbesserungen geben? Was soll vielleicht transparenter sein? Wo sollten wir nachbessern und nachschärfen? Der Quadratmeterpreis ist von dir, Werner, angesprochen worden, dass die 2.100 Euro pro Quadratmeter zu hoch sind, muss ich leider – mir sind sie auch zu hoch, nur wir müssen auch die Realität und die Fakten sehen. Wir haben gesteigerte Preise im Wohnbau, Baukostenpreis und verschiedene andere Faktoren, Lohnerhöhungen, die dazu beigetragen haben. Das ist teilweise schon sehr, sehr schwierig, diese 2.100 Euro einzuhalten, um dementsprechend auch die Förderung zu bekommen. Alexandra hat die Fördermodelle angesprochen, die es jetzt bereits gibt, wie Ortskernverbauung usw., das haben wir ja alles, die Sanierungsförderung haben wir. Über Veränderungen und Verbesserungen immer wieder zu sprechen ist sicherlich richtig, sollten wir auch tun und passiert auch. Was ich nicht verstehe, ist, dass wir hier einen Selbständigen Antrag haben, den wir behandelt haben, der eigentlich substantiell genau für das, was Sie gesagt haben – Sie stehen zum geförderten Wohnbau, wichtig ist. Wenn wir diesen Antrag – und wir haben gehört, zwei Parteien werden auf alle Fälle nicht mitgehen – nicht beschließen, dann gibt es in den nächsten zwei Jahren keinen geförderten Wohnbau. Weil das bedeutet, was wir heute beschließen sollen und wollen, dass wir die Fortschreibung des jetzt bestehenden Wohnbauprogrammes auch 2020/2021 haben. Also, ich kann mich nicht zum geförderten Wohnbau bekennen, so wie es alle getan haben, und gleichzeitig aber sagen: „Diesen Antrag beschließen wir nicht“, im Bewusstsein, dass es zwei Jahre lang dann keinen gibt. Das ist ein Widerspruch in sich. Über alle anderen Sachen gerne, sind wir klarerweise immer bereit, ist ja auch wichtig, wenn Vorschläge der Oppositionsparteien hereinkommen, aber das ist in sich ein völliger Widerspruch. Ich muss Ihnen sagen, wenn das nicht passiert,

wenn dieser Antrag – wovon nicht auszugehen ist – keine Mehrheit hätte, dann gäbe es keine Planungssicherheit für Genossenschaften, es gäbe kein Wohnbauförderungsprogramm in diesem Sinne 2020/2021, es gäbe keine Grundstücksvorsorge, die zu treffen ist, es wäre in Wirklichkeit der Tod des geförderten Wohnbaues in der Steiermark. Um das wieder aufzuholen oder weiter fortzusetzen, das ist fast unmöglich. Weil, man kann nicht hergehen und sagen: „Es gibt eine Förderung“, so funktioniert das ja nicht, „und dann ist alles in Ordnung.“ Da sind ja Vorsorgemaßnahmen von denjenigen zu treffen, die Wohnbauförderungsmittel abholen, Grundstücksvorsorge, Finanzierung, Einreichung usw., da sind ja Vorlaufkosten zu tätigen, die niemand in seiner Verantwortung als Genossenschaftsfunktionär machen könnte oder auch würde, wenn nicht dieses Programm in dem Sinne heute fortgeschrieben wird. Da fehlt mir jedes Verständnis bei aller Kritik, die ich gerne aufnehme, bei allen Maßnahmen, die diskutiert gehören oder vielleicht verändert gehören, aber das ist völlig unverständlich, dass ich – ich wiederhole mich jetzt – auf der einen Seite sage: „Wir wollen den geförderten Wohnbau in der Steiermark, aber zustimmen tun wir dieser Fortführung nicht.“ Das ist ein Widerspruch, tut mir leid, das verstehe ich nicht. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.31 Uhr)*

Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet ist Landesrat Johann – Hans – Seitinger, bitte.

Landesrat Seitinger - ÖVP (12.31 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordnete!

Zum Schluss noch ein paar Bemerkungen meinerseits, die schon anzubringen sind nach den Wortmeldungen. Zuallererst möchte ich aber unserem Regierungspartner, der SPÖ, herzlich danken, dass sie hier in großer Verantwortung mit uns gemeinsam diese Weiterführung dieser – wie Karl Petinger das gerade zum Ausdruck gebracht hat – unverzichtbaren Wohnbauförderung mitträgt und auch mitbeschließt. Auch bei meiner Fraktion möchte ich mich sehr herzlich bedanken, die hier sehr klar auch dieses Projekt für gutheißt.

Lieber Kollege Deutschmann, nur ein paar Bemerkungen zu deinen Aussagen. Natürlich ist das Durchforsten – und das weißt du ja am allerbesten – von OIB-Bestimmungen, Raumordnungsgesetzen, Baugesetzen, 15a-Vereinbarungen etc. nicht ganz einfach, weil hier natürlich sehr, sehr viele – von Normeninstituten beginnend bis hinunter zur Gemeinde – mitreden, weil die Raumordnung ist per se natürlich in der Hauptverantwortung letztlich dann

auch in der Gemeinde. Aber wir sind hier nicht nur bemüht, sondern wir haben auch hier in den verschiedenen Bereichen und Gott sei Dank – Kollegin Pichler-Jessenko hat das ja auch gesagt – vieles zusammengebracht und werden auch im Sinne des neu vorzulegenden Raumordnungsgesetzes bzw. auch des Baugesetzes den einen oder anderen Vorschlag miteinbringen. Dass es hier weiter zu arbeiten gilt, ist überhaupt keine Frage, aber das ist, wie gesagt, nicht immer ganz einfach, weil auf Bundesebene hier viele Interessensgruppen zusammenprallen und dann letztlich ja niemand gerne einen Qualitätsabstrich machen möchte. Trotzdem versucht jeder die Begrifflichkeit „leistbares Wohnen“ hineinzutragen und das ist in sich wieder ein gewaltiger Widerspruch, das sage ich einmal. Aber was die Raumordnung anbelangt, und weil du auch die Dichte angesprochen hast, gerade im urbanen Raum, das ist schon auch eine Verantwortung der Gemeinde, die hier zu tragen ist, hier im Bereich der Dichte flexibler zu werden und die Ansprüche auch in Bezug auf das teurer werdende Grundstück neu zu ordnen oder im Sinne einer Verdichtung eines höheren Bauens dem zu begegnen, aber auch das können wir nicht immer hier vom Landtag selbst beeinflussen, sondern das liegt auch in der Verantwortung der Gemeinden. Wie es unter anderem auch in der Verantwortung der Gemeinden liegt, wie weit sie öffentliche Verkehrsflächen mit in die Dichte hineinrechnen oder auch nicht. Das sind natürlich in Summe gleich einmal sehr, sehr entscheidende Kostenfaktoren. Wenn du aber sagst, die 2.800 Wohneinheiten, das wären Zahlen, die irgendwie sozusagen aus der Luft gegriffen wären, dann darf ich dir schon sagen: Die 2.800 Wohneinheiten, die wir hier auch kundgetan haben, das sind die auf zwei Jahre angelegten zwei mal 1.400 Geschoßeinheiten. Aber, und ich möchte dazusagen, in Wirklichkeit sind es ja, was angebotene Wohneinheiten anbelangt, wesentlich mehr, weil wir ja, wie Kollegin Pichler-Jessenko gesagt, 1.100 umfassend sanieren – das heißt, aus diesen Altprojekten eigentlich auch neue Wohneinheiten machen, weil wir energetisch sanieren, auch zum Teil umfassend, über 3.600 Wohneinheiten. Die kleinen Sanierungen will ich jetzt einmal nicht so direkt hineinrechnen, weil es tatsächlich zum Teil nicht klassische Neuschaffungen von Wohnungen sind, sondern eben wesentliche Verbesserungen, auch hier haben wir 4.500 solche Verbesserungen. Dann käme noch dazu das Eigenheim, das im vorigen Jahr auch bei 500 bis 700 sogar gefördert wurde, also in Summe stellen wir da schon einiges mit dem Wohnbauprojekt Neu hier auf. Und ich glaube, das sollte man durchaus einmal auch anerkennen. Dass ich jetzt dafür bin, aber gleichzeitig dagegen bin – da bin ich beim Karl Petinger, da tue ich mir auch ein bisschen schwer, denn letztlich stimmen wir heute hier über eine ganz entscheidende Finanzsituation für die nächsten

zwei Jahre ab: Können wir uns den Wohnbau leisten oder nicht leisten? Wir wollen uns den leisten und wir wollen – und das haben wir auch beide sehr klar zum Ausdruck gebracht, auch bei der Pressekonferenz – den Steirerinnen und Steirern Sicherheit geben, dass sie in den nächsten Jahren bei all den Schwankungen, die es hier wirtschaftlich gibt, die es auch im Bereich der Baukosten gibt, die es auch im Bereich der verschiedenen Angebotslegungen gibt, die zum Teil zu hinterfragen sind, also wir wollen den Steirerinnen und Steirern die Sicherheit geben, dass sie sich das Wohnen in Zukunft auch noch leisten werden können.

Das Zweite, was ich sagen möchte: Herr Kollege Murgg, ich habe schon Verständnis dafür, dass man sagt: „Der Mietpreis ist mir immer noch zu hoch“, aber ich bitte schon auch zur Kenntnis zu nehmen, dass wir als Steirer hier mit den Kärntnern und mit den Burgenländern die drei Länder sind, die am untersten Sektor der Mietpreise sind. Sie wissen ja, dass wir die zwei Teile haben – die Sozialwohnungen, die wir wesentlich höher noch unterstützen, d.h. um ein gutes Drittel noch höher unterstützen mit einem 3%igen Zinsenzuschuss und mit einer Maximierung von 60 % des Richtwertes. Also das ist aus meiner Sicht schon ein wirklich großartiges Angebot den Mieterinnen und Mietern gegenüber. Und jetzt kann ich natürlich sagen: Gut, ich bin bei einem Euro oder bei zwei Euro, wir hatten mit dem sogenannten großen Wohnbauprogramm aus den 90er-Jahren diese – Sie wissen das – M1000er-Wohnungen, da haben wir mit 70 Cent über 20 Jahre den Persönlichkeiten Wohnungen angeboten. Und dann sind die, wie dieses Programm ausgelaufen ist und die Rückzahlungen eingetreten sind, plötzlich auf 3,50 Euro hochgefahren, wo dann auch die KPÖ gesagt hat, die Wohnungen wären fünfmal so teuer, als sie bis jetzt waren. Da muss ich dann natürlich schon ein bisschen nachdenken, was ich da sage, obwohl sie immer noch 3,50 Euro gekostet haben. Also, man kann jetzt einen Mietpreis ansetzen, der immer zu hoch ist, aber ich glaube, man muss sich auch hier fairerweise im österreichischen Durchschnitt umschauen: Wo liege ich? Wo habe ich Anpassungsbedarf? Und was kann ich meinen Persönlichkeiten, die eine Wohnung suchen, letztlich auch zumuten?

Ich möchte fünf kurze Punkte noch anschneiden, weil sie, glaube ich, schon wichtig sind in diesem gesamten Kontext Wohnen. Zum Ersten wissen wir: Das Hauptproblem ist das Wandern der Menschen vom ländlichen Raum in den urbanen Raum, da tut sich auch die Stadt Graz nicht so leicht, weil ja nicht nur die Wohnungen zu bauen sind, sondern die gesamte Lebensinfrastruktur hier mitzugestalten ist. Aber wir wollen ja – und das ist ja auch mit unserem Regierungspartner vereinbart – nicht nur die gesamte Wohneinheit hier in Graz haben, sondern wir wollen mit einer klugen Standortentwicklung draußen im ländlichen

Raum das Wohnen draußen im Lande belassen. Und letztlich auch hier mit dem Angebot, das wir dort schon haben im Bereich der Bildung, im Bereich der Freizeit, des Einkaufens usw. usf., ja auch im gleichen Maße und in der gleichen Qualität hier in Zukunft haben, wie es in den Großstädten möglich ist. Da tragen wir auch – und das hat auch Kollegin Pichler-Jessenko angesprochen – mit unserer Ortskernsanierung auch sehr, sehr viel dazu bei, dass wir diese raumordnungspolitischen Problemfelder sozusagen auch lösen.

Das Zweite sind die explodierenden Bau- und Wohnkosten: Ja, das haben wir in den letzten zehn Jahren auch ausgehend von der großen, weltweiten Finanzkrise miterleben müssen, dass sehr, sehr viele ihre Flucht in die Investition von Wohnungen getätigt haben, hier Geld angelegt haben, private Wohneinheiten gebaut und die natürlich zum Teil Anlegerwohnungen sind – spekulativer Natur da und dort, das kann man durchaus auch sagen. Aber wir stellen zur Stunde fest, dass es sogar schwierig ist – und das weiß Karl Petinger am allerbesten als einer der Verantwortlichen auch der Wohnbaugenossenschaften, dass es gar nicht mehr so leicht ist, wenn man heute große Projekte ausschreibt, Angebote zu erhalten über die verschiedenen Professionistenbereiche, sondern dass es da hier mangels Facharbeiter zu echten Engpässen kommt und damit natürlich auch die Baukosten nach oben schnellen. Und insofern ist es enorm wichtig, dass wir hier diese Wohnbauförderung auch für die Zukunft sicherstellen.

Einen zweiten Bereich, und das möchte ich auch noch kurz anschneiden, der uns sehr beschäftigt, das ist nun mal diese gigantische gesellschaftliche und demografische Entwicklung. Wir haben eine Vielzahl an Singlehaushalten, wir haben eine Vielzahl auch an Doppelwohnungen durch die Pendlerbewegungen, und wir haben natürlich auch große Bedürfnisse im Bereich der Demografie, barrierefreie Wohneinheiten zu bauen usw. usf. Aber ich glaube, dass wir auch hier relativ gut aufgestellt sind. Ein Beispiel dafür sind die Jugendstartwohnungen, die wir vor zwei Jahren oder vor einem Jahr hier getätigt bzw. ausgerufen und finanziert haben. Die sollen auch zeigen, dass wir auf diesen demografischen Wandel und auch dem gesellschaftlichen Wandel da hier eine Antwort geben.

Abschließend vielleicht noch ein Punkt, der uns sicher sehr beschäftigt, das ist der ökologische Ansatz im Wohnbau. Klimaschutz ist ein super Thema geworden, ist ein Hauptthema geworden und der Wohnbau ist einer der großen Emittenten, das wissen wir, neben dem Verkehr und auch neben der Industrie und neben den größeren Emittenten. Wir müssen hier etwas tun, wir sollten aber auch die Dinge nicht übertreiben, denn wir wissen ...
(Präsidentin Khom: „Herr Landesrat, ich muss dich bitten, zum Schluss zu kommen.“) -

jawohl, ich komme zum Schluss –, wenn wir hier nur mehr in Richtung Passivhaussystem denken, wenn wir nur mehr die Baukosten dahingehend erhöhen, um all diesen Vorgaben einzelner Rechner hier Folge zu leisten, unsere Wohnbaupolitik ansetzen, dann wird das Wohnen noch einmal unleistbarer. Und daher müssen wir auch hier den Hausverstand mit allen unseren Kräften sozusagen einsetzen. (*Präsidentin Khom: „Mit einem Halbsatz bitte.“*) In diesem Sinne ein herzliches Danke auch für die verlängerte Minute jetzt. Vielen Dank. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.43 Uhr*)

Präsidentin Khom: Es ist mir durchaus bewusst, dass jede Rednerin oder jeder Redner gerne alles, was er so mithat, an die Frau oder an den Mann bringen möchte. Ich möchte euch trotzdem daran erinnern: Die Redezeit beträgt zehn Minuten. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor, ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3103/4, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und den Grünen mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 3153/2, betreffend Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art 52 Abs. 4 L-VG zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes betreffend „Prüfbericht zu Steiermärkische Landesforstgärten – Folgeprüfung“ (Einl.Zahl 2377/2) zum Bericht, Einl.Zahl 3153/1.

Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Maria Fischer. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

LTabg. Fischer - SPÖ (12.44 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Haus und via Livestream!

In der Sitzung vom 03.07.2018 wurde der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Prüfbericht zu den Steiermärkischen Landesforstgärten, Folgeprüfung, zur Kenntnis genommen. Nachdem in diesem Bericht Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge enthalten waren, hat die Landesregierung dem Kontrollausschuss im Landtag wieder zu

berichten. Zum Rechnungshofprüfungsbericht 2018 wird nun folgende Stellungnahme abgegeben: Beim Kapitel betreffend Richtlinien innerhalb der Landesforstgärten wurden im Punkt 1 die vom Landesrechnungshof vorgeschlagenen Formulare in das Organisationshandbuch aufgenommen. Beim Punkt 2 wurden die Formulare an die Außenstellen weitergeleitet und werden zu Dokumentationszwecken mit der Investitionsrechnung mit abgelegt. Beim Kapitel betreffend Mittelverwendung wird bei Punkt 1 das mit dem Landesrechnungshof erarbeitete Formular bereits verwendet. Das Anlageverzeichnis wurde bei der Überprüfung am Jahresende vom Inventurbeauftragten mit dem Datum, Namen und Unterschrift versehen. Es wurde der Vorgang des Anlagenzukaufes und des Anlagenabgangs als eigenes Formular in das Organisationshandbuch aufgenommen. Betreffend Punkt Kassabuch kann berichtet werden, dass bei den nicht vorangekündigten Kassaprüfungen durch den Leiter der Landesforstgärten im Kassabuch am Tag der Prüfung in der letzten eingetragenen Kassabuchzeile mit Unterschrift und Datum die Prüfung bestätigt wird und weiters wird durch eine Münzliste der Bargeldbestand aufgenommen und mit dem Kassabuchsaldo verglichen. Bei der Verbuchung von Geschäftsfällen auf den Konten Anbahnungsspesen und Provisionen wird ein entsprechender Text vermerkt. Es wurde somit den Empfehlungen Rechnung getragen. Anmerken möchte ich noch, dass die steirischen Landesforstgärten bereits im Jahr 1968 gegründet wurden, steiermarkweit Marktführer bei Produktion und Verkauf nacktwurzelliger Forstpflanzen sind. Es wird besonders großer Wert auf die Forstpflanzen-Herkünfte gelegt und somit können auch sehr viele Mischbaumarten steirischer Herkunft in bester Qualität angeboten werden. Bemerkenswert ist noch, dass seit 1968 seit der Gründung über 260 Millionen Forstpflanzen an die heimische Forstwirtschaft abgegeben wurden. Diese Daten zeigen uns, wie wichtig die Steirischen Landesforstgärten sind und dass sie damit von großer Bedeutung für die Steiermark sind. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.47 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Anton Gangl. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Gangl - ÖVP (12.47 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben heute in der Debatte bis zur jetzigen Minute einen sehr breiten Raum für die Gesundheit eingenommen und wir haben über Gesundheitszentren und Gesundheitseinrichtungen diskutiert. Wir haben auch ein ganz großes Gesundheitszentrum in der Steiermark, das ziemlich flächendeckend die Steiermark sozusagen bedient, das ist nämlich der steirische Wald. Und es gibt viele Menschen, die in den Wald gehen, um zu gesunden oder um ihre Gesundheit zu erhalten, ob in sportlicher oder in mentaler Hinsicht – also der Wald ist etwas ganz Wesentliches, nicht nur als Wirtschaftsfaktor für die Steiermark. Ich brauche jetzt nicht mehr auf die Argumente des Landesrechnungshofes eingehen, die sind von der Vorrednerin sehr gut abgehandelt worden, aber ich denke, dass man diesen heutigen Tagesordnungspunkt auch dazu nutzen soll, um die Steirischen Landesforstgärten ein bisschen in den Mittelpunkt zu rücken. Es ist schon gesagt worden: Seit 1968 sind 260 Millionen Forstpflanzen abgegeben worden, nicht nur für die Waldflächen, auch viele für den öffentlichen Raum, für Naherholungsgebiete. Aber was besonders wichtig ist: Wir haben in der Steiermark, wenn ich richtig informiert bin, fünf Landesforstgärten. Die sind in klimatischen Gebieten aufgeteilt und es ist daher möglich für die Steiermark, für die steirischen Regionen auch ein dementsprechendes Pflanzenmaterial zu erzeugen und zur Verfügung zu stellen. Und es gibt eine Herkunftssicherheit daher für steirische Forstpflanzen - und wenn man so will, für den steirischen Wald. Wenn man sich in Aich den Saatgutkühlraum anschaut oder weiß, was dort geschieht: Dort können Samen unserer Waldbäume – in erster Linie sind es Fichte, Lärche und auch viele Mischbaumarten – bis zu 30 Jahre konserviert werden und dann wieder herausgeholt werden, um wieder daraus Bäume entstehen zu lassen. Also, ich denke, das ist auch ein Wissen, das wir in der Steiermark haben sollen, dass der Wald nicht nur Rohstofflieferant ist, dass er uns nicht nur hervorragende Möbel für ein behagliches Wohnen liefert und dass wir uns gerne im Wald aufhalten, weil er ein hervorragender Naturraum ist, sondern dass wir auch eine sehr tolle Einrichtung haben, nämlich die Landesforstgärten der Steiermark. Und hier gilt es, der Leitung, Herrn Dipl.-Ing. Reinhold Klausbauer, zu danken mit seinem Team, dass wir hier ein so tolles Angebot in der Steiermark haben und der steirische Wald sozusagen sicher sein kann, dass es immer wieder neben der Naturverjüngung auch Nachwuchs aus den Landesforstgärten gibt. In diesem Sinne ein Hoch dem steirischen Wald. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.50 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3153/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 3163/2, betreffend Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend „Prüfbericht zu Landwirtschaftskammer Steiermark“ (Einl.Zahl 2390/2, Beschluss Nr. 876) zum Bericht, Einl.Zahl 3163/1.

Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Albert Royer. Bitte schön, Albert.

LTAbg. Royer - FPÖ (12.51 Uhr): Ja, Frau Präsidentin, Herr Landesrat, Hoher Landtag!

Ich werde es kurz machen, möchte aber zuerst auf den Entschließungsantrag der Grünen eingehen. Lieber Lambert Schönleitner, es ist so: Christian Cramer und ich, wir sind beide Landeskammerräte, also sind in diesem Haus und auch in der Landwirtschaftskammer vertreten, was manchmal auch für den Hans Seitinger gar nicht so angenehm ist, diese Querverbindung. Wir sind durchaus kritisch in der Kammer und verfolgen das sehr mit Argusaugen, was da passiert. So gesehen kommt es gar nicht so oft vor, dass ich ausrücken muss, um die Kammer zu verteidigen. Nur, wenn du in deinem Entschließungsantrag da wörtlich hineinschreibst: „Es kann jedoch nicht sein, dass eine selbstverwaltete und unabhängige Interessensvertretung finanzielle Mittel vom Land Steiermark erhält, ohne dass eine Leistung gegenübersteht“, also das finde ich schon eine ziemliche Respektlosigkeit. Ich will es einmal so nennen, um kein anderes Wort zu gebrauchen, bei dem ich vielleicht einen Ordnungsruf bekommen würde. Also der Kammer zu unterstellen, dass es keine Gegenleistung gibt, dass sie keine Leistung erbringen und dass sie nur Geld scheffeln, ist schon ein starkes Stück. Das kann es natürlich nicht sein. *(Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ)* Das ist auch der Grund, warum wir auch nur eine Millisekunde für unsere Entscheidung gebraucht haben: Wir werden deinen Entschließungsantrag natürlich ablehnen.

Zum eigentlichen Stück möchte ich nur sagen: Entscheidend für uns oder das Interessanteste von der Kritik des Rechnungshofes ist der dritte Punkt. Der Landesrechnungshof empfiehlt, die von Mitarbeitern der Landwirtschaftskammer im Rahmen ihrer dienstlichen

Verpflichtungen ausgeführten Tätigkeiten für kammernahe Verbände, Vereine und Organisationen einheitlich und vollständig in die Stellenbeschreibungen der jeweiligen Mitarbeiter aufzunehmen und den Umfang dieser Tätigkeiten auszuweisen. Dadurch sollen organisatorische Zugehörigkeiten und klare Verantwortlichkeiten festgelegt bzw. sichergestellt werden. In der Antwort steht jetzt auch drinnen, dass das in Zukunft in der Kammerreform miteingearbeitet wird, was wir positiv finden. Das ist für uns eben der kritische Punkt. Insgesamt wünschen wir uns ein bisschen mehr Transparenz oder viel mehr Transparenz in der Landwirtschaftskammer, weil bei der besagten Strukturreform in der Kammer sind Christian Cramer und ich sowie unsere drei Kollegen sehr, sehr wenig bis gar nicht eingebunden. Die Termine werden immer so gelegt, dass dann der Christian entweder im Landtag sitzt oder im Ausschuss vom Landtag, dann ist Hauptausschusssitzung in der Kammer immer an einem Dienstag, wenn er gerade nicht Zeit hat, dann sitzt unser Kollege Leonhard Meister drinnen, der gar nicht stimmberechtigt ist. Dann schreiben sie im Protokoll: „Er hat mit dem Kopf genickt, wir werten das als Zustimmung“, also das finde ich dann schon ein wenig interessant. In diesem Bereich wünschen wir uns, dass wir mehr eingebunden sind, mehr Transparenz. Und was mir auch noch aufgefallen ist bei der Durchsicht der Unterlagen: Die Novellierung des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes, an der wird gearbeitet, auch da wünschen wir uns, dass wir eingebunden werden. Ist bis dato nicht passiert. Danke. *(Beifall bei der FPÖ - 12.54 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Renate Bauer. Bitte schön, Frau Kollegin.

LTabg. Bauer - SPÖ (12.55 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Jetzt bin ich fast ein bisschen beruhigt, dass Kollege Royer am Schluss doch noch ein paar Anmerkungen gebracht hat, weil nur eine Lobrede auf die Landwirtschaftskammer ohne irgendwelche Anmerkungen, das wäre je jetzt wirklich sehr überraschend gewesen.

Spaß beiseite. Worum es geht, brauche ich jetzt nicht mehr näher erläutern. Der Prüfbericht zur Landwirtschaftskammer ist im September vergangenen Jahres hier im Hohen Haus zur Kenntnis gebracht worden. Der Maßnahmenbericht liegt uns vor, 19 Empfehlungen sind ausgesprochen worden, eine Empfehlung ist umgesetzt, da geht es um das Qualitätsmanagement im Bereich der Kundenberatungen. Auf eine weitere Empfehlung

möchte ich auch noch kurz eingehen, auf die Aufgabenübertragung, da geht es eben um die Leistungen, die vom Land Steiermark an die Landwirtschaftskammer übertragen werden. Auch hier gibt es eine Empfehlung, sowohl rechtlich als auch verwaltungswirtschaftlich zu evaluieren, um eben eine kostengünstige Durchführung der Aufgaben zu gewährleisten. Es gibt dazu eine Studie aus dem Jahr 1998 und es ist geplant, diese Studie eben jetzt zu evaluieren, auch hier ist Bewegung in die Sache gekommen, erlaube ich mir, hier einmal anzumerken. Auf alle weiteren, noch offenen Empfehlungen will ich jetzt auch nicht einzeln eingehen, ich glaube, die kann man alle sehr gut nachlesen. Trotzdem zusammenfassend, positiv anmerken, im Rahmen der Aufgabenstrukturreform der Landwirtschaftskammer ist momentan sehr viel in Bearbeitung, in Evaluierung, es stehen gut im Bericht die einzelnen Themenbereiche drinnen. Wir werden die ersten Ergebnisse im Laufe dieses Jahres bekommen und ich nehme einmal an, einige Themen natürlich aufgrund der Größe dieser Projekte bis zum Ende des Jahres 2019 die ersten Ergebnisse vorgelegt bekommen. Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.29 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hubert Lang. Bitte schön.

LTabg. Hubert Lang - ÖVP (12.57 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf mich natürlich auch zu diesem Ordnungspunkt zu Wort melden, wenn es um die Landwirtschaftskammer und um den Maßnahmenbericht geht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Maßnahmenbericht geht ja zurück auf den Rechnungshofbericht, den wir in diesem Haus am 18. September bearbeitet, besprochen, diskutiert, aber auch den Prüfbericht zur Kenntnis genommen haben. In dieser Landtagssitzung wurde eingehendst auf die Leistungen der Landwirtschaftskammer im eigenen Wirkungsbereich und im übertragenen Wirkungsbereich eingegangen. Es wurden insbesondere auch die Leistungen im übertragenen Wirkungsbereich besprochen, im übertragenen Wirkungsbereich – wenn es um die in der Übertragungsverordnung geregelten Aufgaben geht, die die Landwirtschaftskammer für das Land Steiermark auch dementsprechend mitbegleitet und durchführt. Ich darf vielleicht noch eingangs zu vier Punkten, die die Aufgabe der Landwirtschaftskammer insgesamt erbringt, eingehen. Sie wissen, dass eine der Hauptaufgaben der Landwirtschaftskammer die Interessensvertretung ist, ob das jetzt an der Gesetzeswerdung ist, bei Novellierungen sich

einzubringen, die Interessen der Bäuerinnen und Bauern insgesamt hier Novellierungen auf gesetzlichen Neubestimmungen zu vertreten und mit zu begleiten. Das ist eine Aufgabe. Eine zweite wichtige Aufgabe ist die Beratung, die Aufgabe in der Beratung, ob das jetzt bei Investitionen in Betrieben ist, ob das Beratungsleistungen, wo es um Tierwohl geht, aber auch Beratungsleistungen, wenn es um Pflanzenschutz geht. Alle diese Beratungsleistungen im Gesamten erbringt die Landwirtschaftskammer und unterstützt damit auch unsere bäuerlichen Betriebe, wenn es um Investitionen geht oder ihre Arbeit im alltäglichen Leben betrifft. Meine Damen und Herren, weiters ist eine der wichtigsten Aufgaben der Landwirtschaftskammer Mitwirkung bei Förderabwicklungen. Das sind unterschiedlichste Möglichkeiten, wo man zu Förderungen kommen kann, wo auch hier im Landtag Beschlüsse fallen, wo wir Fördermöglichkeiten anbieten können, wenn es bei Investitionen - nur ein Beispiel - ums Tierwohl geht. Eine Aufgabe ist aber auch mit zu begleiten, wenn es darum geht, offenen Fragen bei Ausgleichszahlungen, bei Umwelt-, ÖPUL-Maßnahmen, hier steht die fachliche Beratung unserer Landwirtschaftskammer unseren Bäuerinnen und Bauern zur Verfügung. Ein weiterer wichtiger Punkt, den wir auch hier in diesem Haus des Öfteren besprechen, da geht es darum, wenn sich die Landwirtschaftskammer in der Übertragungsverordnung für die Aus- und Weiterbildung unserer Jugend engagiert, wenn es darum geht, die Facharbeiterausbildung mit zu begleiten, wenn es darum geht, die Meisterausbildung mit zu begleiten, zu organisieren und dementsprechend auch die Prüfungen abzunehmen. Das ist eine Aufgabe, die hier die Kammer auch leistet. Und Kollege Albert Royer hat es in seinen Ausführungen ja auch schon aus seiner Sicht eines Landeskammerrates und auch hier Mitglied des Hohen Hauses gebracht: Das sind Leistungen im eigenen und im übertragenen Wirkungsbereich. Ich weiß nicht, wie weit sich hier die Grünen in Kenntnis des Entschließungsantrages tatsächlich befinden. Die Begründung, die hier Albert Royer auch tatsächlich nicht nur massiv kritisiert, ist schwerstens in Frage zu stellen, aber wir werden das möglicherweise vom Kollegen der Grünen Fraktion noch hören. Es ist mir nur eines wichtig – und Sie wissen, wir haben es im September in diesem Hohen Haus eingehendst besprochen, unsere landwirtschaftlichen Betriebe stehen vor großen Herausforderungen, tagtäglich. Es gibt auch immer wieder Veränderungen, es gibt neue Entwicklungen, es gibt die Preissituation im Wettbewerb mit Welthandelspreisen. Aber eines ist uns gewiss: Unsere heimischen Bäuerinnen und Bauern leisten mit Unterstützung der Landwirtschaftskammer zum einen eine Lebensmittelsicherheit, sie versorgen uns tagtäglich mit hochwertigsten, gesunden Lebensmitteln. Und zum Zweiten ist diese Pflege der

Kulturlandschaft, die mit der Landwirtschaft verbunden ist, die Grundlage für eine Tourismusentwicklung, die – und da sind wir uns alle einige – sich in der Steiermark hervorragend darstellt. Das zeigen auch immer wieder die Steigerungszahlen im Tourismus. Und die landwirtschaftlichen Betriebe, unsere Bäuerinnen und Bauern, sind in ihrer tagtäglichen Arbeit auch mit Auflagen beschäftigt, wenn es um Umweltschutz geht, und sehr viele unserer Betriebe beteiligen sich an Umweltschutzmaßnahmen, an ÖPUL-Maßnahmen, die dem Umweltschutz, dem Naturschutz, der Biodiversität unserer Tierwelt auch dienen. Und dazu sind die Beratungsleistungen, die Unterstützung der Landwirtschaftskammer auch in Zukunft unbedingt notwendig. Zu den Ausführungen, Empfehlungen des Landesrechnungshofes zu den einzelnen Punkten – hat Kollegin Bauer schon hervorragend ausgeführt – ist nichts mehr zu ergänzen. Ich bitte Sie, in diesem Sinne diesen Bericht auch zur Kenntnis zu nehmen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.04 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Lambert Schönleitner. Bitte schön, Herr Klubobmann.

LTabg. Schönleitner – Grüne (13.04 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben über den Bericht schon ausführlich in diesem Haus beraten. Jetzt liegt uns ein Maßnahmenbericht vor, und zu dem möchte ich mich schon kurz melden, der eigentlich keiner ist, sondern in Wirklichkeit – ich fasse es kurz zusammen – ist es eine Evaluierungsankündigung: „Da wird irgendwann einmal etwas geschehen.“ Und wir sollten nicht vergessen, dass der Rechnungshofbericht, den der Landesrechnungshof hier wirklich in hoher Qualität vorgelegt hat, einer der kritischsten seit Jahren war im landwirtschaftlichen Bereich. Das muss man ganz klar sagen. Und diese Kritik, diese Schwere, sage ich, hat ja Gründe. Der Hauptgrund, den darf man nie vergessen, der ist jetzt noch ausgeblendet worden, darum sage ich ihn noch einmal, dass wir hier eine Kammer haben, und das finde ich, wenn das im ÖVP-Bereich passiert, wo man ja immer das Positive des Privaten – das sehe auch ich so – und des Eigentums ja sehr stark ins Zentrum der Politik rückt, wenn dann ausgerechnet die eigene Kammer am Ende nach so einem Prüfbericht de facto – unter Anführungszeichen – „als Verstaatlichtenkammer dasteht“, weil sie so viele öffentliche Gelder bekommt, das muss man ganz einfach einmal sehen. Die Hälfte der Finanzierung der Kammer sind Bundes- und Landesmitteln. Die gleiche ÖVP, die uns sonst sagt: „Das Eigentum ist wichtig, die

Selbstverantwortung, der eigene Hof“, die sagt jetzt: „Es ist ganz egal, dass man fragt, warum eine Kammer“, und das ist ja das Problem, „in diesem hohen Ausmaß von der Politik abhängig gemacht wird“, Kollege Royer. Und das darf man nicht übersehen. Da kommt ja ganz klar heraus, dass 50 % der Beträge aus öffentlichen Haushalten kommen, und dann soll mir einmal einer erzählen, weil die Interessensvertretung wurde bewusst angesprochen von Verschiedenen hier, dass jemand seine Interessen noch gut vertreten kann, Herr Landesrat, wenn er zu 50 % von öffentlichen Haushalten abhängig ist, sozusagen vom Staat, sage ich jetzt einmal, damit es bei der ÖVP auch gut ankommt. Das ist ein Problem und das hat der Rechnungshof auch indirekt festgestellt, indem er gesagt hat: „Wenn es Leistungsübertragungen gibt, wenn es Aufträge an die zuständige Kammer gibt, dann müssen die auch definiert sein.“ Weil, wenn man den Rechnungshofbericht dann durchliest, dann ist ja ganz klar, da steht z. B. drinnen: „Der Landesrechnungshof stellt dazu im Prüfbericht Landwirtschaftskammer Steiermark fest, dass aufgrund der Höhe der Personalkosten Verwendungsnachweis ausgewiesene Personalkosten für Beratungsleistungen jährlich über 12 Millionen Euro, davon auszugehen ist, dass der Landwirtschaftskammer im Rahmen der vereinbarten Kostenersatzleistungen nicht nur jene Kosten ersetzt werden“, also die genau definiert wurden, „die sich aus den übertragenen Aufgaben ergeben, sondern auch Kosten für seitens der Landwirtschaftskammer getätigte Beratungsleistungen im eigenen Bereich bzw. aufgrund der Eigenschaften als Interessensvertreter Landwirtschaftskammer Steiermark“. Und da geht es jetzt um die Interessensvertretung. Es ist ja ganz klar, dass 42 % des Budgets der Kammer aus öffentlichen Haushalten kommen, und wenn ich so viele Leistungen übertrage, dann ist es das Mindeste, dass ich sie genau definiere und beschreibe, was das ist. Das Zweite, was natürlich zu fragen ist: Wie hoch ist die Qualität der Beratungsleistung, wenn ich als Land Steiermark will, dass z. B. im Ökologiebereich, in der Tierhaltung – alles, was Hubert Lang ja auch angesprochen hat – hier hochqualitativ im Sinne einer Strategie beraten wird, wenn dann die Interessensvertretung, die ja auch den Landwirt vertreten soll und nicht die Öffentlichen hier der Landesregierung, weil das wäre die Aufgabe der Kammer, wenn eine so hohe finanzielle Verquickung besteht. Da wäre ja unter Umständen klüger, diese Leistungsberatung oder diese Beratungen in der eigenen Verantwortung der öffentlichen Hand wahrzunehmen. Genau dort entstehen ja in der Realität, wenn es um Nitrate oder andere Düngemittelberatungen geht, die Probleme. Und alle diese Dinge hat der Rechnungshof in seinem Bericht hier wirklich penibel genau aufgeführt. Darum muss ich sagen, bin ich echt leicht irritiert, dass uns jetzt ein Maßnahmenbericht zwar fristgerecht vorgelegt wurde – ich

glaube, es war fristgerecht -, wo nur drinnen steht: „Wir werden dann evaluieren.“ Weil in Wirklichkeit war ja die Zusage seinerzeit auch schon im Kontrollausschuss: Es wird wirklich qualitative Vorschläge geben, wie man diesen hohen öffentlichen Finanzierungsanteil einerseits herunterbringt und zweitens natürlich auch schaut, wie die Leistungen, die tatsächlich übertragen werden, hier auch korrekt beschrieben werden, oder ob es in manchen Bereichen, Herr Landesrat, vielleicht doch klüger wäre, diese Beratungsleistungen aus dem Kammerbereich herauszunehmen aufgrund der Unvereinbarkeit. Wir haben das Problem ja immer wieder auch bei Sachverständigentätigkeit der Kammer, ich könnte dir viele Beispiele liefern, aber du kennst sie ohnehin, weil wir sie dir ja auch immer wieder zur Verfügung stellen. Und darum ist der Bericht sehr kritisch zu sehen. Der Maßnahmenbericht, der uns jetzt vorliegt, der ist eine Ankündigung ohne konkrete Maßnahme. Darum hätte mich schon interessiert, Herr Landesrat, bis wann hier quasi die konkreten Dinge kommen.

Lieber Albert Royer, dass ihr unserem Entschließungsantrag nicht zustimmen könnt, das halte ich aus, so ist es halt manchmal. Wir haben z. B. bei der Reform des Wahlrechts, wo es jetzt eine 4 %-Hürde gibt, zugestimmt, da habt ihr wieder nicht zugestimmt, so ist das manchmal, das muss man aushalten. Aber ich darf dir schon auch sagen, dass es auch bei Leuten aus euren Reihen Kritik gibt an der Arbeit der Kammer, du hast es ja indirekt auch gesagt, dass vieles eben nicht klar ist. Ob das im Interesse der Landwirte das Beste ist, Kollege Lang, das darf man sagen. Und warum darf man das sagen? Ich sage es abschließend noch, weil natürlich die Situation der Landwirtschaft generell keine einfache ist und man sich immer wieder die Frage stellen muss: Ist die Richtung, die eingeschlagen wurde, die richtige? Und ich sage euch: Irgendwann wird es in der Steiermark zu einer Strategieänderung kommen müssen, denn alles, was du wieder wunderschön beschrieben hast, vom Tourismusland, vom Genussland, das kann ich nur unterschreiben. Aber es wird am Ende auch jemanden brauchen, der die jungen Hofübernehmerinnen und Hofübernehmer dabei unterstützt, wenn sie in die andere Schiene hineingehen, nämlich von der Quantität hinein in die Qualität. Das ist nämlich die große Frage, das schaffen die Betriebe selber nicht und da ist selbstverständlich in der Landwirtschaftspolitik einiges zu tun, wenn ich an den Schweinemastbereich im Süden denke: Wir haben die Nitratprobleme im Leibnitzerfeld gehabt, wir haben ganz viele Probleme im Maisbau bei den Starkregenereignissen gehabt. Die Dinge betreffen uns ja täglich. Und die Bauern sagen uns – und du kennst ja die Geschichten: „Wir können eigentlich mit den Deckungspreisen, mit dem, wie der Preis jetzt ist in der Landwirtschaft, nicht mehr wirtschaften und kommen so nicht mehr sicher zu einer Hofübergabe.“ Und da

müssen wir uns schon Gedanken machen, vorallem wenn man sieht, in welchem hohen Ausmaß ja die Höfe in den letzten Jahren abgenommen haben, die Betriebsgrößen steigen und viele nur mehr wirklich unter höchstem Engagement – und das ist ja positiv – überhaupt weiterwirtschaften in der Landwirtschaft. Da kann ja nicht alles in Ordnung gewesen sein im Bereich der Landwirtschaftspolitik. Ich sage nur noch eines: EU-Agrarfördersystem, da geht es darum, einen Deckel einzuziehen, irgendwann muss es eine Obergrenze geben, damit man eben die ersten 20 Hektar oder die ersten drei Arbeitsplätze am Hof, die qualitativ ja für uns sehr, sehr wichtig sind, gerade im Tourismus und bei anderen Dingen, dass wir die stärker fördern.

Und ich darf daher unseren Entschließungsantrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass

1. Subventionen ohne Gegenleistung an die Landwirtschaftskammer Steiermark unverzüglich beendet werden,
2. Pauschalbeträge ab sofort nicht mehr bereitgestellt werden, und
3. eine detaillierte Aufstellung der sich aus den übertragenen Aufgaben ergebenden Personal-, Sach- und Investitionskosten sowie des dazugehörigen Beratungsaufwandes von der Landwirtschaftskammer verlangt und eingehend überprüft wird.

Ich ersuche um Annahme. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 13.12 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Werner Murgg. Bitte schön.

LTAbg. Dr. Murgg - KPÖ *(13.12 Uhr)*: Liebe Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Albert Royer, hat, wenn ich richtig aufgepasst habe, irgendwie gesagt, es sei jetzt verwunderlich, dass er als Freiheitlicher die Landwirtschaftskammer verteidigt. Vielleicht ist es noch verwunderlicher, wenn ich das, nicht im Gesamten, aber doch in einigen speziellen Punkten, die die Grünen hier in ihrem Entschließungsantrag aufzeigen, als Kommunist mache. Ich sage ja auch immer „den kleinen Landwirten und den mittleren Landwirten ...“, wenn Sie so glauben, dass die KPÖ ihr Feind wäre, wenn man überhaupt von „Feind“ spricht, aber ich sage es einmal ein bisschen polemisch: Nicht die KPÖ ist euer Feind, wenn ihr einen Feind habt, dann ist es bestenfalls der Raiffeisenkonzern. Aber jetzt zum Ernst der Sache, ich gebe Kollegen Schönleitner in einem Punkt Recht: Der Maßnahmenbericht ist, glaube ich,

nicht das Gelbe vom Ei, wenn man den Rechnungshofbericht noch im Kopf hat. Also, da hat der Rechnungshof tatsächlich einige fundamentale Kritikpunkte aufgezeigt und der Maßnahmenbericht geht auf viele dieser Punkte – nur sozusagen in der Zukunft vielleicht – darauf ein, aber darauf will ich jetzt nicht eingehen.

Ich möchte doch zum Entschließungsantrag der Grünen etwas sagen. Sie haben den, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe, in zumindest den Punkt eins und zwei schon seinerzeit beim Bericht des Landesrechnungshofes eingebracht. Ich habe mich damals auch zu Wort gemeldet und ich will meine Wortmeldung jetzt präzisieren, weil auch da glaube ich, mich richtig zu erinnern, meine vielleicht etwas flapsig hingessagte Aussage „Subventionen brauchen nicht unbedingt eine Gegenleistung“ irgendwie in die falsche Kehle gekommen ist. Also, so habe ich es nicht gemeint. Aber eine Subvention ist generell dazu da, um irgendetwas aufrecht zu erhalten, was vielleicht ohne Subvention nicht mehr aufrecht zu erhalten wäre. Und Sie sagen ja, lieber Lambert Schönleitner, in Ihrer Begründung selbst, oder Sie zeigen es auch mit Zahlen auf, dass die bäuerlichen Betriebe von 72.000 auf 39.000 zurückgegangen sind, dass es nur mehr 26.600 Versicherte sind. Ich behaupte einmal: Die wenigen ganz großen Landwirtschaftsbetriebe, die auch die EU-Förderungen abholen – wir wissen das ja, wer die abholt, da sind wir ohnehin d'accord, dass da was falsch läuft –, die brauchen die Landwirtschaftskammer nicht, aber die klein- und mittelständigen Bauern brauchen sie. Und ich glaube, wenn wir das sozusagen auf Eigenmittel umstellen würden, wäre die Landwirtschaftskammer in dieser Form nicht mehr aufrecht zu erhalten. Jetzt kann man natürlich sagen, wie Sie es ja jetzt auch in der Wortmeldung gesagt haben und wie es vielleicht der Landesrechnungshof meint: „Tun wir aber, wo es jetzt Pauschalbeträge gibt, überhaupt gleich an die öffentliche Hand auslagern und lassen wir die dem Bund, das Land, diese Sachen erledigen.“ Das kann man natürlich machen, aber da brauchen wir neue Rahmenbedingungen und müssen wir die ganze Kammer neu aufstellen. Ich oder wir meinen – und deswegen werden wir eine punktuelle Abstimmung bei diesem Entschließungsantrag verlangen, den Punkt eins kann man in dieser Form nicht annehmen. „Ohne Gegenleistung“, das sagt ja niemand, dass es keine Gegenleistung derzeit gibt und mit den Pauschalbeträgen ist es genauso. Sie wollen die Pauschalbeträge ab sofort nicht mehr bereitstellen, überhaupt nicht, ob das Budget mit 42 % aus den Pauschalbeträgen gedeckt werden muss, darüber kann man diskutieren. Aber Sie haben ja auch in Ihrem Entschließungsantrag – und Sie haben es jetzt wieder vorgelesen – den Landesrechnungshof zitiert. Wenn ich das richtig verstehe, dann sagt er: „Für die Aufgaben, die laut Gesetz der Kammer zufallen, hat es sehr wohl diesen

Kostenersatz zu geben – pauschaliert, Pauschalbeträge.“ Aber darüber hinaus passieren offenbar andere Dinge, wo es auch Beträge gibt, die durch das Gesetz nicht gedeckt werden. Deswegen glaube ich zu sagen, dass Pauschalbeträge ab sofort überhaupt nicht mehr bereitgestellt werden sollen, ist falsch. Das muss man präzisieren und das muss man sich genauer anschauen. Also deswegen werden wir Ihrem Antrag nur im Punkt drei zustimmen und den Maßnahmenbericht werden wir – ich habe es eingangs gesagt – auch nicht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der KPÖ – 13.18 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Franz Fartek. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Fartek - ÖVP (13.18 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Die Landwirtschaftskammer, ja, lieber Herr Kollege Murgg, mich wundert es. Eigentlich schade, sie wird so dargestellt als Feindbild. Und was mich noch mehr wundert, dass jene, die am wenigsten mit Landwirtschaft zu tun haben, genau wissen, wie es geht. Das enttäuscht mich schon ein bisschen. *(LTabg Klimt-Weithaler: „Zuhören!“)* Ich habe dir zugehört, Frau Kollegin Klimt, ich habe schon ganz genau zugehört, aber es ist leider so.

Der Maßnahmenbericht ist gut erklärt worden und es ist darauf eingegangen worden, aber zum Entschließungsantrag vom Kollegen Schönleitner vielleicht ein paar Gedanken. Die Darstellung mit den 72.000 Betrieben 1970 und 2010 nur mehr 39.000 Betriebe, ja, das ist nicht erfreulich, da stimme ich dir zu. Aber der Vorwurf in weiterer Folge, ist auch schon gesagt worden: „Die Interessensvertretung erhält Mittel, ohne Gegenleistung zu erbringen.“ Das finde ich nicht fair den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber in der Landwirtschaftskammer und auch nicht den Funktionärinnen und Funktionären gegenüber. Wir haben das ganz klar geregelt, und das ist auch ein paar Mal erwähnt worden, die Tätigkeiten und die Arbeiten in der Übertragungsverordnung, die Aufgaben und Arbeiten müssen hier erfüllt und erbracht werden. Und wenn der eigene Bereich angesprochen wird, ja natürlich, da ergeben sich halt Überschneidungen, die ineinandergreifen und dann wird das halt auch so dargestellt und auch finanziert. Aber da ein Drama daraus zu machen, das würde ich eher hintenanstellen. Die regelmäßigen Evaluierungen, das ist ohnehin im Bericht auch so hervorgegangen. Jetzt haben wir den Bericht bekommen, da gibt es kritische Punkte, jetzt werden wir halt dann im Laufe der Zeit auch reagieren, aber das geht nicht von heute auf

morgen. Die Betriebe haben sich verändert in den letzten 20, 30 Jahren, da muss man halt ein bisschen Geduld haben. Ich bin davon überzeugt, dass das zur besten Ordnung und auch richtig geregelt und gemacht wird. Der Bericht insgesamt – und das möchte ich schon einmal sagen, weil es so dargestellt ist: „Das ist ja ein Verbrechen, was da gemacht wurde.“ Nein, so schlecht ist der Bericht nicht. Es gibt ein paar Dinge zu evaluieren, zu korrigieren und auch vielleicht im Zuge dann zu verändern. Ich möchte das schon zurückweisen, ständig diese Auswüchse von euch immer auf die Landwirtschaftskammer loszugehen, dass die nicht gut arbeiten würden, dass die das nicht richtig machen würden, also das ist auf das Schärfste zurückzuweisen. *(Beifall bei der ÖVP)* Zurück zum Entschließungsantrag: Die Betriebe haben sich halbiert, aber liebe Freunde, es werden nach wie vor 100 % der Fläche bewirtschaftet. Das heißt, es hat sich einiges in der Bewirtschaftung verändert, in der Betriebsentwicklung. Aber wir erleben auch in anderen Bereichen in der gesellschaftlichen Entwicklung Veränderungen. Es sind natürlich die Herausforderungen, die uns auch dementsprechend fordern – das ist auch schon erwähnt worden, ob das die Klimaveränderungen sind, ob das die Wetterkapriolen sind, ob das der späte Frost oder was immer auch ist. Und umso mehr, wenn wir uns diese Herausforderungen anschauen, wird die Kammer in Zukunft gebraucht, mehr denn je. Denn eines ist klar und das möchte ich noch einmal ganz klar und deutlich sagen für alle, die es vielleicht nicht genau wissen: Unsere Bäuerinnen und Bauern decken tagtäglich den Tisch für uns und leisten insgesamt eine sehr, sehr gute Arbeit und liefern hochwertige Lebensmittel. Unsere Bäuerinnen und Bauern stellen sich auch diesen neuen Herausforderungen, die sich auch immer wieder ergeben. Es ist der Klimaschutz angesprochen worden und gerade die Bodenpolitik, der Boden als Lebensressource, hier ist die Kammer beratend sehr aktiv dabei, und die Bäuerinnen und Bauern nehmen das auch an. Ob es die Energiegewinnung ist aus den nachwachsenden Rohstoffen, das Tierwohl, die Veredelungsproduktion ist angesprochen worden, hier ist überhaupt die Kammer dabei, mitten drinnen, um hier auch die Bäuerinnen und Bauern zu beraten und auch auf diesem Weg in die Veränderung zu begleiten. Ob das die biologische Landwirtschaft ist, auch hier ist die Kammer beratend aktiv und gut dabei, oder im Obst- oder Weinbau – wir haben gerade jetzt eine Herausforderung bei den Holunderbauern, wir wissen nicht, wie diese Bauern in Zukunft ihre Dinge auf den Markt bringen können. Da brauchen wir eine starke Interessensvertretung, da brauchen wir eine starke Kammer. Und meine Damen und Herren, spielen wir nicht immer die Leistungen und die Arbeiten der Kammer so herunter. Wie gesagt, um diese Herausforderungen alle zu meistern, braucht es eine starke und kompetente

Interessensvertretung, mehr denn je. Ob das neue Gesetze sind, wo sich die Kammer einbringen muss, ob das die Betriebsberatungen sind – das wurde vom Kollegen Lang auch schon sehr klar dargestellt, die fachkompetente Beratung ist immer mehr gefragt. Qualität in die Beratung hineinzugeben, die Betriebsübergaben, da braucht es Unterstützung, die Förderabwicklungen, aber vor allem, wo sie in der Zukunft wichtig ist, ist, diesen Innovationsgeist zu stärken und in der Bildung, Aus- und Weiterbildung den dementsprechenden Fokus hinzulegen. Und vieles, vieles mehr, da könnten wir noch vieles, vieles aufzählen. Die Kammer – und das ist auch schon kurz erwähnt worden – ist ja gerade dabei, auch sich neu zu orientieren, zu ordnen, um auch auf die Bedürfnisse und Herausforderung der Zukunft dementsprechend darauf Bedacht zu nehmen. Es werden Kompetenzzentren geschaffen, die gerade vor Ort die Beratung der Qualität, aber auch die Unterstützung bei diversen Herausforderungen und bei diversen Neuorganisationen auch dabei ist. Ich danke vor allem – und das möchte ich schon von hier aus ganz klarmachen – der Landwirtschaftskammer für diese jahrzehntelange, kompetente Arbeit, auch allen Funktionärinnen und Funktionären, die ja im Vorfeld die Verantwortung übernehmen, aber vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: Danke, dass Sie auch jetzt sich diesen neuen Herausforderungen und dieser neuen Ausrichtung mit diesem neuen Kompetenzzentrum stellen. Herr Landesrat, dir möchte auch danke sagen, aber auch bitten, weiterhin diese Interessensvertretung so zu unterstützen, dass es eine schlagkräftige und gute Unterstützung für die Bäuerinnen und Bauern geben kann. Und ich glaube, ein klares Bekenntnis zur Landwirtschaftskammer und ihrer Arbeit, das muss es einfach sein. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.24 Uhr)*

Präsidentin Khom: Noch einmal zu Wort gemeldet ist Klubobmann Lambert Schönleitner. Bitte schön.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (13.25 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich melde mich noch einmal zum Kollegen Murgg, weil das lasse ich so nicht stehen. Es geht um Folgendes: Subventionen sind Subventionen, da haben Sie schon Recht. Aber wenn wir dazu übergehen ... – und das ist ja der Bruch, den der Rechnungshof, glaube ich, auch sehr gut herausgearbeitet hat im Vergleich zu anderen Kammern, das hat er natürlich verglichen, aber wir kennen die Budgets von anderen Kammern, dann haben wir eine Kammer, eine Interessensvertretung, diese Interessensvertretungen sind auch verfassungsmäßig verankert,

die hier plötzlich in einem hohen Ausmaß – und das ist keine Kleinigkeit – vom öffentlichen Geld, von jenem der Regierungen, ich sage es ganz bewusst, abhängig sind. Und diese Unabhängigkeit gilt es auch zu schützen, weil jeder, der Sozialpartnerschaft ernst nimmt, der die Interessensvertretung ernst nimmt, der kann doch nicht sagen: „Es ist egal, was eine Bundesregierung einer Kammer gibt“, egal ob es die WKO, die Arbeiterkammer oder die Landwirtschaftskammer ist, sondern der muss ja sagen: „Das System hat ja ein Grundprinzip.“ Das Grundprinzip der Kammern ist, dass sie selbständig, eigenverantwortlich mit Geldern ihrer Mitglieder, die diese Kammer quasi unterstützen, um ihre Interessen zu vertreten, finanzieren. Und wenn es jetzt bestimmte Leistungen gibt, die in einem bestimmten Ausmaß übertragen werden – von zehn, 15, 20 % würde keiner was sagen, wenn die noch dazu genau beschrieben wären, was das ist. Aber wenn in diesem Rechnungshofbericht – und lest ihn bitte noch einmal durch – davon die Rede ist, dass es einen Pauschalbetrag gibt, wo ganz viel im Personalkostenbereich drinnen liegt, und es ist nicht beschrieben, was das genau ist und zusätzlich sind wir schon bei 50 % der Ertragslage der Kammern, Kollege Seitinger, die die Landwirtschaftskammer von der öffentlichen Hand bekommt, dann muss man sich politisch die Frage stellen: Ist es legitim, dass so viel Geld von Regierungen in eine Kammer geht? Aus meiner Sicht ist das nicht der Fall. Die Wirtschaftskammer macht es anders, die Arbeiterkammer hat es auch nicht in dieser Form. Auch, wenn die Landwirtschaft stark unter Druck ist, dann kann die Politik immer entscheiden, Mittel auch direkt den Landwirten zu geben. Aber wenn sie an die Kammer gehen, dort mit einem hohen Personalaufwand plötzlich ein Pauschalbetrag steht und der ist nicht ausreichend beschrieben, das ist aus meiner Sicht schon ein großes Problem. Das darf man nicht einfach so vorbeigehen lassen. Darum bin ich gespannt, wie diese zukünftigen Regelmechanismen, diese Verträge jetzt ausschauen werden, diese Übertragungen dieser Leistungen und ob man vielleicht am Ende doch ein bisschen herunterkommt mit den öffentlichen Finanzierungen der Landwirtschaftskammer. Da geht es nicht darum, Kollege Fartek, dass irgendwer gegen die Landwirtschaft pauschal wäre, das ist deine Welt, die du wahrscheinlich bei einer ÖVP-Bauernbundveranstaltung gerne so sagen kannst, dass alle anderen gegen die Landwirtschaft sind. Das Problem, Kollege Fartek, ist, dass die Landwirtschaft, wenn man es sich im europäischen Kontext jetzt anschaut, massiv unter Druck ist, dass uns die Betriebe wegbrechen, dass die Qualitäten wegbrechen, dass die Betriebe, die ökologisch wirtschaften wollen, sich das vielfach nicht mehr leisten können. Da muss man einfach schauen: Was tun wir? Wie setzen wir unsere Mittel gut ein? Und wie schaut eine Landwirtschaftspolitik aus? Dass das mit einem 50 %-Ertragsanteil von

öffentlichen Haushalten in der Kammer automatisch gewährleistet ist, das ist ein völliger Unsinn. Da geht es um ganz viel. Ich kann mich noch gut an den Beginn der Bio-Entwicklung in Österreich erinnern, wie die Milchbauern zum Teil damit angefangen haben, dann waren die Weinbauern später dran, die sind ja von der Kammer in diesen Beginnzeiten nicht unterstützt worden. Mittlerweile ist das so, mittlerweile sagt auch die Kammer: „Bio ist wichtig!“ Übrigens, auf Grünem Antrag in der Kammer - Thomas Waitz - gibt es jetzt einen Bio-Ausschuss in der Landwirtschaftskammer, da ist ja einiges dann passiert. Aber grundsätzlich muss man schon sagen, in der Landwirtschaftspolitik liegt doch auch einiges im Argen, auch in der Förderpolitik liegt einiges im Argen, und wir haben es eben nicht geschafft, die Betriebe abzusichern. Deswegen ist es auch wichtig, Landwirtschaftsdebatten zu führen. Nur weil man sagt: „Das System, das vorliegt, passt so nicht, weil es keine Unabhängigkeit gibt, weil es nicht wirklich unterstützt und auch nicht sinnvoll ist“, ist man deswegen nicht gleich gegen die Landwirtschaft. Das ist eure Vereinfachung der Dinge. Ich glaube, Landwirtschaft ist extrem wichtig, nur wir müssen halt irgendwann auch schauen, dass wir für die Betriebe etwas tun und manche Produkte auch aus dem Regal nehmen. Denn das ist auch eine politische Verantwortung, wenn Billigfleisch daherkommt, Billigprodukte daherkommen, da muss die Politik halt irgendwann hergehen und Qualitäten festschreiben. Bei den Eiern z. B., wir haben keine Käfighaltung, das ist super, das ist gut, da war Österreich Vorreiter, aber wenn uns die Produkte über die Grenze hereinkommen im Verarbeitungsbereich, die dann unsere gut wirtschaftenden Betriebe konkurrieren, dann läuft etwas schief. Ja, wo war da die Interessensvertretung der Landwirtschaftskammer? Sehr stark war sie nicht. Bei Bad Blumau z. B., wo es um das Großglashaus gegangen ist, was nahezu alle anderen Biobauern in diesem Marktsegment von Gurken, Paprika und Tomaten weggerafft hat, haben wir auch die Kammer erst bewegen müssen, dass sie dann einen Beschluss fassen und sagen: „Das ist keine gute Entwicklung“, Herr Landesrat ist bis heute drauf in diese Richtung. Da müssen wir ganz einfach hinschauen, weil wenn der Lebensmittelhandel auch noch damit beginnt, den Bauern den Grund und Boden zu nehmen und selbst zu bewirtschaften, ja dann hat irgendetwas versagt - die Politik jedenfalls und vielleicht auch die Landwirtschaftskammer. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 13.30 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hubert Lang. Bitte schön.

LTabg. Hubert Lang - ÖVP (13.30 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auf einige Punkte darf ich replizieren. Ich freue mich insofern doch für die sachliche Diskussion und Darstellung des Maßnahmenberichtes, aber auch über Zustimmung aus Wortmeldungen. Wo es keine Zustimmung und keine Gemeinsamkeiten gibt, ist ja wenig überraschend, das ist schon – ich will nicht sagen – Tradition mit dem Kollegen Schönleitner, wenn es um die Landwirtschaft geht und wenn es darum geht, die Bedeutung der Landwirtschaft, die Bedeutung unserer Bäuerinnen und Bauern auch dementsprechend wertzuschätzen, aber auch damit verbunden die Bedeutung und Mitbegleitung und Mitunterstützung, die die Bäuerinnen und Bauern tagtäglich über die Landwirtschaftskammer nicht nur bekommen, sondern sie auch braucht.

Ich darf vielleicht auf einige Wortmeldungen näher eingehen. Herr Kollege Murgg hat die Anzahl der bäuerlichen Betriebe beschrieben, dass wir jetzt auf 26.000 in etwa sind. Herr Kollege Murgg, ich muss trotzdem darauf hinweisen, dass die Anzahl der Betriebe eine Sache ist und aktuell haben wir mit gestern 136.461 Personen, die Mitglieder in der Landwirtschaftskammer sind. (*LTabg. Cramer: „Das ist mit den Juridischen!“*) 136.461, lieber Christian Cramer, du bist selber in diesem Haus als Kammerfunktionär der Landwirtschaftskammer anwesend und Mitglied. Über 136.000 nehmen die Dienste der Landwirtschaftskammer in Anspruch, profitieren davon und mit dieser Unterstützung sind sie auch im landwirtschaftlichen Bereich tätig.

Zu den drei Punkten, die hier im Entschließungsantrag angeführt worden sind: Lieber Kollege Schönleitner, die Landwirtschaftskammer erhält keine Subventionen ohne Gegenleistung, sondern einen Personalkostenersatz für im Auftrag des Landes durchgeführten Aufgaben. Das haben wir im September eingehendst besprochen. Auch heute sind genau diese Themen besprochen worden. Und es spricht schon von politischer Verantwortung, ob wir Sachthemen oder Sachlagen auch zur Kenntnis nehmen können. Lieber Herr Klubobmann der Grünen, lieber Lambert, jetzt weiß ich ja, dass du, was das Thema Landwirtschaft betrifft, deine Vorbehalte hast. Aber es kann nicht sein, wenn Tatsachen auf dem Tisch liegen, die der Landesrechnungshof geprüft hat, die wir tagtäglich wissen, dass du die absolut nicht zur Kenntnis nehmen willst. Du stellst Leistungen in Frage, du bezeichnet es als Subventionen und ich darf diese Leistungen, die erbracht werden, noch einmal in Erinnerung rufen. Für das steiermärkische Tierzuchtgesetz, das wir 2009 beschlossen haben, wird die Vollziehung über die Landwirtschaftskammer abgewickelt – Leistungsprüfung, Zuchtwertschätzung, ich lade

dich gerne einmal nach Greinbach ein, wo Versteigerungen für Zuchtrinder stattfinden, damit du das einmal tatsächlich miterlebst, unter welchen Herausforderungen welche Leistungen unsere Landwirte ständig erbringen, und tatsächlich dementsprechend auch zum Biowohl unsere Rinderbauern die Milch, den Käse, den wir tagtäglich auch essen, zur Verfügung stellen. Das Steiermärkische land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz, 1991 beschlossen, regelt die Fachausbildung für landwirtschaftliche Betriebsführerinnen und Betriebsführer, die machen die Facharbeiterprüfung und auch die Meisterausbildung. Das sind Leistungen, die natürlich von Fachleuten mitbegleitet werden und dementsprechend auch Prüfungen unterzogen werden. Ein großes Thema hier in diesem Haus ist die Imkerei, die Zukunft der Bienen. Und lieber Kollege Schönleitner, du bist einer, der am stärksten artikuliert, wenn es um die Zukunft der Bienen geht. Das ist ein großes Thema. Wir haben derzeit im Imkerei-Sektor nicht nur die Ausbildung, es geht um die Zukunft der Bienen. Wir haben derzeit Diskussionen, was die unterschiedlichen Rassen betrifft, es geht aber auch um die Zukunft der Bienen, wenn es um Wildbienen geht. Hier sind Beratungsleistungen der Landwirtschaftskammer, um die Zukunft der Bienen abzusichern, unbedingt notwendig, und ich bitte dich, dass du diese Beratungsleistungen nicht in Frage stellst. Meine Damen und Herren, weitere im Auftrag des Landes Steiermark durchgeführten Arbeiten betreffen ja uns auch, die wir immer wieder diskutieren, u.a. das Pflanzenschutzmittelgesetz. Hier sind vor Ort aus der Praxis Menschen, die tagtäglich wissen, wie man Pflanzenschutzmittel effektiv einsetzt, wenn es um die Gesundheit der Pflanzen geht, wenn es natürlich auch um die Gesundheit der Anwender geht, wenn es um einen effektiven Einsatz geht, dass Pflanzenschutzmittel nur zu bestimmten Zeiten und wenn es nur wirklich notwendig ist, eingesetzt werden, und Pflanzenschutzmittel nur dann eingesetzt werden, wenn biologische Maßnahmen – und ihr kennt das, wenn wir Marienkäfer zur Bekämpfung von Blattläusen einsetzen, dann sind das Versuche, dann sind das in der Praxis umgesetzte, zum Wohl unserer aller durchgeführten Pflanzenschutzmaßnahmen. Und ich bitte dich, diese Beratungsleistungen nicht in Frage zu stellen. Ein großes Thema, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Erfolgsgeschichte des steirischen Weines. Der steirische Wein ist ein Aushängeschild unseres Landes. Der steirische Wein – Erfolgsgeschichte - wird über Beratungsleistungen, über die Landwirtschaftskammer mitbegleitet, die Qualitätssicherung wird durchgeführt, ein Aushängeschild im steirischen Tourismus. Meine Damen und Herren und lieber Kollege Schönleitner, ich bitte dich, irgendwann einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass man diese Beratungsleistungen nicht in Frage stellen soll. Unsere Landwirte leisten

tagtäglich hervorragende Arbeit, sie brauchen die Unterstützung, die Beratungsleistungen unserer Landwirtschaftskammer in den vier Bereichen, die ich auch schon geschildert habe. Diese Kritik, die hier geäußert worden ist, ist ungerecht gegenüber den Landwirten, aber insbesondere unserer Mitarbeiter in der Landwirtschaftskammer. Und wenn du mich direkt fragst, ist diese Kritik deinerseits auch inkompetent und daher auch strikt abzulehnen. Ich bitte dich noch einmal, diesen Maßnahmenbericht in der angeführten Form auch zur Kenntnis zu nehmen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.39 Uhr)*

Präsidentin Khom: Der Landtag Steiermark ist ein sehr offenes Haus und wir freuen uns immer ganz besonders, wenn wir Besucherinnen und Besucher bei uns im Haus begrüßen dürfen. Ich freue mich sehr, die Schülerinnen und Schüler der Handelsakademie Feldbach unter der Leitung von Frau Professorin Dr. Birgit Wahl bei uns zu begrüßen. Herzliches Grüß Gott! *(Allgemeiner Beifall)* Politik geht Jung und Junggeblieben an, darum freue ich mich ganz besonders, die Feuerwehrsenioren der Freiwilligen Feuerwehr Feldkirchen bei Graz unter der Leitung von Herrn Franz Pichler zu begrüßen. *(Allgemeiner Beifall)*

Und ich darf nun abschließend Landesrat Johann Seitinger bitten.

Landesrat Seitinger - ÖVP (13.40 Uhr): Danke, geschätzte Frau Präsidentin!

Ich darf zusammenfassend zu diesem Maßnahmenbericht, also zu dem Gesagten zum Maßnahmenbericht das eine oder andere noch anfügen. Zuallererst vielleicht ganz über den Dingen stehend eine Bemerkung oder eine Vorbemerkung: Bei der Gründung der Europäischen Union – und wir haben ja jetzt in Bälde Wahlen wieder zur Europäischen Union und zum Parlament – gab es zwei ganz entscheidende Prioritäten. Die erste Priorität war, den Frieden in Europa zu sichern und die zweite Priorität war, den Hunger zu stillen und die Versorgungssicherheit und die Ernährungssicherheit in Europa auch entsprechend zu gewährleisten. Das ist auch der Grund, meine Damen und Herren, warum in Europa einzigartig die Landwirtschaftspolitik gemeinschaftlich organisiert ist, und das wird ja auch sehr oft sehr differenziert dargestellt. Gemeinschaftlich organisiert ist das auch im Budget, etwa 38 % des europäischen Budgets ist Landwirtschaft, das sieht im ersten Moment sehr viel aus, alle sagen: „Na, um Gottes Willen, das sind alles Subventionen, die die Bauern bekommen“, in Wirklichkeit zahlen alle Nationalstaaten hier in die Europäische Union ein

und die Mittel werden entsprechend den verschiedensten Beschlüssen den Ländern aufgrund ihrer Programme wieder zugeordnet. Unterm Strich ist es nicht einmal ein Prozent der gesamten Budgets, die in den Nationalstaaten insgesamt beschlossen sind, die Landwirtschaftspolitik ausmachen. Da sollte man auch vielleicht einmal voranstellen die Bedeutung der Versorgungssicherheit und den doch sehr bescheidenen Grat des Budgets. Man könnte durchaus zum Ausdruck bringen: Was ist den Europäern wirklich was wert? Nicht einmal ein Prozent ist ihnen eine gesicherte Ernährung, eine gesicherte Versorgungssicherheit und letztlich auch eine gesicherte Pflege unserer Kulturlandschaft wert. In Wirklichkeit ist es ein außerordentlich bescheidener Betrag, das sollte einmal hier in diesem Landtag gesagt sein. Zum Zweiten, Herr Kollege Schönleitner, und das möchte ich schon noch einmal sehr klar ansprechen, du sprichst hier von Subventionen, von Beiträgen von 50 % für eine aus deiner Sicht großteils undefinierte Leistung. Eines kannst du mit Sicherheit annehmen, und zwar ist es das, dass all diese Leistungen, die wir der Landwirtschaftskammer abgelten, hier vom Land abgelten, die am strengsten kontrollierten Leistungen sind, und zwar in der Vorgabe, welche überhaupt finanziert werden dürfen und in der Kontrolle, wie sie erbracht wurden. Das möchte ich hier einmal sagen und dass, solange ich denke kann hier in diesem Raume oder darf und auch vor mir war es schon so, verschiedenste politische Interessen immer wieder den Fokus hier auf die Landwirtschaftskammer und die Kontrolle darauf gerichtet haben. Und immer wieder wurden die Maßnahmenberichte hier diskutiert und immer wieder wurde aber auch festgesellt, dass das, was hier in die Kammer hinübergegeben wurde, letztlich auch richtig und zweckgebunden war. Kollege Lang hat das ja jetzt in einigen Teilen sehr klar zum Ausdruck gebracht, dass wir hier nicht eine Pauschalsumme in die Landwirtschaftskammer zahlen, damit die Agrarpolitik in irgendeiner Form funktioniert, sondern wir haben all diese Gelder sogar personendetailliert und gesetzlich klar geregelt und der Landwirtschaftskammer zugeordnet. Wir haben Gesetze übertragen, weil wir glauben und der Meinung sind – und ich bin nach wie vor der Meinung, dass Experten, die dort jeden Tag auch mit Beratung und mit fachlicher Expertise arbeiten müssen, auch in der Übertragungsverordnung sozusagen hier die besten Persönlichkeiten sind. Wir könnten uns durchaus auch diese Arbeit antun, all diese Maßnahmen dem Land Steiermark wieder zuzuordnen, d.h. drüben die Persönlichkeiten wegzunehmen oder hier überhaupt neue einzustellen, aber bis die diese Expertise im Kopf haben und all die Leistungen erbringen können, die dort erbracht werden, würde es viele Jahre dauern. Wer weiß, ob das dann billiger ist, auch das wurde im Übrigen überprüft, das war damals DDr. Schachner, der diese Überprüfung einmal vornehmen hat lassen. Der ist dann

später selbst zu der Erkenntnis gekommen – ich habe das da schon einmal im Landtag gesagt, dass es eigentlich der günstigste Weg ist, hier diese Übertragungen vorzunehmen und der Landwirtschaftskammer diese Aufgaben eben zuzuordnen. Es sind Aufgaben, die zunehmend ärger werden und die zunehmend verstrickter werden, auch im gesellschaftspolitischen Kontext, Tierschutz, Tiertransport, Umweltschutz, Naturschutz, Klimaschutz, Tierzuchtgesetze, Pflanzenschutzgesetze – all das haben wir schon gehört, das sind alles Themen, die nicht nur die Bauern interessieren, sondern die vorweg auch primär die Persönlichkeiten draußen am Land, die Konsumentinnen und Konsumenten interessieren, wie transparent die Landwirtschaft mit diesen Themenbereichen umgeht. Und ich glaube, wir sind hier in guten Händen, wenn die Persönlichkeiten auch vornehmen, die Beratung vornehmen, die wissen, wovon sie reden, das zum Ersten.

Zum Zweiten, diese Leistungsabgeltungen, die wir hinübergeben werden in Sechstelstunden-Zeiträumen kontrolliert, abgerechnet und verrechnet: Also ich glaube, viel exakter kann man das nicht mehr machen, wenn man die Bürokratie nicht endlos aufblähen will. Aber wir tun es ohnehin schon, weil der Landtag das auch einfordert und weil der Landtag natürlich und der Steuerzahler auch wissen will, wohin diese Gelder gehen. Aber noch einmal: Ich bitte schon, dass wir die Kirche da hier im Dorf lassen und nicht irgendetwas hier heraufbeschwören, was nicht der Fall ist. Wir geben hier keine Pauschalentschädigungen für die Landwirtschaftsberatung oder gar Interessensberatung, sondern es sind sehr, sehr klar zugeordnete Aufgaben.

Zum Kollegen Murgg, der sich ja an sich nicht so stark in die Agrarpolitik einmischt, also die KPÖ ist nicht per se der Feind der Landwirtschaft, ich würde eher sagen, die Ideologie des Kommunismus ist nicht der Weisheit letzter Schluss, wenn es um landwirtschaftliche Fragen und um die Versorgungssicherheit geht. Da gibt es Beispiele genug aus den letzten Jahrzehnten in unseren Nachbarstaaten, die will ich aber nicht hier jetzt zum Thema machen. Aber das ist auch nicht euer Spezialgebiet.

Ein Letztes noch, und das möchte ich schon noch sagen, weil auch Kollege Royer sich zu Wort gemeldet hat, der ja an sich ein kritischer Diskutant hier am Rednerpult ist. Die FPÖ sitzt ja selbst im Kontrollausschuss der Landwirtschaftskammer und ich gehe einmal davon aus, und ich weiß auch, wovon ich hier rede, dass da hier jeder Cent dreimal kontrolliert wird und dass mit der Fraktion in der Landwirtschaftskammer der FPÖ mit Sicherheit auch gewährleistet ist, dass jeder Cent, der vom Land und jeder Cent, der von den Bäuerinnen und Bauern hier in die Kasse der Landwirtschaftskammer fließt, sehr, sehr genau kontrolliert wird.

Abschließend sei mir noch eine Bemerkung erlaubt, meine Damen und Herren: Es gibt keine einzige Sparte in der Steiermark, die sich derzeit derartigen Reformen unterzieht wie die Landwirtschaft und die Landwirtschaftskammer, das ist auch heute mehrmals schon gesagt worden. Wir haben derzeit einen Reformprozess in Arbeit und nicht nur in Diskussion, sondern in Arbeit, der in Umsetzung ist, der seinesgleichen sucht. Wo wir Abteilungen zusammenführen, wo wir Kompetenzzentren draußen schaffen, wo wir jede Tätigkeit, die hier notwendig ist, drei Mal hinterfragen, wie wichtig und wie notwendig sie auch ist, wo wir an allen Ecken und Enden Synergien suchen, weil wir wissen, dass wir uns hier auch entsprechend neu aufzustellen haben. Aber, und meine Damen und Herren, es gibt auch kaum wo eine so starke Veränderung wie in der Landwirtschaft und daher sind diese Veränderungen auch in der Organisation notwendig. Denken wir nur an die vielen kritischen Bereiche, die uns angemaßt werden, im Wettbewerb mithalten zu können, denken wir an die Sicherheit der Versorgung in unserem Lande, denken wir an die Herausforderung des Klimawandels oder denken wir auch an die verschiedenen Maßnahmen, die ich vorhin schon angesprochen habe, vom Tierschutz beginnend bis zum Naturschutz und Umweltschutz. Das ist ein gigantisches Beratungspotential und ich glaube schon, dass wir auch dankbar sein müssen, dass wir gute Leute in der Landwirtschaftskammer haben, die wir haben, und dass wir das auch hier im Landtag Steiermark einmal klar zum Ausdruck bringen sollten. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.50 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor, ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3163/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 3163/3, betreffend Reformen für eine unabhängige Interessensvertretung statt Finanzierung der Landwirtschaftskammer aus dem Landesbudget – punktuell auf Antrag von Herrn Kollegen Murgg - ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Zum Punkt eins: Dieser Punkt fand mit den Stimmen der Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Zum Punkt zwei: Dieser Punkt fand mit den Stimmen der Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Zum Punkt drei: Dieser Punkt fand mit den Stimmen von KPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Umwelt, Einl.Zahl 2943/5, betreffend Verbot von Glyphosat für private Anwendungen zum Antrag von Abgeordneten der Grünen, Einl.Zahl 2943/1.

Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Sandra Krautwaschl. Bitte schön, Frau Abgeordnete

LTabg. Krautwaschl – Grüne (13.52 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Liebe Herren Landesräte, werte Kolleginnen und Kollegen, aber vor allem liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier und auch im Livestream!

Es freut mich besonders, dass zu diesem wichtigen Tagesordnungspunkt auch viele junge Menschen im Saal sind. Wir reden heute über ein weiteres Kapitel der quasi never-ending Glyphosat-Story. Ich kann mich noch gut erinnern, da war noch meine Kollegin Sabine Jungwirth hier im Haus, da hat Lambert Schönleitner schon gesagt, er hat gefühlt schon 1.000 Mal zu diesem Punkt geredet. Aber es ist ein unglaublich wichtiges und entscheidendes Thema, und zwar nicht nur, wie Hubert Lang gerade gemeint hat, für die Zukunft der Bienen, sondern auch für die Zukunft der jungen Menschen, für die Zukunft der Menschen insgesamt, weil es sich bei Glyphosat um ein als krebserregend eingestuftes, als fruchtschädigendes, (*unverständliches Wort*) geltendes Mittel handelt, weil es die Biodiversität schädigt, die Artenvielfalt, weil es unsere Böden kaputt macht und weil es unsere Gewässer schädigt. Um dieses Gift geht es also und es gibt dazu auch neuere Entwicklungen, denn obwohl sich der Riesenkonzern Monsanto in der Fusion mit Bayer by Santo massiv dagegen wehrt und auch durch massiven Lobbyismus in Brüssel erreicht hat, dass die Zulassung bis 2022 noch einmal verlängert wurde, gibt es mittlerweile ein Urteil in den USA, dass die krebserregende Wirkung in der privaten Anwendung bestätigt hat und jedenfalls dazu führen wird, dass diese Verleugnung der krebserregenden Wirkung von Glyphosat bei Monsanto wahrscheinlich

nicht mehr länger durchgehen wird. Auch gibt es weitere Urteile, die die Veröffentlichung von Studien erzwingen werden, wo eben über die krebserregende Wirkung dieses Mittels auch berichtet wird. Aber wir brauchen gar nicht nach Amerika schauen, wir können auch in unser Nachbarbundesland schauen: Auch in Kärnten gab es jetzt unlängst, nämlich am 28.03. einen sehr, aus meiner Sicht, erfreulichen einstimmigen Landtagsbeschluss, wo die Anwendung von diesem Pflanzengift für Private in Kärnten eben jetzt verboten werden wird. Das ist aus unserer Sicht sehr erfreulich. Es ist nämlich eine Maßnahme zur Gesundheitsvorsorge. Wir haben heute schon sehr lange und ausführlich über Gesundheitspolitik gesprochen. Ich finde es im Übrigen schade, dass der Herr Gesundheitslandesrat bei so einem Thema dann nicht auch da ist, denn für uns Grüne beginnt die Gesundheitsversorgung bei gesunden Lebensbedingungen, bei gesunden Böden, bei gesunden Lebensmitteln. Es reicht nicht, immer erst dann damit anzufangen, wenn schon Krankheiten eingetreten sind oder wenn es dann eben um spitzenmedizinische Versorgung geht. Gesundheit beginnt mit unserem Essen, davon bin ich zutiefst überzeugt. Das Verbot von Anwendungen in privaten Bereichen ist aus meiner Sicht ein ganz, ganz wichtiger Schritt für die Menschen in diesem Land, Gesundheitssicherheit auch sicherzustellen. Ich finde, Peter Kaiser, der Kärntner Landeshauptmann, hat das sehr klug gesagt, Gesundheit steht für ihn im Vordergrund. Johannes Schwarz hat heute schon gesagt – jetzt ist er leider nicht da – da spielt dann Geld keine Rolle, wenn es um Gesundheit geht, dann sollte es erst recht möglich sein, auch im Landtag Steiermark ein Gift endlich für private Anwendung zu verbieten, wo wir seit Jahren darüber diskutieren, wo wir seit Jahren wissen, dass das unsere Gesundheit schädigt. Auch, und ich erinnere mich fast noch mit Gänsehaut dran, dass ein gewisser zuständiger Herr Landrat das einmal mit der Wirksamkeit von Haarspray verglichen hat. Das sehe ich ganz und gar nicht so und deswegen ... (*Landesrat Seitinger: Unverständlicher Zwischenruf*) Aha, jetzt bestätigt er das noch einmal. Ich glaube, darüber können wir einige Diskussionen heute noch führen, wenn Sie das heute hier noch einmal bestätigen, dann kann ich nur sagen, wenn Sie diesen Vergleich aufrechterhalten, dann fragen Sie doch einmal beim Herrn Landeshauptmann in Kärnten nach, warum er das als eine der wichtigsten Punkte sieht, um die Gesundheitsvorsorge in seinem Land aufrecht zu erhalten, auch dieses Gift endlich zu verbieten für private Anwender. Kärnten wollte es ja auch großräumiger verbieten, das wurde von der EU mit diesem Vorschlag nicht genehmigt, aber in der privaten Anwendung endlich ein Zeichen zu setzen, das muss aus meiner Sicht auch in der Steiermark möglich sein. Ich möchte jetzt noch etwas zitieren, nachdem Sie den Haarspray-Vergleich jetzt noch einmal hier

bemühen, was der zuständige Herr Umweltlandesrat Lang letztens bei dieser Diskussion 2017 dazu gesagt hat, da geht es nämlich auch wieder um Gesundheit. Das Zitat ist wörtlich: „Alleine, wenn hier von medizinischer Seite der Verdacht ausgesprochen wird, dass Glyphosat krebserregend ist, dann reicht das für mich, um hier nicht nur den Menschen, sondern die Natur, unseren Boden, unsere Tiere zu schützen. Wir werden uns auch mit Kärnten in Verbindung setzen, wie wir dieses Glyphosat nicht mehr in der Steiermark verwenden können. Ich muss mich natürlich mit unserem Koalitionspartner abstimmen, aber da gibt es eine sehr gute Abstimmung.“ Und der Herr Landesrat Seitinger hat gesagt: „Wenn die Rechtstexte auf europäischer Ebene es hergeben - derzeit sagen alle: Nein, das geht nicht - , dann werden wir das selbstverständlich über diesen Ausstieg sehr klar diskutieren.“ Zumindest das haben Sie ja auch schon zugesagt. Jetzt zeigt Kärnten ganz klar vor, dass die Rechtstexte dieses Verbot für private Anwendungen, diesen Schluss mit Glyphosat hergeben. Und deswegen irritiert mich auch sehr, dass in der Stellungnahme nach wie vor sehr ausweichend, verzögernd und mit ganz vielen Ausreden agiert wird. Es wird wieder die Machbarkeitsstudie ins Treffen geführt und dabei zeigt Kärnten ganz klar, dass das machbar ist, dieses Verbot im privaten Bereich. Die Abteilung 13 zeigt sich erfreut, dass man an die Bundesregierung herantreten möchte – dazu möchte ich dann eine getrennte Abstimmung unseres Antrages beantragen. Nachdem die Abteilung 13 das begrüßt, denke ich, werden Sie diesem Punkt ja zumindest zustimmen. Und dann, das ist besonders irritierend für mich, wird darauf verwiesen, dass – weil Kärnten hat ja nicht nur Glyphosat, sondern viele andere Pflanzengifte gleichzeitig verboten – 350 Gifte im privaten Bereich nicht mehr angewendet werden dürfen. Bitte, gleichzeitig gibt es immer noch 150, die angewendet werden dürfen, die auch in der biologischen Landwirtschaft zum Einsatz kommen. In der Stellungnahme wird beklagt, dass man im privaten Bereich 350 nicht mehr anwenden darf. Ich bitte Sie, wirklich einmal nachzudenken, was das heißt: 150 Mittel gibt es immer noch. Wir sind heilfroh, dass 350 Gifte endlich aus den Haushalten und Gärten von Privaten verschwinden und damit ihre Gesundheit jedenfalls geschützt wird. Da müssten Sie ja eigentlich auch darüber froh sein und nicht noch das in die Stellungnahme reinschreiben als Begründung, dass man es nicht machen kann. Das ist doch genau und sollte genau unser aller gemeinsames Ziel sein, im Sinne von Umweltschutz und Klimaschutz, diese Gifte wegzubekommen. (*Landesrat Seitinger: „Es ist niemand gezwungen, diese Mittel zu kaufen!“*) Nein, es ist niemand gezwungen, aber die Giftigkeit dieser Mittel ist für die einzelnen Anwender nicht in jedem Fall nachprüfbar. Oder können Sie mir genau erklären, was da auf jedem Mittel draufsteht und wie giftig das ist?

Also ich glaube, es ist eine politische Verantwortung – es ist eine politische Verantwortung! -, das zu tun, was das Land Kärnten auch getan hat. Setzen Sie ein Zeichen zum Schutz der Gesundheit der Steirerinnen und Steirer, nehmen Sie sich selbst einmal mit Ihren Aussagen ernst, da richte ich mich vor allem an Herrn Landesrat Lang, der das Glyphosat-Verbot ja angekündigt hat und jetzt von seinem Kollegen in Kärnten jedenfalls Tipps bekommen könnte, wie es auch in der Steiermark umsetzbar ist und beenden Sie diese So-tun-als-ob-Politik in so einem wichtigen Bereich im Umweltschutz und nehmen Sie einfach unseren Antrag an, damit diese never-ending Story-Glyphosat in der Steiermark endlich ihr Ende findet.

Ich stelle daher den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle im Landtag einzubringen, mit der sogenannte „Pflanzenschutzmittel“ mit dem Wirkstoff Glyphosat und andere risikoreiche Pestizide nach Kärntner Vorbild für private Anwendungen verboten werden sollen.

Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 14.02 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Gabi Kolar. Bitte schön.

LTabg. Kolar - SPÖ (14.02 Uhr): Danke, Herr Präsident Kurzmann, der du ja auch einmal Landesrat für Umwelt warst, hörst du dieser Debatte sicher ganz gespannt zu.

Geschätzter Herr Landesrat Lang, geschätzter Herr Landesrat Seitinger, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Fakt ist leider, dass trotz heftiger Kritik von über 1,3 Millionen Menschen die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten für eine Zulassungsverlängerung des Pestizids Glyphosat stimmte. Am 27. November 2017 kam es gegen alle Erwartungen zu einer Wiederzulassung um fünf Jahre. Es gab vorher noch zwei Abstimmungen, nämlich zuerst wollte man zehn Jahre, dann sieben Jahre verlängern und dann kam es zu einer qualifizierten Abstimmung eben um fünf Jahre. Jetzt möchte ich zu Österreich kommen. Bei dieser Abstimmung in der EU ist Österreich mit einem sehr guten Beispiel vorangegangen, die Vertreterinnen und Vertreter der Republik Österreich haben nämlich gegen die Verlängerung gestimmt. Auch Frankreich, Italien, Belgien, Kroatien, Griechenland, Luxemburg, Malta und Zypern stimmten gegen Glyphosat. Und, geschätzte Frau Abgeordnete Krautwaschl, du weißt, mein Herz schlägt wirklich für viele, viele Dinge, die du schon Großes vorlebst, in erster Linie vor allem was die Plastikflut

anlangt. Beim Glyphosat, ich habe mich wirklich sehr lange damit beschäftigt und ich habe mich teilweise im Kreis bewegt, um dir hier auch die richtige Antwort geben zu können, was meine Meinung ist und das, was ich heute hier sage, ist meine ganz persönliche und ehrliche Antwort. Der Antrag der Grünen lautet „Verbot von Glyphosat für private Anwendungen.“ Wenn ich alleine schon diese Überschrift lese, denke ich mir, privat ist privat und als Privatmensch habe ich auch eine gewisse Verantwortung. Eine Verantwortung der Umwelt gegenüber, meiner Familie und vor allem auch meinen Nachkommen gegenüber, dass ich irgendwann einmal sagen kann: „Ich habe, liebes Enkelkind, versucht, in meinem kleinen Kreis“, und das kann jeder und jede von euch für sich selbst bestimmen, „für meine Umwelt, für dich getan, damit du in Zukunft und auch deine Kinder und Kindeskinde hier auf dieser wunderbaren Erde leben können.“ Das heißt zum Thema Glyphosat im privaten Anwendungsbereich: Es gibt hier die klassische Alternative, das Jäten. Man kann auch eine Mulchschicht von ca. fünf Zentimeter im Garten auftragen, da kommt dann das Sonnenlicht nicht durch und das Unkraut kommt nicht so stark heraus. Wobei man natürlich auch sagen kann: Ja was ist Unkraut überhaupt? Gibt es ein Unkraut? Natürlich gibt es gefährliche Kräuter, die von auswärts gekommen sind, die sogenannten Neophyten, aber über die möchte ich jetzt nicht sprechen, aber man kann im privaten Bereich schon wirklich an die Eigenverantwortung appellieren, um hier eben dieses Glyphosat einzusparen. Im öffentlichen Bereich ist das Land Steiermark ja schon einen ganz großen Weg gegangen in ihrem Wirkungsbereich, nämlich verwendet der steirische Straßenerhaltungsdienst seit 2016 kein Glyphosat mehr. Da möchte ich wirklich Herrn Landesrat Anton Lang recht herzlich danken, dass er hier sagt: „Wir versuchen hier, andere, neue Wege zu gehen, ohne hier eine Gesetzesänderung durchzuführen.“ Ich darf dir aber auch berichten, dass Gemeinden in meiner Region Obersteiermark West, folgende Gemeinden, die ich jetzt noch schnell recherchiert habe, kein Glyphosat mehr in ihrem Wirkungsbereich verwenden, nämlich die Stadtgemeinde Judenburg, Hohentauern, Zeltweg, St. Margarethen, Spielberg – seit Jahren gibt es dort einen Beschluss im eigenen Wirkungsbereich, Glyphosat nicht mehr zu verwenden; in Knittelfeld seit 2014, in Mühlen, in Pöls und noch einige Gemeinden möchte ich hier nennen. Ich habe mich vorhin mit einem Bundesrat unterhalten, der auch Bürgermeister bei mir in der Region ist – er ist jetzt leider nicht mehr da, Herr Bürgermeister Bruno Aschenbrenner, in seiner Gemeinde St. Marein/Feistritz wird auch kein Glyphosat mehr verwendet. Ich habe noch weitere Bürgermeister befragt, wenn ich da hinüberschaue, die auch Abgeordnete sind. Herr Bürgermeister Dolesch von Neudau, kein Glyphosat in

seiner Gemeinde, Herr Bürgermeister Abgeordneter Stefan Hofer, Turnau, kein Glyphosat in seiner Gemeinde. Also, es gibt sehr wohl gute Ansätze hier auch im öffentlichen Bereich und ich bin überzeugt davon, wenn ihr in euren Regionen nachfragt, eure Bürgermeister, dass es viele gibt, die kein Glyphosat mehr verwenden. Und jetzt komme ich zum Thema Kärnten. Das große Beispiel, liebe Sandra Krautwaschl – und ich weiß, es ist dir jetzt ein ganz großes Anliegen, auch weil du jetzt ein Bundesland hast, das im privaten Bereich das hier verbietet. Jetzt darfst du mir nicht böse sein, wenn du den Herrn Landesrat für Umwelt in die besondere Verantwortung nimmst, dass ich dir jetzt einige andere Landesräte in der Steiermark zitiere, die für die Umwelt in einer Verantwortung sind – in Österreich meine ich, Entschuldigung, habe ich eh gesagt, hoffe ich. Und zwar in Vorarlberg gibt es einen Landesrat der Grünen, Johannes Rauch. (*LTabg. Krautwaschl: „Der ist hier aber nicht zuständig!“*) So, einen Landesrat der Grünen, Johannes Rauch, der natürlich – nehme ich an – auch in diesem Land gegen das Glyphosat kämpft: Nicht durchgesetzt. Es gibt in Tirol eine Frau Landeshauptfraustellvertreterin Ingrid Felipe, Grüne, die es auch noch nicht geschafft hat, hier in ihrem Bundesland ein Glyphosatverbot durchzusetzen. Es gibt in Salzburg einen Landeshauptmannstellvertreter Heinrich Schellhorn, Grüne, der es auch noch nicht geschafft hat – alle für Umwelt zuständig – hier eine ... (*LTabg. Krautwaschl: „Das sind die Ersten!“*) Sandra bitte, ich habe versucht, hier wirklich ehrlich und fair dir auch den Spiegel deiner Partei vorzuhalten, das musst du auch akzeptieren können. (*Beifall bei der SPÖ*) Oberösterreich, Landesrat Rudi Anschöber, Grüne, hat es auch nicht geschafft. Und jetzt muss ich noch einmal zu Kärnten kommen. Jetzt schaut es ja fast so aus – und ich hoffe, du verstehst es nicht falsch, seit wir keinen Landesrat Rolf Holub mehr haben in Kärnten, Grüne, gibt es auf einmal Glyphosatverbot. Da frage ich mich: Warum ist das so? Das war jetzt nicht böse gemeint, aber weil es so einfach klingt, zu fordern: „Wir wollen, wir wollen, wir wollen und wir hätten gerne ...“, aber in den eigenen Bereichen der Grünen ist es noch nirgends gelungen. Jetzt möchte ich dir noch etwas sagen, Sandra: In dieser Stellungnahme steht auch drinnen: „Bei diesem Verbot“, und das ist für mich jetzt ein ganz wichtiger Satz, auch für Kärnten, „bei diesem Verbot“, nämlich in Kärnten, „handelt es sich um ein Verwendungsverbot“, d.h. man darf es nicht anwenden, „da die Regelung des Inverkehrbringens“, d.h. des Verkaufs „somit ein Verkaufsverbot, in Bundeskompetenz liegt.“ Und jetzt frage ich mich oder ich frage dich oder ich frage euch: Wie geht das jetzt in Kärnten? Sie dürfen das jetzt nicht verwenden, sie dürfen es aber kaufen. Jetzt kauft das einer und verwendet es trotzdem. Wer kontrolliert das dann? Ich stelle das nur einmal so in den

Raum. Das klingt wunderbar, das ist großartig, da gratuliere ich dem Landeshauptmann Kaiser und seinem Team und seinem einstimmigen Beschluss. Nur die Praxis ist mir nicht so klar in dem Zusammenhang. Und zu dieser Machbarkeitsstudie möchte ich schon sagen, es gibt diese Machbarkeitsstudie, sie soll ja – so steht es in der Stellungnahme drinnen – mit April 2019 da sein. Da denke ich mir: Das schauen wir uns jetzt gut an und wir brauchen einfach hier eine Regelung, aber wir müssen gut hinschauen, was die Alternativen auch für das Glyphosat sind, das – und das möchte ich wirklich ehrlich und aufrichtig sagen – wirklich ein Gift ist, dazu stehe ich, und ich hoffe, dass jeder hier herinnen in seiner Eigenverantwortung dieses Glyphosat ohne Kontrolle, ohne Gesetzeslage nicht anwendet. Und ich denke, gerade was die Umwelt anlangt, es werden immer mehr, vor allem junge Leute, die sich mit dem Umweltgedanken auseinandersetzen, und zwar wirklich und ehrlich. Da können wir nur den Hut ziehen und mitmarschieren und danke sagen. Alles Gute und vielen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.13 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Klubobfrau der KPÖ, Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler, bitte schön.

LTAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (14.13 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzter Herr Landesrat Lang, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Ich bin heute noch gar nicht geübt. Liebe Sandra Krautwaschl, es gibt Themen hier, das kann ich nur doppelt und dreifach unterstreichen, die sind hier schon sehr oft besprochen worden. Ich kann mich sogar noch an einen Antrag erinnern für ein Plastiksackerlverbot, bevor es eine Sandra Krautwaschl hier in diesem Haus gegeben hat und das Thema Glyphosat ist auch so ein Thema, über das wir hier immer wieder sehr gerne diskutieren. Und, liebe Gabi Kolar, du hast erklärt, wie das bei der EU-Abstimmung war, das ist sehr traurig, du hast auch erwähnt, dass Österreich mit gutem Beispiel vorangegangen ist und eben gegen eine Neuzulassung gestimmt hat. Das ist sehr löblich, hilft halt nur leider nicht viel. Nach deinen Ausführungen zur Eigenverantwortung und zum Jäten hast du auch das Land gelobt, das hier mit gutem Beispiel vorgeht und viele Gemeinden dieses Glyphosat nicht mehr verwenden, auch das Land selbst nicht. Was mich jetzt aber schon ziemlich enttäuscht hat, liebe Gabi, und das bin ich von dir gar nicht gewohnt, dass du bei einem Thema, wo ich weiß, dass dir das sehr ernst ist, jetzt hergehst und der Sandra Krautwaschl vorwirfst, wer von den Grünen das aller nicht

durchsetzt. Also wenn es uns jetzt ernst ist, dir und den Grünen und uns, dann geht es ja nicht darum, „hinzupecken“ auf irgendjemand und zu sagen: „Die haben es nicht geschafft und die haben es nicht geschafft und die haben es auch nicht geschafft“, sondern da geht es ja eigentlich darum zu schauen, wo es denn Möglichkeiten gäbe, dass wir es schaffen. Und jetzt muss ich dich an eine Kollegin von dir erinnern, und zwar an Bettina Vollath, unsere Erste Präsidentin, die uns ja womöglich bald abhandenkommt, weil sie sich für das EU-Parlament beworben hat und da auch schon kräftig die Werbetrommel rührt und Wahlkampf führt. Ich darf dir etwas vorlesen: „Die Gesundheit der Menschen muss vor dem Profitinteresse der Konzerne stehen“, unterstreiche ich doppelt und dreifach, sagt Bettina Vollath auf einem Facebook-Posting, wo sie unter anderem auch weiterschreibt: „Wir brauchen endlich ein Glyphosat-Verbot in ganz Europa. Neben der WHO und vielen medizinischen Studien geht nun auch ein kalifornisches Gericht davon aus, dass das Pflanzengift Glyphosat krebserregend ist.“ Nachzulesen hier in der Kleinen Zeitung, ich habe mir den Artikel jetzt auch extra noch einmal herausgeholt, auf den bezieht sie sich in diesem Posting. „Anstatt sich für den Schutz der Bevölkerung einzusetzen, vertritt aber auch die österreichische Umweltministerin die Interessen von Großkonzernen wie Monsanto & Co., die mit ihren Umweltschadstoffen Milliarden Gewinne machen. Beenden wir den Einfluss von Agrar-Lobbies und Großkonzernen bei den Zulassungsverfahren und setzen wir uns gemeinsam für giftfreies Essen ein. Die Gesundheit der Menschen muss immer vor dem Profitinteresse der Konzerne stehen.“ Das teile ich zu 100 %. Ich würde mir nur wünschen, dass, wenn die Kollegin Präsidentin das hier auch öffentlich macht, dass dann eigentlich auch ihre Fraktion jetzt einem Antrag wie dem, der hier als Entschließungsantrag kommt, de facto ja nur mehr zustimmen kann. Warum? Selbst wenn sich dieser Antrag jetzt nicht auf EU-Ebene befindet, wie wir wissen – was soll der Landtag da machen? –, gäbe es eben mit dieser Variante eine Möglichkeit hier im Landtag etwas zu beschließen, was in die richtige Richtung geht. Es geht um Glaubwürdigkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und es passiert halt immer öfter, dass sich Abgeordnete hinstellen – und da ist jetzt die Frau Präsidentin nur ein Beispiel – und in der Öffentlichkeit sich zu etwas bekennen, und dann dort, wo sie die Möglichkeit haben, etwas in diese Richtung zu tun, das nicht machen. Dann kommen unterschiedliche Argumente, warum es da halt leider gerade nicht geht. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich nicht, dass das dem Image der Politik guttut. Ich glaube auch, dass das dazu führt, dass wir im Moment wohl eine der größten Bewegungen von Schülern und Schülerinnen haben – Sie kennen wahrscheinlich den Hashtag, wie man so schön sagt, mittlerweile alle,

„fridaysforfuture“, und ich finde das immens notwendig und wichtig, dass die jungen Menschen auf die Straße gehen. Und genau das werfen Sie uns ja vor, „uns“ im Sinne von den Politikern und Politikerinnen, dass über Jahrzehnte diskutiert wird, aber letztendlich nichts getan wird. Da gehört das Plastiksackerl oder das Plastikverbot, ob wir jetzt vom Mikroplastik reden oder von anderem, genauso dazu wie diese Glyphosatgeschichte. Und wenn es euch ernst ist mit diesen Aussagen, dass die Menschen im Mittelpunkt sind und nicht die Großkonzerne, dass die Menschen im Vordergrund stehen sollen und nicht die Profite, dann sollte man sich doch dorthin stellen und Schritt für Schritt das tun, was möglich ist. Weil jetzt auch noch einmal von dir gesagt wurde, liebe Gabi: „Na gut, schauen wir uns einmal an, wie die Lösung in Kärnten eigentlich dann auch umsetzbar ist“, ja, aber dann machen wir hier doch eine bessere, wenn wir merken, dass die in Kärnten nicht gut genug ist, oder dass man die von Kärnten umgehen kann. Das liegt doch in eurer Hand. Ihr habt da herinnen eine Mehrheit. Und wenn ihr es jetzt besser machen wollt als die Kärntner und Kärntnerinnen, dann entschließt euch dazu. Was hindert euch? Was hält euch davon ab, zu sagen: Nehmen wir Kärnten als Beispiel, schauen wir, was dort nicht funktioniert und machen wir es besser? Also entweder wollt ihr es, dann müsst ihr eine Lösung finden. Und wenn ihr es nicht wollt, dann stellt euch doch nicht hin und sagt: „Ja, wir sind eh alle dagegen“, und dann gibt es riesige Postings, die dann, ich weiß nicht, zig-Mal geteilt werden und wo ganz viele, unzählige Likes sind, die sagen: „Ja genau, da steht eine Sozialdemokratin dafür, dass wir uns da einsetzen“, und im Endeffekt passiert es dann aber gar nicht. Das ist ja nicht ehrlich – das ist nicht ehrlich! Ich würde mir wünschen, und deshalb werden wir diesem Antrag, auch wenn vielleicht Kärnten jetzt nicht die Non-plus-ultra-Optimallösung hat, selbstverständlich unsere Zustimmung geben, weil es ein Schritt in die richtige Richtung ist. Und ich würde mir wünschen, dass es endlich Abgeordnete gibt, die nicht mit zweierlei Maß messen, die nicht sagen: „Wenn ich jetzt für einen EU-Wahlkampf kandidiere, dann blase ich dort diese Meinung heraus, und hier im Landtag, wo ich etwas entscheiden kann, habe ich dann plötzlich eine andere.“ Das ist in ganz, ganz vielen Dingen so und mit Verlaub, das halte ich wirklich nicht für ehrlich. Und noch einmal an dieser Stelle einen herzlichen Dank an all jene, die sich glaubwürdig für Umweltschutz einsetzen und einen herzlichen Dank an all jene Jugendliche, die Freitag für Freitag auf die Straße gehen und den Finger in diese offene Wunde legen. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen - 14.21 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Cramer.

LTAbg. Cramer - FPÖ (14.21 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Herren Landesräte, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuhörende!

Das Thema Glyphosat hat einerseits einen Vorteil, nämlich dass man nicht einmal einen Spickzettel braucht, um darüber zu referieren, weil es schon so oft in diesem Haus zum Thema wurde, dass ich mich da schon sehr sicher fühle. Zum einen ist es für viele vielleicht ein bisschen langweilig. Fest steht: Glyphosat ist ein Wort, das man sehr gerne und gut verwenden kann als Antrag, weil jeder – auch wenn er es nicht genau weiß, dass er da beim Baumsetzen das Grüne nach oben geben muss – weiß, das ist giftig. Und dennoch: Das Einzige, was es in der Landwirtschaft zum Sprühen gäbe und was praktisch Unkraut umbringt, ist Glyphosat, alles andere ist sowieso harmlos. Folge dessen: Glyphosat gehört dringendst verboten. Ebenso sinnvoll wäre es, die dritte Rollbahn in Schwechat zu verbieten, damit sie vielleicht in Bratislava gebaut wird und wir damit das Weltklima retten. Das zum Thema, es würde wenig nützen, wenn man es den privaten Anwendern verbietet, denen das egal ist, was jetzt über Glyphosat gesagt wird, weil es Glyphosat nicht mehr gibt, die finden andere Wege, die vielleicht auch nicht besonders umweltschonend sind und die ich eher bedenklich finde. Glyphosat für sich nämlich ist ein Wirkstoff – du brauchst gar nicht so ungläubig mit dem Kopf zu schütteln, du solltest einmal den Wirkungsmechanismus von Glyphosat wissen - das ist Folgender, dass es in den Wachstumsmechanismus der Pflanze eingreift, die Pflanze wächst sich zu Tode und stirbt dann. Das heißt, es wirkt nur an grünen Teilen der Pflanze, am Boden wirkt das gar nicht im Gegensatz zu anderen Herbizide, Bodenherbizide, ja, die das durchaus nicht tun. Da gibt es Chromsalze, die überhaupt nicht mehr abgebaut werden oder nur sehr schwer im Boden abgebaut werden, die die Bodenlebewesen stark beeinträchtigen. Da gibt es sogar biologische Herbizide, Pelargonsäure, das würde ich als äußerst bedenklich halten. (*LTAbg. Schönleitner: „Über das redet jetzt keiner. Wir reden über Glyphosat!“*) Habt ihr schon einmal zugeschaut, wie das aussieht, wenn ein Regenwurm mit Pelargonsäure bespritzt wird? Schaut nicht schön aus. Dem gefällt das gar nicht. Und ich halte Pelargonsäure auch nicht als wirklich besonders gescheite Alternative zu Glyphosat. Jetzt ist es so, dass die Pflanze, die nicht genmanipuliert ist, stirbt, der Boden für sich kann Glyphosat in dem Sinne nicht speichern. Glyphosat zerfällt an der Sonne. Es wird nur in der Zelle gespeichert. Das heißt, in den Nahrungskreislauf kommt es, wenn Pflanzen, die genmanipuliert sind, Glyphosat aufgenommen haben, denen es

aber nichts macht und dann, praktisch also Tieren verfüttert werden oder wenn Baumwolle damit behandelt wird. Ich habe das Thema eh schon gebracht: Es ist besonders gescheit, daheim beim Gehwegel auf Glyphosat zu verzichten und dann dem Kleinen die Pampers umzuschallen, wo dann das Glyphosat in der Baumwolle drinnen ist. Also sehr, sehr fragwürdig, solche Anträge halte ich für wenig durchdacht und vor allem auch dann wenig durchdacht, wenn der Verkauf nicht zu verbieten ist, die Anwendung schon. Ich würde sagen, das liegt in der Moral jedes Einzelnen. Abgesehen davon, dass es beim Glyphosat ein bisschen so ist wie mit dem Rauchergesetz: Es ist zwar nicht verboten, aber es ist dermaßen verpönt, dass sich ein Raucher, schon bevor er überhaupt hineinkommt in ein Lokal, entschuldigt, dass er später einmal hinausgeht, um zu rauchen, weil er sich schon so schämt, dass er dieses Laster überhaupt noch hat. Ein bisschen so ist es auch beim Glyphosat. Wir haben in unserem Betrieb – ich habe noch vor einem Jahr gesprochen, dass ich mir das nicht vorstellen kann, dass wir glyphosاتفrei werden -, ich habe es gemacht, aber nicht aus fachlichem Verständnis, sondern ganz einfach, weil Weinbau eine Sache ist, die ganzheitlich ist und dazu gehört auch, dass ich an oberster Stelle den Konsumenten erkläre, dass für mich nicht nur der Wein, sondern auch die Umwelt an oberster Stelle ist. Deswegen bürsten wir seit dem heurigen Jahr, wir haben eine Bürstmaschine. Da haben wir auch noch Probleme und es wird viel, viel Handarbeit bedeuten, wird nicht so einfach gehen, aber wir tun das. Weil ich mir nämlich ständig von jedem Konsumenten vorwerfen lassen muss, ich wäre ein Brunnenvergifter, weil ich Glyphosat verwende. Diese Hetzkampagne, die da passiert, dass man schwarz-weiß malt und dass man überhaupt ohne fachliches Verständnis über verschiedene Mittel hinschaut, halte ich für wenig sinnvoll. *(Beifall bei der FPÖ)* Besonders dann, wenn es bei uns weder genmanipulierte Pflanzen gibt, die glyphosatresistent sind, noch, dass bei uns eine Abreifespritzung bei Weizen gemacht wird, wie es eben ein Problem darstellt, wenn man dann aus dieser Gerste Bier braut. So sehe ich gerade in diesem speziellen Bereich, im Wirkungsbereich des Landtages aus jetziger Sicht überhaupt keinen Handlungsbedarf und schon gar nicht, wenn man reine Plakativgesetze macht nach dem Motto: „Die Anwendung ist verboten“, nach dem Motto: „Stehlen ist erlaubt, aber das Erwischenlassen verboten!“ *(LTabg. Schönleitner: „Das ist niveaulos!“)* So ungefähr ist es dann. Solche Sachen sind ja sinnlos. Entweder es gibt ein österreichweites Verbot, dass man das aus dem Verkehr nimmt für Private oder auch für alle, ich habe ja kein Problem, wir haben es ja nicht mehr, oder es gibt es nicht. Aber so halbe Lösungen, nur damit man

Tätigkeit nachweisen kann im Landtag, halte ich für äußerst populistisch. (*Beifall bei der FPÖ*)

Und, nur um einen kleinen Satz zu replizieren auf den Antrag davor, wo es um die Kammerfinanzierung gegangen ist: Wir sind jetzt nicht die großen Systemerhalter und es ist auch schon gesagt worden, dass wir Kritiker dieses Systems sind. Es macht mich eines stutzig und zwar mit Recht: Wenn der Agrarsprecher und das Bauernbundmitglied Hubert Lang in seiner Rede nur mehr von „unserer Kammer“ spricht, genau das ist der Ansatzpunkt. Es ist nicht eure Kammer, es ist die Kammer der Bauern. (*Beifall bei der FPÖ*) Da sollten wir hinarbeiten, dass wir eine Gerechtigkeit im Wahlsystem finden, dann hätten wir vielleicht das Problem gelöst – ein kleiner Ausflug noch am Schluss. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ - 14.29 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der Grünen, Herr Landtagsabgeordneter Schönleiter. Bitte schön.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (14.29 Uhr): Danke, Herr Präsident Kurzmann! Werte Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich muss euch ganz ehrlich sagen, wenn die Debatte in den 70er-Jahren stattgefunden hätte oder in den 80er-Jahren, dann würde ich sagen, das ist eine Debatte, wie sie damals war. Aber wenn man Jahrzehnte danach noch einmal hergeht und derartige Dinge da heraußen sagt und auch du, liebe Gabi Kolar, ihr müsst ja einfach einmal sehen: He, das ist die Umweltbewegung, jetzt rede ich gar nicht von den Grünen, lasse die als Partei einmal stehen. Unser Ziel war, die Umwelt zu verbessern, da ist uns viel gelungen, sonst wären wir heute bei Weitem nicht dort, wo wir sind, aber vor allem die ganzen Umweltinitiativen, die haben durch ihr Tun, durch ihre Vorschläge - das ist von den Bürgern gekommen - etwas ändern wollen, die haben natürlich die Parlamente und die Regierungen weiterbewegt. Und wenn niemand etwas fordert und niemand etwas vorschlägt und nicht sagt: „Das könnten wir doch machen“, dann wird sich überhaupt nichts bewegen. Weil die SPÖ hätte sich überhaupt nicht bewegt, das wissen wir ja aus unterschiedlichen Bereichen, dass ihr keine Umweltpartei seid. Das muss ich euch schon einmal sagen, wo ihr in letzter Zeit ja oft versucht zu suggerieren, das ist nicht wahr. (*LTAbg. Schwarz: „Ach Lambert, bitte – bitte!“*) Der Kollege Schwarz geht heraus und sagt: „Die vor wenigen Monaten ausgeschossenen Fasane sind plötzlich Wildtiere, die kann man erschießen.“ Heute wendet ihr euch hier herinnen wieder, Gabi Kolar, du

wendest dich hier herinnen. (*LTabg. Schweiner: „Du warst nicht mehr da, wie sie geredet hat!“*) Meistens liest du ja die Stellungnahme des Herrn Landesrates sehr korrekt vor, das möchte ich überhaupt nicht bezweifeln, aber dass du jetzt gegen ein Glyphosatverbot wendest, das wundert mich schon, weil wenn du Umweltsprecherin der SPÖ bist und deine Parteikollegen in Kärnten, nämlich der Landeshauptmann Kaiser, den ich hier loben möchte, der noch in Vorbereitung seinerzeit mit den Grünen im Landtag diese Initiative im Landtag gestartet hat, (*LTabg. Schwarz: „Jetzt waren es wieder die Grünen – der Fasching ist vorbei!“*) und jetzt sagt als Landeshauptmann, (*LTabg. Kolar: „Das geht ja gar nicht!“*), liebe Gabi: „Wir schauen, können wir das rechtlich umsetzen, ist das nämlich machbar juristisch“, weil das werft ihr uns ja sonst immer vor, ihr sagt: „Ihr sagt ja lauter Sachen, die juristisch nicht machbar sind.“ Dann gibt es ein Bundesland - und das muss man sachlich einfach auf den Tisch legen, (*LTabg. Kolar: „Du installierst eine Glyphosatpolizei, oder was?“*) – du kannst dann eh noch einmal heraus gehen- das sagt: „Wir haben für den Privatbereich eine Lösung gefunden für das hochproblematische Glyphosat“, wir wissen, höchstwahrscheinlich krebserregend, wir wissen, ganz problematisch, wenn es um genetische Veränderungen geht, diese Studien liegen alle am Tisch, „wir könnten es umsetzen“. Aber ihr sagt ja auch dann noch, wenn schon das Nachbarbundesland gesagt hat, dass das gehen würde: „Das können wir in der Steiermark nicht machen.“ Und Kollege Seitinger, ich schau noch einmal zu dir zurück, ich kann dir Redeauszüge deiner Reden als Agrarlandesrat hier im Haus bringen, wo du Folgendes gesagt hast – du hast nämlich immer gesagt, wenn es um die Bauern, um die Landwirtschaft gegangen ist, wo die Menge natürlich viel größer ist, als im privaten Bereich, das wissen wir, hast du gesagt zu Recht: „Schauen wir auch auf den privaten Bereich hin, schauen wir auch auf den Hausgartenbereich hin beim Glyphosat, da passieren ja die wirklichen Dinge, wo die Menschen nicht wissen, wie gefährlich das ist und wie die mit dem umgehen, da sollten wir etwas machen.“ Ich kann dir die Zitate bringen. Was sagt die Landesregierung heute? Heute sind wir genau bei diesem Beispiel, dass man im Privatgartenbereich das Glyphosat mit einer Landesregelung in den Griff bekommen könnte, (*Landesrat Seitinger: „Da verwechselst du etwas!“*) da sagt ihr – nein, ich verwechsle überhaupt nichts – sagt ihr: „Das können wir wieder nicht tun.“ Dann beschleicht uns halt hin und wieder der Gedanke, wenn es so klar am Tisch liegt: Man kann etwas tun, wenn es so klar ist im Umweltbereich, muss man sich auch weiterentwickeln, nicht alles geht gleich. Aber wenn einmal etwas geht, dass ihr dann nur mehr herkommt und sagt: „Das geht wieder nicht“, das irritiert mich und das muss man auch ganz einfach einmal sehen, dass ihr dauernd

ankündigt: „Ja, Umweltpolitik gehört gemacht!“ Es wird ja keiner übersehen haben, dass vor wenigen Wochen mehrmals – und das wird sich in Zukunft noch verstärken – junge Menschen, nicht nur Grüne, sondern aus allen politischen oder auch unpolitischen Bereichen, aber jedenfalls hochinteressierte Menschen auf der Straße stehen, das haben wir ja alle wohlwollend zur Kenntnis genommen und sagen: „Leute, jetzt muss sich einmal etwas bewegen.“ Und wenn uns die jungen Leute sagen, dass sich etwas bewegen muss und die Landesregierung hat nur die Antwort: „Ja, ihr könnt von uns schon fordern, bewegt euch, aber wir bewegen uns nicht“, obwohl es längst gehen würde, dann ist ganz einfach irgendetwas falsch. Es waren Umweltinitiativen, es waren die Grünen über Jahrzehnte und auch in anderen Bundesländern, Gabi Kolar, weil du das jetzt so abschätzig gesagt hast, ist es dadurch in vielen Bereichen gelungen, (*LTabg. Schwarz: „Die Grünen, die Grünen, die Grünen!“*) dass Dinge eingefordert wurden, auch etwas weiterzubringen. Bei ganz vielen Dingen haben wir vor Jahren noch ganz anders diskutiert. Heute ist selbstverständlich z. B., dass wir uns im Biomassebereich weiterbewegen müssen. Heute ist es klar, dass wir in den Photovoltaikbereich investieren müssen. Heute ist es klar, dass wir aus der – unter Anführungszeichen – „dreieckigen“ Energie Öl und Gas raus müssen, Dekarbonisierung heißt der neue Begriff. Das sagen jetzt ja alle, auch die anderen Parteien. Aber vor Jahren war es so, wenn man so etwas auf den Tisch gelegt hat, da wurden die Hände über den Kopf zusammengeschlagen, dass man so etwas überhaupt andenken kann. Und ich sage euch: Wären nicht Pioniere gewesen, wären nicht die Grünen gewesen und Umweltinitiativen, (*LTabg. Schwarz: „Du bist heute wieder drauf, Lambert!“*) die Vorreiter waren, Kollege Schwarz, dann hätte sich wirklich gar nichts bewegt. So wie ihr seinerzeit in der Gründung wahrscheinlich noch bei den ArbeitnehmerInnenrechten auch Vorreiter ward und viel auf den Tisch gelegt habt und gefordert habt, und das ist jahrelang nicht gekommen, irgendwann bewegt es sich. Aber ihr legt ja nicht nur im Umweltbereich nichts vor, sondern auch in anderen Bereich, das ist zu wenig. (*LTabg. Schwarz: „Was ist heute in der Früh mit dir passiert?“*) Wir sind im Landtag in manchen Bereichen nicht in der Kompetenz, etwas zu tun, das müssen wir ehrlich sagen, das ist der Bund, das ist europäische Ebene. Aber in vielen Bereichen sind wir selbstverständlich in der Kompetenz, im Naturschutz, in der Raumordnung, in der Ausführungsgesetzgebung, (*Unruhe, Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten*) wenn es darum geht, Umweltgefahren durch Pflanzenschutzmittel abzuwenden, da können wir etwas tun. Und sagt uns nicht dauernd: „Das geht nicht“, das ist unglaublich. Wenn ihr Umweltpolitik ernst nehmt, seid nicht so stur und sagt dauernd:

„Wir können nicht.“ Sandra Krautwaschl hat vor etlichen Monaten hier – das habe ich immer noch in Erinnerung, weil das war so eine absurde Debatte von ÖVP und vor allem seitens der SPÖ – einen Antrag eingebracht, Mikroplastik in kosmetischen Artikeln zu verbieten; das haben manche europäischen Länder längst. Und die SPÖ- und die ÖVP-Umweltsprecherinnen sind rausgegangen und haben gesagt: „Das können wir nicht tun. Diesem Antrag stimmen wir nicht zu.“ Ich sage euch was: Es geht darum, ob man will und man könnte, aber ihr wollt nicht. Das ist das Problem der Steiermark. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 14.36 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hubert Lang.

LTAbg. Hubert Lang - ÖVP (14.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Was ist der richtige Weg? Was ist der richtige Weg, wenn es um den Ausstieg aus der Anwendung von Glyphosat geht? Und es gibt ein Bekenntnis der Landesregierung, des Landtages mit Beschlussfassung vom Schriftlichen Bericht „Verwendungsverbot von Pestiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat“ mit der Einl.Zahl 2091/5, wo fünf Maßnahmen auf der Tagesordnung gestanden sind und ein Bekenntnis dazu, wie wir seitens des Landtages, seitens des Landes mit dem Wirkstoff Glyphosat umgehen. Unter dem Punkt eins „Wirkstoffzulassung und Wirkstofferneuerung“ wurde ausgiebig – und es wurde ja auch heute wieder diskutiert – die Europäische Union mit der Zulassung zitiert, kann jeder nachlesen, was hier zu diesem Tagesordnungspunkt auch Stellungnahmen aus der EU mit den Genehmigungsverfahren mit Zulassung bis 15. Dezember 2022 nicht nur erörtert haben, sondern auch dazu das Bekenntnis abgelegt haben. Unter dem Punkt zwei „Pflanzenschutzmittelzulassung“: Wie das Thema Pflanzenschutzmittelzulassung geregelt ist auf europäischer Ebene, auf Bundesebene, wo die Kompetenzen liegen, das wurde hier ausgiebig zum Thema Glyphosat behandelt. Verwendungsbeschränkungen, Einschränkungen, Kompetenzen auf Landes-, Bundes- und auf europäischer Ebene haben wir hier diskutiert. Und wir haben uns dazu bekannt, dass wir einen Aktionsplan zum Ausstieg von Glyphosat beschließen mit der Bundesregierung in Absprache mit den Ländern, eine Machbarkeitsstudie zum Aktionsplan zum Ausstieg von Glyphosat, dieses Bekenntnis, dieser Weg, den wir gemeinsam beschritten haben und den wir auch in Zukunft beschreiten. Meine Damen und Herren, ein Ausstieg aus dem Glyphosatwirkstoff und die Prüfung von Alternativen – und

Christian Cramer, der Herr Kollege, hat aus fachlicher Sicht den Wirkstoff Glyphosat gebracht -, es ist ein breites Feld einer sachlichen Diskussion notwendig, um Alternativen anzusprechen, ebenso die Wirkungsweisen von Alternativen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was mir schwer im Kopf herumgeistert, wenn ich das so sagen darf, es ist auch aus meiner innersten Überzeugung was den Umweltschutz und den Naturschutz betrifft, dass wir hier in diesem Haus die große Problematik schon des Öfteren besprochen haben, das sind invasive Pflanzenarten. Dieses Problemfeld invasive Pflanzenarten Neophyten – Gabi Kolar hat es kurz angesprochen, Pflanzenarten, die wir derzeit unter gesundheitsgefährdend, gesundheitsschädigend beurteilt haben, wie Ambrosia oder der Riesenbärenklau, das sind Pflanzen, die mit Jäten oder mit einfachem Ausgraben nicht einfach zu bekämpfen sind und wir es äußerst schwer haben werden, darüber Herr zu sein, wenn es mit diesem invasiven Ausbruch oder der Vermehrung dieser Arten in dieser Art und Weise weitergeht. Diesen Wirkstoff Glyphosat vorschnell zu verbieten ohne vorher Alternativen anzudeuten, anzudiskutieren, wissenschaftlich auch begleitend auf den Weg zu bringen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das halte ich von meiner Warte aus als unverantwortlich. (*LTAbg Klimt-Weithaler: „Warum wundert mich das jetzt nicht?“*) Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Masterplan, der Plan zum Ausstieg sollte mit Ende April 2019 – heute haben wir den 02. April, wenn ich das richtig im Kopf habe -, also Ende April sollte der Masterplan (*LTAbg. Krautwaschl: „Zum Ausstieg.“*) vorliegen und es werden mithilfe dieses Masterplanes intensive Diskussionen eingeleitet werden müssen, um mit Alternativen diesen Ausstieg aus Glyphosat auch sicherzustellen. Wir sind alle in diesem Raum gefordert, auch in der Umsetzung die Verantwortung zu leben, damit auch unser allgemeines Ziel ist, dass wir mit diesen Alternativen aussteigen können.

Eine kleine Anmerkung noch zum Christian Cramer zum vorigen Tagesordnungspunkt: Mein Bezug zur Landwirtschaftskammer, wenn ich sie als „meine“ Kammer bezeichne, so ist es meine Anlaufstelle als praktizierender Landwirt und darum ist die Bezeichnung „meine Kammer“ durchaus zulässig. Herzlichen Dank und bitte um eure Unterstützung. Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.43 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Krautwaschl.

LTabg. Krautwaschl - Grüne (14.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Landesräte!

Ja, irgendwie nach 15 Jahren, oder noch mehr, ich weiß nicht genau wie lange dieses Thema schon diskutiert wird, von Vorschnelligkeit zu sprechen, finde ich persönlich verantwortungslos, angesichts der Tatsachen, die auf dem Tisch liegen. Ich muss das jetzt wirklich noch einmal betonen an dieser Stelle. Ich möchte einfach noch einmal sagen, worum es hier eigentlich geht und was ich glaube und warum ich sehr wohl glaube, dass dieser Antrag und dieses Anliegen, das in Kärnten nun umgesetzt wird, hier große Berechtigung hat. Unabhängig davon - Claudia hat das dankenswerter Weise eh schon sehr nett auch gesagt - wo andere was Anderes tun. Wir sind hier! Wir haben hier Verantwortung, und wenn wir uns hier einig sind, dass es ein Vorsorgeprinzip gibt, wenn der Herr Landesrat sagt, wenn es die rechtlichen Möglichkeiten hergeben, dann möchte er das umsetzen und wir jetzt hier stehen und diese rechtlichen Möglichkeiten hätten, und wir sie dann nicht wahrnehmen, dann ist das die Verantwortungslosigkeit dieser Landesregierung, die das macht. Und niemand anderes und nichts Anderes. Das möchte ich einmal ganz klar und deutlich gesagt haben. Wir sind hier, um hier zu entscheiden. Wir haben die Möglichkeit ein Zeichen zu setzen für die Steirerinnen und Steirer, und das ist sehr wohl auch dann gegeben, wenn wir die Verwendung dieses Mittels für den privaten Bereich endlich aussetzen, damit hier ganz einmal klar ist, und es geht eben auch um ganz viele andere Gifte, damit den Menschen klar ist, womit sie es hier zu tun haben. Mit einem, ich sage jetzt einmal aus meiner Sicht, sicher krebserregenden Stoff in längeren Anwendungen, es wurde jedenfalls in Amerika durch das eh schon mehrfach erwähnte Urteil gerade bestätigt, dass es Böden, das Wasser, die Bioversität schädigt und, dass wir das hier einfach nicht mehr wollen. Und zum Herrn Cramer ganz kurz noch einmal gesagt. Ja, natürlich, ein nachhaltiges Wirtschaften, das bitte auch in Richtung der ÖVP sei gesagt, ein nachhaltiges Wirtschaften wird eine andere Form des Wirtschaftens sein, als das, was wir jetzt kennen. Es wird aber vielleicht ganz viel sicherstellen, wovon hier immer wieder geredet wird in diesem Haus. Es wird immer wieder, bei jeder Gelegenheit eigentlich, gebetsmühlenartig von euch allen hier betont: „Klimaschutz ist uns wichtig, die Umwelt ist uns wichtig, die biologische Landwirtschaft ist uns so wichtig, die Gesundheit ist uns wichtig und die Vorsorge ist uns wichtig“. Aber bei jedem einzelnen Punkt, wo ihr dafür ein Zeichen setzen könntet, nämlich an unsere Bevölkerung hier, für die ihr auch Verantwortung habt, tut ihr das genau nicht und es wird alles ins Treffen geführt, um sich aus dieser Verantwortung herauszuwinden. Es werden hunderttausend Ablenkungsmanöver hier präsentiert, um sich

nicht dem zu stellen, dass es heute hier und jetzt möglich wäre, das auch in der Steiermark umzusetzen, was in Kärnten gerade umgesetzt wurde. Und wo genau das, was unser allerhöchstes Gut sein sollte und aus meiner Sicht unser allerhöchstes Gut ist, nämlich die Gesundheit der Menschen, geschützt wird. Und noch ein Punkt, weil mich das wirklich immer irrsinnig aufregt in diesem Haus auch, wenn die Verantwortung immer auf alle einzelnen abgeschoben wird, die aber dieses Mittel einfach, weil es eben nicht verboten ist für die private Anwendung, jederzeit auch in ihrem Garten anwenden können. Ich glaube eben, dass so etwas eine wichtige Kraft hat nach außen, einmal zu sagen, wir bekennen uns als Landtag Steiermark, dass das ein Gift ist, das wir in unseren Böden und in den Haushalten und in den Gärten nicht mehr erlauben wollen. Das können Sie jetzt tun, und wenn Sie es nicht tun wollen, dann geben Sie bitte nicht irgendwem anderen die Schuld dafür, dann stehen Sie dazu, dann tun Sie es eben nicht. Ich kann nur sagen, weil hier auch die Rede schon war von den Kindern, und Gabi Kolar hat das in ihrer Wortmeldung gesagt, wie wir unseren Kindern entgegentreten müssen oder wollen, oder werden, das müssen Sie dann selbst verantworten. Aber es geht (*Landesrat Seitinger: „Aber gibt es eine Eigenverantwortung, oder gibt es sie nicht?“*) darum, dass die Politik eine Verantwortung hat, davon bin ich zutiefst überzeugt, weil sonst wäre ich einfach auch nicht in dieses Feld eingestiegen, für die Gesundheit der Menschen, für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen alles zu tun, was nur möglich ist. Denn nichts, wovon Sie sonst hier heute geredet haben, keine Landwirtschaft funktioniert ohne gesunde Lebensgrundlagen. Das geht nicht. Wenn der Boden einmal kaputt ist, ist er kaputt. Wenn das Wasser verseucht ist, können wir nicht überleben. Und das sicherzustellen ist die höchste Verantwortung der Politik, und wenn Mitteln einfach erlaubt sind und man nicht alle Mittel in die Hand nimmt, um das zu tun, was man tun kann, dann ist das aus meiner Sicht verantwortungslos. Jetzt gäbe es die Möglichkeit, und es ist Ihre Entscheidung, ob Sie sie wahrnehmen, oder nicht. Und ich bitte Sie noch einmal im Sinne der Bevölkerung und im Sinne der Gesundheit, diese Möglichkeit heute hier wahrzunehmen und das zu tun, was Bettina Vollath auch gesagt hat, nämlich die Gesundheit der Menschen vor die Interessen der Konzerne zu stellen. Bitte. (*Beifall bei den Grünen – 14.49 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Murgg.

LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (14.49 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe wenige Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich habe jetzt beim verspäteten Mittagessen draußen die Debatte aufmerksam verfolgt und ich muss mich jetzt doch noch einmal zu Wort melden. Von der ÖVP wissen wir, dass ihr gegen ein Verbot von Glyphosat seid. Wenn ich dem Kollegen Lang jetzt zugehört habe, kommt es für mich so rüber, und ich habe auch die Ausführungen des Kollegen Cramer aufmerksam verfolgt - es war ja wieder einmal ein interessanter pflanzenschutzmitteltheoretischer Vortrag - aber auch Sie sagen mehr oder weniger: Verbot ja, aber die Weltregierung brauchen wir, weil dann hat es einen Sinn und dann kann man vielleicht das wirklich effektiv durchsetzen. Nur auf die Weltregierung werden wir noch eine Zeitlang warten müssen. Also ich sage einmal so: Die Debatte jetzt, das Problem ist nicht die ÖVP, und auch nicht die FPÖ und der Kollege Cramer, das Problem heute und hier ist wieder einmal die Sozialdemokratie. Ich habe draußen auch die Kronen Zeitung von heute ein wenig durchgeblättert und da steht drinnen: „Europawahlkampf“, über die Grünen, über den Pilz und dann steht da eine Spalte über die SPÖ. „Die SPÖ verschreibt sich dem Kampf gegen Glyphosat“. Jetzt haben wir hier eine honorige Person in unseren Reihen, unsere erste Präsidentin aus den Reihen der SPÖ, die mit dieser Lösung Politik macht. Und jetzt hat die SPÖ ein Mordsproblem, warum man einen Antrag, der ja ohnehin die Welt nicht zum Einstürzen bringen würde, sondern nur das nachvollzieht, was in einem Bundesland schon passiert ist, nicht annehmen kann. Ich sage es Ihnen, warum Sie es nicht annehmen. Wir haben es heute eh schon Vormittag einmal gehört. Sie haben in der Früh wieder angerufen bei der ÖVP und die haben Ihnen gesagt, es geht nicht. Sie müssen endlich wieder einmal ein eigenes Profil entwickeln, dann werden sie vielleicht reüssieren, aber das ist in Wahrheit eine Schmierenkomödie, was Sie heute hier abziehen. *(Beifall bei der KPÖ und FPÖ – 14.51 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Frau Abgeordnete Kolar hat sich spontan zu Wort gemeldet. Bitte schön.

LTabg. Kolar – SPÖ (14.52 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Kollege Murgg!

Das Wort Schmierenkomödie ist weder Ihrer noch des Hohen Hauses hier würdig und ich möchte es noch einmal versuchen, irgendwie noch einmal ganz klar die Linien vorzugeben, wie ich sie gemeint habe. Das müssen nicht eure Linien sein. Dass die Frau Präsidentin

Vollath sich auf Europäischer Union ganz klar gegen das Glyphosat einsetzt, das widerspricht kaum jemandem, der da herinnen sitzt, egal, ob Sozialdemokrat, ob FPÖ, ob Grüne, ob ÖVP. Wir wollen es europaweit gelöst haben, denn Österreich hat dagegen gestimmt. Das ist einmal die europäische Ebene, die Frau Präsidentin Vollath mit ihrer Aussage. Dann haben wir die österreichische Ebene. Noch einmal, hier gibt es eine Machbarkeitsstudie, wo wir alle, und der Herr Abgeordnete Lang, Hubert Lang, hat das ja schon genau aufgeschlüsselt, in einem gemeinsamen Entschließer die weitere Vorgehensweise beschlossen haben, und jetzt sind wir bei dieser Machbarkeitsstudie in Österreich, auf Bundesebene. Jetzt komme ich zur Landesebene und zu Kärnten. Noch einmal, ich kann in Kärnten jedes Glyphosat und jedes Pestizid dort kaufen, wie überall in Österreich. *(LTabg. Klimt-Weithaler: „Man kann aber entweder dafür oder dagegen sein, Gabi, entschuldige bitte!“)* Ich bin gegen Glyphosat, noch einmal, aber ... *(LTabg. Schönleitner: „Das glaubt niemand mehr, wenn ihr dauernd widerspricht!“)* Lambert, du kannst gerne noch einmal herauskommen, ich sage es noch einmal ganz klar. Ich kann es verbieten, und ich habe aber niemanden, der das ahndet. Oder gibt es eine Glyphosatpolizei, oder was, in Kärnten? Entschuldige. Denk einmal bitte nach, was wir fordern sollen? Soll ich dir sagen, was wir in Judenburg haben? Wir haben in Judenburg ein Taubenfütterungsverbot und hurra, jeder füttert die Tauben lustig weiter, weil wir es eh nicht ahnden können. Also *(LTabg. Schönleitner: „Dann macht ihr etwas falsch!“)* Ja, dann machen wir etwas falsch, ja. So, aber jetzt nur noch einmal: Ganz klares Bekenntnis: Nein zu Glyphosat! Österreich hat das auch bei der Europäischen Union, bei der Abstimmung so bestätigt. Wir versuchen auch weiterhin den schrittweisen Ausstieg, so wie es auch die Frau Bundesministerin Köstinger gesagt hat, das ist die Vorgabe und das ist nicht populistisch. Weil alles andere sehe ich, als Gabi Kolar, populistisch, hier etwas zu verbieten, was ich im Supermarkt kaufen kann und lustig trotzdem weiter ausstreuen kann. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14. 55 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, außer, es will sich der Herr Landesrat zu Wort melden. Dem ist nicht so.

Damit kommen wir zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 2943/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe:

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 2943/6, betreffend Gesundheit der steirischen Bevölkerung schützen: Schluss mit Glyphosat! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe:

Das gleiche Abstimmungsergebnis wie vorhin. Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Gemeinden, Einl.Zahl 3170/3, betreffend Gesetz über die Aufteilung der Gemeinde Murfeld auf die angrenzenden Marktgemeinden Sankt Veit in der Südsteiermark und Straß in der Steiermark zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3170/1.

Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Fartek. Bitte schön.

LTAbg. Fartek – ÖVP (14.57 Uhr): Geschätzte Damen und Herren, liebe Kollegen, Herr Landesrat, lieber Herr Präsident!

Murfeld, ja, wir beschließen heute ein Gesetz über die Aufteilung einer Gemeinde auf zwei angrenzende Gemeinden. In diesem Fall ist es die Gemeinde Murfeld. Sie gibt sich auf und wechselt in den Nachbarbezirk Leibnitz und wird fusioniert mit den angrenzenden Gemeinden Strass und St. Veit am Vogau. Murfeld, eine Gemeinde, 1700 Einwohner, gut ausgestattet, möchte ich meinen, gute Infrastruktur, aber ich glaube, ich liege richtig, auch finanzieller Art nicht schlecht ausgestattet, keine Abwanderungsgemeinde, einen leichten Zuzug. Eine Gemeinde mit einem Autobahnanschluss, man möchte meinen, eine gute Braut. Nach der Strukturreform war es möglich, dass sie aufgrund der Gegebenheiten selbstständig blieb. Ja, vielleicht hätte man in diesem Zusammenhang oder im Rahmen dieser Gemeindestrukturreform anders agieren sollen oder auch können. Aber, das ist Geschichte. Für mich persönlich, aber auch für die Südoststeiermark, ist es natürlich heute kein

Freudentag. Für mich und für meine politische Arbeit war immer klar, maximale Bezirkserhaltung und die Zusammenarbeit mit allen Gemeinden und vor allem mit den Menschen, die dort leben und arbeiten. Im Fall der Gemeinde Murfeld ist das anders gelaufen. Gewisse Entwicklungen haben in eine andere Richtung gezeigt. Am Ende war es die Volksbefragung am 11. März 2018. Die Bevölkerung wurde aufgerufen zu entscheiden, ob sie selbständig bleiben oder mit den Nachbargemeinden fusionieren. Es waren 1.411 Wahlberechtigte, 1.030 haben teilgenommen, das waren 73 %, eine gute Teilnahme, und 68,23 % haben für die Auflösung gestimmt. Es wurde in der gesamten Gemeinde befragt, in fünf Ortsteilen wurden hier Auswertungen getroffen, in Seibersdorf, Oberschwarza, Unterschwarza, Weitersfeld, lediglich im Ortsteil Lichendorf war eine geringe Mehrheit für die Selbstständigkeit. Daraufhin hat es dann einstimmige Gemeinderatsbeschlüsse gegeben und es ist ein demokratisches Recht, das Volk hat gewählt und eine Entscheidung getroffen. Und das, geschätzte Damen und Herren, ist zu respektieren. Ich bin natürlich für mich persönlich schon enttäuscht, aber werde heute natürlich auch schweren Herzens zustimmen. Demokratiepolitisch gar nicht anders möglich oder vertretbar. Ich wünsche mir aber trotzdem nach dieser Abstimmung heute eine gute Zusammenarbeit mit jener Gemeinde, die nach Leibnitz geht und aufgeteilt wird, aber auch eine gute Zusammenarbeit mit dem Nachbarbezirk Leibnitz. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.00 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Cornelia Schweiner.

LTAbg. Schweiner – SPÖ (15.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, werte Zuhörende!

Ich kann nahtlos an die Worte von Franz Fartek anschließen, denn meine Sicht der Dinge unterscheidet sich nicht großartig zu dem meines Kollegen, denn ich glaube, lieber Franz, seit wir beide 2015 auch als Abgeordnete der Südoststeiermark im Landtag Steiermark wirken dürfen, haben wir begonnen, diesen bereits in seinem Anfangsstadium beginnenden Auflösungsprozess der Gemeinde Murfeld mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten zu stoppen. Aber, ich denke, und bin da ganz bei dir, dass die Bürgerinnen und Bürger entschieden haben und dass es natürlich auch für mich klar ist, dass das ein wichtiger Wert ist, wenn Menschen sich beteiligen, wenn der Bürger und die Bürgerin mit einer so hohen Mehrheit sagen, sie möchten den Bezirk wechseln, dass wir das auch ernst zu nehmen

haben. Die Fehler, die ganz sicher in der Vergangenheit passiert sind, sind heute nicht mehr wegzumachen und auch nicht schönzureden, denn die Menschen in der Gemeinde Murfeld fühlen sich ganz klar dem Lebensraum Leibnitz zugehörig. Da kann man noch so viele Tafeln aufstellen, „wir sind jetzt Südoststeiermark, wir sind jetzt ein großes Ganzes“, das sind Jahrzehnte gewachsene Verbindungen nach Leibnitz hinauf, die einfach da sind und wir haben es nicht geschafft in der Region, so ein Wir-Gefühl dieses neuen Bezirkes herzustellen in den letzten Jahren, dass wir sagen, von Riegersburg und Breitenfeld bis Murfeld sind wir alle Südoststeiermark. Das müssen wir selbstkritisch hinnehmen, wenngleich wir sehen, dass wir in der Stadtgemeinde Mureck in den letzten Jahren mit gemeinsamer Anstrengung es geschafft haben, ein Zentrum des Südens in diesem Teil des Bezirkes zu etablieren, das ganz sicher auf Murfeld ausstrahlt und noch stärker ausgestrahlt hätte, aber diese Konjunktive helfen uns nichts mehr weiter. Wir müssen schauen, dass wir in Mureck einen festen Boden in der Südoststeiermark hier haben, der weiter eine neue Bezirksgrenze auch symbolisiert, dass wir gestärkt den ehemaligen Bezirk Radkersburg noch mehr in das Wir als Südoststeiermark einbauen können, um diese Fehler der Vergangenheit nicht weiter fortschreiten zu lassen. Wie wir heute auch schon in der Zeitung lesen konnten, ist es ganz klar, nicht nur wir verlieren Menschen, wir verlieren Bürgerinnen und Bürger der Südoststeiermark, sondern die Südoststeiermark wird schwächer. Ob das jetzt die SHV-Abgaben betrifft, ob das das Rote Kreuz betrifft, ob das die Polizei und die Planstellen in Mureck betrifft, ob das die Schulen, die Schülerinnen und Schüler, betrifft, unser Bezirk wird durch diese Auflösung der Gemeinde Murfeld schwächer und das tut natürlich, denke ich, jedem und jeder Abgeordneten, die in diesem Bezirk Gutes bewirken wollen, leid, so ein Tag. Wenngleich ich, wie ich eingangs erwähnt habe, selbstverständlich auch ein Stück weit nachvollziehen kann, warum die Menschen sich so entschieden haben. Was ich nicht ganz nachvollziehen kann ist, dass der Herr Bürgermeister bis zuletzt aktiv an den Themen der Regionalentwicklung und vor allem, wenn es um Gelder und Projektförderung ging, mit dabei war und parallel dazu die Auflösung seiner eigenen Gemeinde vorbereitet hat. Das kann ich nicht ganz nachvollziehen, das ist für mich keine stringente Haltung. Wenn, dann hätte man sich ganz abwenden müssen, das hat man nicht getan. Nichts desto trotz wünsche ich, meine Kollegin kommt gleich danach ans RednerInnenpult, wie der Franz Fartek schon gesagt hat, die Gemeinde Murfeld bringt sicher viel Potenzial mit in die neuen Gemeinden, in die sie sich auflöst und stärkt damit unseren Nachbarbezirk Leibnitz, aber für die Menschen wünsche ich alles Gute im Finden in

den neuen Gemeinden. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.05 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Mag. Kerschler. Bitte schön.

LTabg. Mag. Kerschler – SPÖ (15.05 Uhr): Vielen Dank, Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich stehe jetzt da als Vertreterin des Bezirk Leibnitz, wo die Gemeinde Murfeld, die Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde Murfeld mit 01.01.2020 mit ihren Katastralgemeinden Seibersdorf, Oberschwarza, Unterschwarza, Lichendorf und Weitersfeld an der Mur eintreten werden. Die Gemeinde Seibersdorf wird zur Gemeinde St. Veit in der Südsteiermark, und die Katastralgemeinden Oberschwarza, Unterschwarza, Lichendorf und Weitersfeld zur Gemeinde Strass in der Steiermark kommen. Zuallererst freuen wir uns natürlich in Leibnitz, im Bezirk Leibnitz, und heißen die Bewohnerinnen und Bewohner herzlich willkommen. Aber wir können es sehr gut nachvollziehen, dass es für den Bezirk Südoststeiermark und für die Region nicht ganz einfach ist, denn ich denke mir, für uns alle hier im Raum ist es die größte Aufgabe, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner in der Steiermark in allen Regionen so leben können, dass sie sich so wohl fühlen, dass es eigentlich egal ist, was auf ihren Nummerntafeln beim Auto steht, ob da LB steht, ob da SO steht, ob da MT steht, HF oder DL, als Bezirk. Ich denke, wir stecken so viel in die Regionalentwicklung und die Menschen in unserem Land sollen und müssen, und das ist unsere größte Aufgabe, überall die gleichen Chancen haben. Denn es ist sicher für den Bezirk Südoststeiermark, meine Vorrednerin und mein Vorredner haben es angesprochen, eine große Herausforderung jetzt, die Auflösung der Gemeinde Murfeld, die wir alle sehr gut annehmen und akzeptieren können mit diesem eindeutigen Ergebnis bei der Abstimmung am 11. März 2018. Aber es ist eine große Herausforderung für den verbliebenen Bezirk Südoststeiermark, aber es ist natürlich auch eine Herausforderung für die zwei Gemeinden, wo die Bewohnerinnen und Bewohner jetzt dazukommen. Eine positive Herausforderung für die zwei Gemeinden im Bezirk Leibnitz, aber auch eine Herausforderung, weil sie ja beide selbst große Fusionsgemeinden sind. Es zieht viel mit sich, wir haben es schon gehört, angefangen von den Feuerwehren, vom Roten Kreuz, von der Polizei, vom Vermögen, vom Sozialhilfeverband, hier natürlich besonders in dem Bezirk, wo es fehlen wird, also in der

Südoststeiermark und es wird einige Zeit auch dauern, bis die Bewohnerinnen und Bewohner auch wieder im neuen Bezirk angekommen sind. Aber grundsätzlich, und da möchte ich wirklich noch einmal zurückkommen darauf, muss es egal sein, ob man jetzt im Bezirk Südoststeiermark zu Hause ist, oder im Bezirk Leibnitz, oder in irgendeinem anderen Bezirk in der Steiermark. Wir investieren so viel in die Regionalentwicklung, wir arbeiten alle so viel draußen, dass es den Menschen in unserem Land so gut gehen muss, dass es nicht mehr wichtig ist, zu welchem Bezirk gehört man und wo ist die Bezirksgrenze, oder wie ist die Gemeindegrenze. Und in diesem Sinne freuen wir uns auf unsere neuen EinwohnerInnen im Bezirk, wünschen aber, dass es nicht mehr so wichtig ist, wo eine Bezirksgrenze ist. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.09 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Letzter zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Kogler.

LTabg. Kogler – FPÖ (15.10 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, werte Zuseher, Zuhörer hier im Auditorium und via Livestream! Geschätzte Damen und Herren, und vor allem lieber Kollege Fartek und liebe Kollegin Schweiner!

Dieses Demokratieverständnis, das ihr hier jetzt öffentlich bekannt habt natürlich zu dieser Fusion, das wünsche ich mir nach dem 7. April auch bei der Volksbefragung in Liezen. *(Beifall bei der FPÖ)* Aber geschätzte Damen und Herren, was ich mir natürlich auch gewünscht hätte in der vorigen Periode, bei 64 Zwangsfusionen, wo es anderslautende Volksbefragungen gegeben hat, da hätte ich mir das auch gewünscht dieses Demokratieverständnis. *(LTabg. Schweiner: „Da war ich noch nicht da!“)* Da wurde das nicht gezeigt. Aber, geschätzte Damen und Herren, man kann ja immer lernen daraus. Zurück zur Gemeinde Murfeld. Kollege Fartek hat ja schon viel erwähnt, Volksbefragung okay, keine Frage, mit einer Wahlbeteiligung von rund 73 %, 68 % haben sich für die Auflösung bzw. für eine Fusion mit St. Veit und Strass ausgesprochen. Und geschätzte Damen und Herren, gerade wir als Freiheitliche, wir waren ja nie generell gegen Gemeindefusionen, aber wo wir uns immer ganz klar ausgesprochen haben in der Vergangenheit, das war ganz klar gegen Zwangsfusionen von oben verordnet und dafür sind wir immer gestanden und ich wünsche mir wirklich dieses Demokratieverständnis, das du, lieber Kollege und liebe Kollegin aufgezeigt habt, auch in Zukunft. *(Beifall bei der FPÖ)* Diese Fusion mit diesem Ergebnis,

mit dieser Volksbefragung, mit diesen Gemeinderatsbeschlüssen, ist eindeutig zu befürworten. Da gibt es überhaupt kein Beuteln daran und ich bin auch sehr zuversichtlich und die Kollegin hat es auch angesprochen, Bezirksgrenzen sollten auch keine Rolle spielen. Ich bin nur gespannt, der Kollege Gangl hat sich ja, glaube ich, im Vorfeld dagegen auch ausgesprochen, wie er sich bei der Abstimmung verhält, auf das bin ich sehr gespannt. Scheinbar meidet er diese Abstimmung, aber wir werden zuwarten, bis die Abstimmung ist und das Verhalten des Herrn Kollegen Gangl dann auch festhalten. In diesem Sinne alles Gute. *(Beifall bei der FPÖ – 15.12 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3170/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe:

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen aller Fraktionen, also einstimmig, angenommen.

Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Einl.Zahl 2952/5, betreffend Sicherstellung der Fernwärmeversorgung zu angemessenen Preisen zum Antrag von Abgeordneten der KPÖ, Einl.Zahl 2952/1.

Zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Helga Ahrer. Bitte schön.

LTAbg. Ahrer – SPÖ (15.14 Uhr): Werter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen im Plenum, liebe Zuseherinnen und Zuseher via Livestream! Sicherstellung der Fernwärmeversorgung zu angemessenen Preisen, dazu gibt es ja eine klare Stellungnahme und da möchte ich mich auch nicht länger verbreitern. Ich möchte dazu vielleicht nur abschließend auch bemerken bzw. einen Auszug herausholen, dass damit ganz klar dargelegt ist, dass die Versorgung der Fernwärmekunden auch künftig zu angemessenen Preisen erfolgen wird, kann als absolut gesichert gelten, zumal die Festlegung der Fernwärmepreise für Kunden in Graz sowie des Verkaufspreises der Energie Steiermark an die Energie Graz nach den Bestimmungen des Preisgesetzes durch die zuständige Behörde in

volkswirtschaftlich gerechtfertigter Höhe erfolgt, sprich, der behördlichen Preisregulierung unterliegt. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.
(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.15 Uhr)

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 2952/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe:

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Freiheitlichen angenommen.

Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Einl.Zahl 2844/5, betreffend Ausbau der Angebote für Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen zum Antrag von Abgeordneten der Grünen, Einl.Zahl 2844/1.

Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Krautwaschl, wie ich annehme.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (15.16 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Sie nehmen richtig an. Ich habe ein nur sehr verspätetes Mittagessen gerade noch gegessen, aber bin jetzt rechtzeitig hier zu diesem Punkt, der mir persönlich sehr wichtig ist, weil es, wie viele von Ihnen wahrscheinlich wissen, bei demenzerkrankten Menschen es eine besonders herausfordernde Situation in der Pflege und Betreuung gibt. Ich habe selber, nachdem ich auch als Therapeutin noch immer arbeite, immer wieder Kontakt mit Menschen, die auch demenzerkrankt sind und kleinere physiotherapeutische Interventionen auch brauchen und erst unlängst ein Beispiel erlebt, wo eine ältere Dame, die von ihrem Ehemann gepflegt und betreut wird, wo der Ehemann nur kurz in der Dusche war, und die Dame ist verschwunden und wurde dann insgesamt sechs Stunden gesucht und viele Kilometer von ihrem Heimatort entfernt, letztlich, Gott sei Dank, wohlbehalten aufgefunden. Aber Sie können sich sicher alle vorstellen, wie schwierig solche Situationen für die Angehörigen sind, was für riesige, große Leistung es bedeutet, einen Menschen in so einer Situation ständig, 24

Stunden, rund um die Uhr, zu betreuen. Und in diese Richtung haben wir versucht, mit unserem ursprünglichen Selbstständigen Antrag einfach zu erwirken, dass diese Menschen besser unterstützt werden, also die Menschen, die ein Pflegegeld bekommen, aber im Speziellen jetzt bei Demenzkranken eben auch ihre Angehörigen, die dringend darauf angewiesen sind, auch wenigstens stundenweise Entlastung zu bekommen. Da geht es nicht immer um hochspezifische Pflege oder nicht einmal um mobile Versorgung, sondern wirklich um Unterstützung bei der Betreuung um stundenweise Angebote, damit man einmal weggang, damit man eben duschen kann, ohne dass die Ehefrau dann kilometerweit weg irgendwo aufgefunden wird, weil sie sich eben nicht mehr orientieren konnte. Erfreulich an der Stellungnahme war für mich, dass zumindest die stundenweise Betreuung offensichtlich jetzt vom Land übernommen werden soll ab Mitte des Jahres. Die AMS-Förderung läuft aber leider aus, weil eben die Aktion 20.000 nicht mehr fortgeführt wird. Für mich wäre da noch interessant, welche Tarife dann für diese stundenweise Betreuung gelten, aber jedenfalls erfreulich, dass es hier zumindest eine Unterstützung des Landes geben wird. Hingewiesen wird auch, dass es einen 25-Stunden-Zuschlag gibt für Demenzerkrankte in der Stellungnahme, allerdings ist das, meiner Ansicht nach, nicht ganz im Sinne unseres Antrages, denn es wird diesen differenzierten Bedarf von Menschen mit Demenzerkrankungen aus meiner Sicht nicht gerecht. Ich glaube, dass das sehr oft mehr Stunden sind, die hier notwendig wären zur Entlastung, zur Betreuung, dass das eben ganz davon abhängig ist, wie stark die Demenz fortgeschritten ist und wie die sonstige Pflegegeldeinstufung gesehen wird und da hätten wir uns eben gewünscht in unserem Antrag und gefordert, dass es eben ein neues System der Einstufung gibt, die genau die Demenzerkrankung besonders berücksichtigt. Auch in ihren Abstufungen. Was ich leider ganz und gar nicht erfreulich finde, ist, die Stellungnahme in Bezug auf die Valorisierung des Pflegegeldes, also auf die Wertsicherung. Hier haben wir ganz klar gefordert, dass diese Valorisierung schon ab Pflegestufe 1 durchgeführt wird. Die Wertsicherung des Pflegegeldes, damit pflegende Angehörige hier auch im Sinne der Menschen, die sie ständig betreuen, entsprechend Unterstützung erhalten können und da wird in der Stellungnahme lediglich darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung das ab Pflegestufe 4 plant. Danke, aber das habe ich vorher auch schon gewusst, danke für den Hinweis, nur das nützt den Menschen, die eben Angehörige haben, die noch nicht in Pflegestufe 4 sind, gar nichts. Das nützt ihnen rein gar nichts, das nützt höchstens den privaten Pflegeheimbetreibern etwas, aber nicht den Menschen zu Hause, die selbst ihre Angehörigen betreuen. Und das genau da bei einer

Gruppe, die in vielen Sonntagsreden ständig hochgelobt wird, wo immer gesagt wird, ohne die Würde das Pflegesystem letztlich zusammenbrechen, weil es gar nicht bezahlbar ist, was diese Menschen leisten, dann eine Valorisierung nicht möglich sein soll, das ist für mich gänzlich unverständlich und es ist auch wiederum gänzlich unverständlich für mich, dass die steirische Landesregierung sich nicht dafür aussprechen kann, wenigstens die Bundesregierung hier aufzufordern, hier im Sinne der Betroffenen zu handeln. Erst ab Pflegestufe 4 nutzt, wie gesagt, denen nicht, die zu Hause betreut werden. In anderen Bereichen ist man da ja nicht so zimperlich mit Valorisierungen, aber hier, wo es um die Menschen geht, die unser Pflegesystem letztlich tragen, 80 % der Menschen werden von pflegenden Angehörigen betreut, sie erbringen 80 % der Pflegeleistungen, das kann ich wirklich nicht nachvollziehen. Wir wollen eben, und das wollen wir nach wie vor, dass sich die Landesregierung dafür stark macht, dass Menschen so lange wie möglich zu Hause gepflegt werden können. Wir wissen, Sie wissen alle, und ich denke mir, jeder von uns kann sich das vorstellen, dass man solange wie möglich zu Hause bleiben möchte und dafür braucht es eben dringend endlich eine Wertanpassung für die Pflegegeldstufen für pflegende Angehörige. Es braucht aber auch, und das ist mir besonders wichtig, hier noch einmal zu betonen, überhaupt ein grundlegendes Bekenntnis, und da tut es mir jetzt auch wieder sehr leid, dass der Herr Landesrat nicht da ist, zu dem Prinzip mobil vor stationär. Und da bin ich schon etwas irritiert, und ich wollte eigentlich den Herrn Landesrat fragen, aber vielleicht kann stellvertretend irgendjemand anders mir dazu antworten, dass in mehreren Anfragebeantwortungen mittlerweile schon dieses Prinzip mobil vor stationär offensichtlich vom Herrn Landesrat in Frage gestellt wird. Und die Nichtvalorisierung der niedrigen Pflegegeldstufen geht ja auch genau in diese Richtung. Ich frage mich schon, warum man das zwar jahrelang beschworen hat, es steht in jedem Bedarfs- und Entwicklungsplan, es ist erwiesenermaßen, und das sagen alle Expertinnen und Experten, das einzige Mittel, um das Pflegesystem strukturell leistbar zu halten. Und jetzt frage ich mich schon, ob das wirklich ernst gemeint sein kann, dieses Prinzip aufzuweichen, oder ob es da Druck gibt von Seiten privater Pflegeheimbetreiber, genau in diese Richtung zu gehen. Wie gesagt, das wollte ich eigentlich den Herrn Landesrat fragen. Er ist jetzt leider nicht da, ich komme zum Schluss und möchte daher unseren Antrag jetzt noch einmal hier vorstellen, der eben genau sich um diese wichtige Unterstützung für diese Gruppe dreht. Für mich wäre es wirklich einmal wichtig zu wissen, welche Argumente es dafür gibt, genau die niedrigen Pflegestufen nicht zu valorisieren. Ich habe da eigentlich noch kein einziges Argument gehört, das ich irgendwie

verstanden hätte. Ich habe, glaube ich, noch überhaupt kein Argument dazu gehört, das ist einfach so beschlossen und wird offensichtlich nicht argumentiert.

Ich stelle daher unseren Antrag: Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese zu ersuchen

1. eine jährliche Valorisierung des Pflegegeldes für alle Pflegestufen vorzunehmen, um die Inanspruchnahme mobiler Dienste für Menschen mit Demenz zu fördern;
2. durch eine Neukonzipierung des Pflegegeldeinstufungsverfahrens auf die zunehmende Zahl an demenzerkrankten Personen und deren besondere Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen, sowie die Entwicklung mobiler Unterstützungsdienste und therapeutischer Angebote für an Demenz erkrankte Personen voranzutreiben.

Ich bitte Sie um Annahme im Sinne der betroffenen Menschen. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 15.26 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Peter Tschernko. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Tschernko, MSC – ÖVP (15.26 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und auch Zuhörer und Zuhörerinnen via Livestream!

Ich möchte nur ganz kurz Stellung nehmen zu diesem Antrag der Grünen, um den Ausbau der Angebote für Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen. Dieses Thema haben wir ja regelmäßig im Landtag und das ist auch zu begrüßen. Es wird uns ja immer wieder und auch in Zukunft weiter beschäftigen, da auch davon auszugehen ist, dass im Jahr 2020 ca. 139.000 Personen an Demenz erkrankt sein werden, laut WHO und wir mit Neuerkrankungen von jährlich rund 35.000 zu rechnen haben. Das sind jetzt Österreichdaten. In der Steiermark liegt die Demenzprävalenz bei rund 11.000 Personen. Im Antrag, liebe Frau Kollegin Krautwaschl, forderst du eben, wie schon in deinem Entschließungsantrag jetzt formuliert, die Valorisierung, die Neukonzipierung der Pflegegeldeinstufung, dann die stundenweise Betreuung für demenzkranke Personen und auch die Entwicklung mobiler Unterstützungsdienste therapeutischer Angebote. Hierzu möchte ich sagen, dass für einen Großteil der Demenz der Bund zuständig ist, deswegen auch in der Stellungnahme zu deinem ersten Punkt, dass die Valorisierung des Pflegegeldes, das hier ja ein Regierungsübereinkommen ist, und in diesem Koalitionsabkommen sollte jetzt ab der Stufe 4 diese Valorisierung vorgenommen werden, aber du hast ja vorhin genau argumentiert, warum

der Bund das ab Stufe 4 machen sollte oder machen wird, wir wollen ja mobil vor stationär, wir wollen ja, dass die Menschen so lange wie möglich zu Hause gepflegt werden und daher kann man ja mit dieser Valorisierung erst ab der Stufe 4 entgegensteuern. Also das ist jetzt so mein Zugang, dass auch der Bund hier zu dieser Überlegung gekommen ist. Das Zweite ist die Neukonzipierung, damit man hier auf besondere Bedürfnisse Rücksicht nimmt. Du hast es eh erwähnt, 25 Stunden Zuschlag für die betroffenen Menschen zur normalen Pflegegeldstufe pro Monat, also hier, du hast auch da von der differenzierten, bedarfsgerechten Einsetzung gesprochen. Ich glaube, dass man das jetzt, ohne dass man das jetzt genau überprüft hat oder die Fakten überprüft hat, gar nicht festschreiben kann, dass das zu wenig oder zu viel ist. Da warten wir, und da komme ich jetzt auch schon zu diesem Punkt, zum Bedarfs- und Entwicklungsplan. Auch hier in der Stellungnahme bekanntgegeben, dass wir zuerst diesen Bedarfs- und Entwicklungsplan, der ja schon in Auftrag gegeben wurde, abwarten müssten, eben, ob es und in welche Richtung wir hier gehen können. Ob dieser Zuschlag ausreicht oder nicht, und viele andere Bedarfe, die auch noch hier festgestellt werden, wenn eben das Ergebnis vorliegt, ob viele andere mobile und therapeutische Angebote auch noch dementsprechend dazu entwickelt und aufgebaut werden müssen. Es wäre jetzt sozusagen auch die Antwort in der Stellungnahme der Regierung. Ja, und Demenz und Pflege wird uns eben auch in Zukunft weiterhin beschäftigen, aber ich würde um Geduld bitten, dass wir diesen Bedarfs- und Entwicklungsplan abwarten und dann weitere Beschlüsse fassen. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.30 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 2844/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe:

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der GRÜNEN, Einl.Zahl 2844/6, betreffend Pflegegeld aller Stufen valorisieren! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe:

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Einl.Zahl 2946/5, betreffend Infrastrukturelle Pläne rund um das Forum Stadtpark statt Kongresse für zivilen Ungehorsam fördern! zum Antrag von Abgeordneten der FPÖ, Einl.Zahl 2946/1.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Präsident Kurzmann. Bitte schön.

Dritter Präsident LTAbg. Dr. Kurzmann – FPÖ (15.31 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Forum Stadtpark galt in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts zweifellos als ein Zentrum der zeitgenössischen Literatur im deutschen Sprachraum. Manche Literaturkritiker, aber auch Journalisten, bezeichneten Graz damals sogar als die heimliche Literaturhauptstadt. Es war die Zeit, in der das Literaturreferat mit Alfred Kolleritsch die berühmten Manuskripte herausbrachte, Wolfgang Bauer, Barbara Frischmuth, Peter Handke, Gerhard Roth, um nur einige wenige zu nennen, waren die Schriftsteller, die von Graz aus weit über die Grenzen Österreichs bekannt geworden sind. Die Fotozeitschrift „Camera Austria“ und die Filmzeitschrift „BLIMP“ erreichten ebenfalls breite überregionale Bekanntheit. Nach der Ära Kolleritsch im Jahr 1995 wurde das Forum Stadtpark unter Walter Grond, zu einem Mehrspartenhaus. Es stand nun für einen erweiterten Kunstbegriff und wollte sich vom erstarrten, elitären Avantgardebegriff ganz bewusst lösen. Zum alten Glanz fand die Künstlervereinigung im 21. Jahrhundert nicht mehr zurück, vielmehr waren es eher umstrittene Veranstaltungen, die den Dornröschenschlag von Zeit zu Zeit unterbrachen und die hin und wieder auch in der Öffentlichkeit für Diskussionen sorgten. Eine solche Veranstaltung war der Kongress für zivilen Ungehorsam im Jahr 2017, der sich im Forum Stadtpark mit Protestbewegungen und Widerstandsrechten gegen Regierungen und Behörden befasste. Die Parolen, die damals auf Plakaten veröffentlicht wurden, lauteten, und ich habe hier eines mit, das mir ein ehemaliger ÖVP-Gemeinderat zur Verfügung gestellt hat: „Verteidigung heißt Angriff. Es sind nicht die tausenden Bäume, die sie roden, es sind nicht die Tiere, die sie töten und vertreiben, es ist nicht der Raum, den sie uns nehmen, es sind die

Autoritäten an sich, die wir zerstören wollen“, steht auf einem dieser Plakate. Meine Damen und Herren, ich habe im ersten Moment, als ich das gesehen habe, an den großen alten Mann der Österreichischen Sozialdemokratie, Herrn Professor Leser, gedacht, der schon im Jahr 1980 einmal gesagt hat, die Kunst muss frei sein, aber nicht bis zur Brandstiftung. Und ähnlich dürften auch viele andere gedacht haben, denn diese Plakate haben damals auch im Grazer Gemeinderat sehr heftige und hitzige Diskussionen ausgelöst, nachdem ein Gebäude der Energie Steiermark beschmiert worden ist und ein Auto der Ordnungswache schwer beschädigt wurde und zahlreiche Hauswände mit Parolen und Protestschriften beschmiert wurden. Aber nicht nur Gemeinderäte, wie Kurt Egger von der ÖVP und einige Medien haben diese Sachbeschädigungen verurteilt, auch die Spitzen der Grazer Stadtregierung nahmen damals eindeutig Stellung. Bürgermeister Nagl hatte ja schon im Jahr 2016 angeregt, das Forumgebäude teilweise wieder als Kaffee zu nützen, also einer Nutzung zuzuführen, die dieses Gebäude schon vor dem Jahre 1959 gehabt hatte. Vizebürgermeister Eustacchio griff 2017 diese Idee noch einmal auf und schlug vor, den Stadtparkpavillon neben dem Forum Stadtpark wieder verstärkt als Spielstätte für Musiker, etwa der Grazer Musikuniversität, zu nutzen. Ohne dass sich der Landtag Steiermark in die Überlegungen der Grazer Stadtpolitik einmischen sollte, meine ich, dass die Pläne vom Kulturstadtrat Riegler sehr zu unterstützen sind. Den Erholungsraum rund um das Forum Stadtpark attraktiver zu gestalten, ist eigentlich sehr naheliegend. Der Raum rund um das Forum sollte auch für die Bevölkerung der Stadt, aber auch für Touristen verstärkt genützt werden. Die Attraktivität ließe sich mit einem KulturKaffee durchaus steigern. Gleichzeitig, meine Damen und Herren, könnten durch eine Steigerung der Stadtparkbesucher auch der Drogenhandel im Park zurückgedrängt und die Sicherheit erhöht werden. Das wäre etwa ein Beitrag für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum, den sich ja auch der Innenminister zum Ziel gesetzt hat. Abschließend, es bleibt zu hoffen, dass das Forum Stadtpark bald wieder an die großen Erfolge der Vergangenheit anschließen kann und durch künstlerische Qualität wieder von sich reden macht. Danke.

(Beifall bei der FPÖ – 15.37 Uhr)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Kollegin Sandra Holasek. Bitte schön, Frau Kollegin.

LTabg. Mag. Dr. Holasek – ÖVP (15.38 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Forum dieses Hohen Landtags!

Die Steiermark ist das grüne Herz Österreichs, der Stadtpark ist das grüne Herz unserer Landeshauptstadt Graz und das seit 1868. Das angesprochene Gebäude ist neuralgisch bis heute, und die Nutzung des ehemaligen Stadtparkcafes des heutigen Forum Stadtpark war immer ein großes Thema der Gesellschaft und immer ein Ort der vielfältigen Begegnung und Auseinandersetzung. Das Forum Stadtpark wurde 1960 eröffnet, 40 Jahre später hat man dann das Gebäude aufgestockt, und die Büroflächen und Seminarräume im Obergeschoss noch angefügt und daraus entstand ein ganz besonderes Format, nämlich ein Labor für offenen Diskurs und kulturellen Austausch. Und diese Experimentierstätte wurde von vielen heute international und national bekannten Künstlern und Künstlerinnen, wie schon mein Vorredner sie teilweise genannt hat, auch genutzt. Peter Handke, Erwin Wurm, Elfriede Jelinek, oder Barbara Frischmuth. Wenn man sich die Zahlen der Bespielung dieses Ortes anschaut, dann ist das beeindruckend. Die Stellungnahme des Herrn Landesrat zeigt uns hier Zahlen, beispielsweise für das Jahr 2017, wo 22.000 Besucher und Besucherinnen den Ort besucht haben, 197 verschiedene Veranstaltungen dort stattgefunden haben, aus vielen Bereichen. Von der Architektur, über die bildende Kunst, über gesellschaftspolitische Diskurse, über Literatur, über Musik und Theater. Das Forum Stadtpark ist ein unabhängiger, gemeinnütziger Verein, mit Mietvertrag mit der Stadt Graz. Die Verwendung der Örtlichkeit erfolgt laut den Statuten des Vereins. Die künstlerische und organisatorische Qualität des Hauses wird immer wieder evaluiert, von Experten und Expertinnen betrachtet, zuletzt geschah das auch im Rahmen des Calls für mehrjährige Förderverträge des Landes für 2017-2021 und zu dem Zeitraum, der auch im Antrag angeführt wird, 2013-2018, hier wurde auch die Abrechnung geprüft und auch entsprechend freigegeben für die Jahre 2013 und 2016 und für die weiteren Jahre laufen die Prüfungen und Begutachtungen noch. Zweck und Höhe der Förderungen sind auch in unserem Kulturförderungsbericht nachlesbar und auch online verfügbar und damit öffentlich gemacht. Sachbeschädigungen, wie sie eben im genannten Kongress Disobedience passiert sind, sind natürlich zu verurteilen und sind Gott sei Dank die Ausnahme. Veranstalter und das Forum Stadtpark haben sich auch davon distanziert. Zum Thema, das Gebäude wieder als öffentliches Kaffeehaus zu gestalten, finde ich persönlich auch als sehr gute Idee und damit auch den Standort zu beleben und wieder auch andere Themen hinzubringen, aber diese gesellschaftliche Planung ist zurzeit im Diskurs der Stadtregierung nicht mit dem

Vereinszweck des Forum Stadtpark vereinbar und deshalb zurzeit nicht in dieser Form in Umsetzung in Planung. Viele Initiativen sind aus dem Forum Stadtpark entstanden, eben wie die Camera Austria, die Manuskripte oder Crossroads, viele, viele mehr, die sich dann selber zu eigenen Vereinen formiert haben, darunter eben auch das Drama Graz und das zeigt eigentlich auch die Effektivität und die Qualität dieser Institution. Das Drama Graz selbst gibt es bekanntlich seit 2017 nicht mehr. Die Steiermark steht für und zur Vielfalt im Kunst- und Kulturbereich und der Verein Forum Stadtpark ist ein aktiver Partner darin. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.43 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Wolfgang Dolesch. Bitte schön.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (15.43 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Zuseherinnen und Zuseher, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Bei diesem recht interessanten Tagesordnungspunkt möchte ich eingangs festhalten, dass sich das Forum Stadtpark, das wurde heute auch schon vom Herrn Dritten Präsidenten erwähnt, mittlerweile als Mehrspartenhaus sieht, welches eben für einen erweiterten Kunstbegriff und hier auch spartenübergreifend damit in den Arbeiten steht. Pro Jahr finden immerhin 150 bis 200 Veranstaltungen statt, das ist nicht wenig, in den unterschiedlichsten Bereichen, diese sind entsprechend aufgelistet. Ich darf vorlesen, aus Architektur, Literatur, Bildende Kunst, Film, Fotografie, Medien, Kunst, Mode, Musik, Theater, Performance und Theorie, der Großteil übrigens davon auch bei freiem Eintritt, und der Anspruch des Hauses ist es, gewissermaßen sozusagen Labor und Plattform für viele Szenen hier sowohl im lokalen Bereich, als auch auf österreichischer und internationaler Ebene im Zusammenhang eben mit Kulturproduktion zu sein. Weiters ist allgemein bekannt, das wurde auch schon von Frau Doktorin Sandra Holasek so erwähnt, dass wir es hier mit einem unabhängigen Verein, einem eigenständigen, gemeinnützigen Verein zu tun haben, der eben auch einen Mietvertrag mit der Stadtgemeinde Graz abgeschlossen hat auf unbestimmte Zeit und in der Verantwortung des Vereines liegt es daher auch, hier entsprechend den Statuten zweckkonform, könnte man also sagen, hier auch die Nutzung der Räumlichkeiten festzulegen. Auch das ist in den Statuten des Vereines ja nachzulesen, auf diese gehe ich hier nicht näher ein. Es liegt daher auch durchaus, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Sinne der Sache der Betrachterin oder

des Betrachters also, wenn es durchaus auch Veranstaltungen gibt, die nicht unbedingt dem persönlichen Geschmack einer Person entsprechen müssen, denn Kunst und Kultur bedeutet, dass man hier, zumindest in der Steiermark bin ich froh darüber und sehr stolz darauf, dass das so gehandhabt wird, dass wir eben auch eine entsprechende Breite und Tiefe haben, damit man hier also, wenn man so möchte, auch die unterschiedlichen Geschmäcker hat, die sich frei entfalten können. Ich möchte mir eigentlich auch nicht umgekehrt vorstellen, was es bedeuten würde, wenn wir eine sogenannte von oben verordnete Kunst hätten, also, wenn man so möchte, wie es den „Oberen“ genehm ist. Da bin ich schon sehr froh darüber, dass wir hier entsprechend mehr zu bieten haben. Wenn hier also daher, wie wir es im gegenständlichen Antrag der FPÖ auch entnehmen können, die Idee ventiliert wird, man könnte hier ein Kaffeehaus installieren, dann hat das für mich persönlich insofern einen schalen Beigeschmack, als man anlassbezogen den Eindruck gewinnen könnte, dass hier der Verein als solcher, und seine Aktivitäten möglicherweise, auch wenn das wahrscheinlich gleich wieder zurückgewiesen wird, in Frage gestellt werden könnte. So nach dem Motto, lieber ein Kaffeehaus anstatt eines Vereines. Wie wir wissen, und das wurde auch schon in der Vergangenheit immer wieder so diskutiert, wird die Etablierung eines ständigen gastronomischen Betriebes, welcher mehr als den veranstaltungsbegleitenden und existierenden Hilfsbetrieb eben darstellt, ja als nicht zielführend immer wieder abgelehnt. Und ich halte es auch nicht für richtig, wenn hier, wenn man so möchte, wie es ja erwähnt wurde, wortwörtlich Drogenhandel oder auch die Sachbeschädigungen, die stattgefunden haben und die ich ausdrücklich nicht in irgendeiner Form in Schutz nehmen möchte, sondern das ist zu verurteilen, wenn das aber mit dem Forum Stadtpark in einen Zusammenhang gebracht wird, so suggeriert wird, zumindest ist bei mir dieser Eindruck entstanden, als wäre das Forum damit dafür entsprechend verantwortlich. Diese Verquickung halte ich für einfach nicht in Ordnung. Und in Erinnerung möchte ich auch rufen, dass seitens des Landes das Forum ja auch entsprechend im Zusammenhang, was also die sachgemäße Verwendung der Fördermittel betrifft, auch überprüft wird, das ist im Fördervertrag klar festgehalten, hier gibt es auch entsprechende Kriterien, die im Übrigen auch seitens des Vereines immer eingehalten worden sind. Frau Doktorin Sandra Holasek hat es schon erwähnt, da gehe ich jetzt auch nicht näher darauf ein, dass die einzelnen Jahre ja schon geprüft wurden bzw. der letzte Zeitraum sich gerade in Prüfung befindet und wo wir ja hier für das Jahr 2018 beispielsweise Fristsetzung letzter März hatten und wo wir dann in der Folge ja auch, wenn man so möchte, das Ergebnis mitgeteilt bekommen. Zweck und Höhe der Förderungen werden entsprechend

veröffentlicht, auch das wurde heute schon erwähnt, sowohl auf der Homepage des Landes Steiermark bei den Kulturförderberichten, als auch bei der Abteilung 9 selbst, wenn wir das hier so nachlesen können und die künstlerische und organisatorische Qualität, auch das wurde heute schon erwähnt, des Hauses, wird auch immer wieder von einem sogenannten Expertengremium oder auch –gremien entsprechend begutachtet. Daher abschließend, wenn jemand, und das sage ich hier doch in aller Deutlichkeit, die künstlerische Freiheit dieses Vereines einschränken möchte, wie gesagt, bei mir ist dieser Eindruck entstanden, wenn man hier also eine bestimmte ideologische Ausrichtung des Forums damit erreichen möchte, dann möge der oder diejenige das doch klar zum Ausdruck bringen. Dann soll man das doch klar sagen. Und umgekehrt lade ich alle dazu ein, wer für die Freiheit sozusagen von Kunst und Kultur eintritt, für die Freiheit dahingehend, dass wir eine entsprechende Breite und Tiefe in der Steiermark haben, auf die wir zu Recht stolz sein können, das heißt nicht, dass man uneingeschränkt alles tun und lassen kann, aber vom Grundsätzlichen meine ich daher, den ersuche ich auch, das entsprechend kund zu tun. Vielen und herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.50 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Kollegin Claudia Klimt-Weithaler. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (15.50 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landesrat, Frau Landesrätin!

Ich kann mich jetzt kurzfassen, weil inhaltlich schon sehr viel gesagt wurde und ich denke mir, 60 Jahre Forum Stadtpark sprechen für sich, da braucht man sich gar nicht ausbreiten. Das Jubiläum hat unter anderem unter dem Motto stattgefunden „Ein Fest für die Freiheit der Kunst“, und da kann ich mich auch meinem Vorredner anschließen, das soll auch bitte so sein. Was mich interessieren würde, Herr Kurzmann, wann waren Sie denn das letzte Mal im Forum Stadtpark? Ich nehme an, das muss schon sehr lange her sein, weil, wenn sie sagen, inhaltlich möge das an die Leistungen von früher anschließen, sollten Sie vielleicht jetzt einmal hinschauen. Zuletzt war eine hochinteressante Konferenz mit dem Titel „Demokratie – Konferenz für praktische Kritik“, das lege ich vielen ans Herz, denn wenn man Dinge kritisiert, sollte man ja auch wissen, wovon man spricht. Ich bin dem Herrn Landesrat Drexler sehr dankbar für die Stellungnahme zu diesem Antrag, weil er mir da in vielen Dingen, oder die Abteilung in vielen Dingen aus der Seele spricht. Das Forum Stadtpark ist ein Ort für

Kunst, für Kultur, für Kunstschaffende, für den Diskurs, für Vorträge, für Diskussionen und das soll es auch bleiben. Wenn ich in ein Kaffeehaus gehen möchte, habe ich im Stadtpark rundherum ganz viele andere Möglichkeiten und ich habe den Eindruck, dass hier eine sehr eigenartige Vorstellung davon besteht, wie man Drogenmissbrauch entgegenwirken kann. Ich glaube nämlich nicht, dass Drogenmissbrauch enden würde, wenn man aus dem Forum Stadtpark ein Kaffeehaus macht. Das glaube ich nicht. Dass wir hier andere Probleme haben, ist eine andere Sache, dass man dem entgegenwirken muss, ist auch eine andere Sache, aber das wird nicht gelingen, indem man einen Ort für Kunst und Kultur in ein Kaffeehaus umwandelt. Und weil ich jetzt gerade die Heidrun Primas im Publikum sitzen sehe, herzlichen Dank für die großartige Arbeit, die ihr leistet, dir und dem Team und bitte macht weiter so. Keinen Millimeter anders, wenn es geht. Dankeschön. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 15.52 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 2946/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ, den Grünen und der ÖVP angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 3152/2, betreffend Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2019/2); Psychosoziale Angebote in den Ländern Salzburg und Steiermark zum Bericht, Einl.Zahl 3152/1.

Zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Hedwig Staller. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Dipl.-Ing. Staller – FPÖ (15.53 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, sehr geehrter Herr Landesrat, geschätzte Abgeordnete, meine Damen und Herren!

Bericht des Rechnungshofes, ich möchte einen kleinen Teilbereich aufgreifen. Der Bericht ist sehr umfassend, aber ich möchte mich auf einen Bereich konzentrieren, und zwar um das 2014 von der Landeszielsteuerungskommission beschlossene Konzept zur Verbesserung der Versorgungssituation in der ambulanten Psychiatrie. Laut Rechnungshof war insbesondere die Einrichtung eines ambulanten, mobilen Krisendienstes überfällig. Der Rechnungshof hält auch kritisch fest, dass der mobile Krisendienst bislang keine Umsetzung erfahren hat und empfahl dem Land Steiermark, dies in Angriff zu nehmen. Der Gesundheitsfonds bezieht dazu Stellung, Landesrat Drexler verweist auf diese Stellungnahme und darin erfahren wir den Grund, warum das bisher nicht geschehen ist, und ich zitiere: „Laut Stellungnahme des Gesundheitsfonds konnten im Jahr 2014 die Zielsteuerungspartner keine Übereinstimmung zu den im Konzept enthaltenen Themen ambulante Hilfsplanung und mobiler Krisendienst erzielen“. Und ein paar Zeilen weiter unten heißt es dann: „Zum mobilen Krisendienst hielt der Gesundheitsfonds fest, dass dessen Einrichtung erst nach einer geplanten personellen Aufstockung und dem damit verbundenen Ausbau des sozialpsychiatrischen Basisangebotes vorgesehen sei. Dabei würden Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene berücksichtigt, um Doppelstrukturen hintanzuhalten. Laut Gesundheitsfonds sei nur auf diese Weise ein fachlich vertretbarer und effizienter Dienst zu schaffen, der die zu erwartende, vermehrte Nachfrage abdecken könne. Zitat Ende, nein, Zitat nicht Ende, Entschuldigung, schon jetzt würden alle psychosozialen Beratungsstellen während ihrer Öffnungszeiten Krisenfälle ad hoc versorgen bzw. Journaldienste und telefonische Fachberatungen durchführen. Eine Ausweitung dieser Leistungsangebote erfolgt sukzessive“. Jetzt Zitat Ende. Der Rechnungshof hat dann diese Bemühungen zur Kenntnis genommen und stellt aber ganz klar gegenüber Land Steiermark und Gesundheitsfonds, dass es ja um einen mobilen Krisendienst geht und damit aus Sicht des Rechnungshofes um ein Versorgungsangebot, das außerhalb von Öffnungszeiten und außerhalb von Standorten von besonderer Bedeutung wäre. Deshalb heißt es ja auch mobiler Krisendienst. Im Grunde bestätigen sowohl der Bericht des Rechnungshofes, als auch die Empfehlungen, die Forderung eines Selbstständigen Antrages, den wir schon vor einem Jahr eingebracht haben. Die Bedenken des Gesundheitsfonds möchte ich jetzt nicht von der Hand weisen. Echte Verbesserungen erfordern schließlich wirklich die notwendigen Strukturen. Es kann aber nicht sein, dass die Etablierung eines mobilen psychiatrischen Krisendienstes seit Jahren daran scheitert, dass wir noch personelle Aufstockungen treffen müssen und sonstige Ausbaumaßnahmen des Basisangebotes durchführen müssen. Die steirische Politik, namentlich Landesrat Drexler, ist in diesem

Zusammenhang angehalten, Strukturen zu schaffen, damit das Projekt mobiler Krisendienst endlich eine Umsetzung erfährt. *(Beifall bei der FPÖ)* Bevor ich unsere Forderungen noch einmal aufgreife, und den Entschließungsantrag von uns einbringe, möchte ich kurz auf die drei weiteren Entschließungsanträge eingehen, die auch noch zu diesem Tagesordnungspunkt gestellt werden. Wahrscheinlich dann später am Abend. Zum Antrag der Grünen: Bekommt unsere Zustimmung, deckt sich ja in Punkt drei mit unseren Forderungen. Zum Antrag der KPÖ: Auch hier unsere Zustimmung und zum Antrag von ÖVP und SPÖ, in meinen Augen ein No-Na-Antrag, selbstverständlich werden wir zustimmen, aber eine Frage sei an die Kollegen von ÖVP und SPÖ schon gerichtet: Wozu macht man eine Evaluierung? Eine Evaluierung macht man, damit man Erkenntnisse gewinnt und in weiterer Folge Richtlinien für die weitere Verbesserung ausarbeiten kann. Das ist der ureigenste Zweck einer Evaluierung. Und dazu stellen ÖVP und SPÖ einen Entschließungsantrag. Bravo. Wenn Sie also keine Angst davor haben, auch einem inhaltlichen Antrag zuzustimmen, dann können Sie das heute gerne tun.

Ich stelle hiermit unseren Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend jene Maßnahmen einzuleiten, die laut Gesundheitsfonds Voraussetzung sind, um einen mobilen psychiatrischen Krisendienst in der Steiermark einrichten zu können und nach Umsetzung einen mobilen psychiatrischen Krisendienst in der Steiermark zu etablieren.

Ich bitte um Ihre Zustimmung. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ – 15.59 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Klubobfrau der KPÖ, Frau Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Bitte schön.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (15.59 Uhr): Danke, Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Saal und via Auditorium!

Ich bringe jetzt einen Entschließungsantrag für meine Fraktion ein und es geht uns in diesem Entschließungsantrag wieder einmal um die Verbesserung des psychosozialen Angebotes für Kinder und Jugendliche. Ich darf kurz auf die Fakten eingehen. Wir wissen, dass außerstationäre Wohneinrichtungen für psychisch kranke Kinder und Jugendliche in der Steiermark leider Mangelware sind, sowohl bei den sozialpädagogischen Wohnplätzen ist die Steiermark mit 21,3 Plätzen pro 10.000 Einwohnern und Einwohnerinnen Schlusslicht in

Österreich. Wir wissen auch, dass für Kinder und Jugendliche mit psychischen Problemen es zusätzlich sozialtherapeutische Wohneinrichtungen brauchen würde, die eben speziell auf die Erkrankungen ausgerichtet sind und wo es auch ein dementsprechendes Team gibt, das diese Kinder betreut. Es gibt eine Studie, und laut dieser Studie – die ist von der Gesundheit Österreich GmbH und vom Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen – liegt die Steiermark österreichweit leider an letzter Stelle. Es existieren nämlich in der ganzen Steiermark laut dieser zitierten Studie gerade einmal zwölf Wohnplätze für psychisch kranke Kinder und Jugendliche, das sind, wir haben es noch einmal hochgerechnet, nur 0,5 Wohnplätze pro 10.000 Einwohner und Einwohnerinnen. Wenn man das z. B. mit Oberösterreich vergleicht, und das ist ja immer ein Bundesland, wo man sagt, das kann man gut mit der Steiermark vergleichen, weil es von der Größe und von den EinwohnerInnenzahlen ungefähr gleich ist, dann muss man wissen, dort gibt es 143 sozialtherapeutische Wohnplätze für Kinder und Jugendliche. Dass also der Bedarf dringend gegeben ist, sagen nicht nur Fachleute, das liegt auf der Hand. Jetzt wissen wir auch aufgrund eines Volksanwaltschaftsberichtes, die ja da dezidiert darauf hingewiesen haben, dass in der Steiermark flächendeckende sozialtherapeutische und sozialpsychiatrische Angebote fehlen. Jetzt haben wir bereits, das war 2015, einen Antrag eingebracht, wo wir die Landesregierung aufgefordert haben, dass eben in Zusammenarbeit mit dem Sozialressort, aber auch mit dem Gesundheitsressort, ein Konzept ausgearbeitet werden soll, damit man das Angebot der sozialtherapeutischen Wohnplätze in der Steiermark erhöhen kann für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche, und zwar deutlich erhöhen. Und wir haben in diesem Antrag auch gefordert, dass dem Landtag darüber Bericht erstattet werden soll. Nachdem wir dann längere Zeit nichts gehört haben, haben wir eine Anfrage gestellt und da habe ich mich dann sehr gefreut. Ich darf jetzt aus dieser Anfrage von unserer Soziallandesrätin zitieren, sie schreibt da unter anderem: „Für eine bedarfsgerechte Unterbringung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Betreuungsbedarf wurde beschlossen, dass die Abteilung Soziales, Arbeit und Integration und die Abteilung Gesundheit, Pflege und Wissenschaft ermächtigt werden, 20 bedarfsentsprechende Unterbringungsplätze für Kinder und Jugendliche mit besonderem Betreuungsbedarf unter Kostentragung zu gleichen Teilen zu konzipieren, zu erproben und zu evaluieren“. Jetzt weiß ich, dass das geplant ist, was ich nicht weiß, ist, ist das bereits umgesetzt und meine Frage richtet sich jetzt an die beiden zuständigen LandesrätInnen: Gibt es diese 20 Plätze inzwischen, oder ist das jetzt nur einmal am Papier? Da würde ich einfach um eine Antwort bitten und vor allem deshalb, weil wir eben jetzt diesen

Rechnungshofbericht haben, wo eben das noch einmal stark kritisiert wird, dass dieser Mangel nach wie vorgegeben ist. Ich darf hier auch noch einmal aus unserem Entschließungsantrag jetzt zitieren, was der Rechnungshof kritisiert, nämlich einerseits das mangelnde Angebot und die mangelnde Steuerung des Landes, das im Gegensatz zum Bundesland Salzburg die Versorgung über private Vereine abwickelt, das steht auf Seite 9 dieses Berichtes und auch im RSG 2025 werden ja keine Planungsausgaben zur psychosozialen mobilen Betreuung oder für die psychosozialen Wohnangebote getroffen. Da kann man auf Seite 19 nachschauen. Eine auf die strategischen Ziele ausgerichtete konkrete Angebotsplanung erfolgt in der Steiermark bislang nicht.

Und deshalb stellen wir jetzt folgenden Entschließungsantrag, den ich hiermit einbringen darf:
Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Ergebnisse des vorliegenden Berichts des Rechnungshofes zu berücksichtigen und daher

- 1 das Angebot an sozialtherapeutischen Wohnplätzen für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche in der Steiermark deutlich zu erhöhen,
- 2 in sozialpädagogischen Einrichtungen zur vollen Erziehung die Gruppengrößen abzusenken und den Personalschlüssel im Sinne einer Qualitätsverbesserung des Betreuungsverhältnisses anzuheben,
- 3 für Kinder unter zehn Jahren mit speziellem Betreuungsbedarf (Traumatisierung, Gewalterfahrung, Eigen- oder Fremdgefährdung) ein ausreichendes Ausmaß an Betreuungsplätzen mit speziellem traumapädagogischem Schwerpunkt und intensiver Betreuungsmöglichkeit (kleine Gruppen, hoher Betreuungsschlüssel) zu schaffen und
- 4 den geforderten Ausbildungsstand des sozialpädagogischen Personals anzuheben und den Prozentsatz des Personals ohne abgeschlossene Ausbildung in Einrichtungen der vollen Erziehung abzusenken.

Das sind konkrete Vorschläge, ich bitte um Annahme dieses Antrages und ich möchte auch noch, so wie die Kollegin Staller, zu diesem No-Na-Entschließungsantrag von SPÖ und ÖVP etwas sagen. Wir werden dem nicht unsere Zustimmung geben. Nein, ich mag nicht mehr Anträgen, die wirklich deswegen gemacht wurden, damit man alle anderen Anträge, die von der Opposition kommen, ablehnen kann, unsere Zustimmung geben, das werden wir künftig nicht mehr tun. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 16.06 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Nachdem mir zu diesem Antrag keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, nein, gibt es noch? Dann unterbreche ich jetzt hier an diesem Punkt und fahre mit der Dringlichen fort, mit der Behandlung der ersten Dringlichen Anfrage.

Am Dienstag, dem 26. März 2019 wurde von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3191/1, an Herrn Landesrat Anton Lang betreffend „*Schwarz-rotes Prestigeprojekt „Leitspital Liezen“ – ein finanzpolitischer Blindflug?*“ eingebracht.

Ich erteile dem Klubobmann Mag. Stefan Hermann das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTAbg. Mag. Hermann – FPÖ (16.07 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher!

Wir haben in der Früh im Rahmen der Aktuellen Stunde schon intensiv über das geplante Projekt im Ennstal – Zentralkrankenhaus debattiert und in der Diskussion wurde doch deutlich, dass dieses Projekt äußerst umstritten ist und es sind noch viele Fragezeichen offengeblieben. Ich werde es Ihnen und uns allen ersparen, jetzt noch einmal da sämtliche Kritikpunkte, die wir an diesem Vorhaben äußern, da breit aufzuzählen, ich werden sie kurz zusammenfassen. Die Versorgungssituation ist unserer Ansicht nach alles andere als gesichert und geklärt, sollte es zu der Umsetzung des Projektes kommen. In Bad Aussee, Rottenmann und Schladming sollen sogenannte Gesundheitszentren entstehen, oder Facharztzentren, und ein solches Gesundheitszentrum, meine Damen und Herren, kann niemals ein Ersatz für ein Krankenhaus sein. (*Beifall bei der FPÖ*) Die Frage nach den Öffnungszeiten wurde uns nie beantwortet und auch das Leistungsspektrum wurde nicht beantwortet. Was bleibt über, meine sehr geehrten Damen und Herren, aufgrund der demografischen Entwicklung, die Menschen werden zum Glück immer älter, sie sind gesünder und leben länger, aber wenn Menschen älter werden, bedeutet das auch, dass sie länger und mehr Anspruch auf Gesundheitsversorgung haben und die Wege, die sie dann zurücklegen müssen, werden länger. Das ist kurz zusammengefasst das Konzept, das jetzt im Ennstal zur Umsetzung gebracht wird. Die Schließung drei bestehender, bewährter Krankenhäuser stellt einen Anschlag auf den ländlichen Raum auch dar. Das wundert aber hier herinnen nicht, so waren es Sie, meine geschätzten Damen und Herren von SPÖ und ÖVP, die in der Vergangenheit

Gemeindeämter auch geschlossen haben, Gemeinden fusioniert haben und gemeint haben, es wird dann alles effizienter und sparsamer. Da fehlt mir ein bisschen das Erfolgsergebnis. Sie haben Volksschulen zugesperrt und haben der Bevölkerung erklärt, es werden dann alle gescheitert. Und jetzt schließen Sie Krankenhausabteilungen und ganze Krankenhäuser und reden der Bevölkerung ein, dass wir gesünder werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, das nimmt Ihnen doch kein Mensch ab. *(Beifall bei der FPÖ)* Und ja, diese Schließung wird Arbeitsplätze in der Region kosten, von 1.000 Mitarbeitern, die bis jetzt an den Standorten beschäftigt sind, werden nur mehr 600 im neuen Zentralkrankenhaus unterkommen. Was mit den restlichen 400 ist, konnte man auch nicht zufriedenstellend beantworten. Es heißt, sie werden im Gesundheitsbereich unterkommen. Die Frage ist, wo in der Steiermark. Sicher nicht alle in den Gesundheitszentren, also hier klafft ein Delta von knapp 300 bis 400 Personen und da fehlen mir auch noch die Antworten. Kommen wir nun zum finanziellen Aspekt. Um 250 Millionen Euro, kolportieren 250 Millionen Euro, soll ein Zentralspital errichtet werden, auf die grüne Wiese gebaut werden. Da kommen ja noch weitere Kosten dazu. Ich denke da an die Infrastruktur, an die zu tätigen Investitionen dann in den Gesundheits- und Facharztzentren, also werden die 250 Millionen Euro wohl eine sehr, sehr optimistische Schätzung sein, und die wahren Kosten werden darüber liegen. Kommen wir zu einer weiteren Schätzung. Es liegt ja noch kein konkretes Projekt vor. Es ist auch nicht sicher, wie finanziert wird. Jeder Häuslbauer, jeder, der ein Haus baut, lässt sich zuerst einen vernünftigen Plan machen, holt dann Angebote ein, geht damit zu einem Kreditinstitut und beginnt dann zu bauen. All diese Vorgangsweisen fehlen hier, meine sehr geehrten Damen und Herren. In Schladming und Bad Aussee wurden im Jahr 2006 bzw. 2013, die wurden dort neu eröffnet, da wurden 80 Millionen Euro investiert. Schladming wird überhaupt erst in Jahren erst abbezahlt werden und der Steuerzahler darf in Schladming noch sechs Jahre lang für ein Spital bezahlen, dass er aller Voraussicht nach nicht mehr nutzen kann. Dabei wären die Alternativen, und ich möchte noch einmal kurz unsere freiheitlichen Alternativen auch aufzählen, denkbar einfach. Wir stehen für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung, 24-Stunden-Ambulanz, sieben Tage die Woche, d. h., rund um die Uhr, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Es ist uns völlig klar, dass es Spezialisierungen geben muss, dass kleine Spitäler nicht das volle Leistungsspektrum auch abdecken werden können. Aber für Spezialeingriffe, Knieoperationen, etc., ist es jedem zumutbar, auch längere Wege zurückzulegen. Und wie es alle Experten eigentlich sagen, auch die viel zitierten KAGes-Experten und Ärzte, die von einem Leitspital sprechen, sagen mir

selbstverständlich ja, ein Leitspital braucht es, aber werten wir doch ein bestehendes Haus zu einem Leitspital auf. Versenken wir nicht Steuergeld auf der grünen Wiese, werten wir beispielsweise den Standort Rottenmann auf, investieren wir dort, denn wie wir wissen, ist das Leistungsspektrum, das Rottenmann abdeckt, ja schon nahezu gleich mit jenem, den das neue Spital auch abdecken wird. *(Beifall bei der FPÖ)* Und dann gilt es, etwas zu tun, was in einem anderen Bezirk auch funktioniert. Führen wir die drei Spitäler dann im Verbund, wie es Knittelfeld und Judenburg auch möglich ist und sich bewährt hat. Ich komme nun aber zu den finanziellen Aspekten. Aus unserer Sicht ist die Finanzierung eben alles andere als gesichert und das Zitat, lieber Klubobmann Schwarz, du wirst mir verzeihen, von dir, muss ich noch einmal bringen. Du hast gesagt in der vorletzten Landtagssitzung: „Ich darf klarstellen, die Finanzierung für Liezen ist gesichert. Das einzige, was noch nicht feststeht, wie diese Finanzierung genau aussehen wird“. Diese entwaffnende Ehrlichkeit des roten Klubobmanns, die zwar zweifelsohne erfrischend ist, macht aber offensichtlich die Planlosigkeit in diesem Bereich und den Erklärungsbedarf offensichtlich. *(LTAbg. Schwarz: „Immer diese Unterstellungen, immer der gleiche Holler, den du sagst!“)* Es ist die Frage, wird es ein PPP-Modell, oder wird es aus dem Regelbudget entsprechend finanziert. Vermutlich ist von einem PPP-Modell auszugehen, da man hier Maastricht-neutral finanzieren könnte, was bei fünf Milliarden Euro Schulden, die wir in der Steiermark haben, ja durchaus nachvollziehbar ist. Bei einem PPP-Modell fehlt es aber an Transparenz und Kontrolle. Ich möchte da auch jemanden zitieren, der am 16. Juni 2010 Folgendes gesagt hat: „Am Beispiel des in Schladming gewählten PPP-Modells kann man festhalten, es ist ein Modell, wo alle gut gelebt haben, nur nicht der steirische Steuerzahler. Nur die Gesellschafter haben an dem Krankenhaus sehr gut verdient“, Zitat Klubobmann Christopher Drexler, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sollte sich die Landesregierung für ein PPP-Modell entscheiden, werden auch Sie, Herr Landesrat, erklären müssen, woher der plötzliche Sinneswandel kommt. Wir Freiheitliche stehen auf jedem Fall den Steirern im Wort und werden auf eine effiziente Kontrolle, sowie die größtmögliche Transparenz pochen. *(Beifall bei der FPÖ)* Die Steirerinnen und Steirer erwarten sich in wesentlichen Fragen, und das ist eine gesundheitspolitische Frage, keine vollmundigen Versprechen, keine leeren Worthülsen, keine Versprechen, die nicht gehalten werden und bei einer Summe von 250 Millionen Euro, die investiert werden soll, keine Finanzierungskonzepte, die offensichtlich auf Treibsand gebaut sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich komme daher nun zu den Fragen:

1. Welchen konkreten Inhalt hatte die zwischen Ihnen und dem Landesgesundheitsreferenten getroffene Vereinbarung hinsichtlich der Finanzierung des Zentralkrankenhauses in Stainach-Pürgg und zu welchem konkreten Zeitpunkt erfolgte diese?
2. Auf welche Art erfolgte diese Vereinbarung und werden Sie die getroffene Vereinbarung, sofern diese nicht nur mündlich erfolgte, dem Landtag zur Kenntnisnahme vorlegen und falls nein, warum nicht?
3. Werden Sie an dieser Vereinbarung auch festhalten, falls sich die Bürger des Bezirks Liezen im Zuge der am 7. April stattfindenden Volksbefragung gegen das Zentralkrankenhaus aussprechen und falls ja, warum?
4. Kann man Ihrer fachlichen Ansicht nach die Finanzierung von geplanten Projekten bereits dann als gesichert bezeichnen, sobald sich Regierungsmitglieder über das Projekt geeinigt haben, selbst wenn noch nicht feststeht, wie die Finanzierung bewerkstelligt werden soll und es noch keinen Landtagsbeschluss hinsichtlich der Finanzierung gibt?
5. Falls ja, wie oft kam es in dieser Legislaturperiode vor, dass die Landesregierung oder deren Mitglieder die Durchführung von Projekten genehmigt haben, obwohl noch nicht feststand, ob deren Finanzierung aus dem regulären Budget überhaupt bewältigbar ist und um welche Projekte handelte es sich dabei konkret?
6. Sind von den genannten 250 Millionen Euro lediglich die Errichtungs- und Ausstattungskosten des neuen Krankenhauses umfasst?
7. Falls nein, welche konkreten Kostenpositionen sind abgesehen von den Errichtungskosten von den 250 Millionen Euro umfasst?
8. Wären infolge eines Krankenhausneubaus, abseits der 250 Millionen Euro, zusätzliche Kostenpositionen – beispielsweise für medizinische Gerätschaften, Verkehrsanbindung, regionale Infrastrukturmaßnahmen etc. – zu erwarten und falls ja, welche?
9. Welche Kosten würden dem Land Steiermark aufgrund dieser zusätzlichen Positionen ungefähr erwachsen und sind diese Kosten bzw. deren Finanzierung bereits auf Regierungsebene besprochen worden?
10. Welche Kosten würden notwendige Investitionen in die Gesundheits- und Facharztzentren, die in den derzeitigen Spitälern im Bezirk Liezen entstehen sollen, verursachen und inwiefern sind diese Kosten in den 250 Millionen Euro bereits berücksichtigt?

11. Welche Kosten würden das infolge des Zentralkrankenhauses zusätzlich notwendige Rettungspersonal bzw. die zusätzlich erforderlichen Rettungsfahrzeuge verursachen und inwiefern sind diese Kosten in den 250 Millionen Euro bereits berücksichtigt?
12. Welche Kosten würden die infolge des Zentralkrankenhauses notwendigen, vermehrten Hubschrauberflüge verursachen und inwiefern sind diese Kosten in den 250 Millionen Euro bereits berücksichtigt?
13. Welchen Vorteil hätte ein „PPP-Modell“ – abgesehen von einer potenziell maastrichtneutralen Finanzierung – gegenüber einer konservativen Finanzierung aus dem Landeshaushalt?
14. Welche Art der Finanzierung wird seitens Ihres Ressorts präferiert und wie begründen Sie Ihre Präferenz?
15. Falls die Finanzierung im Rahmen eines „PPP-Modells“ erfolgen soll, wie wollen Sie sicherstellen, dass diese Art der Finanzierung im Vergleich zu einer Finanzierung aus dem Regelbudget zu keiner Einschränkung der Transparenz führt und die verfassungsrechtliche Kontrollkompetenz des Landtags gesichert ist?

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Beantwortung. (*Beifall bei der FPÖ – 16.18 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Ich erteile Landesrat Anton Lang das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage und verweise auf die Redezeitbegrenzung von 30 Minuten.

Landesrat Anton Lang (16.18 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen noch einmal darauf hinweisen, dass diese heute Dringliche Anfrage der Freiheitlichen Partei im Wesentlichen Gesundheitsangelegenheiten betrifft, wie im Vorspann vom Klubobmann auch zum Ausdruck gekommen, und für diese Gesundheitsangelegenheiten ist, wie bekannt, mein Kollege Landesrat Mag. Christopher Drexler formal verantwortlich. Daher ersuche ich auch um Verständnis, geschätzte Damen und Herren, dass es nicht Aufgabe des Finanzreferenten sein kann, einzelfallbezogene Aussagen zu den Ressorts aller Regierungsmitglieder zu treffen. Außerdem hat sich heute der Kollege Christopher Drexler, bereits in der Beantwortung der Aktuellen Stunde in einer ja, eineinhalbstündigen Diskussion, zu den einzelnen Fragen größtenteils geäußert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir befinden uns in einer Zeit, die von globalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen gekennzeichnet ist und genau aus diesem Grund ist es für uns von essentieller Bedeutung, ein politisches Klima der Gemeinsamkeit und des politischen Handelns im Sinne des Gemeinwohls zu schaffen. Das bedarf eines ständigen Austauschs mit dem Koalitionspartner, und meine geschätzten Damen und Herren, das ist keine bloße Worthülse, dieser Austausch über steiermarkweit relevante Themen wird von uns tagtäglich gelebt, um unsere Steiermark fit für die Zukunft zu machen und für die Steirerinnen und Steirer ein Umfeld des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Friedens zu schaffen. Mit unseren – ich betone – gemeinsam getragenen Entscheidungen und Projekten wollen wir eine Brücke in die Zukunft unseres Landes schlagen, die schon jetzt an heranwachsende Generationen und deren Bedürfnisse denkt. Wir sind angetreten, um respektvoll und wohlbedacht, und das ist mir als Finanzreferent besonders wichtig hervor zu streichen, mit einem stetigen Augenmerk auf die derzeitige und zukünftige Finanzlage unseres Landes, Reformen und Veränderungen einzuleiten. Und damit bin ich auch schon beim konkreten Thema dieser Anfrage, nämlich dem Bau eines Leitspitals in der Region Liezen, angekommen. Und auch hier handelt es sich selbstverständlich um ein gemeinsam getragenes Vorhaben. Ich gehe sogar so weit, es als ein echtes Jahrhundertprojekt in der Steiermark zu bezeichnen. Warum? Weil wir hier nicht kurzfristig denken, sondern wie bereits erwähnt, uns an den Bedürfnissen der Menschen jetzt und der nächsten Generationen orientieren. So befinden wir uns zum jetzigen Zeitpunkt in einer Planungsphase, die zeigen wird, in welchem Ausmaß, wo, mit welcher Infrastruktur und Ausstattung dieses Projekt realisiert werden kann, um einen echten Mehrwert, um einen echten Mehrwert für die Menschen im Ennstal und die gesamte Region darzustellen. Und genau diese Phase der Planung, geschätzte Damen und Herren, ist es uns ein besonderes Anliegen, das ist keine Ho-Ruck-Aktion, das muss gewissenhaft und bis ins kleinste Detail überlegt sein. Denn, und hier rede ich ganz klar von meiner Zuständigkeit als Finanzreferent, müssen wir stets die Finanzen im Blick haben, um den österreichischen Stabilitätspakt zu erfüllen, um einer zukünftigen Regierung in den nächsten Gesetzgebungsperioden den nötigen Handlungsspielraum zu schaffen. Es geht hier nicht alleine um den Bau eines Spitals, es geht auch um eine funktionierende Infrastruktur und um angemessene Verkehrslösungen. Und jetzt spreche ich auch als Verkehrsreferent zu Ihnen, und ich überlege sehr, sehr genau, welche Schritte im Bereich öffentlicher Verkehr und auch Individualverkehr nützlich sind und wie diese Bereiche zusammenspielen können. Und noch etwas ist mir ganz, ganz besonders wichtig, weil es

ebenfalls in meine politischen Agenden fällt: All die geplanten baulichen Maßnahmen und geplanten Verkehrsprojekte müssen im Einklang mit Umwelt und Natur stehen. Denn gerade die Region Liezen, das gesamte Ennstal, lebt von ihrer wunderschönen Umgebung und Landschaft und somit betrachte ich solche großen Bauprojekte nicht nur aus der Sicht des Verkehrslandesrates, sondern vor allem auch aus der Sicht des Naturschutzlandesrates. Und es gilt immer zu bedenken, dass unter einer optimalen Verkehrsanbindung die Natur nicht leiden darf und, dass die unterschiedlichen Interessen in eine gemeinsam getragene Lösung fließen müssen. Soweit, meine geschätzten Damen und Herren, habe ich Ihnen einmal grundsätzlich meine Sicht zu diesem Vorhaben dargelegt und komme nun zur Beantwortung Ihrer Fragen.

Ich darf die Fragen 1 und 2 gleich zusammenfassen und wie folgt beantworten:

Wie bereits in meiner Einleitung ausgeführt, gibt es einen ständigen Austausch auf Augenhöhe mit unserem Partner über steiermarkweit relevante Themen, der Austausch wird von uns tagtäglich gelebt. Hinsichtlich der Finanzierung des Leitspitals Liezens wurde von Anfang an vereinbart, und ich darf das jetzt noch einmal wiederholen, von Anfang an war das klar vereinbart, dass die Fiskalregeln des Österreichischen Stabilitätspaktes auf jeden Fall einzuhalten sind. Wir werden uns selbstverständlich auch bei diesem Projekt, wie bei allen anderen Projekten auch, das muss man auch einmal sagen, vollständig an die im Steiermärkischen Landeshaushaltsgesetz und im Steiermärkischen Landesverfassungsgesetz genannten Vorgaben halten.

Frage 3 darf wie folgt beantwortet werden:

Unsere Verfassung bietet die Möglichkeit für eine Volksbefragung und diese ist daher zur Kenntnis zu nehmen. Rechtlich ist sie nicht verbindlich, wurde heute schon sehr ausführlich diskutiert. Ich selbst bin, wie im Übrigen auch mein Regierungskollege Christopher Drexler, der Auffassung, dass verantwortungsvolle Politik auch damit zu tun hat, Entscheidungen zu treffen. Dennoch ist uns, ist mir, der Dialog mit allen betroffenen Partnerinnen und Partnern und den Steirerinnen und Steirern, wie mehrfach den Medien entnommen werden konnte, ein großes Anliegen. Festzuhalten ist aber, dass der Gesundheitsplan 2035 die fachliche Notwendigkeit eines Leitspitals in der Region Liezen deutlich gezeigt hat.

Ich darf die Punkte 4 und 5 wieder zusammenfassen und wie folgt beantworten:

Wie bereits in der Beantwortung der Fragen 1 und 2 dargelegt, werden wir uns auch bei diesem Projekt ausnahmslos an die im Steiermärkischen Landeshaushaltsgesetz und im Steiermärkischen Landesverfassungsgesetz genannten Vorgaben halten.

Ich darf die Punkte 6 bis 12 zusammenfassen und wie folgt beantworten:

Betreffend Ihrer konkreten Fragestellungen hinsichtlich einzelner Kostenpositionen muss ich festhalten, dass diese nicht in meinen Zuständigkeitsbereich fallen. Ich wiederhole mich, zum jetzigen Zeitpunkt befinden wir uns in einer Planungsphase, die in den Verantwortungsbereich des Gesundheitsfonds fällt. Diese wird zeigen, in welchem Ausmaß, wo, mit welcher Infrastruktur und Ausstattung dieses Projekt realisiert werden kann, ohne, die von meinem sehr geschätzten Regierungskollegen Christopher Drexler, genannte finanzielle Obergrenze zu überschreiten. Der Landesrechnungshof, meine sehr geehrten Damen und Herren, begleitet dieses Projekt selbstverständlich von Anbeginn an mit.

Frage 13, 14, 15 darf ich ebenfalls zusammenfassen:

Hinsichtlich der Fragen, welche Finanzierungsform herangezogen werden soll, kann ich Ihnen mitteilen, dass von den Expertinnen und Experten der betroffenen Stakeholder, mit umfassender Einbeziehung der Finanzabteilung des Landes Steiermark, ein Finanzierungsmodell vorgelegt werden wird. Unabhängig vom Finanzierungsmodell wird selbstverständlich dafür Sorge getragen, dass ein Höchstmaß, ein Höchstmaß an Transparenz sowie auch die Kontrollkompetenz des Landtages laut Verfassung gewahrt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 16.30 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder und Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Albert Royer.

LTabg. Royer – FPÖ (16.30 Uhr): Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, Hoher Landtag!

Zuerst darf ich vielleicht noch eine ganz kurze Replik machen zur Aussage vom Herrn Landesrat Drexler vom Vormittag. Natürlich absolut unwahr, dass wir Freiheitliche erst in letzter Zeit sozusagen auf den Protestzug aufgestiegen sind, ich darf schon daran erinnern, ich war der einzige und erste Abgeordnete, der bei der ersten Demonstration in Rottenmann, damals vor dem Krankenhaus, dabei war und auch zu den Leuten sprechen durfte und das haben sich die Rottenmänner nämlich aus einem sehr bestimmten Grund in Erinnerung behalten, was sie mir heute zum Teil auch immer noch erzählen und lobend erwähnen, weil ich damals ins Mikrofon Folgendes gesagt habe: Ich habe damals gesagt: „Das ist ein Schwindel mit dem Leitspital, weil es ja eigentlich ein Zentralkrankenhaus ist“. Ich habe gesagt: „Ich bin ein Bauer und ich habe auch Kühe daheim. Und bei mir hat eine Kuh die Glocke um, das ist die Glockkuh, also die Leitkuh“, habe ich damals gesagt. Ich habe damals gesagt: „Wenn ich meine Kühe verkaufe und ich behalte mir nur noch eine, dann brauche ich der einen keine Glocke mehr um den Hals hängen, weil das ist dann keine Leitkuh mehr, sondern nur mehr eine normale Kuh“. (*Beifall bei der FPÖ*) Und das ist genau der Grund, warum sie mich in Rottenmann in Erinnerung haben, von der Veranstaltung, da haben damals, und das zieht sich ja durch wie ein roter Faden, von der Demo damals bis 29. Jänner in Trautenfels, immer wenn die BA's oder die Rottenmänner irgendetwas gemacht haben, dann haben die Leute von den Regierungsparteien gerade immer nicht Zeit gehabt, immer Terminprobleme. Die kleinen Oppositionsparteien, der Dr. Murgg, der Lambert Schönleitner, die waren fast überall dabei, und ja, es stimmt, ich war einmal in Aussee bei einer Veranstaltung nicht drinnen, weil das habe ich wirklich erst einen Tag, oder zwei Tage später erfahren, dass die Veranstaltung war. Ich habe es nicht gewusst, sonst wäre ich dabei gewesen. Aber wir waren sonst überall vertreten und wir fahren jetzt seit Anfang an die gleiche Linie, weil wir uns ja bestätigt fühlen, weil die Argumente, wenn auch Vormittag gesagt worden ist, wir sagen immer das gleiche, weil es immer noch stimmt, weil wir sowieso nie keine gescheiterten Antworten bekommen. Das, bei allem Respekt, Herr Landesrat Lang, war wieder einmal nicht sehr viel, was Sie uns da gesagt haben, auch über die Finanzierung, wieder viele offene Fragen. Zu der Ausseer Veranstaltung, wo ich heuer drinnen war, da ist auch noch immer eine Frage offen. Ich habe damals bewusst die Frage an den Günter Dörflinger von der KAGes gestellt, weil ich ja schon gewusst habe, vom Landesrat Drexler bekomme ich nie eine Antwort, war damals die Frage, Kinderstation, ob sie das rechtliche

Risiko eingehen, dass Kinder in Überwachungsstätten hineingelegt werden, wenn kein Kinderarzt anwesend ist. Weil ich kann mir das absolut nicht vorstellen, ohne Kinderarzt im Spital Kinder in Überwachungsbetten zu legen, und dann, wenn etwas passiert, das Klagsrisiko einzugehen, da wären wir wieder beim Finanziellen, weil irgendwer muss das dann bezahlen. Das glaube ich einfach nicht, aber wie gesagt, ich habe keine Antwort darauf bekommen. Ich darf vielleicht auch noch sagen, dass mich am Samstag mehr oder weniger privat der Herr Dr. Wanek noch einmal angerufen hat, sich noch einmal erkundigt hat, wie die Lage jetzt ist. Er verfolgt das ganze sehr intensiv über die Medien. Er wünscht uns natürlich für Sonntag alles Gute, dass das Ergebnis so sein möge, wie wir es gerne hätten und ich muss sagen, der Herr Dr. Wanek ist wirklich eine, er war bei der Pressekonferenz in Liezen oben am 20. März, herausragende Persönlichkeit mit einem unglaublichen Fachwissen, was mich wirklich sehr, sehr beeindruckt hat. Er kennt die Gegend auch sehr gut, er hat ja in Schladming oben, in Obertal, einen Zweitwohnsitz, ein Haus. Er weiß die Geschichte der Krankenhäuser da, er kennt die Gesundheitsversorgung, er ist ja in Wien als Patientenombudsmann immer noch involviert in die ganze Sache und er sagt ganz eindeutig, auch als Arzt, muss man sagen, es ist die Zentralisierung keine Lösung und vor allem nicht die richtige Lösung. Die richtige Lösung wäre eine Verbundlösung und eine Spezialisierung. Und das wäre eigentlich die Zukunft für das 21. Jahrhundert. Und auch von der Finanzierung her, er sagt, naja, wenn sich die Steiermark das leisten kann, dass man sozusagen die drittbeste Lösung auf die grüne Wiese um sehr viel Geld baut, dann bewundert er das. Er kann sich das irgendwie nicht vorstellen. Ich sage deswegen die drittbeste Lösung, weil die beste Lösung wäre natürlich momentan Rottenmann aufzuwerten zu einem echten Leitspital, aber Aussee und Schladming eine Standortgarantie geben bei Weiterführung und Abgleichung der Stationen und Spezialisierung. Die zweitbeste Lösung wäre, in Stainach etwas wirklich Großes, Gescheites hin bauen, mit mindestens 300 Betten und einer vollwertigen Kinderstation, aber das passiert ja alles nicht. Es wird ja alles, wie hat der Lambert heute gesagt, Schmalspur, ja, so irgendwie, auf jeden Fall wird es um einiges kleiner, wie die drei Häuser momentan. Unser Klubobmann Stefan Hermann hat es richtig gesagt, wir verlieren natürlich in Summe schon sehr viele Arbeitsplätze, wenn wir das ganze System schrumpfen, das gefällt uns oben natürlich überhaupt nicht. Fallzahlen sind auch angesprochen worden, weil auf die der Herr Dr. Wanek auch immer hinweist. Fallzahlen nicht pro Krankenhaus, das wäre dann Birnen mit Äpfeln vermischen, sondern Fallzahlen immer pro Arzt und pro Station, mit guten Leuten und durch Spezialisierung ist es auch in kleinen Krankenhäusern

durchaus möglich, gute Fallzahlen dann zu haben. Die Bevölkerungsstatistik haben wir auch am Vormittag schon angesprochen. Ein jeder, der behauptet, dass wir oben stark abnehmen, spricht natürlich nicht die Wahrheit. Wir sind stabil bei 80.000, wir haben noch zusätzlich sehr viele Nüchtigungen. Also wir brauchen eine gescheite Gesundheitsversorgung, und das, nach unserer Ansicht nach, auf die drei Standorte aufgeteilt. Interessant ist, wenn wir bei den Kosten sind, natürlich die geologische Situation von dem Grundstück da in Stainach, das ist ein Überschwemmungsgebiet, zusätzlich das Grundwasser relativ bald da von der Enns, man weiß, bei der Landgenossenschaft Ennstal, die ja auch in unmittelbarer Nähe das ganze Areal haben, die haben jedes Gebäude, das sie da gebaut haben, sei es die Molkerei, sei es die Käseerei, sehr, sehr teuer bauen müssen, sehr viel pilotieren müssen, richtig in den Sumpf hineingebaut, das wird richtig teuer. Ich glaube, da kannst du als Landesrat für Finanzen schon ein paar Millionen drauflegen, mit dem musst du rechnen. Aber wie gesagt, ich bin kein Geologe, ich weiß nur, dass die Situation dort schwierig ist. Insgesamt, wie gesagt, das hat auch der Herr Dr. Wanek gesagt, wird sehr viel Geld in die grüne Wiese verbaut, wo man sich für weniger Geld eine viel bessere Gesundheitsversorgung für die Leute bei uns oben vorstellen könnte. Nur ist eben der politische Wille dazu nicht vorhanden.

Ich darf zum Abschluss unseren Entschließungsantrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den demokratischen Willen der Bevölkerung zu respektieren und das Ergebnis der am 7. April 2019 im Bezirk Liezen stattfindenden Volksbefragung politisch umzusetzen.

Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 16.37 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Im Wissen, dass das natürlich immer schwer zu trennen ist, bitte ich trotzdem zu beachten bei den Wortmeldungen, dass es bei dieser Dringlichen Anfrage um die Finanzierung geht und deswegen auch inhaltlich bei der Finanzierung zu bleiben hat.

Zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann der Grünen, Lambert Schönleitner.

LTAbg. Schönleitner – Grüne *(16.37 Uhr)*: Danke dir, Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Hinweis ist schon richtig, geschätzte Frau Präsidentin und natürlich muss man den auch ernst nehmen, aber natürlich hat in der Finanzierung auch immer die Qualität etwas damit zu tun. Der Rechnungshofbericht zu Spitalsbauten sieht genau, es geht um die Festschreibung der Qualität, können wir die Qualität kontrollieren, geht es um Risiko und natürlich auch um die Finanzierung. Und ich möchte schon noch ein paar Dinge sagen. Wir haben ja vor etlichen Monaten hier von grüner Seite genau zum Thema Finanzierung auch einiges an Fragen an die Landesregierung gerichtet und diese Antworten sind nicht da. Und was mich ein bisschen stört, dass man immer noch sagt, im Grunde genommen ist es klar, das Ding kostet 250 Millionen Euro. Man sagt schon, was das alles spielen soll, welche Abteilungen, was da drinnen ist, aber man kann nicht sagen, Herr Finanzlandesrat, und das wundert mich ein bisschen, wie das Modell tatsächlich finanziert wird, und das ist nicht unerheblich. Ich möchte dir überhaupt nichts unterstellen, weil du es mehrmals gesagt hast in Richtung der Opposition, dass ihr irgendetwas Widerrechtliches macht, das würde ich überhaupt nicht annehmen. Aber die Frage für die Bevölkerung und für uns ist doch, und das ist im Landtag natürlich wichtig, wenn man eine derartig hohe Finanzierung vornimmt und mit fünf Milliarden verschuldet ist, und wir den Stabilitätspakt bisher nicht erreicht haben, wie das Modell der Finanzierung aussieht. Das muss ja jeder verstehen, dass das in der Kontrolle eine wichtige Frage ist. Und das ist gerade deswegen nicht unerheblich, er ist jetzt leider offenbar schon Richtung Schladming aufgebrochen, im Übrigen schade, dass das an einem Landtagstag ist, weil sonst wären wir dabei gewesen, zur Bürgerversammlung, dass der Herr Landesrat nicht mehr hier ist. Aber er war ja einer derjenigen, der in der Vergangenheit, wenn es um steirische Spitalsbauten gegangen ist, genau die Finanzierungsmodelle hinterfragt hat, und der nicht nur einmal, sondern, ich würde sagen, fast maschinengewehrartig, ich war damals Kontrollausschuss-Vorsitzender, und ich darf an einen Sonderkontrollausschuss zu Schladming erinnern, gesagt hat, PPP-Modelle sind zum Nachteil des Landes, zum Nachteil der Qualitätssicherung eigentlich nicht geeignet, um das Risiko ausreichend kontrollieren zu können und darum hat er sie damals massiv abgelehnt. Das war beim Bau des jetzigen LKH Bad Aussee damals ein Thema, weil eben die große Frage die war, wir haben die KAGes, die KAGes hat einen bestimmten Standard, wenn es um Investitionen im Krankenhausbereich geht, und wenn wir mit jemand anderem kooperieren, wie mit der Diakonie, dann können wir das Risiko, was später an Mängeln auftritt, was den Zugriff in der Kontrolle anlangt, nicht mehr ausreichend wahrnehmen. Ich darf nur daran erinnern, das Fatale an der Konstruktion war ja Folgendes, dass die damalige DKV, also das war eine Gesellschaft mit der Diakonie,

der KAGes und der VAMED, einer privaten Errichtungsgesellschaft, wir wissen nicht, wie das jetzige Modell ausschaut, das muss man natürlich wissen, dass das damals zu massiven Problemen geführt hat, was die Qualitätssicherung und das Tragen des Risikos angeht für das Land Steiermark. Die damalige Konstruktion hat eben Vieles nicht sichergestellt, wie der Herr Landesrat seinerzeit festgestellt hat, was eigentlich das Land Steiermark mit seiner Spitalsgesellschaft, mit der KAGes, für sich sicherstellen hätte können. Denn wir haben ja ein großes, die größte Unternehmung des Landes, die KAGes, und wenn wir hier sagen würden, wir bauen ein Spital, dann würde doch jeder annehmen, und das versteht die Bevölkerung auch, dass wir dieses Spital über diese Gesellschaft errichten könnten, dass wir die Errichter sind, dass wir die Betreiber sind, aber was passiert jetzt? Interessanterweise genau gegenteilig, wie seinerzeit der Landesrat argumentiert hat, argumentiert er jetzt und sagt, er macht dieses Krankenhaus, auch das steht offenbar schon fest, es ist ja noch nie im Landtag wirklich hier so beschlossen worden, aber er macht es gemeinsam mit der Diakonie, quasi einem privaten, einem gemeinnützigen privaten Partner, und tut eigentlich das Gegenteil von dem, was er uns seinerzeit gesagt hat. Und natürlich stellt sich da für uns dann die Frage, ja, was könnte denn der Grund sein? Und wenn du jetzt hier gesagt hast, und ich nehme das Ernst, ihr werdet darauf schauen, dass in Zukunft der Stabilitätspakt des Landes erfüllt werden kann, geschätzter Herr Finanzlandesrat, dann wird das eben schwer möglich sein, wenn das im Landesbudget ist. Und darum ist unsere ganz große Befürchtung, und wir werden ja sehen, ob es am Ende dann anders ist, aber dass man jetzt hergeht, sich einen Partner nimmt, nämlich die Diakonie, die finanziert einmal in dieses Spital wahrscheinlich hinein, wir haben Finanzierungskosten auf lange Sicht, die dadurch natürlich höher werden. Momentan erreichen wir vielleicht sogar den Stabilitätspakt, ein, zwei Jahre, aber in der Folge werden die Kosten in die Zukunft verschoben. Wenn wir über PPP-Modelle nachliest in der Literatur, dann sieht man genau, dass das eigentlich eines der Kernprobleme ist von derartigen Finanzierungen. Und darum ist es schon legitim, die Fragen der SPÖ, die sie heute hier stellt, oder die wir damals gestellt haben, wie wird denn dieses Projekt, wenn es uns 250 Millionen Euro kostet, und das wird nur das Projekt sein, sei es eine Lawinengalerie, oder etwas Anderes, werden wir noch wesentlich mehr ausgeben müssen, wie das ganze vom Modell her aufgestellt ist. Dann hast du weiters gesagt, das hat mich auch noch ein wenig gewundert, der Rechnungshof, deine Worte, ich habe genau zugehört und mitgeschrieben, ist ja begleitend bei diesem Bauprojekt voll und ganz dabei. Jetzt weiß ich nicht. Meines Wissens ist die Projektkontrolle noch nicht gestartet worden. Es ist ja so, wenn ein Projekt die 2-

Promille-Grenze des Landeshaushaltes übersteigt, eines Jahreshaushaltes, dann ist ja erforderlich, eine Projektkontrolle einzuleiten. Also offenbar, jetzt wissen wir schon, wo es hingebaut wird, wir wissen schon, wie viele Betten da drinnen sind, welche Abteilungen, aber die Projektkontrolle hat der zuständige Landesrat oder Finanzlandesrat, das ist ja eine Regierungsverantwortung, nicht eingeleitet? Ja dann finde ich es schon ein bisschen kühn, wenn man sich herstellt und sagt, der Rechnungshof begleitet das Projekt. Der Rechnungshof hat übrigens, man kann das im Chirugiereformbericht seinerzeit im Jahr 2008/2009 nachlesen, PPP-Modelle sehr kritisch hinterfragt und hat gesagt, es muss nachgewiesen werden, dass das wirklich ein Vorteil ist, weil er eben ganz genau auf dieses Risiko hingewiesen hat. Und wenn es ein Jahrhundertprojekt ist, und keine Ho-Ruck-Aktion, dann müsst ihr schon verstehen, dass wir als Opposition gerne wissen wollen, wenn ihr sagt, alles ist klar, alles ist auf Schiene, wie schaut denn die Finanzierung aus. Und darum wundere ich mich. Das kann man schon aufmachen und einmal darüber reden, wie könnte sie ausschauen, aber zu dem Zeitpunkt jetzt, nachdem ja wirklich lange Zeit auch vergangen ist in der Debatte, wir diskutieren ja nicht erst seit zwei, drei Monaten, hätte ich mir schon erwartet, dass der Gesundheitslandesrat oder der zuständige Finanzlandesrat uns sagen kann, wie sich dieses Projekt eigentlich finanziert. Die Antwort ist, alles ist offen und das ist aus meiner Sicht schon ein bisschen wenig. Nach allem, was wir in der Steiermark ja auch im Spitalsbau erlebt haben, Zitat Christopher Drexler, seinerzeit hier im Landtag als Klubobmann: „Ich behaupte, wenn man nur in den Baumaßnahmen der Steirischen Krankenanstalten GmbH, die österreichweit im Verruf steht, der teuerste Errichter von Krankenhäusern zu sein, österreichweit, wahrscheinlich von ganz Mitteleuropa, wenn nicht in der Europäischen Union, oder dem gesamten OECD-Raum, aber meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir dort ein bisschen mehr Engagement hätten, dass wir manche Umtriebe, die bei den Bauprojekten der KAGes in der Vergangenheit passiert sind, für die Zukunft aufstellen, wissen Sie was, dann können wir uns zwei Chirugien in Bad Aussee leisten“. Das hat der Klubobmann Drexler seinerzeit in Richtung des Gesundheitslandesrates Hirt gesagt. Also er hat die Finanzierung ganz stark in den Fokus seiner Kontrollpolitik gelegt, zu Recht, wie ich sage, und darum ist es eben schon eher verwunderlich, warum es nicht gelingt, hier Antworten zu bekommen. Das wäre das normalste der Welt, wenn man Vertrauen schaffen will, auch jetzt vor der Volksbefragung, zu sagen, wie wir denn dieses Krankenhaus in Wirklichkeit finanzieren. Und noch etwas Zweites, das hat mich sehr gefreut, dass du den Umweltbereich angesprochen hast, das muss auch im Einklang mit der Umwelt stattfinden,

das muss alles auch verträglich sein. Da muss man schon einmal sagen, dass ich oft den Eindruck habe, was die Verkehrslösung im Ennstal anbelangt, ja, dass hier 20 Jahre der Debatte verloren gegangen sind. Es hat nämlich in der Region einen Konsens (*Landesrat Lang: „Weil du das verhindert hast!“*) Kollege Lang, genau das will ich dir jetzt sagen, vielleicht hörst du mir ganz kurz zu. Du magst es so sehen, aber die Geschichte war ja eine andere. Die Menschen im Ennstal, und Gott sei Dank, das ist mein Lob in Richtung des Tourismus, auch der Tourismus sieht ja ganz genau, dass wir einen Fehler nicht machen dürfen, dass wir durch Straßenprojekte Verkehr von außen hereinziehen. Das wollen wir nicht. Wahrscheinlich eh du auch nicht. Aber da muss man schon auch vorsichtig sein, wenn man gleich sagt, ja dann bauen wir eben die Straßen aus, dann wird das schon wieder werden. Das wird erstens lange dauern, selbst, wenn du es naturschutzrechtlich am Ende auf die Reihe bringst, man wird das ja juristisch alles sehen, ob das alles plötzlich jetzt so einfach ist, obwohl es nie einfach war, aber wir müssen ganz einfach sehen, es hat viele Menschen im Ennstal gegeben, und da waren auch SPÖ-Politikerinnen und -Politiker dabei, Gott sei Dank, auch von der ÖVP, die am Ende gesagt haben, unsere Umweltqualität wollen wir uns im Tal erhalten. Und du hast es jetzt endlich gesagt und das ist uns wichtig und darum ist es jetzt, glaube ich, auch die falsche Reaktion, wenn man sagt, im Rahmen dieses Krankenhausbaus muss jetzt alles kommen, das machen wir noch und das auch noch, erstens wird es nicht so schnell gehen und zweitens dürfen wir keine Fehler machen, die uns in anderen Bereichen dann auch große Probleme machen. Ich finde es schade, dass man die Chance heute hier nicht auf Basis dieser Anfrage der FPÖ genutzt hat, um hier für Klarheit zu sorgen. Es gibt keine Antworten. Wir wissen nicht, wie die Finanzierung aussieht. Der Gesundheitslandesrat ist Richtung Schladming abgereist, das schafft kein Vertrauen und ist eigentlich kein guter Umgang im Sinne einer qualitativen Kontrolle. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 16.48 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Dr. Werner Murgg von der KPÖ.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (16.48 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich versuche mich jetzt wirklich, weil du es auch gesagt hast, wir sollen uns auf das Finanzielle konzentrieren, auf die Antwort des Landesrates Lang zu fokussieren, die in Wahrheit eine Nullantwort war. Das muss ich Ihnen jetzt schon sagen und ich werde

versuchen, diese Fragen, die die FPÖ sehr ausführlich gestellt hat, und ihre Antworten noch einmal in Relation zu bringen. Vorneweg möchte ich nur sagen, weil es heute Vormittag in der Replik vom Klubobmann Schwarz seinen Blutkreislauf so in Wallungen gebracht hat, weil er irgendwie gemeint hat, ich hätte gesagt, dass die Versorgung zwischen 00:00 und 24:00 Uhr irgendwie nicht gesichert ist. Erstens einmal habe ich von 00:00 bis 07:00 Uhr gesprochen und dann habe ich natürlich das gemeint, was in Graz der Ärztenotdienst ist und gesagt, sowas gibt es außerhalb von Graz zwischen 00:00 und 07:00 Uhr in den Regionen nicht. Und der Herr Landesrat Drexler, der ein intelligenter Mensch ist, hat das natürlich sofort überrissen, was ich da gemeint habe. Aber jetzt zum Kollegen Lang. Sie haben gesagt zu den Fragen 1 bis 2, wie die Absprachen zwischen Ihnen und dem Kollegen Drexler ausgeschaut haben, dass die einzige Absprache eigentlich die war, dass der Fiskalpakt des Österreichischen Stabilitätspaktes eingehalten werden muss. Na net, sage ich einmal. Ich meine, das wird jeder von der Regierungsbank uns wahrscheinlich mit auf den Weg geben. Dann war die Frage 3, ob Sie diese „Absprache“ auch dann einhalten, wenn die Volksbefragung gegen das Zentralspital ausgeht. Da haben Sie gesagt, dass die Politik Entscheidungen treffen muss und dass der Plan 2035 letztlich die Notwendigkeit eines Leitspitals oder eines Zentralspitals, wie man es auch nennen will, aufzeigen würde. Das hat mit den Finanzen jetzt ohnehin nichts zu tun. Deswegen komme ich zu den Fragen 4 bis 5, und das ist sehr interessant. Da wurde gefragt, wie die gesicherte Finanzierung ausschaut und da haben Sie wirklich als Succus nur gesagt, wir halten uns an das steirische Haushaltsgesetz. Das war die Kernaussage Ihrer Antwort. Und was besonders interessant gewesen wäre, wenn Sie es nämlich beantwortet hätten, wären die Fragen 6 bis 12, ob die kolportieren 250 Millionen für alles rundherum ausreichen, vom Verkehr rede ich jetzt natürlich nicht, aber von der Spitalsinfrastruktur, und da haben Sie gesagt, jetzt sind wir in einer Planungsphase. Mit welcher Infrastruktur dieses Spital ausgestaltet wird, wissen wir noch gar nicht. Und ich höre bei allen, und jetzt fährt der Kollege Drexler nach Schladming, dort wird er wahrscheinlich wieder sagen, was da alles toll hineinkommt, und Sie sagen uns zwei Stunden, bevor der Kollege Drexler sagt, was hineinkommt, mit welcher Infrastruktur dieses Spital ausgestattet wird, kann man eigentlich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen. Und zum Finanzierungsmodell PPP versus aus dem Budget, sagen Sie, ein Finanzierungsmodell muss vorgelegt werden, das transparent ist und Sie haben es gesagt, Herr Kollege Schönleitner, dass dem Landesrechnungshof zur Kontrolle vorgelegt werden muss. Ich muss wirklich sagen, das ist letztlich das, was der Klubobmann Schwarz in einer seltenen Offenheit uns vor einigen

Monaten ausgerichtet hat, die Finanzierung ist gesichert, aber wir wissen nicht, wie. Das haben Sie heute in Ihrer Anfrage letztlich wieder auf den Punkt gebracht. (*LTabg. Schwarz: „Das ist so ein Holler!“ - Beifall bei der FPÖ und KPÖ*) Jetzt mache ich noch einige Bemerkungen zu dem, ich versuche mich ja immer an die Empfehlungen der geschätzten Präsidentin zu halten, also wirklich nur zur Finanzierung, 250 Millionen, vielleicht können Sie sich wirklich noch einmal zu Wort melden, Herr Landesrat. Das würde auch, glaube ich, der Landtag würde es von Ihnen erwarten. Reichen diese 250 Millionen jetzt wirklich nur „für die Baukosten“, oder sind hier allfällige weitere Infrastrukturkosten damit mitgemeint. Und Sie müssen ja gar nicht sagen, so oder so, aber präferieren Sie ein PPP-Modell, oder würden Sie eine herkömmliche Finanzierung bevorzugen? Und was mich besonders interessieren würde, ist, ich lese gestern oder vorgestern in einer Zeitung, da wird kein Grund gekauft, da soll es einen Baurechtsvertrag geben, also eine, was man so umgangssprachlich „Luftkeusche“ nennt, mit dieser Stiftung „Harriet-Hartmann-Stiftung“, der diese Grundstücke gehören, das würde mich schon interessieren, wie hoch da so ein Baurechtszins ist, und wie ich da 50 oder 100 Jahre ein Baurecht zu begeben, im Verhältnis Finanzmittel bindet, wenn man das direkt kaufen würde. Ist das wirklich so viel billiger? Ich bezweifle das. Aber das wäre einmal eine interessante Antwort, die ist im Übrigen auch, Sie nicht, weil Sie sind bei diesen Diskussionen nie dabei gewesen, aber die der Herr Landesrat Drexler dort einmal in Rottenmann, in Schladming, in Stainach, in Bad Aussee, der Bevölkerung mitteilen könnte. Ich höre jetzt schon auf, es ist eh schon im Wesentlichen alles gesagt worden. Wir meinen auch, man kann für ein Leitspital sein, aber dann soll man das aus einem der drei Häuser, wir würden auch meinen, Rottenmann würde sich dazu eignen, soll man zu einem Leitspital machen, und die anderen beiden Spitäler für die Grundversorgung, das ist Chirurgie mit Schocktherapie, Gynäkologie, Interne, aufrechterhalten. Das würde der Bevölkerung letztlich billiger kommen und würde auch ihren Wünschen nach einer flächendeckenden Spitalsversorgung nahekommen. Danke. (*Beifall bei der KPÖ und FPÖ – 16.55 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Diplomingenieur Gerald Deutschmann von der FPÖ.

LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (16.55 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, werte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Ja, es ist eben, weil zu Recht die Frau Präsidentin über die Finanzierung, über das Geld gesprochen hat, schon eines nicht beantwortet, und der Herr Kollege Murgg hat das gesagt, wir reden jetzt von 250 Millionen Euro. Wenn wir wissen, dass seit jüngster Zeit ist bekannt, dass dieser Boden, wo die „Luftkeusche“ stehen soll, kontaminiert ist, jetzt wissen wir alle, die mit Bauen zu tun haben, kontaminierter Boden ist meistens kostenintensiv, weil den Boden muss ich austauschen, wenn wirklich Schweröle drinnen sind, kann ich Ihnen jetzt schon ins Stammbuch schreiben, die 250 Millionen Euro gehen sich nicht aus. Das heißt, wir beginnen einmal ein Projekt, und es ist immer die Gefahr, bei jedem Projekt, wir beginnen ein Projekt, wissen nicht, wie es aussieht, wissen auch nicht, was da drinnen Platz finden soll, aber es kostet 250 Millionen Euro. Das, geschätzte Damen und Herren, unverantwortlich und unseriös im höchsten Maße, das kann ich Ihnen auf dem Weg mitgeben. *(Beifall bei der FPÖ)* Und ich kann Ihnen mit Sicherheit sagen, dass ich mich nicht freue, aber man wird dann der Abrechnung entgegensehen, wenn wir dann fertig sind, sollte es kommen, mit diesem Leitspital, dann wird dann eben dort nicht 250 Millionen stehen, sondern mehr, und dann bin ich gespannt, wie wir es finanzieren werden, wir ohnehin schon belastet sind und dann zusätzlich noch hier fast schon, sage ich, fast, bewusst fast, fahrlässig eine Zahl hinauswerfen und sagen, das wird es kosten. Das wird sich nicht ausgehen. Das zum einen. Zum Zweiten, geschätzte Damen und Herren, haben wir in einer Randerscheinung, was ja dazugehört zum Krankenhaus, wurde eine europaweite Ausschreibung durch das Land Steiermark im Februar 2018 durch das in der Verantwortung von Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer stehende Referat, ausgeführt und zwar wurde gesucht ein geeigneter Betreiberstandort für einen weiteren Notarzhubschrauber für die medizinische Versorgung. Ergänzend zu den bestehenden Standorten wie Graz-Thalerhof und Niederöblarn, sollte eben ein neuer Standort mit Hubschrauber und mit der 24-Stunden-Versorgung ausgeschrieben werden. Wurde auch. Konkret hieß das die Flugrettung 2, Planung, Errichtung und 24-Stunden-Betrieb. Das Verfahren, geschätzte Damen und Herren, ist, wie Sie sicher wissen, bereits abgeschlossen. Trotzdem gibt es eine scharfe Kritik vom Mitbewerber, da es offensichtlich, so steht es im Mitbewerberkritik, für den ÖAMTC zugeschnitten war. Der Kontrahent, die ARA-Flugrettung, sieht hier Ungereimtheiten im Verfahren, hat diese auch beeinsprucht, hat hier nicht Recht bekommen und unabhkömmlich von der Frage, ob die Vergabe, jetzt nach Bundesvergabegesetz rechtlich richtig abgehandelt wurde, muss man sich hier die Frage

stellen, wurde hier der beste Betreiber gefunden, wurde der beste Betreiber, der beste Standort und auch die richtige Entscheidung getroffen. Es geht ja immerhin um eine zusätzliche Versorgung über Luft. Also es geht hier um Steuergelder, um viel Steuergelder, geschätzte Damen und Herren, die fallen natürlich da auch hinein, nicht ins Projekt, aber in die Begleiterscheinungen, ist hier Zweckmäßigkeit, Qualität und Grundstückseignung richtig geprüft worden und wurde der richtige ausgewählt. Das heißt, geschätzte Damen und Herren, wir im Landtag sollten, und das ist auch unsere Aufgabe, die transparente Darstellung der Vergabe durchleuchten lassen und das wollen wir hier auch tun, indem wir hier zur Prüfung der Hubschraubervergabe durch den Rechnungshof einen Entschließungsantrag einbringen, der hier lautet:

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. Gemäß Art. 127 Abs. 7 B-VG den Rechnungshof um eine Prüfung der Ausschreibung und Vergabe des dritten Notarzthubschrauber-Stützpunkts für einen 24-Stunden-Betrieb in der Steiermark zu ersuchen und
2. den Prüfbericht dem Landtag zur Kenntnis zu bringen.

Das, geschätzte Damen und Herren, wollen wir hier diskutiert wissen und wollen wir auch haben, denn ich glaube, der Landtag hat einmal das Recht, dass er hier grundsätzlich auch, wenn diese Vergabe abgehandelt worden ist, eine Information bekommt und dass der Landesrechnungshof sich dieser Dinge annimmt und anschaut. Abschließend, geschätzter Herr Landesrat Lang, ich weiß, dass du ohnehin viele finanzielle Sorgen hast in dem Budget, und ich bin überzeugt davon, dass natürlich gemäß Haushaltsgesetz, klarer Weise, gehandelt wird, das ist eh klar. Weil wenn das nicht so wäre, geschätzte Damen und Herren, dann würde es da ja ganz anders ausschauen, dann müssen wir das Haushaltsgesetz umschreiben, aber das werden wir aber wegen dem Leitspital nicht mehr machen. Aber, und das abschließend, bitte schön verschonen Sie uns mit einer Zahl, die wahrscheinlich nicht halten wird. Es gibt nicht einmal ein Projekt, es gibt eine Idee und ein Grundstück, das kontaminiert ist. Glück auf.
(Beifall bei der FPÖ – 17.00 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Klubobmann Lambert Schönleitner.

LTabg. Schönleitner – Grüne (17.00 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich darf noch kurz unseren Entschließungsantrag einbringen, in der Hoffnung, dass es irgendwann vielleicht doch Licht in dieser Angelegenheit gibt.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend alle Pläne zur Finanzierung des geplanten neuen Leitspitals im Bezirk Liezen offenzulegen,
2. von einer Übertragung von Leistungen im Gesundheitsbereich, die üblicherweise von der öffentlichen Hand erbracht werden, an Private verbindlich Abstand zu nehmen, sowie bei der Finanzierung keine finanziellen Abenteuer (wie insbesondere PPP-Modelle und Finanzkonstruktionen zur Umgehung der Maastricht-Kriterien) einzugehen, und
3. die gesamte Versorgungsstruktur, da geht es um den Gesamtüberblick in der Gesundheitsversorgung, im Bezirk Liezen im Jahr 2025 (Gesundheitszentren, Facharztzentren, niedergelassener Bereich, Spitalsstandorte, Notarztstützpunkte etc.) nachvollziehbar darzustellen und das tatsächliche Leistungsspektrum für die Bevölkerung offenzulegen.

Ich ersuche um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 17.01 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Mir liegt noch eine weitere Wortmeldung vor, und zwar von Barbara Riener, Klubobfrau der ÖVP.

LTabg. Riener – ÖVP (17.01 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Eines kann man hier nicht einfach so stehen lassen, nämlich Behauptungen, wann der Landesrechnungshof prüft, und wann nicht. Lieber Lambert, in der Verfassung ist eindeutig festgehalten, eine Projektkontrolle des Landesrechnungshofes ist zu machen, wenn die Gesamtkosten des Projektes zwei Promille des Landesbudgets übersteigen, somit bei dieser Summe wäre automatisch der Landesrechnungshof beauftragt, eine Projektkontrolle begleitend durchzuführen und ich darf noch auf eines hinweisen, wer die letzten Landesrechnungshofberichte genau gelesen hat über die letzten Jahre hinweg, wo Projekte der KAGes, Bauprojekte der KAGes dargestellt wurden, weisen sämtliche Berichte aus und wurde festgestellt, dass die Kosten eingehalten wurden, sogar teilweise unterschritten wurden. Das möchte ich auf jeden Fall festhalten und nicht wieder so eine Mär verbreiten, man muss da erst einen Antrag stellen, das ist fixiert. Danke. *(Beifall bei der ÖVP – 17.02 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Nun liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung:

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 3191/3, betreffend „Dem Willen der Bevölkerung des Bezirkes Liezen muss Folge geleistet werden“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit den Stimmen von FPÖ, Grünen und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hat.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 3191/4, betreffend „Prüfung der Hubschraubervergabe durch den Rechnungshof“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat mit den Stimmen von FPÖ, Grünen und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 3191/2, betreffend „Für eine gutumfassende Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen statt Schuldenexplosion durch ein neues Leitspital“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat mit den Stimmen von FPÖ, Grünen und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ebenfalls von Abgeordneten der FPÖ wurde am Sonntag, dem 31. März 2019 eine Dringliche Anfrage mit der Einl.Zahl 3230/1, an Frau Landesrätin Mag.a Doris Kampus betreffend „SPÖ-Prestigeprojekt „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ jämmerlich gescheitert: Offene Fragen nach interner Prüfung der Abteilung 11 und Missständen beim Vollzug der Mindestsicherung“ eingebracht.

Ich erteile dem Herrn Abgeordnete Marco Triller das Wort zur Begründung der Dringlichen und verweise, wie immer, auf die Redezeitbegrenzung für die Begründung von 20 Minuten.

LTAbg. Triller, BA – FPÖ (17.04 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher!

Wir haben ja im Mai letzten Jahres 2018 schon die Prüfung des Vollzuges der Steirischen Mindestsicherung durch den Landesrechnungshof initiiert. Es war natürlich auf Grund der enormen Kostensteigerungen in den vergangenen Jahren höchst an der Zeit, die Mindestsicherung kritisch zu beleuchten. Zum Glück hat ja die Bundesregierung mittlerweile ein neues Modell vorgestellt, welches allfällige Sünden der Vergangenheit aufarbeitet. In der Steiermark sorgt ja vor allem das großzügige Modell für ein enormes Ansteigen von Beziehern mit Migrationshintergrund. Das wird es jetzt dann mit der neuen Lösung der Bundesregierung nicht mehr geben. Hier wird Integration und Arbeitsbereitschaft gefördert und das ist auch gut so. *(Beifall bei der FPÖ)* Die Soziallandesrätin Kampus hat immer wieder Reformbestrebungen der Bundesregierung kritisiert und immer das sogenannte steirische Modell in den Vordergrund gerückt und dieses als das Non-plus-Ultra auch dargestellt. Jetzt schaut es aber doch ein wenig anders aus, weil die Frau Landesrätin anscheinend die Flucht nach vorne angetreten hat und parallel zur Prüfung des Landesrechnungshofes auch eine interne Prüfung angeordnet hat. Wie aktuelle Medienberichte bestätigen, sind die Prüfer der Abteilung 11 auf massive Missstände und Malversationen gestoßen. U.a. sollen Mindestsicherungsleistungen in den einzelnen Bezirken völlig unterschiedlich ausbezahlt worden sein. Dokumente dürften in vielen Akten zu Hauf fehlen und bei Sanktionsmaßnahmen soll es ebenfalls zu völlig konträren Vorgehensweisen in den verschiedenen Bezirksverwaltungsbehörden gekommen sein. Diese nun bekannt gewordenen Missstände bestätigen die jahrelangen Warnungen der Freiheitlichen Partei. Diese wurden leider allesamt von der Soziallandesrätin ignoriert. Frau Landesrätin, Sie haben auch gemeint, dass sich die neue Mindestsicherung in der Steiermark bewährt hat. Sie haben davon gesprochen, dass dieses Modell österreichweit umgesetzt werden soll. Sie haben gesagt, die Regierungsparteien auf Bundesebene wären gut beraten, sich die Steiermark zum Vorbild zu nehmen. Geschätzte Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen, ich würde Ihnen raten sich die Bundesregierung als Vorbildung zu nehmen, weil diese setzt wirklich im Sinne der Österreicher Maßnahmen um und die tun auch wirklich etwas Nachhaltiges für die Zukunft. *(Beifall bei der FPÖ)* Die interne Prüfung hat ergeben, dass in Bezirken die Mindestsicherung nicht einheitlich abgewickelt wird. Sie haben dann angekündigt, das abzustellen. Eine Kommission soll Ideen liefern und konkret haben die Inspektoren des Landes in dutzenden Fällen aus dem Jahr 2018 Mängel beanstandet. Dabei geht es häufig um die Dokumentation, notwendige Unterlagen seien nicht in den Akten gewesen, zu dem wurden bezirksweise Unterschiede bei der Erledigung festgestellt. Eigentlich sind drei

Monate für eine Bescheiderstellung das Maximum, aber es gab auch viele Fälle mit sieben Monaten. Obendrein sind die Sanktionen je nach Bezirk unterschiedlich lang verhängt worden. Frau Landesrätin, Sie sind die zuständige Referentin und daher für das steirische Mindestsicherungskonzept in der Steiermark verantwortlich. Es sind nicht die Mitarbeiter der Bezirkshauptmannschaften schuld, Sie sind die Chefin, Sie sind jetzt, militärisch gesagt, die Kommandantin und müssen die Richtung auch vorgeben. Es bringt sich auch nichts, sich an den Mitarbeitern der Behörden abzuputzen, die bisher mit diesen SPÖ-Chaosmodell arbeiten mussten. Frau Landesrätin, Sie haben das steirische Modell immer als Vorzeigemodell gepriesen. Nun stellt sich heraus, dass Ihre Richtlinien, die in toleranzromantischer Manier gestaltet und den fleißigen Sachbearbeitern in den Bezirkshauptmannschaften von oben herab oktroyiert waren, absolut untauglich sind. Die angekündigte Einsetzung einer Kommission kann jedenfalls als Vertuschungsaktion gewertet werden und dient offenbar nur dazu, einem vernichteten Urteil des Landesrechnungshofes vorzubeugen. Aus diesem Grund brachte die FPÖ am 15. März 2019 einen Antrag ein, der die Veröffentlichung der Prüfergebnisse sowie vollständige Transparenz hinsichtlich der angekündigten Kommission und deren personeller Zusammensetzung zum Inhalt hatte. Dieser Tagesordnungspunkt wird ja heute auf Punkt 13 noch behandelt werden und mein Klubobmann wird dann später näher darauf eingehen. Frau Landesrätin und werte Damen und Herren, bei der Mindestsicherung handelt es sich um Steuergeld, um ausbezahltes Steuergeld hart arbeitender Steirer und deshalb brauchen wir unbedingt Transparenz, was das Gebot der Stunde ist, vor allem wenn der Verdacht schwerwiegender Missstände im Raum steht. *(Beifall bei der FPÖ)* Auf Grund dieser Missstände bringen wir folgende, bringe ich folgende Dringliche Anfrage ein:

1. Wie viele Personen beziehen aktuell Leistungen über die Mindestsicherung, aufgeschlüsselt auf österreichische Staatsbürger, Ausländer und Asylberechtigte?
2. Wie viele Personen sind aktuell vollunterstützte Bezieher der Mindestsicherung, aufgeschlüsselt auf österreichische Staatsbürger, Ausländer und Asylberechtigte?
3. Wie hoch waren die Gesamtkosten für die Mindestsicherung im Jahr 2018?
4. In welcher konkreten Art und Weise hat die interne Prüfung der A11 betreffend Mindestsicherung stattgefunden?
5. Wurde der Landesrechnungshof darüber in Kenntnis gesetzt, da dieser gerade ohnehin den Vollzug der Mindestsicherung prüft?
6. Wenn ja, wann, in welcher Art und Weise und wie lautete seine Antwort?
7. Wenn nein, warum nicht?

8. Haben Sie dem LRH sämtliche Erkenntnisse und Ergebnisse der internen Prüfung zur Verfügung gestellt und wenn nein, warum nicht?
9. Haben Sie die Prüfung initiiert, um die erwartbaren Missstände im Bereich des steirischen Mindestsicherungswesens, die der LRH sicherlich auch zutage fördern wird, in abgeschwächter Form bereits vorab zu kommunizieren?
10. Seit wann war diese Prüfung konkret geplant bzw. wann wurde sie in Auftrag gegeben?
11. Wie viele Mitarbeiter (in Vollzeitäquivalenten) waren daran beteiligt, welchem Referat sind diese zugeordnet und wie viele Arbeitsstunden wurden dafür aufgewandt?
12. Wurden die jeweiligen Bezirkshauptmannschaften bzw. Sachbearbeiter direkt vor Ort geprüft?
13. In welchem konkreten Zeitraum fand die Prüfung statt?
14. Wie lauten die konkreten Ergebnisse der Prüfung bzw. werden Sie diese Ergebnisse bzw. einen Bericht dazu veröffentlichen und wenn nein, warum nicht?
15. Haben Sie Ihren Koalitionspartner über die Ergebnisse unterrichtet und wenn nein, warum nicht?
16. Haben Sie ein Weisungsrecht gegenüber der für die Mindestsicherung zuständigen A11 und den Bezirkshauptmannschaften?
17. Welche Regeln, Anweisungen, schriftliche Weisungen oder ähnliches haben Sie bisher ausgegeben, um den Vollzug der Mindestsicherung sowohl konsequent als auch einheitlich sicherzustellen?
18. Wenn Sie keine ausgegeben haben bzw. diese offenbar nicht ausreichend waren, warum wollen Sie die Verantwortung für die Missstände dann auf die Mitarbeiter abwälzen?
19. Wie soll ein einheitlicher Vollzug sichergestellt werden, wenn das SPÖ-Modell der steirischen Mindestsicherung riesige Spielräume offen und eine nachsichtige Behandlung von eigentlich sanktionierungswürdigem Verhalten zulässt?
20. Ist die von Ihnen erwähnte Kommission bereits eingesetzt bzw. steht fest, wann dies stattfinden soll?
21. Wie ist die Kommission finanziell ausgestattet, welche Personen gehören ihr an bzw. werden ihr angehören, nach welchen Kriterien werden bzw. wurden diese ausgewählt und welchen konkreten Auftrag haben sie bzw. werden sie haben?

22. Warum soll eine Kommission für Aufklärung und für eine Reform sorgen, obwohl Sie für die bekanntgewordenen Missstände durch die Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung letztlich verantwortlich sind?
23. Haben Sie der Bundesregierung das sozialromantische Modell der Steiermark empfohlen, obwohl Sie von den Malversationen wussten und wenn ja, warum?

Frau Landesrätin, auf Grund dieser Tatsache, auf Grund dieser Missstände und Malversationen sind wirklich Fragen offen und ich würde Sie bitten, diese zu beantworten. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ – 17.14 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich erteile nunmehr dem zuständigen Regierungsmitglied Mag. Doris Kampus das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise auf die Redezeitbegrenzung von 30 Minuten.

Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (17:15 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Hoher Landtag!

Ich habe hier ja schon viele interessante Erfahrungen mit der FPÖ und ihrer Art der Diskussion machen dürfen und auch die heutige Debatte zeigt, dass es natürlich wieder im besonderen Maße um ein Thema geht: Polemisieren und Polarisieren. Ich bleibe aber dabei und ich wiederhole es, ja, das Steiermärkische Mindestsicherungsgesetz ist ein gutes Gesetz, aber, im Vollzug können wir besser werden. Das ist es, nicht mehr und nicht weniger. Die Mindestsicherung in der Steiermark wurde seit 2010 mehrfach novelliert, so auch auf mein Betreiben im Jahr 2016. Die Ergebnisse geben uns recht. Ich wiederhole, das Steiermärkische Mindestsicherungsgesetz ist ein gutes Gesetz. Die Zahl der Bezieherinnen und Bezieher ist vom Jänner 2016 von 19.481 auf aktuell 16.728 Personen zurückgegangen, um fast 3.000 Personen. Die Zahl der Sanktionen, ich weiß, dass Sie an dieser Zahl ein besonderes Interesse haben, ist seit dem Jahre 2016 von 237 Sanktionen auf mehr als 1.600 Sanktionen im Jahre 2018 gestiegen. Der Hohe Landtag, Sie haben ein gutes Gesetz beschlossen. Sie wissen auch, dass es eines der wichtigsten Ziele in einer Sozialpolitik ist, Menschen in Arbeit zu bringen. Das ist uns auch gelungen. Wir haben aus der Mindestsicherung mehr als 2.200 Menschen in Arbeit gebracht. Das sind 31 % der arbeitsfähigen Bezieher. Sie wissen, der Rest sind Kinder, ältere Menschen, Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten gehen können. 31 % der arbeitsfähigen Bezieher der Mindestsicherung sind in Arbeit gebracht worden. Der

Hohe Landtag hat ein gutes Gesetz beschlossen. Das sind Zahlen, die man herzeigen kann. Warum nenne ich diese Zahlen? Ich wiederhole es und ich glaube, Sie kennen mich gut genug, ich schaue immer hin und ich schaue nicht weg. Ich schaue immer dorthin, wo sind Menschen die Hilfe brauchen, dass sie diese Hilfe auch bekommen und ich schaue auch immer hin, wenn es Probleme gibt, wie wir gemeinsam besser werden können. Das ist verantwortungsvolle Politik und ich nehme diese Verantwortung wahr und ich nehme sie auch sehr ernst. Ich darf noch einmal auf die Novelle aus 2016 kommen, was damals eingeführt wurde. Wir haben ein penibles Kontrollsystem eingeführt, wir haben strenge Sanktionen eingeführt, den Ausbau des behördeninternen Prüfsystems, auf das werden wir noch zu reden kommen, mit ISOMAS, ein Datenerfassungssystem, erstmalig eine gemeinsame Schnittstelle mit dem Arbeitsmarktservice und die Erwachsenensozialarbeit. Der Landtag Steiermark hat im Jahre 2016 ein gutes Gesetz beschlossen. Es erfüllt seinen Zweck. Die andere Seite ist der Vollzug, und es geht um komplizierte und komplexe Situationen. Es geht bei der Mindestsicherung immer um Menschen und immer um Einzelschicksale. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders bei den Beamtinnen und Beamten bedanken, die mit Hausverstand, mit Herz und Hirn diese Arbeit erledigen in der Landesverwaltung. Ich möchte ihnen meinen Dank aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Aber es ist auch richtig, wir können im Vollzug besser werden und wir werden gemeinsam besser werden mit den wunderbaren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten, aber eben auch Fehler machen. Wo gehobelt wird, fallen Späne. Niemand von uns ist perfekt. Ich werde Ihnen jetzt einen Vergleich sagen. Niemand würde auf die Idee kommen, Tempolimits abzuschaffen, weil sie vielleicht nicht immer eingehalten werden. Deshalb, die Mindestsicherung wird nicht in Frage gestellt, nur weil es da oder dort Verbesserungspotenzial im Vollzug gibt. Was wir tun ist simpel. Wir kontrollieren und wir arbeiten konsequent an Verbesserungen. Ich darf Ihnen ein Zitat weitergeben aus der durchaus immer konstruktiv kritischen Kleinen Zeitung vom 1. September 2016: „Man kontrolliert mehr, man sanktioniert eher und straff und Sachleistungen werden die Regel.“ Sogar Ihr damaliger Klubobmann, Hannes Amesbauer, hat damals gesagt, hier im Hohen Landtag, dass er anerkennt, dass mit dieser Novelle bestehende Mängel repariert werden. Wir kontrollieren den Vollzug der Mindestsicherung seit 2010 und darauf lege ich großen Wert. Es kontrollieren die Referatsleiter in den Bezirkshauptmannschaften bzw. Magistrat Graz. Es kontrollieren die Behördenleiter selbst, es kontrolliert die Oberbehörde die Abteilung 11. Es kontrolliert die Berufungsinstanz, das Landesverwaltungsgericht, es kontrolliert die

Volksanwaltschaft und natürlich auch der Rechnungshof. Das Ergebnis ist wie immer in der Verwaltung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meistern die komplexe und menschlich herausfordernde Arbeit wirklich gut. Aber, ich habe es gesagt, ich wiederhole es gerne, es gibt da oder dort Dinge, die wir besser machen können. Wenn die FPÖ nun, und das ist der große Unterschied zwischen uns, wie wir uns den Dingen nähern, wenn die FPÖ nun von einem System Kampus daherredet, wenn die FPÖ nun gemeinsam mit ihrer Sozialministerin, die nicht einmal das eigene Gesetz kennt, die in Graz steif und fest behauptet, dass 13. und 14. - für die Kinder können wir es selbstverständlich weiterbezahlen. Wenn dann aus Wien die Anrufe kommen, wo es heißt, nein leider, das war ein Irrtum, das dürft ihr in der Steiermark nicht mehr weiterhin, dann bitte ich um Entschuldigung, dass ich auch gerne diese Unterschiede klarmachen möchte. Uns geht es darum, gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, gemeinsam diese Verbesserungspotenziale zu heben, gemeinsam besser zu werden und gemeinsam für die Steirerinnen und Steirer da zu sein. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und als ich diese Verbesserungspotenziale kommuniziert bekommen habe, ich habe sofort den Auftrag erteilt und umgehend gemeinsam mit den sehr geschätzten Kollegen in der Zukunftspartnerschaft die Fachkommission eingesetzt. Die Mitglieder dieser Fachkommission, Herr Abgeordnete Triller, die werden sich jetzt schön bedanken, dass sie als Teil einer, ich zitiere jetzt nur Sie, „Vertuschungsaktion“ – ich bin immer wieder ganz fassungslos - dass sie Teil einer „Vertuschungsaktion“ von Ihnen genannt worden sind. Wissen Sie, wer die Mitglieder sind? Das sind Bezirkshauptleute in diesem Land, das ist die Landesamtsdirektion, das ist die Organisationsabteilung, das ist die Personalabteilung und das ist natürlich die Sozialabteilung. Das sind hochrangigste Beamte und Verantwortungsträger in diesem Land, die sich bereiterklärt haben, gemeinsam mit uns an einem noch besseren System für die Steirerinnen und Steirer zu arbeiten. Ich stelle mich ganz deutlich vor diese Kommission und ich finde, Sie sollten auch diese „Vertuschungsaktion“ zurücknehmen. Das haben die Menschen nicht verdient und das stimmt auch nicht. Das sind die höchstrangigen Beamten in diesem Land, die gemeinsam mit uns an einem noch besseren System arbeiten werden. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Was diese Fachkommission tun wird: Sie wird Prozesse und Abläufe durchleuchten, sie wird die Kontrolle und das Controlling analysieren, sie wird das Personalmanagement unter die Lupe nehmen, das Qualifizierungspotenzial. Das sind aus meiner Sicht Hebel, wo wir gemeinsam ansetzen können. Mit dieser geballten Kompetenz werden wir, wie gesagt, den Vollzug der Mindestsicherung da oder dort noch besser gestalten können. Für mich ist wichtig, wir, diese Koalition ist für die Menschen in der

Steiermark da. Die Steirerinnen und Steirer können sich auf uns verlassen. Wenn es Probleme gibt, schauen wir hin und nicht weg. Dafür brauchen wir aber ganz sicher Ihre Zurufe nicht. Ich komme jetzt nur Beantwortung Ihrer Fragen.

Zu Frage 1: Im Februar 2019 befanden sich 16.728 Personen im Leistungsbezug in der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Auswertungszeitraum war der 01.02.2019 bis zum 28.02.2019 (Auswertungsstichtag ist 01.04.2019). Davon sind 8.642 Österreicherinnen und Österreicher, 2.370 EU/EWR-BürgerInnen und sonstige Drittstaatsangehörige, 5.716 Asylberechtigte, insgesamt, wie gesagt: 16.728 Personen.

Zur Frage 2: Auswertungszeitraum wieder Februar 2019 (Auswertung aktueller Stichtag: 01.04.2019) ÖsterreicherInnen davon Aufstockerinnen 6.992, VollbezieherInnen 1.650, in Summe: 8.642. EU/EWR-BürgerInnen und sonstige Drittstaatsangehörige 1.746, VollbezieherInnen 624, in Summe: 2.370. Asylberechtigte 3.602 AufstockerInnen verzeihen Sie, VollbezieherInnen 2.114, in Summe: 5.716.

Zu Frage 3: Mit Stand 31. März 2019 entstanden dem Land Steiermark im Jahr 2018 Kosten einschließlich der Krankenversicherung in der Höhe von 40,8 Millionen Euro. Sie erinnern sich vielleicht, das sind um einige Millionen weniger als die Jahre davor, d.h. wir haben sinkende Bezieherzahlen und wir haben sinkende Kosten.

Zur Frage 4: Es muss betont werden, dass es sich nicht um “die eine Prüfung“ handelt, das werden Sie jetzt öfter von mir hören. Ich glaube, das ist auch sehr wichtig, dass wir dieses gemeinsame Verständnis haben. Es ist nicht „die eine Prüfung“, sondern dass diese Prüfungen grundsätzlich immer und laufend stattfinden, das ist auch Aufgabe einer Oberbehörde und der Fachaufsicht, und die Basis systemischer Verbesserungen sind. Es ist Bestandteil der Fachaufsicht, das Handeln der Bezirke einheitlich zu gestalten. Erkenntnisse über die Vollzugspraxis der bedarfsorientierten Mindestsicherung werden grundsätzlich durch die Übernahme sämtlicher oberbehördlicher Aufgaben und nicht nur auf Basis einzelner interner Erhebungen gewonnen.

Von der Oberbehörde wird im Rahmen der Fachaufsicht steuernd und richtungsweisend auf das Handeln der Unterbehörden eingewirkt. Die Umsetzung der Fachaufsicht über die Bezirksverwaltungsbehörden im Bereich der bedarfsorientierten Mindestsicherung erfolgt

durch Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen. Sie erfolgt sowohl durch Vorgaben und Anleitungen als auch durch regelmäßige Kontrollen:

- Fachliche Anleitungen werden in Form von Erlässen und Rechtsmitteilungen mit Weisungscharakter sowie Leitfäden herausgegeben und dienen dazu insbesondere neue gesetzliche Regelungen näher zu erläutern, Verfahrensschritte und Schnittstellen konkret zu definieren oder rechtlich einheitliche Auslegungen zu treffen. Sämtliche Erlässe, Leitfäden und Rechtsmitteilungen werden den Behörden schriftlich übermittelt und stehen ebenso über die eigens eingerichtete interne Informationsplattform zur Verfügung.
- Einen weiteren wichtigen Aufgabenbereich im Rahmen der Fachaufsicht stellen telefonische, schriftliche oder persönliche Vorgaben zu spezifischen Anfragen der einzelnen Bezirksverwaltungsbehörden dar. Dabei geht es insbesondere um rechtliche Anfragen zur Auslegung des Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetzes im Zusammenhang mit komplexen Einzelfällen, um verfahrensrechtliche Fragen oder auch Anfragen, die relevante Schnittstellen zu anderen rechtlichen Bereichen betreffen zu klären. Hinzu kommen auch Fragen zu Eingaben bzw. Vorgehensweisen in Bezug auf das Fachinformationssystem Isomas.
- Tagungen bzw. Workshops werden grundsätzlich einmal jährlich abgehalten bzw. auch anlassbezogen zusätzlich im Rahmen der Fachaufsicht organisiert. Im Fokus stehen dabei von der Fachaufsicht aufbereitete Informationen zu gesetzlichen Änderungen oder Vollzugsanleitungen zu spezifischen Themenbereichen des Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetzes. Im Rahmen von Workshops werden auch konkrete praxisrelevante Fallbeispiele und Vollzugsfragen beantwortet.
- Im Rahmen der Fachaufsicht werden zudem Vorlagen für Formulare und Bescheidmuster vorgegeben und finden sich im Fachsystem Isomas wieder.
- Auch die laufende Beobachtung der Judikatur wird durch die Fachaufsicht wahrgenommen. Die Judikatur wird einer fachlich-rechtlichen Prüfung in Hinblick auf die Vollzugsrelevanz unterzogen. Entsprechende Informationen über bezugsrelevante Judikatur wird im Rahmen von Workshops oder über die interne Informationsplattform an die Bezirksverwaltungsbehörden weitergeben.
- Im Rahmen der Fachaufsicht zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung werden zudem die oberbehördlichen Kontrollaufgaben wahrgenommen, zudem werden seit Jahresende 2017 auch thematische Schwerpunktprüfungen durchgeführt. Davon habe ich gesprochen, das hat die Novelle 2016 ermöglicht.

Im Sinne einer kooperativen Vorgehensweise wird ein beratender Prüfungsansatz verfolgt. Die Kontrollen sollen der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung dienen und den Bezirksverwaltungsbehörden auch entsprechende Hilfestellungen bieten. Auch das habe ich vorhin gemeint, Oberbehörde und Unterbehörden gemeinsam. Die Prüfung fokussiert sowohl auf die Verfahren und Prozesse als auch die einzelfallbezogene Ebene. Im Rahmen der Prüfungen werden Datenanalysen, Fragebogenerhebungen und stichprobenartige Analysen von Akten, die nach Vorgaben der Oberbehörde von den Bezirksverwaltungsbehörden zur Durchsicht übermittelt werden, geprüft. Die Ergebnisse werden im Rahmen eines persönlichen Feedback-Gespräches mit den Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Bezirksverwaltungsbehörde besprochen.

Generell sollen die Ergebnisse der Kontrollen auch zur Vereinheitlichung und Optimierung des Vollzugs beitragen, d.h., dass Fragen und Themen, die sich aus der Kontrolle ergeben und übergeordnete Relevanz haben, allen Bezirksverwaltungsbehörden in Form von schriftlichen Anleitungen oder im Rahmen von Workshops zur Kenntnis gebracht werden.

- Im Rahmen der Fachaufsicht werden auch Aufgaben übernommen, die mit der Entwicklung und laufenden Weiterentwicklung des Fachinformationssystems Isomas verbunden sind. Das neue Fachinformationssystem steht den Bezirksverwaltungsbehörden seit 10.04.2018 zur Verfügung, mit 01.04.2019, seit gestern, erfolgte auch die gänzliche Übernahme der Daten aus der Stadt Graz. Alle, die schon lange dabeisitzen und die Frau Klubobfrau nickt jetzt, das war immer schon eine große Herausforderung, ein großes Anliegen, dass die Daten des Landes und der Stadt Graz auch in einer Datenbank zu finden sind. Die Anforderungen an das System wurden unter Federführung der Abteilung 1 von Projektbeteiligten der Vollzugsbehörden und der Fachaufsicht entwickelt. Das System gewährleistet eine einheitliche elektronische Abwicklung der Leistungsgewährung und wird laufend auf Vollzugserfordernisse und rechtliche Veränderungen angepasst.

Zur Frage 5: Der Landesrechnungshof wurde selbstverständlich über alle Aufgaben im Rahmen der Fachaufsicht informiert. Sämtliche angeforderte Unterlagen zur Aufgabenwahrnehmung der Fachaufsicht wurden an den Landesrechnungshof übermittelt.

Zur Frage 6: Bislang hat weder eine Abschlussbesprechung durch den Rechnungshof stattgefunden noch liegt der Prüfbericht zur Mindestsicherung vor.

Zur Frage 7: Siehe Frage 6.

Zur Frage 8: Abermals darf festgehalten werden, dass es sich nicht um “die eine Prüfung“ handelt, sondern um ein laufendes Prüfgeschehen. Deshalb auch siehe Antwort zur Frage 5.

Zur Frage 9: Wie bereits erwähnt, prüft die Oberbehörde laufend und geht davon aus, dass die Vorgaben eingehalten werden. Wenn Sie von, Zitat von Ihnen, „erwartbaren Missständen“ reden, weise ich das zurück. Ihre Formulierung kann nur rein spekulativen Charakter zu haben. Zudem möchte ich festhalten, dass ich es für wirklich interessant halte, dass sie nun kritisieren scheinen, dass wir prüfen. D.h. prüfen wir nicht, passt es nicht, prüfen wir, passt es auch nicht. Eine Frage von mir. Ich glaube nicht, nachdem ich schon Ihr schütteln gesehen habe, es ist Aufgabe der Oberbehörde in der Fachaufsicht selbstverständlich auch selbst zu prüfen.

Zur Frage 10: Abermals darf festgehalten werden, dass es sich nicht um “die eine Prüfung“ handelt, sondern um ein laufendes Prüfgeschehen. Weitere Beantwortung: siehe Antwort der Frage 4, die ich glaube, sehr ausführlich beantwortet habe.

Zur Frage 11: Die Fachaufsicht im Bereich der Bedarfsorientierten Mindestsicherung wird durch das Referat Arbeit, Integration und soziale Absicherung wahrgenommen. Die Fachabteilungsleiterin und die Abteilungsleiterin sind heute übrigens auch hier. In diesem Referat sind zwei Mitarbeiter unter anderem mit der Fachaufsicht beschäftigt. Sie werden dabei natürlich von ihren Vorgesetzten unterstützt.

Zur Frage 12 und 13: Die Fragen 12 und 13 dürfen gemeinsam beantwortet werden: Im Unterschied zur Dienstaufsicht, die nicht in meiner Zuständigkeit liegt, wird im Zuge der Fachaufsicht steuernd und richtungsweisend auf den Vollzug eingewirkt. Kontrolliert werden Akten in Hinblick auf die Anwendung des Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetzes. Mangels Zuständigkeit für den Bereich des Inneren Dienstes werden jedoch weder die Bezirksverwaltungsbehörden noch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die A11 geprüft. Abermals darf betont werden, dass es sich nicht um “die eine Prüfung“ handelt, sondern um eine laufende Prüfungstätigkeit.

Zur Frage 14: Es darf nochmals festgehalten werden, dass es nicht “die eine Prüfung“, sondern ein laufendes Prüfgeschehen gibt. Zu den in Frage 4 dargestellten Aufgaben der Fachaufsicht gibt es daher nicht „den einen Bericht“. Die Ergebnisse werden vielmehr in Prüfprotokollen zusammengefasst und mit den jeweils betroffenen Behörden erörtert. Darüber hinaus fließen Ergebnisse und Erkenntnisse aus der Vollzugspraxis in die Erstellung von Erlässen oder schriftlichen Mitteilungen ein, werden im Rahmen von Tagungen und Workshops oder im Rahmen von Feedbackgesprächen mit den jeweils betroffenen Bezirksverwaltungsbehörden kommuniziert. Bezirksverwaltungsbehörden deswegen, weil es Bezirkshauptmannschaften gibt und eben das Magistrat Graz. Wie bereits in Antwort 5 ausgeführt, wurden diese Protokolle dem Rechnungshof übermittelt.

Zu Frage 15: In diesem Zusammenhang wird auf den Regierungssitzungsbeschluss vom 14. März 2019 verwiesen. Unter anderem heißt es dort: „Ihre (eine Anmerkung von mir: Fachkommission) Aufgabe soll es sein, begleitend zum legislativen Prozess, Vorschläge und Empfehlungen für die Sicherstellung eines einheitlicheren, effizienteren und optimierten Vollzugs unter Ausbau der Steuerungs- und Kontrollmechanismen zu unterbreiten.“

Zu Frage 16: Wie schon vorweg ausgeführt, gibt es bekanntlich einen Unterschied zwischen Dienst- und Fachaufsicht. Im Rahmen der Fachaufsicht nehme ich meine Zuständigkeit gegenüber der A11 selbstverständlich wahr, die wiederum in ihrer Zuständigkeit mit Erlässen, Rechtsmitteilungen, Anordnungen etc. auf den Vollzug der Bezirkshauptmannschaften und des Magistrats einwirkt. Zum Unterschied dazu steht die Dienstaufsicht gegenüber den Bezirkshauptmannschaften, die nicht in meiner Zuständigkeit liegt. Diesbezüglich verweise ich auf die entsprechenden bundes- und landesgesetzlichen Regelungen.

Zu Frage 17 und 18: Siehe Antwort Frage 4.

Zu Frage 19: Ein SPÖ-Modell der steirischen Mindestsicherung ist unbekannt.

Der Landtag Steiermark hat am 14. Dezember 2010 das Gesetz über die Bedarfsorientierte Mindestsicherung verabschiedet. Entsprechend der Vorgaben des Art. 14 Abs. 4 der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung wurde die Kürzungsbestimmung als

Ermessensbestimmung beschlossen. Ich verweise noch einmal, warum wurde das gemacht? Weil die damals geltende 15a-Vereinbarung nur genau das vorgesehen hat.

Insbesondere wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass das Mindestsicherungsgesetz in Summe acht Mal novelliert und den Notwendigkeiten angepasst wurde. Im Besonderen wird auf die Novelle hingewiesen, die der Landtag Steiermark mit 1. September 2016 in Kraft gesetzt hat. Jetzt wiederhole ich mich, aber ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, es kann festgehalten werden, dass die Zahl der Sanktionen, die im Rahmen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung gesetzt werden, steigt. Im Jahr 2016, wie gesagt, 237 Sanktionen, im Jahr 2018 mehr als 1.600. Grund, nicht immer, aber Grund war auch mangels Einsatzes der Arbeitskraft.

Hinsichtlich der monierten Kann-Bestimmungen im Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetz erlaube ich mir darauf hinzuweisen, die gibt es ja, ich habe einen Grund ausgeführt, die damalige 15a-Vereinbarung hat nur das vorgesehen, dass das geplante Sozialhilfe-Grundsatzgesetz des Bundes eine deutliche Ausweitung der Kann-Bestimmungen vorsieht. Ich möchte das gar nicht werten, denn es kann Kann-Bestimmungen geben, die durchaus auch positiv für die Menschen sich auswirken werden. Ich stelle mich aber gegen die These, die Sie aufstellen, dass Kann-Bestimmungen etwas sind, das nicht gut ist. Wie gesagt, das ist eine Diskussion, die man führen kann, aber das eine, was festgestellt werden kann und Sie kennen sicherlich den Entwurf Ihrer Ministerin. Das neue Gesetz sieht deutlich mehr Kann-Bestimmungen vor. Dadurch wird der Vollzug der neuen Sozialhilfe sicherlich nicht komplizierter. Unter den Mitarbeitern in den Bezirksverwaltungsbehörden wird dies zu noch größeren Herausforderungen führen, und ein einheitlicher Vollzug muss noch stärker begleitet werden. Genau deswegen ist es wichtig, dass sich die Kommission auch mit Zukunftsfragen beschäftigt, wie können wir das mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und im Sinne der Steirerinnen und Steirer lösen.

Zu Frage 20, 21 und 22: Die Fragen 20 bis 22 dürfen gemeinsam beantwortet werden:

Mit Regierungssitzungsbeschluss vom 14.03.2019 wurde die Einrichtung einer begleitenden Fachkommission zur Umsetzung des neuen Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes des Bundes festgelegt. Ihre Aufgabe ist, begleitend zum legislativen Prozess Vorschläge und Empfehlungen für die Sicherstellung eines einheitlicheren, effizienteren und optimierten Vollzugs unter Aufbau der Steuerungs- und Kontrollmechanismen zu unterbreiten. Bei der Planung des Vollzugs des neuen Gesetzes werden Probleme im Vollzug des bisherigen

Gesetzes aufgegriffen, genau analysiert und einer neuen Vorgehensweise bzw. Verbesserungsmöglichkeiten zugeführt.

Die Fachkommission wurde aus ExpertInnen aus den Bezirksverwaltungsbehörden und Abteilungen des Amtes der Steiermärkische Landesregierung zusammengesetzt, wobei die Mitglieder im Rahmen ihrer Aufgaben und Funktionen tätig werden. Die ersten Sitzungen der Kommission haben bereits stattgefunden. Diese hat sich auf die folgenden Arbeitsschwerpunkte geeinigt: Legistische Umsetzung, Arbeitspaket eins, IT & Prozesse, Berichtswesen und Controlling sowie Personal.

Zu Frage 23: Auch den Begriff „Malversation“ weise ich zurück. Darüber hinaus erlaube ich mir anzumerken, es mir nicht bekannt, dass ich in einer Beratungsfunktion für die Bundesregierung tätig bin. Danke für Ihre Aufmerksamkeit, geschätzte Damen und Herren.
(*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.42 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Ich danke für die Beantwortung und eröffne die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und verweise wie immer auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung, wonach Regierungsmitglieder und Abgeordnete eine Redezeit von zehn Minuten haben.

Zu Wort gemeldet hat sich Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler von der KPÖ.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (17.43 Uhr): Danke Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier im Saal und via Livestream!

Herr Triller, ich habe Ihnen jetzt sehr genau zugehört bei Ihrer Begründung und habe mir erlaubt, das noch einmal bisschen mitzuschreiben, damit ich Ihnen jetzt da wirklich auch eine Analyse geben kann. (*LTAbg. Triller, BA: „Protokollieren.“*) Wir reden ja so gerne miteinander, wir zwei. Das Erste, was Sie gesagt haben war im Zusammenhang mit Mindestsicherung, das Wort Kostensteigerung. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass die Mindestsicherung in Österreich 1,3 % des gesamten Budgets ausmacht. Dass das in den letzten Jahren ein bisschen angestiegen ist, mag sein, aber wir reden von 1,3 % vom gesamten Budget. (*LTAbg. Triller, BA: „1,3 % sind fünf Millionen“*) Zweites Wort, was Sie erwähnt haben, oder zweites Schlagwort: Bezieher(Innen füge ich jetzt an) mit Migrationshintergrund. Dazu möchte ich Ihnen auch etwas sagen. 10 % der Bezieher und Bezieherinnen in Österreich

sind Asylberechtigte. (*LTA*bg. Triller, BA: „Mit 63 % Migrationshintergrund.“) 10 % österreichweit, zwei von drei Beziehern, Bezieherinnen sind die sogenannten Aufstocker und Aufstockerinnen. D.h., ich komme jetzt noch einmal zurück zu dieser „Kostensteigerung“, die Sie genannt haben. Wir reden bei den Aufstockern und Aufstockerinnen, dass durchschnittlich monatlich 330 Euro an diese Bezieher und Bezieherinnen ausbezahlt werden. Ich habe jetzt auf die Schnelle keine Zahl gefunden von Mindestsicherungsbeziehern und -bezieherinnen mit Migrationshintergrund, aber sind wir uns ehrlich, in erster Linie (*LTA*bg. Triller, BA: „63 % österreichweit.“) – steirisch hätte mich interessiert, aber können wir gerne noch weiter darüber reden. Das dritte Schlagwort, das Sie genannt haben war, das Modell der Sozialhilfe der Österreichischen Bundesregierung, zu dem komme ich später noch. Das Vierte, was Sie genannt haben und das ist jetzt das erste Mal, wo ich mit Ihnen d'accord gehe, nämlich inhaltlich, weil alles bisher waren so Blasen, die ich immer wieder höre, weil es gerne so hineingestreut wird wie Kostensteigerung, die BezieherInnen mit Migrationshintergrund, wo es eigentlich völlig egal ist, wenn es um die Sache geht. Jetzt haben Sie gesagt, es gibt eine unterschiedliche Abwicklung und das kritisieren Sie völlig zu Recht, das ist etwas, was wir auch immer wieder erleben. Sie wissen, ich bin sehr viel unterwegs in der Steiermark auch und es kommen sehr viele Menschen zu mir, denen es finanziell nicht gut geht. Ich erfahre dann sehr oft, wie es den Menschen auch mit Behörden geht. Was wir da leider erleben, ist, haben Sie auch kritisiert, hat auch die Frau Landesrätin schon gesagt, dass man das im Vollzug verbessern muss, keine Frage, dass einerseits die Bescheiderstellung viel zu lange dauert, sage ich jetzt, ich weiß nicht, ob Ihnen das nicht eh recht ist in manchen Fällen, dass es sehr lange dauert, aber mir ist es in jedem Fall zu lange. Es ist sehr unterschiedlich, da gehen wir völlig d'accord. Ein anderer Punkt, den Sie jetzt nicht angesprochen haben, den ich aber gerne ansprechen möchte ist, was wir immer wieder erleben, und ich nehme an, dass wird auch in der Kommission festgestellt werden, die Hilfe in besonderen Lebenslagen, die wird in den Bezirken sehr unterschiedlich gehandhabt. Ich erlebe so, es kommt manchmal darauf an, ob die Person in der BH darüber Bescheid weiß, gerade Zeit hat, wie auch immer, dann bekommt man die Hilfe in besonderen Lebenslagen, weil man die Information bekommt, manchmal bekommt es nicht. Das weiß ich deswegen, weil sehr viele Menschen, die zu uns kommen, oft von uns das erste Mal erfahren, dass es diese Möglichkeit gibt. Wie gesagt, da bin ich ganz d'accord, das muss überprüft werden, das soll überprüft werden und selbstverständlich bin ich auch dafür, dass alle Ergebnisse dem Landtag zugebracht werden. So viel zu dem. Dass Aufklärung notwendig ist, dass es

Verbesserungen geben muss, keine Frage. Übrigens ist mir auch noch aufgefallen, nur so eine Bemerkung am Rande, anscheinend hat Sie das morgendliche Ständchen der Militärmusik besonders dazu motiviert, lauter militärische Begriffe zu verwenden. (*LTabg. Triller, BA: „Darum habe ich es ja erklärt.“*) Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wir sind da nicht beim Bundesheer und beim Militär. Können Sie sich ehrlich gesagt sparen. Gehen Sie lieber zum Bundesheer, wenn Ihnen das lieber ist, würde manchen auch nicht stören vermutlich. Zurück zum inhaltlichen. Also da herinnen haben alle ihre Bezeichnungen, wir sind ja Abgeordnete, das ist eine Landesrätin und keine Kommandantin. Jetzt zu unserem Entschließer und zu dieser Sozialhilfe Neu. Am 13. März hat nämlich die Bundesregierung die Sozialhilfe Neu präsentiert. Ich möchte jetzt vorweg jetzt gleich einmal zur Begrifflichkeit sagen: Es kommt sicher nicht von ungefähr, dass die Mindestsicherung jetzt plötzlich wieder Sozialhilfe heißt. Eine Mindestsicherung ist etwas, wo man sagt, da gibt es einen Rechtsanspruch darauf. Jemand braucht das Mindeste um zu leben. Eine Sozialhilfe birgt das Wort, denen müssen wir helfen. Das macht etwas mit den Menschen. Ich schaue mir an, und ich wünsche es Ihnen bei Gott nicht, sollten Sie jemals in die Situation kommen, eine Leistung aus dem Sozialsystem annehmen zu müssen, dann würde mich interessieren, ob Sie, das, was ich Ihnen jetzt versuche zu erklären, in der Sekunde dann verstehen. Ich glaube, alle, die diese Leistungen empfangen wissen ganz genau, wovon ich rede. Wie gesagt, ich bin überzeugt davon, dass Ihnen das nicht zufällig passiert ist, der Bundesregierung, sondern, dass das ein ganz bewusster Ausdruck ist. Ich möchte das im Übrigen auch den Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, der christlich-sozialen Volkspartei ausrichten. Zweitens: Wenn die Sozialhilfe Neu jetzt so in dieser Form kommt, wie sie kommt oder wie sie geplant ist, dann ist sie nicht nur eine massive Verschlechterung für alle Bezieher und Bezieherinnen, also ich erinnere noch einmal daran. (*LTabg. Triller, BA: „Das ist völliger Blödsinn.“*) Also eines können Sie mir glauben, Herr Triller, wenn ich mich wo auskenne, dann in diesem Bereich. Können wir gerne dann noch ein Privatissimum machen, aber jetzt hören Sie am besten einmal zu, was ich Ihnen sagen möchte. Es ist eine massive Verschlechterung und zwar für die Bezieher und Bezieherinnen. Es ist aber, das ist meines Wissens nach erstmals in der Geschichte, es würde massiv in die Landesgesetzgebung eintreten weil, Heizkostenzuschuss, etwas was Sie immer gefordert haben, was erhöht werden muss. Ich weiß schon, natürlich nicht für Menschen mit Migrationshintergrund, aber grundsätzlich Wohnunterstützung, was wir immer massiv kritisiert haben, Sie uns unterstützt haben dabei, würde wegfallen. Kann man schon auszahlen, würde dann aber abgezogen werden. Also „g’hupft“ wie „g’hatscht“. Wenn das

keine Verschlechterung ist, dann erklären Sie mir bitte, was da fehlt, weil ich verstehe es dann nicht. Zweiter wichtiger Punkt: 13. und 14. Monatsbezug der Mindestsicherung für Kinder und Jugendliche wird künftig gestrichen. Frau Landesrätin hat vorher gerade in ihrer Beantwortung erklärt, wird es künftig nicht mehr geben. Ist auch eine Verschlechterung oder? Und das bei der Tatsache, wo wir im Moment 51.000 armutsgefährdete Kinder und Jugendliche in der Steiermark haben. Danke FPÖ, danke ÖVP, wenn das so kommt. D.h., zusammengefasst – na ja, eines vielleicht noch. Wenn das jetzt so umgesetzt wird, dann möchte ich Ihnen das hier wirklich an dieser Stelle sagen, dann haben Kurz und Strache das geschafft, wo sie eigentlich eh die ganze Zeit über im Wahlkampf versprochen haben, nämlich, dass sie ihre Wahlversprechen umsetzen werden. Und zwar jene der Industrie gegenüber und den Wirtschaftslobbys gegenüber. Diejenigen, für die Sie sich immer hingestellt haben oder zumindest vorgegeben haben sich hinzustellen, für die Kleinen bleibt leider da nichts mehr übrig. Zusammengefasst, warum? Weil Heizkostenzuschuss und Wohnunterstützung wegfallen werden und weil 13. und 14. für die Kinder und Jugendlichen wegfallen werden. Ganz einfach. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ganz sicher nicht in unserem Sinne. Ich glaube auch nicht, dass das im Sinne der Grünen ist und ich kann mir schwer vorstellen, dass das wirklich in Ihrem Sinne ist, dass Sie den Kindern und Jugendlichen etwas wegnehmen wollen in der Steiermark, allen nämlich, die MindestsicherungsempfängerInnen sind. Ich kann mir und bitte enttäuschen Sie mich nicht noch einmal heute, auch nicht vorstellen, dass das im Sinne der SPÖ ist, oder im Sinne der ÖVP ist und deswegen, um hier ein klares Zeichen zu setzen, haben wir einen Entschließungsantrag formuliert und den darf ich jetzt einbringen.

Wir stellen den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Steiermark spricht sich gegen alle Regelungen im Entwurf des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes aus, durch die der zusätzliche Bezug von Leistungen aufgrund landesgesetzlicher Regelungen, wie der Wohnunterstützung oder des Heizkostenzuschusses, nicht mehr möglich ist, da diese Leistungen von der auszahlenden Sozialhilfe künftig in Abzug zu bringen sind.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Annahme dieses Antrages. *(Beifall bei der KPÖ – 17.53 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mag. Stefan Hermann von der FPÖ.

LTabg. Mag. Hermann – FPÖ (17.53 Uhr): Danke schön Frau Präsident, sehr geehrte Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher!

Die Frau Landesrätin hat mehrmals in ihrer Rede gesagt, der Landtag hat ein gutes Gesetz beschlossen mit der Mindestsicherung. Ich bin da, oder wir sind da grundlegend anderer Meinung. Sieht man sich die Zahlen an, ich hoffe, ich habe das da richtig notiert, was Sie gesagt haben, bitte korrigieren Sie mich, wenn ich etwas falsch erwischt habe. Gesamtbezieher 16.728 Personen in der Steiermark, davon 8.086 Ausländer, macht einen Anteil von 48,3 % an den Gesamtbeziehern aus. Asylberechtigte sind 5.716, macht einen Anteil von 34,2 % aus. (*Landesrätin Mag. Kampus: „Die ersten Zahlen noch einmal.“*) Ah, 16.000 Gesamtbezieher (*Landesrätin Mag. Kampus: „Ja, 16,728, jawohl.“*) davon 8.086 Ausländer (*Landesrätin Mag. Kampus: „Nein, das sind die Österreicher.“*) ok. Dann sind es 5.716 Asylberechtigte, das stimmt auf jeden Fall, ein Drittel Asylberechtigte. Wenn man sich die vollunterstützten Mindestsicherungsbezieher anschaut, die 885 Euro entsprechend erhalten, sind 1.650 Bezieher Österreicher und 2.114 Asylberechtigte. Alleine die Kosten für Asylberechtigte belaufen sich auf Grund 1,87 Millionen Euro im Monat. Die Gesamtkosten 2018 sind ein Landesanteil von 40,8 Millionen Euro, ein Gemeindeanteil von 27,2, Millionen, also 68 Millionen Euro. Diese Zahlen machen deutlich was passiert ist, dass die ursprüngliche Idee, das System der Mindestsicherung, nämlich ein Auffangnetz zu sein für jene, die unverschuldet aus einem Erwerbsleben fallen, die in eine Notlage geraten, hat sich wegentwickelt hin zu einem sozialen Magneten der Zuwanderer aus aller Herren Länder, die es zu uns zieht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das kann es bitte schön nicht sein. (*Beifall bei der FPÖ*) Ich bin froh, dass die Bundesregierung mit diesem Grundsatzgesetz, das auch Spielraum für die Länder hat, endlich ein faires, leistungsgerechtes und vor allem österreichisches und Österreicher freundliches Modell zur Umsetzung auch bringt. Spannend ist auch, dass im Regierungsprogramm von SPÖ und ÖVP auf Landesebene festgehalten wird, dass es ein Ziel ist, den Unterschied zwischen dem Erwerbseinkommen und der Mindestsicherung auch zu verbessern und auch zu vergrößern. Liebe Frau Landesrat, Sie hatten vier Jahre lang Zeit das Ziel zu erreichen, aber es ist nichts in diesem Bereich passiert. Sie haben gemeint, wir Freiheitliche würden polemisieren und polarisieren. (*LTabg. Schwarz: „Polemisieren.“*) Polemisieren und polarisieren, Danke schön Herr Klubobmann, gut, dass

Sie zuhören. (LTabg. Schwarz: „*Deutsche Sprache ist schwer zu erlernen.*“) Ja, ist schon gut. Ich muss Ihnen schon vorhalten, was haben Sie gemacht, Frau Landesrat? Sie haben, als diese neuen Pläne der Bundesregierung bekannt wurden kritisiert. Und zwar haben Sie im Bereich der Menschen mit Behinderungen kritisiert. Sie haben gemeint, dass durch das neue Modell der Bundesregierung, Menschen mit Behinderung viel weniger auch bekommen würden. Sie haben das über Monate und Wochen getrommelt und haben ignoriert, dass die zuständige Bundesministerin mehrfach betont hat, dass es eine Ausnahme geben wird für das Steiermärkische Behindertengesetz. Genau das ist passiert, das war reine Panikmache. Die Landesregierung macht auf jeden Fall Schluss mit diesem sozialromantischen Selbstbedienungsladen des jetzigen Systems der Bundesregierung. Aber darum geht es heute hier nicht. Darum geht es auch nicht bei dieser Dringlichen Anfrage, es geht darum, die Sünden der Vergangenheit auch aufzuarbeiten. Dieses gute Gesetz, das der Landtag auch beschlossen hat, wie Sie es mehrfach auch betont haben, gegen unsere Stimmen im Übrigen, auch zu kontrollieren, wie der Vollzug bei diesem Gesetz auch ausschaut. Beim Vollzug hat die verantwortliche Landesrätin keine gute Arbeit geleistet. Denn was liefert uns diese interne Kommission, die Sie eingerichtet haben. Was ist da an die Medien gesickert, denn der Landtag wird ja nicht informiert. Es sind Missstände an das Tageslicht gekommen. Es wird in den einzelnen Bezirken die Mindestsicherung unterschiedlich ausbezahlt. D. h., es ist nicht einmal im Land Steiermark einheitlich, ob ich in Leibnitz wohne oder in Murau. Hier hat die verantwortliche Landesrätin keine gute Arbeit geleistet. (Beifall bei der FPÖ) Fehlende Dokumentation und fehlende Akten wurden von dieser Kommission kritisiert. Auch hier hat die zuständige Landesrätin keine gute Arbeit geleistet. Auch die Sanktionsmechanismen sind an den Bezirkshauptmannschaften offensichtlich völlig unterschiedlich, auch hier hat die zuständige Landesrätin keine gute Arbeit geleistet. Freiheitliche Warnungen, die wir seit Jahren erheben, wurden nun bestätigt. Wir kritisieren nicht, dass geprüft wird, ganz im Gegenteil. Es ist gut, dass endlich etwas passiert. Was wir kritisieren ist, warum wird erst jetzt geprüft? Warum hat man die Warnungen der letzten Jahre ignoriert? Warum? Sie müssen sich die Frage auch gefallen lassen, hätten Sie eine interne Kommission eingesetzt, wäre es zu einer Prüfung gekommen, wenn wir nicht im Mai letzten Jahres den Landesrechnungshof mit genau dieser Prüfung entsprechend beauftragt hätten, wenn dieser Bericht jetzt kurz auch bevorsteht und in den nächsten Monaten auch kommen wird. Wäre das passiert? Vermutlich nicht. Sie haben gesagt, Sie brauchen unsere Zurufe nicht um in diesem Bereich tätig zu sein. (Landesrätin Mag. Kampus: „*Haben Sie nicht zugehört, wir prüfen seit 2017.*“) Sie brauchen

unsere Zurufe nicht, offensichtlich brauchen Sie sie doch. Sie haben auch die Mindestsicherung, das System der Mindestsicherung, das aus Steuergeld finanziert wird, allen Ernstes mit Tempolimits verglichen, das richtet sich in Wirklichkeit selbst, diese Aussage. Transparenz ist ein Gebot der Stunde. Vor allem, wenn diese Fehlentwicklungen und Missstände im Raum stehen. Ich ersuche Sie wirklich, Verantwortung zu leben, die Ergebnisse dieser Kommission offenzulegen und auch die Zusammensetzung dieser Kommission entsprechend offenzulegen. Sie haben den Stil der Opposition auch kritisiert, sie haben kritisiert, wie wir da vorgehen. Ja, bitte schön, es ist Aufgabe der Opposition die Regierung zu kontrollieren und erst recht, wenn in den Medien Missstände bekannt werden, da auch nachzubohren. *(Beifall bei der FPÖ)* Sie haben auch die Dienstaufsicht und die Fachaufsicht ins Spiel gebracht und haben gemeint, wo die Zuständigkeiten entsprechend liegen. Was die große Klammer darüber und was auf jeden Fall bleibt, ist die politische Verantwortung, die Sie auch zu leben haben. Ich darf nun auch einen Entschließungsantrag einbringen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert den Prüfbericht bzw. die internen Prüfergebnisse der Abteilung 11 im Bereich der Mindestsicherung umgehend dem Landtag zur Kenntnis zu bringen und die Zusammensetzung der (geplanten) Kommission, deren Auftrag sowie deren personelle und finanzielle Ausstattung offenzulegen.

Ich bitte um Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ – 18.01 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Marco Triller, bitte schön.

LTAbg. Triller, BA – FPÖ (18.01 Uhr): Danke schön Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen!

Frau Landesrätin, Sie haben da vielleicht in meinen Ausführungen etwas falsch verstanden. Ich habe nicht gesagt, dass die Kommission etwas vertuscht hätte, ich habe davon gesprochen, dass der Einsatz einer Kommission, das kann als Vertuschungsaktion eingeordnet werden. Ich nehme diese Vertuschungsaktion zurück und setze das Wort Ablenkungsmanöver hinein. Ich hoffe, Sie sind mit diesem Wort zumindest zufrieden und nicht mit Vertuschungsaktion. Jedenfalls wird es für uns in Zukunft schon interessant werden, wie eben der Rechnungshofbericht ausgehen wird. Bin gespannt, ob da Weiteres auch aufgedeckt werden

kann, was auch Ihre Kommission gemacht hat. Kurz zu den Kommunisten. Die Frau Klubobfrau, ich sehe sie jetzt nicht, hat davon gesprochen, dass die Mindestsicherung so bei 1,2 % des Budgets liegt. Ja, nachdem das Bundesheer 0,53 % Budget hat, das sind so zwei Milliarden, wenn man das ganze verdoppelt, dann kommt man fast auf fünf Milliarden Euro an Steuergeld, die für die Mindestsicherung ausgegeben wird. Fünf Milliarden Euro ist schon ein sehr, sehr hoher Betrag. Wie man auch vom Herrn Klubobmann Hermann gehört hat, ist es genauso, dass Einsparungspotenzial vorhanden ist. Es sind insgesamt 63 % der Mindestsicherungsbezieher in Österreich mit Migrationshintergrund. Noch einmal an die Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler: Ob jetzt Mindestsicherung gesagt wird oder Sozialhilfe, ich glaube, das ist den Österreicherinnen und Österreichern relativ wurscht. Wichtig ist, dass im Endeffekt auch etwas überbleibt und das ist ein österreichfreundliches Modell. Bitte auch seitens der Steiermark dieses Bundesmodell zu unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ – 18.04 Uhr)*

Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich unsere Landesrätin, bitte schön Landesrätin Doris Kampus.

Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (18.04 Uhr): Herr Abgeordneter Triller, das war jetzt fast charmant. Es bleibt uns nichts Anderes übrig. Das auch in aller Offenheit. Jetzt ist die Claudia Klimt-Weithaler nicht da, ja, ich sage es dazu, es ist nicht wurscht. Es gibt viele Menschen in diesem Land, denen es nicht wurscht ist, wie das heißt. Weil es macht einen Unterschied, ob ich das Mindeste sichere oder ob ich wieder die alte Sozialhilfe und auf das Sozialamt muss und der Bittsteller bin. Ich sage das, ich weiß nicht, ob das im Sinne der Claudia ist. Ich sage das jetzt einfach selber für mich und für die Menschen in dem Land, denen es nicht wurscht ist. Aber ich möchte gerne auf den Herrn Klubobmann noch einmal kommen. Ich habe das Gefühl gehabt, ich habe eh sehr ausführlich das gemacht. Ich möchte ein paar Punkte wiederholen. Nein, ich möchte mit dem BHG-Thema anfangen. Ja selbstverständlich wäre das so gewesen, dass die Menschen in der Steiermark massiv verloren hätten, weil sie nämlich, weil uns das neue Gesetz gezwungen hätte, sie aus dem BHG in die Mindestsicherung zu holen. Da gestehe ich zu, da hat ihre Frau Ministerin zugehört und korrigiert. Das gehört auch dazu das zu sagen. Im neuen Entwurf ist es jetzt möglich, dass wir die Menschen in der Steiermark in der Behindertenhilfe lassen können. Das war aber nur, weil der Christopher Drexler, den möchte ich ad Personam jetzt nennen, ich möchte den Kurt Hohensinner nennen

und ich möchte viele andere Partner nennen, die da Seite an Seite gekämpft haben mit uns, sonst hätten die Menschen der Steiermark massiv verloren. Weil man nicht daran gedacht hat, wie in einigen anderen Punkten auch, weil man nicht daran gedacht hat, dass dieses neue Gesetz massiv auf Landesgesetze einwirkt. Jetzt weiß ich gar nicht, ob das beabsichtigt war oder passiert ist. Nur im Ergebnis ist es wurscht. Im Ergebnis für die Menschen ist es wurscht. Im BHG-Bereich ist es gelungen, beim 13. und 14., und bei freiwilligen Sozialleistungen der Länder schaut es schlecht aus. Ich möchte da einen zitieren, der jetzt da immer unverdächtig ist, wenn ich ihn zitiere, das ist der von mir geschätzte Landeshauptmann Wallner aus Vorarlberg, der sofort in einer ersten Reaktion gesagt hat: „Das könnt ihr nicht machen, das greift massiv auf die Gesetzgebung der Länder ein“. Genau das ist das Problem, das angesprochen wurde und warum Christopher Drexler und ich in guten und vielen Überlegungen, und ich sage das, obwohl er nicht da ist und er wird es hoffentlich hören, in guten und vielen gemeinsamen Überlegungen Varianten finden wollten, was getan werden kann, damit die Steirerinnen und Steirer nicht viel verlieren. Das neue Gesetz sieht vor, dass sämtliche Sozialleistungen, die wir haben, den Menschen weggenommen werden müssen. Das kann ein Heizkostenzuschuss sein, das ist die Wohnunterstützung, das ist das 13. und 14., das kann, und ich weiß, dass das Ihnen immer ein besonderes Anliegen ist, dieses Schulstartgeld z. B. auch sein. Sämtliche Sozialleistungen, die wir haben, müssen dann abgezogen werden. Das neue Gesetz sieht Kann-Bestimmungen vor, da haben Sie recht. Darum habe ich gesagt, wäre bei der Einschätzung dieser Kann-Bestimmung automatisch etwas Schlechtes? –Vorsichtig. Weil das neue Gesetz Kann-Bestimmungen vorsieht, die es vielleicht oder hoffentlich auch ermöglichen, dass eine oder andere abzufedern. Das ist dann Aufgabe - Ihre Aufgabe wieder, die Regierung macht keine Gesetze, Landtag beschließt Gesetze - hoffentlich ein Gesetz zu beschließen, das für die Steirerinnen und Steirer das Beste ist. Das zweite Thema, Herr Klubobmann, ich habe es beim Vorübergehen eh gesagt, dieses Missverständnis auszuräumen, da wird parallel irgendwo geprüft, ja unglaublich. Es ist Aufgabe der Oberbehörde und der Fachaufsicht auch zu prüfen. Das tut sie seit 2010. Mit dem Gesetz Novelle 2016 hat sie noch die Möglichkeit gehabt. auch im Bereich der Sanktionen und seit 2017 wird geprüft. Seit 2017 wird auch neben den Einzelfallprüfungen, neben den Workshops, neben den Tagungen, neben den Besprechungen, neben, neben, neben, neben. Ich mag meine Antwort vier nicht noch einmal vorlesen, wird auch diese Schwerpunktprüfung sein, 2017, ich wiederhole es. Also tun wir mit diesen Gerüchten und mit diesem Ablenken und weiß ich was nicht, aufhören (*LTA*bg. Mag. Hermann:

Unverständlicher Zwischenruf – LTabg. Riener: „Die Kommission der Oberbehörde.“) Ich bin Mitglied, ich darf nur sagen, ich habe nur wiederholt 2017. Es war noch einmal eine Frage, Oberbehörde (*LTabg. Triller, BA: „Oberbehörde, das sind die Fachkommissionen.“*) Das sind zwei unterschiedliche Dinge. Die Abteilung 11 ist Oberbehörde, hat Fachaufsicht und sowie viele anderen Stellen in diesem Land Fachaufsicht haben und die Mitglieder der Kommission, ich wiederhole es auch noch einmal gerne, Landesamtsdirektion, Bezirkshauptmannschaften, Sozialabteilung, IT-Abteilung, Organisationsabteilung, Personalabteilung, das sind all jene Stellen, die befasst sind, um diese große Aufgabe noch besser für die Steirerinnen und Steirer erledigen zu können. Danke schön, danke für die Aufmerksamkeit, Glück auf! (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 18.09 Uhr*)

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 3230/2 betreffend Prüfergebnisse der Abteilung 11 zu massiven Malversationen bei der Mindestsicherung sowie Zusammensetzung und Auftrag der geplanten Kommission offenlegen, ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ und den Freiheitlichen nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 3230/3 betreffend Wegfall von Wohnungsunterstützung und Heizungszuschuss durch Sozialhilfe Neu ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ und Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Damit ist Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet. Ich fahre somit mit dem Tagesordnungspunkt 9 fort. Zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Sandra Krautwaschl, bitte schön.

LTabg. Krautwaschl – Grüne (18.11 Uhr): Danke Frau Präsidentin, werte Zuhörende, werte nicht mehr vorhandene Landesrätinnen und Landesräte!

Auch bei dem jetzigen Thema, das die Fortführung des Themas vor den Dringlichen Anfragen darstellt, geht es um Menschen, die zumindest einen Teil ihres Lebens Hilfe und Unterstützung brauchen, nämlich um Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und in diesem Fall jetzt auch um den dazugehörigen Rechnungshofbericht. Ich bin sehr froh, dass wir heute noch einmal über dieses Thema sprechen können, denn, als ich in der letzten Landtagssitzung dazu gesprochen habe und auch anlässlich des PatientInnen- und Pflegeombudsfrauberichtes unseren Antrag dazu eingebracht habe, hat es keine einzige Wortmeldung dazu gegeben. Keine einzige Reaktion auch auf die Kritik der Patientinnen- und Pflegeombudsfrau, Renate Skledar, die sich im Übrigen schon seit 12 Jahren dazu äußert, das hat sie auch in ihren Berichten damals schon geschrieben. Ich möchte jetzt noch einmal darauf eingehen, was der Rechnungshof zu dem Thema der Unterbringung psychisch kranker Menschen in der Steiermark sagt. Im Übrigen sagt es eben nicht nur der Rechnungshof und die Patientenanwältin, sondern auch der Volksanwalt und der Anwalt für Menschen mit Behinderung immer wieder das gleiche und deswegen haben wir auch heute noch einmal einen Entschließungsantrag zu diesem Thema vorbereitet, um hier endlich eine Verbesserung für diese Menschen zu erzielen. Der Rechnungshof sagt ganz deutlich, wie Sie ja wissen, gibt es in der Steiermark einen Psychiatriezuschlag, der eben auch ermöglicht, Menschen, die noch nicht einmal die Pflegestufe vier haben, in Pflegeheimen unterzubringen mit psychischen Erkrankungen. Das kritisiert der Rechnungshof ganz deutlich. Er sagt nämlich und schreibt hier auch wortwörtlich: „Das mehr als die Hälfte der Menschen, die untergebracht sind, mit psychischen Erkrankungen unter 60 Jahre alt sind und eben auch weniger als die Pflegestufe vier haben.“ Aus unserer Sicht und so ist es auch grundsätzlich festgehalten und so steht es auch in der Stellungnahme, sollen eigentlich erst Menschen ab Pflegestufe vier, wenn der Pflegebedarf eben höher ist, die psychische Beeinträchtigung überwiegt, dann ist eine Unterbringung in Pflegeheimen möglich. Für Menschen, die eine niedrigere Pflegestufe haben, ist immer und muss immer unser Ziel sein, diese wieder in den Alltag zu integrieren. Ihnen jedenfalls im Ausmaß ihrer Möglichkeiten eine Möglichkeit auch zu geben an Arbeitsprozessen teilzunehmen und Unterstützung zu finden, die ihnen hilft, wieder ein selbstständiges Leben zu führen. Das ermöglicht die Unterbringung in Pflegeheimen ganz und gar nicht. Hier geht es um andere Dinge. Das Pflegepersonal hat auch nach Möglichkeit entsprechende strukturelle Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, damit Menschen wieder integriert werden können in den Alltag und das widerspricht, auch wie der Volksanwalt uns schon mehrmals gesagt hat, auch der UN-

Menschenrechtskonvention und kann nicht ein Zustand sein, der hier in der Steiermark weiterhin geduldet wird. Es fehlen entsprechende sozialpsychiatrische Einrichtungen, auch das wissen wir schon sehr lange. Es fehlen niederschwellige wohnortnahe Versorgungseinrichtungen, die nach dem BHG auch abgerechnet werden und eben entsprechende Leistungen zur Verfügung stellen, die der Integration dieser Menschen dienlich sind und die eben nicht zu einer Hospitalisierung dieser Menschen führen, wie wir das in der Vergangenheit ja immer wieder schon drastisch gesehen haben. Was dann oftmals passiert ist, dass Menschen, wo das überhaupt nicht notwendig wäre, Menschen, die bis dato eben nicht so einen hohen Pflegebedarf haben, in die Pflegebedürftigkeit hineinrutschen, weil sie eben in den Pflegeheimen eigentlich kaum Möglichkeiten haben, sich so selbstständig weiterzuentwickeln oder zu rehabilitieren, dass sie wieder in einen normalen Alltag übergeführt werden können. Das leistet eben genau dieser Hospitalisierung Vorschub, die, abgesehen davon, dass sie der Menschenwürde widerspricht, auch noch die teuerste Variante für unser gesamtes System darstellt. In diesem Moment tut es mir leid, dass der Herr Landesrat schon wieder nicht da ist, wenn ich ihm die gleichen Fragen stelle, die ich eigentlich schon beim Thema Versorgung von Demenzkranken gestellt habe. Ich weiß, er ist in Schladming. Es hilft mir nur nichts. Ich hoffe, es kann ihm jemand meine Fragen ausrichten und vielleicht kann er sie ein anderes Mal dann doch beantworten. Es gibt nämlich ein Prinzip, das heißt Mobil vor Stationär, das in der Pflegeversorgung und auch in dem bestehenden Bedarfs- und Entwicklungsplan, weil wir haben ja einen, zur Pflege ganz klar zum Ausdruck kommt. D. h., dieses Prinzip wird eigentlich immer wieder und auch durch diese Stellungnahme für die Unterbringung von psychisch kranken Menschen aus meiner Sicht aufgeweicht. In anderen Stellungnahmen, wo es rein um Pflege geht, ist das das Gleiche. Ich sehe, dass hier offensichtlich der Landesrat unter Druck ist von irgendwelchen Einflüssen, die dieses Prinzip wieder in Frage stellen wollen. Ich kann mir nur vorstellen, dass das auch im Interesse von privaten Pflegeheimbetreibern ist, weil sonst kann ich mir nicht vorstellen, wer hat Interesse daran, ein Prinzip aufzuweichen, dass seit Jahren unbestritten war. Wo klar ist, dass wir nur so die Pflegeversorgung auf der einen Seite, aber auch die niederschwellige Versorgung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen auf Dauer sicherstellen können. Ja, schade, dass der Herr Landesrat nicht da ist, woher auch immer das kommt, dass das auf einmal in Frage gestellt ist. Wir werden da sicher noch öfter und gegebenenfalls auch heftig darüber diskutieren, weil, das kann nicht auf einmal sein, dass hier wieder eine Kehrtwende angetreten wird und man dadurch diesen Menschen eigentlich die

Chance raubt, wieder in den Alltag integrieren zu können. Weil es der Herr Landesrat heute so nett gesagt hat, kann ich zum Abschluss, bevor ich dann unseren Antrag noch einmal einbringe, einfach auch nur sagen, weil er so nett auf die Patienten- und Pflegeombudsfrau verwiesen hat, einmal Skledar, zwölfmal Skledar. In dem Fall hat sie es schon zwölfmal in ihre Berichte geschrieben, dass diese Art der Unterbringung einfach nicht korrekt ist und nicht den Notwendigkeiten entspricht. Also bitte, zwölfmal müsste eigentlich reichen, könnte man auch einmal ernst nehmen und ich bringe hier noch einmal unseren Entschließungsantrag ein, den sie vom letzten Mal wahrscheinlich schon kennen, aber vielleicht hat es ja diesmal eine Chance auch ihre Zustimmung zu finden.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. Pflegeheime nicht mehr durch Psychiatriezuschläge bei der Aufnahme von (insbesondere jungen) Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen zu fördern, sondern diese Mittel für den Auf- und Ausbau von niederschwelligen, wohnortnahen und inklusiven Wohnformen bereitzustellen,
2. Fehlplatzierungen, ich hoffe, es wissen alle, was da gemeint ist, von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen in Pflegeheimen schrittweise rückgängig zu machen und abzubauen und zu diesem Zwecke ein Enthospitalisierungskonzept zu erarbeiten und dem Landtag vorzulegen,
3. die mobile sozialpsychiatrische Betreuung sowie Tagesstrukturen sukzessive entsprechend dem Bedarf auf- und auszubauen,
4. die Qualitätsstandards von Leistungen nach dem BHG sicherzustellen und die Tagsätze zu valorisieren, und
5. niederschwellige Beschäftigungsangebote jedenfalls zur Verfügung zu stellen, wenn eine Tagesstruktur nicht mehr notwendig ist.

Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 18.19 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Kollege Peter Tschernko, bitte schön.

LTAbg. Tschernko, MSc – ÖVP (18.19 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und Zuhörerinnen und Zuhörer auch via Livestream!

Zu diesem Tagesordnungspunkt neun, zur Prüfung des Rechnungshofes zum psychosozialen Angebot in Salzburg und der Steiermark im Prüfungszeitraum 2012 – 2016 wurde ja

gegenübergestellt. Ich möchte noch eine Vorbemerkung machen, bevor ich auf die Punkte eingehe, die hier im Rechnungshof, oder auf wenige eingehe, die im Rechnungshofbericht angeführt sind. Noch einmal, die psychischen Erkrankungen sind eben für die betroffenen Menschen, wie auch für uns im Gesundheitswesen, im Sozialsystem eine wirklich große Herausforderung. Wenn Sie den WHO-Bericht lesen oder möglicherweise kennen, werden 2030 drei von den fünf schwerwiegendsten Erkrankungen der Industriestaaten diese Krankheitsgruppe auch betreffen. Das ist rund die Hälfte der Bevölkerung und Sie werden einmal in ihrem Leben auch davon betroffen sein. Möglicherweise ist jeder von uns einmal davon betroffen. Das spiegelt sich jetzt wider in den Krankenstandtagen, die erhoben worden sind, aus psychischen Gründen bei den Erwerbstätigen und es ist ein Indiz dafür, dass diese prognostizierten Zahlen der WHO auch bei uns mittlerweile schon angekommen sind. Es bedeutet, dass die Krankenstandstage schon 2007 – 2016 um 94 % angestiegen sind. D. h., es gibt hier auch einen Mehraufwand von Krankengeld, von Reha und, und, und, also von rund 300 Millionen Euro. Diese Kosten tragen natürlich die Pensionsversicherungen durch die Invaliditätspensionen, durch das Reha-Geld. Die Krankenbehandlungen im niedergelassenen Bereich von den Krankenversicherungsträgern und dann die der Spitäler dazugezählt, wird auch von den Ländern getragen. D. h., wir können oder müssen dieses Thema oder werden und müssen dieses Thema weiterhin annehmen, stärker annehmen und Strategien entwickeln. Jetzt zu dem Rechnungshofbericht. Ziel dieser Überprüfung und diese Gegenüberstellung Salzburg Steiermark war, so heißt es in dem Bericht, dass sie hier die Organisation und Planung in beiden Ländern beurteilten, die insbesondere auf die sozialen Faktoren für die psychische Gesundheit ausgerichtet waren. Diese zwei Punkte, die ich für mich jetzt herausgeschrieben oder die sich herauskristallisiert haben, die Kollegin von den Grünen hat dies auch gerade erwähnt, das waren die niederschweligen psychosozialen Beratungen und Betreuungen in Wohninfoanlaufstellen sowie auch die psychosozialen Wohnangebote mit unterschiedlicher Betreuungsintensität, wo du so eben jetzt den Entschließungsantrag eingebracht hast. Das ist tatsächlich ein Thema, das auch im Rechnungshofbericht, aber auch von der Volksanwaltschaft schon aufgegriffen wurde. Jetzt möchte ich nicht nur die negativen Bereiche, die sind eh schon aufgezählt worden, aufzählen. Ich möchte auch die positiven, die im Rechnungshofbericht bemerkt wurden, die das Land Steiermark jetzt gegenüber anderen Bundesländern oder vor allem Salzburg gegenüber anders handhabt. Positiv ist jetzt herauszustreichen die Sicherstellung der psychosozialen Beratung und Betreuung unter dem Titel, d. h., hier hat der Rechnungshof angemerkt, dass der Qualitätsstandard hier in der

Steiermark sehr gut definiert ist und auch in den psychosozialen Beratungsstellen, also Salzburg und Steiermark, haben wir unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Das muss man auch hier noch einmal anmerken. Unser Versorgungsauftrag in der Steiermark hat nämlich zusätzlich noch therapeutische Einzel- und Gruppenbehandlungen ermöglicht. In Salzburg war der Versorgungsauftrag eben durch Beratung gewährleistet, aber eben nur durch Beratung gewährleistet und auch unser Versorgungsauftrag ist auch noch durch die Integration von Ambulatorien und eine fachärztliche Behandlung erweitert, d. h., das ist gerade in Ausarbeitung, erweitert geworden. Soviel zu diesem positiven Auftrag. Der Punkt psychisch erkrankter Personen in Pflegeheimen, ja das ist ein Punkt, aber in den Pflegeheimen werden nicht nur, aber es werden Personen betreut, die diesen psychiatrischen Zuschlag erhalten, die natürlich einer Pflege bedürfen. Es sind jetzt nicht alle Personen, die dort untergebracht sind, von der Pflege befreit, wie es jetzt mehrfach oft dargestellt wurde. Natürlich stehen wir auch dazu und wir sind auch für eine alternative Unterbringung. Das wollen wir auch mit dem Entschließungsantrag, den wir, die ÖVP und die SPÖ heute einbringen, das auch noch einmal bekräftigen. Damit wir aber all diese Wohngruppen, die der Rechnungshof festgestellt hat, oder die Schnittstellenabgrenzungen etc., erledigen können, haben wir unseren Entschließungsantrag gestellt und es ist eine Handlungsgrundlage, die wir einmal brauchen für eine bedarfsorientierte Sicherstellung von diesen Punkten, die ich jetzt angeführt habe.

Ich darf jetzt zum Entschließungsantrag kommen. Seitens der Landesregierung wurde eben in dem genannten Bericht auch angeführt, dass die zuständigen Abteilungen, die Abteilung 8 für Pflege und Wissenschaft sowie die Abteilung 11 beauftragt wurden, den Bedarfs- und Entwicklungsplan Sozialpsychiatrie 2013 zu evaluieren und aktualisieren und somit eine bedarfsorientierte Handlungsgrundlage für ein gemeinsames Vorgehen des Gesundheits- und Sozialressorts entsprechend der budgetären Bedeckung zu entwickeln. Weiters wird auch die Versorgung psychisch kranker Menschen mit adäquaten Wohnangeboten zu berücksichtigen sein. Daher, und somit sind zeitgemäße und entsprechende Vorgaben in den Bedarfs- und Entwicklungsplan der Sozialpsychiatrie 2013 für eine bedarfsgerechte Versorgung einzuarbeiten, um auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Versorgung zu gewährleisten.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Zuge der Evaluierung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes Sozialpsychiatrie 2013 und der daraus gewonnenen Erkenntnisse Richtlinien für eine zeitgemäße, zielgruppenorientierte Versorgung von psychisch kranken Menschen auszuarbeiten und dem Landtag darüber zu berichten.

Ich bitte um Ihre Zustimmung. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.27 Uhr*)

Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich Landesrätin Doris Kampus, bitte schön.

Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (18.27 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Sandra Krautwaschl!

Ich möchte das nur dazusagen, damit da kein falscher Eindruck entsteht, ich darf jetzt Landesrat Christopher Drexler vertreten. Werde auch gerne auch ein paar Punkte eingehen, die ihm wichtig sind und die uns gemeinsam wichtig sind. Weil ein bisschen im Raum gestanden ist, da passiert nichts. Entschuldige bitte, wenn ich das vielleicht ein bisschen sehr verkürzt darstelle, das stimmt nicht. Wo du aber recht hast, das möchte ich ausdrücklich sagen, es muss da etwas passieren und das ist uns auch bewusst. Da gibt es Situationen, die nicht zufriedenstellend sind. Das ist dem Christopher Drexler bewusst und das ist mir bewusst. Wir haben irgendwann einmal die Entscheidung getroffen, aus meiner Sicht eine sehr, sehr gute, weil die Diskussion psychisch krank, chronisch krank und behindert, also da könnten Symposien damit füllen und Tage damit verbringen in der Definition, ist es mehr das eine oder ist es mehr andere. Christopher und ich haben gesagt, wir hören auf damit und sagen 50:50, wir machen das einfach gemeinsam. Einmal wird es mehr das eine sein und einmal mehr das andere, aber um das geht es nicht, sondern es geht darum, wir machen gemeinsam dieses Vorhaben und dieses Vorhaben umfasst ein Thema, dass die Claudia, jetzt ist sie nicht da, das wir vorher schon diskutiert haben mit den 20 Plätzen für die Kinder und Jugendlichen, die ja oft auch in dem Bereich zu Hause sind. Danke Peter Tschernko, ich weiß, dass dir das immer ein besonderes Anliegen ist. Da darf ich nur in aller Kürze ausführen, was Christopher Drexler und ich da vorhaben, diese 20 neuen Plätze im Laufe des heurigen Jahres zu schaffen und mir ist das total, ihm ist das total wichtig, nicht irgendwo, weil ich finde das Bild furchtbar, irgendwo in der Steiermark gibt es dann ein Haus, eine Einrichtung. Nein, sondern dort, wo alle Menschen leben, dort wo bestehende Einrichtungen sind, einmal mehr wird es beim Gesundheitsbereich näher sein, einmal mehr wird es ein BHG-Thema sein, einmal wird es ein Kinder- und Jugendhilfethema sein, dort werden wir bestmöglich auf die Kinder und Jugendlichen schauen und auch ihnen das geben, was sie brauchen. Das können auch neue Wohnformen sein. Das ist ein Thema, über das wir sehr gerne, über das diskutieren wir sehr viel bzw. die zuständigen Abteilungen 11 und 8. Über das wird sehr viel diskutiert, dass es

möglicherweise auch neue Wohnformen braucht. Da gibt es, ich habe das vorher bei der Dringlichen gesagt, ich sage es auch jetzt, es liegt mir fern, Dinge wegzutun und zu sagen, da bin ich nicht verantwortlich. Ich fühle mich sehr verantwortlich für die Menschen in dem Land. Nur es ist eine klassische BHG-Einrichtung und da erzähle ich dir nichts neues Sandra, ist oft nicht gerüstet für das, was die Menschen brauchen. Ich meine du kennst es, die dürfen z. B. die Medikamente nicht geben, die die Menschen brauchen würden. Du kennst das Problem mit dem Unterbringungsgesetz mit der Selbst- und Fremdgefährdung. Das sind so viele Dinge, die man ganz behutsam andenken muss und deswegen müssen wir da gemeinsam das entwickeln. Das haben wir vor und das hat der Christopher Drexler im hohen Maße auch vor. Ich weiß, dass das furchtbar klingt und, dass das so schwer verständlich ist, die Unterbringung in Pflegeheimen. Du sagst es Gott sei Dank selber oft auch. Für manche Menschen und ich weiß, dass du das auch weißt, wenn wir auch sagen, wir haben eine andere Unterbringungsmöglichkeit, ist es nicht Wunsch und Wille der Person, weil es da einfach eine gewisse Vertrautheit, durch eine gewisse jahrelange Betreuung gibt, und das müssen wir respektieren. Nicht über die Menschen urteilen und nicht für sie entscheiden. Ich halte das für so, so wichtig in der Sozialpolitik, in der Gesundheitspolitik, sondern die Menschen dort abholen, auch wenn uns alle es zusammenzieht und wir uns denken, „Jössas, der 40-Jährige in einem Pflegeheim“. Aber für den 40-Jährigen ist es vielleicht seit zehn Jahren Heimat. Darum dürfen wir nicht einfach sagen, am Papier klingt es gut und die müssen da alle aus den Pflegeheimen raus und Ratz Fatz, nein. Wir werden gemeinsam an dem Thema arbeiten, das ist dem Christopher Drexler und mir sehr wichtig, aber mit der nötigen Behutsamkeit und mit dem nötigen Hinschauen auf das, was die Menschen brauchen. Danke vielmals. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 18.31 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3152/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und SPÖ, Einl.Zahl 3152/6, betreffend Zielgruppenorientierte Unterbringung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe!

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und der ÖVP die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 3152/3, betreffend Etablierung eines mobilen psychiatrischen Krisendienstes ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 3152/4, betreffend Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen nicht mehr in Pflegeheimen unterbringen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 3152/5, betreffend Verbesserung des psychosozialen Angebots für Kinder und Jugendliche ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Europa, Einl.Zahl 3179/2, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gesetz über die Anerkennung von Berufsqualifikationen geändert wird zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3179/1.

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3179/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Soziales, Einl.Zahl 2880/6, betreffend Kindergrundsicherung zum Antrag von Abgeordneten der KPÖ, Einl.Zahl 2880/1.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Bernhard Ederer. Bitte schön Herr Abgeordneter.

LTabg. Ederer – ÖVP (18.34 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Landesrätinnen, Hoher Landtag!

Meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt 11 Kindergrundsicherung. Kinder, und da sind wir uns, glaube ich, einig, bedürfen unseres besonderen Schutzes. Sie sind das schwächste Mitglied unserer Gesellschaft und wir haben ja im letzten Jahr ein Gedenkjahr gehabt, 100 Jahre Gründung der 1. Republik, 80 Jahre Anschluss an Nazideutschland. Im Zuge der Erinnerung und Aufarbeitung der Geschichte haben wir uns sicher auch damit befasst, was hat es eigentlich damals für Rechte für Kinder gegeben bzw. wie hat Kinderarbeit ausgesehen. Die Folgen des Ersten und Zweiten Weltkrieges, der Missbrauch für Kinder für politische Regime bzw. diese extreme Armut, die geherrscht und wovon gerade Kinder massiv betroffen waren. Mit Auswirkungen für die Kinder selbst, aber auch für unsere eigene Zukunft und auch heute noch. Es gibt sehr viel Hunger, während wir hier im Überfluss leben können und dürfen. Es gibt so viele Konflikte wie schon lange nicht mehr. Kriegswirren, Flüchtlinge und vergleichen wir uns international, dann leben wir in einem gelobten Land. Obwohl die Sicherung des Existenzminimums für Kinder auch Industrieländern, in Industrienationen ein Thema ist. Leistungen für Kinder werden ja unterschiedlich geregelt. Direktzahlungen, Steuerfreibeträge, aber egal welche Art der Regelung auch vorliegt, wichtig ist, dass diese Leistung bei den Kindern, bei den Familien mit Kindern ankommen. Verschiedene Hintergründe haben dazu beigetragen, um auch Konzepte von einer Kindergrundsicherung zu diskutieren. So fordert ja auch die KPÖ in ihrem Antrag die Landesregierung auf, unter Einbeziehung aller in der Steiermark für das Kindeswohl tätigen Organisationen ein Modell zur Kindergrundsicherung auszuarbeiten. Nach Ausführung in der Stellungnahme der Landesregierung werden Modelle der Kindergrundsicherung als finanzielle kindsbezogene einkommensabhängige Transferleistungen beschrieben. Im Modell der Kindergrundsicherung der Volkshilfe Österreich, die ja erst unlängst vorgelegt wurde, wurde ein konkreter Finanzierungsbedarf pro Kind berechnet, um altersadäquate Teilhabe in den kindbezogenen relevanten Dimensionen des Lebens garantieren zu können. Aus den

Teilbeträgen, die innerhalb dieser Dimensionen aufzuwenden sind, um Benachteiligung auszuschließen und Teilhabe materiell zu sichern, wurde ein maximaler Höchstbetrag pro Kind und Monat errechnet. Damit, so das Modell, sollen bisherige pauschale familienpolitische Leistungen ersetzt werden. Somit zielt dieses Modell auf die Neuordnung von Transferleistungen in Bundeskompetenz ab. Davon abzugrenzen sind Sozialleistungen in Landeskompetenz, die als letztes soziales Netz eine Existenzsicherung für armutsbetroffene Menschen darstellen. Die Idee einer Kindergrundsicherung als alleinige Maßnahme erschiene jedoch nicht ausreichend, um Kinderarmut zu bekämpfen. Es bedarf natürlich einer Zusammenarbeit aller zuständigen Ressorts und Kompetenzebenen, insbesondere auch auf Bundesebene, um entsprechende Maßnahmen zu setzen, die jedem Kind unabhängig von seiner Herkunft, Teilhabe und positive Zukunftsperspektiven ermöglichen und das wollen wir. Seitens des Sozialressorts des Landes Steiermark ist geplant im Dialog mit dem Armutsnetzwerk Maßnahmen zur Armutsprävention und Bekämpfung weiter zu entwickeln. In diesem Zusammenhang wollen wir von der Fraktion der Steirischen Volkspartei darauf hinweisen, dass teilweise die Situation wahrscheinlich auch sehr schlecht dargestellt wird, oder schlechter dargestellt wird als sie ist aus politisch polemischen Gründen. Ich darf auch den Gesundheitslandesrat Mag. Christopher Drexler zitieren, der heute in einer anderen Debatte, nämlich zur Gesundheitsversorgung gesagt hat, dass wir weltweit hier in der Steiermark eines der besten Systeme haben im Gesundheitsbereich und gleiches gilt wohl auch für die Versorgung unserer Kinder. Hier ist ja auch der Armutsbericht zitiert, Jahr 2017, und die Bundesregierung gerade erst jetzt, umgesetzt mit 2019 mit dem Familienbonus plus für eine Entlastung von 1,5 Milliarden Euro gesorgt hat. Bei diesem Steuerbonus für Familien profitieren 1,6 Millionen Kinder in Österreich. Der Familienbonus plus gilt für Kinder bis zum 18. Lebensjahr, davon profitieren 950.000 Familien und wie schon gesagt, 1,6 Millionen Kinder und die Gesamtentlastung, noch einmal zur Wiederholung, 1,5 Milliarden Euro. Für volljährige Kinder, für die Familienbeihilfe bezogen wird, wirkt ein Steuerbonus von 500 Euro jährlich. Die Entlastung ist auch für Geringverdienende, Alleinverdienende und Alleinerzieher. Durch die Erhöhung des Absetzbetrages profitieren diese mit einer Entlastung von 250 Euro pro Kind. Das ist die größte steuerliche Entlastung für Familien und Kinder in Österreich. Aber selbstverständlich gilt es, das Thema weiter ernst zu nehmen und so lautet ja auch der Inhalt der Stellungnahme der Landesregierung, nämlich dementsprechend Maßnahmen, die in Landeskompetenz liegen, weiterentwickeln zu wollen. Denn der Spruch „die Kinder sind unsere Zukunft“ soll ja auch keine Worthülse bleiben, wir tun was. Was wir

mit den aufgezählten und sonstigen Beihilfen ja unterstreichen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.41 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Cornelia Schweiner, bitte Conny.

LTabg. Schweiner – SPÖ (18.42 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen und auch liebe Zuhörende!

Die Kindergrundsicherung ist nicht ein Thema, das Kinder in Dritte-Welt-Länder betrifft, sondern sie ist ein Thema, das Österreich im Jahr 2019 betrifft. Kinder, die von Armut betroffen sind und die in armutsgefährdenden Familien leben, sind nicht unsere Kinder. Ich meine jetzt, von uns Abgeordneten. Auch nicht die unserer Freunde und Freundinnen und wahrscheinlich auch nicht die unserer Nachbarn und Nachbarinnen. Von Armut gefährdete Kinder sind ganz oft unsichtbar. Sie tauchen nicht in den Vereinen auf, sie spielen kein Instrument, sie sind nicht die ersten, die bei der Schullandwoche aufzeigen und sich sicher anmelden, sie sind auch nicht die ersten, die mit der neuen Schultasche am ersten Schultag stolz in die Schule gehen. Diese Kinder sind in vielen Teilen unserer Gesellschaft dem öffentlichen und Freizeitleben eben nicht sichtbar. Deswegen, glaube ich, fällt es vielen von uns Politikerinnen und Politikern auch schwer daran zu glauben, dass es diese Kinder gibt. Weil wenn wir zu Musikschkonzerten gehen, dann werden wir sie nicht in der Vorspielstunde treffen. Auch nicht, wenn wir zum Fußballverein gehen, denn es ist die Frage, wer zahlt die Fußballschuhe. Insofern ist es umso wichtiger, in diesem Anliegen, dass wir hier ja gemeinsam haben, Armut zu bekämpfen, diese Kinder auch mithereinzuholen und dieses Anliegen einer Kindergrundsicherung unterstütze ich prinzipiell, weil ich glaube, dass die Volkshilfe Österreich genau für diese Kinder versucht eine Stimme zu sein und zu überlegen, wo soziale Netze heute eben nicht greifen und Kinder durch diese Netze rutschen. Der angesprochene Familienbonus nutzt diesen Familien nichts, weil sie nicht so viel Einkommen haben. Ich bin eine Profiteurin und wir alle, wenn wir Kinder haben, können dieses tolle Steuersystem nutzen, aber es hilft nicht armutsgefährdenden Familien, denn die haben nicht so viel Einkommen, davon profitieren zu können. 1.500 Euro die einfach für Familien sind, die gut verdienen. 250 Euro für Familien, die es sowieso schon schwer haben. Ich möchte aber gar nicht auf die finanzielle Absicherung im Sinne einer Transferleistung, die unglaublich wichtig ist, zu sprechen kommen, sondern ich möchte eher auf den zweiten Teil

bedacht nehmen, nämlich den, was können wir strukturell, institutionell tun, um diese Kinder aufzufangen, um die Ziele der Chancengleichheit für alle Kinder in unserem Land und die Frage der Verteilungsgerechtigkeit und der Teilhabe dieser Kinder am gesellschaftlichen Leben erreichen. Da tun wir in der Steiermark viel. Hier haben wir viele Institutionen, die diese Kinder auffangen. Das ist sicher auf der einen Seite durch die vielfältigen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe gewährleistet. Sei es über die Angebote der flexiblen Hilfen, wo ich einfach auch selbst in der Region erlebe, dass dieses Modell viel flexibler von Defiziten betroffenen Familien ermöglicht, Unterstützung zu bekommen, dass viel rascher gehandelt werden kann, wenn es was braucht und dass auch die Angebote viel flexibler passieren können, z. B.: Bei uns in Feldbach können sich viele Eltern die Teilnahme am Hort nicht leisten. Die Kinder würden aber Ganztags am Nachmittag eine Unterstützung im Lern-, Schul- und Aufgabenbereich brauchen. Die flexiblen Hilfen haben jetzt im Rahmen ihrer Ressourcen an drei Nachmittagen im Eltern-Kind-Zentrum eine Lernwerkstatt eingerichtet, wo Kinder, die es sich nicht leisten können, dort eine Lernumgebung vorfinden und dort eine Unterstützung bekommen beim Aufgabenmachen, beim Vorbereiten auf Tests und Schularbeiten. Ich glaube, das sind wichtige tolle Angebote, die im Rahmen dieser neuen flexiblen Hilfen auch gesetzt werden können. Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Kinderbildungs- und -betreuungslandschaft, wengleich wir ehrlicherweise zugeben müssen, dass der Betrag für eine Kinderkrippe einfach noch sehr, sehr hoch ist und natürlich Kinder, die oftmals ein soziales Umfeld brauchen würden, schon sehr früh brauchen würden, dieses über die Elternbeiträge in den Kinderkrippen nicht so finanzieren können. Im Gegensatz zum Gratiskindergarten, der natürlich kostenfrei den Kindern den Zugang zu Bildungseinrichtungen ermöglicht. Wir würden sicher noch mehr Ganztagschulen brauchen, damit diese Kinder den ganzen Tag Freizeit und Schule miteinander erleben können, unabhängig vom Einkommen und von den Möglichkeiten, die ihre Eltern zur Verfügung haben. Ein Projekt, in dem ich auch sehr viel Potenzial sehe, genau diese Kinder und die Netzwerke noch enger zu knüpfen für diese Kinder, ist das Projekt von Landesrätin Ursula Lackner „Gemeinsam stark für Kinder“ in ihrem Ressort, wo es nicht darum geht, wieder ein neues Angebot als erstes für Kinder und Familien zu setzen, sondern einmal hinzuschauen, wer bietet den überhaupt alles in einer Stadtgemeinde Angebote für Kinder und Familien an. Da ist man von Weiz über Gratkorn, über Feldbach, Leibnitz und andere Gemeinden, die hier teilnehmen, bereits draufgekommen, dass sich die, die Angebote in der gleichen Stadt anbieten, oftmals gar nicht alle kennen, geschweige denn voneinander wissen. Das, glaube

ich, ist einmal ganz wichtig, das Wort „Gemeinsam stark für Kinder“ zu begreifen, dass eine Stadtgemeinde, eine Kleinregion viele Möglichkeiten hat ein enges Netz für Kinder und Familien zu knüpfen und erst recht für Kinder und Familien, die in schwierigen Lebenssituationen sind, die von Armut betroffen und bedroht sind, damit auch diese Kinder eine wirkliche Teilhabemöglichkeit an unsere Gesellschaft haben. Als Letztes möchte ich noch den Bereich der frühen Hilfen erwähnen, der sich unglaublich gut etabliert in den Regionen, in denen es sie schon gibt. Ich habe erst letztens ein Gespräch mit Hebammen und Ärzten am LKH Feldbach gehabt, die in mehreren Beispielen erzählt haben, dass die frühen Hilfen einfach von Armut betroffene Familien schon vom Krankenhaus weg begleitet und betreut, so dass oftmals gar kein Delta entsteht, dass man erst später die Familien wo auffangen muss, oftmals, wenn schon Überforderung passiert ist. So sehe ich auch die frühen Hilfen als ein wichtiges strukturelles institutionelles Angebot für Kinder, die das brauchen, für Familien, die das brauchen, um das Ziel einer gut abgesicherten Steiermark, in der alle Menschen so viel haben, das mindeste, eine Grundsicherung haben, von der sie leben können auch wirklich zu leben. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 18.49 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, bitte schön.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (18.49 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, werte Zuhörende, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Bernhard Ederer, wir können gerne debattieren und diskutieren und zu unterschiedlichen Themen verschiedener Meinung sein, damit habe ich überhaupt kein Problem, aber was ich nicht mag, ist, wenn du uns unterstellst, dass wir hier eine Situation, nämlich die Situation der Kinderarmut in der Steiermark, polemisch und übertrieben darstellen. *(LTAbg. Ederer: „Ich habe gesagt, dass wird abgeschrieben.“)* Nein, das hast du so nicht gesagt, ich habe wortwörtlich mitgeschrieben und ich möchte dich darauf aufmerksam machen, dass jede Zahl, die wir bis dato verwendet haben, sei es in einer Wortmeldung oder einem Antrag, aus dem Amtsbericht bzw. aus dem Sozialbericht, der dem Landtag vorgelegt wird, genommen sind. Das weise ich jetzt wirklich auf das Schärfste zurück. Da geht es nicht um Polemik, das sind die Fakten und die sind traurig. Da gebe ich dir 100 % Recht. Zum Familienbonus, da hat die Conny Schweiner jetzt schon sehr viel gesagt.

Das teile ich alles. Das Problem, dass ich mit dem Familienbonus habe, ist das, er hilft halt genau dieser Zielgruppe, die es am allermeisten brauchen würde, am allerwenigsten. Es ist ein eigenes Thema, können wir gerne einmal länger diskutieren. Sie hat es ja gerade erklärt mit einem Beispiel. Als Abgeordnete, weiß ich nicht, 1.500 Euro (*LTabg. Schweiner: „2.000 für beide.“*) und wenn ich jetzt aber eben nicht so ein hohes Gehalt verdiene, bekomme ich auch viel weniger. Hat eben damit zu tun, dass es auf Steuern basiert ist. In meinen Augen ein Blödsinn, weil es nicht die trifft, die es dringend brauchen. Aber wie gesagt, das ist eine eigene Diskussion. Ich habe es schon erwähnt, wir haben im Vorjahr den Sozial- und Armutsbericht vorgelegt bekommen und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, diese Zahlen sind erschreckend. Sie sind deshalb erschreckend, weil wir eben in der Steiermark ein überdurchschnittlich hohes Armutsgefährdungsrisiko haben, es liegt bei 21 % bei Kindern und Jugendlichen und Erwachsenen bis 24 Jahren. Wir haben in der Steiermark derzeit, wenn man vom Jahr 2017 ausgeht, 51.000 Kinder und Jugendliche, die von Armut betroffen sind. Das ist jedes fünfte steirische Kind. Jetzt stellt euch das einmal vor. Eine Kindergartengruppe, 20 Kinder, davon ist jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Eine Schulklasse, 25 Kinder, 30 Kinder, jedes fünfte Kind in dieser Klasse ist von Armut betroffen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen in der Früh zu den Schulzeiten oder bevor die Schule beginnt mit dem Autobus fährt oder mit der Straßenbahn. Unzählige Schulkinder, die da drinnen sind. Jedes fünfte Kind ist von Armut betroffen. Das kann man nicht einfach wegwischen und sagen, das ist polemisch oder das wird übertrieben dargestellt. Das ist ein Faktum! Dagegen gilt es etwas zu tun und sollten wir etwas tun. Sie können sich vielleicht noch erinnern an die Elisabeth, an die Geschichte, die ich das letzte Mal erzählt habe, das ist genau das, was die Conny jetzt auch noch einmal hier zum Ausdruck gebracht hat. Man sieht das vielleicht nicht auf den ersten Blick und es sind vielleicht nicht die Kinder, mit denen wir alle zu tun haben. Jetzt muss ich dazu sagen, ich kenne einige davon, weil das halt die Kinder von denen sind, die z. B. dann auch zu mir in die Sozialsprechstunde kommen. Aber ich gebe der Conny Schweiner schon Recht, das sind eben nicht die Kinder, die man beim Schulausflug oder sonst wo trifft. Deswegen gilt es auch, da genau hinzuschauen und zu schauen, wo man ansetzen muss. Wir haben letzten Donnerstag eine Tagung bei uns gemacht und wir haben uns sehr viele Gedanken darübergemacht, welche Möglichkeiten es gibt, Kinderarmut wirklich abzuschaffen. Nachdem uns dort auch Experten und Expertinnen zusätzliche Zahlen und Fakten geliefert haben, haben wir auch wirklich viele Anregungen bekommen, wie man entgegensteuern kann. Einer der Autoren des Armutsberichtes war auch eingeladen, Dr. Peter

Stoppacher vom IFA-Institut, der ist Ihnen ja bekannt, wenn Sie das gelesen haben. Er hat unter anderem, und das habe ich sehr spannend gefunden, da muss man auch einmal nachfragen, davon erzählt, dass es bereits in der letzten Legislaturperiode ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Armut gegeben hat, dass das aber offensichtlich nach der Landtagswahl nicht mehr zum Einsatz gekommen ist. Die Kinder- und Jugendanwältin, Mag. Schiffrer-Barac, hat berichtet, dass sich bei ihr die Fälle häufen von Kindern die arm oder armutsgefährdet sind und gleichzeitig auch feststellt, dass immer mehr dieser Kinder von den Folgewirkungen betroffen sind. Sehr viele Kinder leiden bereits unter chronischen Krankheiten und überhaupt unter gesundheitlichen Problemen, eine Folgewirkung der Kinderarmut. Die bekannte Soziologin Dr. Laura Wiesböck hat unter anderem von Faktoren gesprochen, die auch wirklich mit Kinderarmut eng zusammenhängen. Auf die möchte ich später noch eingehen und ich empfehle Ihnen allen ein Buch, das sie geschrieben hat. Vielleicht kennt es der Eine oder die Andere bereits. Das Buch heißt „In besserer Gesellschaft: Der selbstgerechte Blick auf die anderen“. Bitte lesen Sie das, es ist wirklich großartig. So was sind die drei Faktoren, die sie genannt hat. Erstens: Der Markt. Wir wissen das, es gibt immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse und immer mehr Teilzeitjobs, d. h. österreichweit leben inzwischen rund 300.000 Menschen, die trotz Vollbeschäftigung unter der Armutsgrenze sind. 300.000 Menschen, trotz Vollbeschäftigung. Das ist ein Wahnsinn in Wahrheit. Da muss man sich fragen, was die dann für ihre Leistung bekommen? Da möchte ich auch noch einmal anschließen, weil es immer heißt, Leistung muss sich wieder lohnen für ganz viele, z. B. für diese 300.000 lohnt sich ihre Leistung absolut nicht – trotz Vollbeschäftigung unter der Armutsgrenze. Weil das nämlich auch in der Stellungnahme genannt wird, Arbeit ist das wirksamste Mittel gegen Armut. Ja, da muss man aber dazu fügen, wenn sie gerecht entlohnt wird und so entlohnt wird, dass man davon leben kann. Sonst hilft es leider gar nichts. Zweiter wichtiger Faktor: Der Staat. Laura Wiesböck hat auch noch einmal ganz klar aufgezeigt, wie sich in den letzten Jahren der Abbau von Sozialleistungen einerseits ausgewirkt hat auf die Armutssituation in Österreich und gleichzeitig auch festgestellt, es gibt einen Aufbau von Hürden um zu staatlichen Transferleistungen zu kommen. Wir haben das in der Steiermark auch erlebt. Wir wissen, das steht auch im Armutsbericht drinnen, Umwandlung Wohnbeihilfe in die Wohnunterstützung, es hat massive Verschlechterungen gegeben. Das sind die Dinge, wo wir sofort ansetzen könnten. Das könnten wir als Land sofort ändern. Ich bin ganz bei dir, Frau Landesrätin, wenn du in der Regierungsstellungnahme davon sprichst, dass Förderleistungen und

Infrastrukturleistungen gleichermaßen relevant sind, danke noch einmal für den Vortrag von Bernhard Ederer, und dass die Ausbaubetreuung Infrastruktur, kostenlose Nachmittagsbetreuung, Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige etc. wichtig sind, selbstverständlich. Allerdings wird das alles nichts helfen, wenn das jetzt nur in einer Stellungnahme steht, man muss es dann halt auch angehen und umsetzen. Dritter und letzter Punkt, ein Faktor, den Laura Wiesböck auch genannt hat, die Familie: Das Problem ist ja mittlerweile, früher war die Familie immer so ein Sicherheitsanker, wo man gesagt hat, da fällt man nicht völlig durch, da gibt es immer irgendjemanden. Mittlerweile ist das leider genau umgekehrt. Für ganz viele Frauen ist die Gründung einer Familie oft der erste Schritt in die Armutsfalle. Sie hat da ganz viele spannende Zahlen genannt, u. a.: Das Einkommen von Frauen sinkt nach der Geburt des ersten Kindes rasant ab, das wissen wir alle, aber, interessant, auch nach zehn Jahren hat sich das noch nicht relativiert. Das muss man sich einmal wirklich behirnen und vor Augen führen. Zehn Jahre lang verdienen die weniger. Hängt immer noch mit dem traditionellen Bild zusammen, dass der Vater sozusagen in die Ernährerrolle gedrängt wird, sage ich jetzt einmal. Alle Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren immer wieder gehört haben, greifen offensichtlich nicht. Wir haben immer noch ein extrem hohes Risiko für Armutgefährdung bei Alleinerziehenden. Muss man sich auch überlegen, was da alles falsch läuft. Bei dieser Fachtagung haben wir uns auch dieses Modell der Volkshilfe angeschaut. Jetzt muss man dazusagen, möchte ich auch noch einmal richtigstellen, weil das ein bisschen so geklungen hat wie, da werden alle Sozialleistungen abgeschafft und dann gibt es nur mehr die Kindergrundsicherung. Wenn, dann ist das natürlich so gedacht, dass es da einen Rechtsanspruch darauf gibt. Interessant auch die Kosten, die Volkshilfe hat sich das angeschaut, derzeit würde man zwei Milliarden Euro pro Jahr brauchen, um dieses Modell umzusetzen. Ich sage jetzt einmal, das ist nicht die Welt, mit dem Hinblick, dass es ja weniger wird, wenn man die Leute aus der Armutsfalle holt. Ein Modell, worum es uns geht ist, Armut ist kein Naturereignis, sondern es ist steuerbar. Man kann etwas dagegen tun, wenn man will. Wir werden in diesem Sinne auch, und Conny da nehme ich dich vor allem jetzt beim Wort, wobei ich mir das bei dir persönlich eh vorstellen kann, es muss ein gemeinsames Anliegen sein. Es kann nicht sein, dass man sagt, das geht uns nichts an. Wir haben das angestoßen und ich wünsche mir und ich freue mich über jede Idee und Maßnahme, die in Richtung Kinderarmutsbekämpfung geht. Deshalb werden wir dieser Stellungnahme auch unsere Zustimmung geben, weil ich habe auch im Rahmen dieser Tagung die Koordinatorin und die Obfrau des Armutsnetzwerk Steiermark kennengelernt, die

durchaus diesen Dialog auch sucht und will. Ich hoffe, darauf können Sie sich verlassen und wer mich kennt weiß, dass ich das sehr ernst nehme, wir werden hartnäckig bleiben, denn es dürfen uns die Kinder nicht egal sein. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ – 19.01 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Kollege Marco Triller, bitte schön.

LTabg. Triller, BA – FPÖ (19.01 Uhr): Danke schön Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen, Frau Klubobfrau!

Die Kinder sind uns natürlich nicht egal. Ich glaube, niemanden sind Kinder egal. *(LTabg. Klimt-Weithaler: „Hoffentlich!“)* Bin am Freitag Vater einer zweiten Tochter geworden. *(LTabg. Klimt-Weithaler: „Herzlichste Gratulation.“ – Allgemeiner Beifall)* Somit stehe ich, glaube ich, über der Fertilitätsrate, glaube ich schon fast. Danke schön. Natürlich sind mir Kinder als Familienvater von zwei Töchtern überhaupt nicht egal. Dieses Modell sieht vor, dass alle Kinderleistungen wie Familienbeihilfe, beispielsweise, Familienbonus abgeschafft und eine Kindergrundsicherung etabliert wird und damit würden eben Haushalte mit unter 20.000 Euro Einkommen pro Kind monatlich 625 Euro netto erhalten. *(Klimt-Weithaler: „Habe ich gerade erklärt.“)* Das wäre eine staatliche Subventionierung von geringverdienenden Zuwanderern beispielsweise mit vielen Kindern. Man muss schon eines sagen, dass die Fertilitätsrate in Österreich nicht sehr hoch ist. *(LTabg. Schwarz: „Muss man sich bemühen.“)* Ich, wie gesagt Kollege Schwarz, ich bin dabei mit Nummer 2 jetzt. Ich appelliere an alle es mir nachzutun. Bei fünf Kindern, ich sage jetzt, bei fünf Kindern wären das dann 3.125 Euro netto jährlich. *(LTabg. Klimt-Weithaler: „Zwei sind super, fünf nicht mehr?“)* Nein keine Frage, aber das ist einfach dann irgendwann nicht mehr finanzierbar. Das funktioniert so nicht. Das, was Sie betreiben, werte KPÖ, ist Klassenkampf. Klassenkampf auf Kosten des Mittelstandes und das goutieren wir Freiheitlichen nicht und somit können wir dem Antrag der Kommunisten nicht mitstimmen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ – 19.03 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Landesrätin Doris Kampus, bitte.

Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (19.03 Uhr): Danke schön Frau Präsidentin, Hohes Haus, geschätzte Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler!

Ich halte es für wichtig und trotz der schon ein bisschen fortgeschrittenen Zeit danke, dass sich der Hohe Landtag so intensiv mit dem Thema auseinandersetzt. Das Thema Kinder, Kinderarmut, Kindersicherung, Kinderschutz, wie immer wir es nennen, also ich halte dieses Signal für sehr, sehr wichtig und möchte mich dafür bedanken. Was tun wir in der Steiermark, um Kinder zu schützen vor Armut? Ich gebe den einen recht, noch immer zu wenig, weil sonst hätten wir nicht so viele armutsgefährdete Kinder. Das ist eine Tatsache, die man nicht wegdiskutieren kann und die wir auch nicht wegdiskutieren wollen. Wir müssen uns immer wieder fragen, was können wir gemeinsam tun, mehr tun und besser tun. Ich möchte nur ganz kurz, und du hast es erwähnt, weil mir das sehr wichtig ist, gerade beim Thema Armut, das wird begleitet von Scham und sehr oft von Unsichtbarkeit. Unsere Conny Schweiner hat es gesagt, es ist oft sehr, sehr schwierig auch, weil ich immer wieder das Credo sage und auch lebe und pflege, mit den betroffenen Dingen zu entwickeln. Das ist gerade zum Thema Armut ganz, ganz schwierig. Weil wer stellt sich hin und sagt: „Ja schauen Sie, ich bin arm, da bin ich und jetzt bitte tun wir gemeinsam etwas.“ – ganz, ganz schwer. Deswegen das Armutsnetzwerk Steiermark, die Armutskonferenz, ich halte es für ein sehr wichtiges Instrument. Ich glaube, da werden gute Ideen, gute Maßnahmen und gute Vorschläge noch kommen, was wir noch stärker tun können. Ich halte ein paar Punkte und auch die Frau Klubobfrau Barbara Riener ist da immer wieder eine Verfechterin der Sozialarbeit. Wir haben viele Diskussionen in den Bezirken, wie können wir die Sozialarbeit vor Ort noch verstärken, um die Menschen noch besser dort abzuholen, wo sie sind. Ich halte diesen Zugang auch von dir für einen sehr, sehr wichtigen. Ich halte das Thema Prävention, dort anzusetzen, wo die Menschen sind, für den richtigen Zugang. Deswegen ja, ich bin ein Fan und sage ganz deklariert: „Es braucht natürlich Geld“. Es braucht Geldleistungen und Unterstützung, logisch. Es braucht auch die Möglichkeit Zugang zur Hilfe. Das kann die Schuldnerberatung sein, das kann die Sozialarbeit sein, das kann, ich weiß nicht was sein, also diesen Mix und diese Balance zwischen diesen beiden Schwerpunkten halte ich für wichtig. Da sind wir in der Steiermark mit der erwachsenen Sozialarbeit, die wir auch über die Pilotbezirke jetzt in der Steiermark mit sehr, sehr guten Ergebnissen schon haben, gute Ergebnisse im Sinne von die Leute brauchen es tatsächlich. Es wird in den Bezirkshauptmannschaften sehr gut umgesetzt. D. h., ich glaube, dass wir auf einem guten Wege sind. Wir müssen da mehr tun, wir müssen schneller werden und wir müssen vor allem schauen, wie wir bei den Kindern noch stärker ansetzen können, da bin ich ganz bei dir. Das ist ein Thema, die Armutsbekämpfung, die auf unserer gemeinsamen Agenda in der Regierungskoalition ganz oben steht, weil es ist leicht –

es ist nicht leicht, aber es ist im Moment sehr natürlich zu sagen und vielen Menschen und ja, Gott sei Dank, geht es in diesem Land sehr, sehr gut, das muss man auch dazusagen. Die Wirtschaft boomt. Danke dafür an die Betriebe, wir haben Arbeitsplätze, aber wir haben auch viele Menschen, denen es nicht so gut geht. Ich habe jetzt wieder eine Zahl gehört und mich schockiert das, weil du gesagt hast, die 25 %, 20 – 25 % Kinder und wieder eine aktuelle Zahl aus der Schuldnerberatung. Wir haben 27 % an Steirerinnen und Steirer, die wirklich null auf irgendeinem Spargbuch haben, auf irgendeinem Konto haben, das muss man sich vorstellen. Von Monat zu Monat. 27 % der Steirerinnen und Steirer. 27 % von Monat zu Monat! Das man da hinschauen muss und, dass man da etwas tun muss und wir auch etwas tun werden, ja selbstverständlich, das ist unsere Aufgabe. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 19.07 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 2880/6, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Dieser Antrag fand mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ, den Grünen und der ÖVP die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Soziales, Einl.Zahl 2891/5, betreffend An- und Abwesenheit von Asylwerbern zum Antrag von Abgeordneten der FPÖ, Einl.Zahl 2891/1.

Zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete „Hier“. Bitte schön, Marco.

LTAbg. Triller, BA – FPÖ (19.11 Uhr): Danke schön Frau Präsidentin!

Ich werde es auch ganz kurz machen. Ich glaube der Titel sagt im Endeffekt alles. Es ist leider oft - in gewissen Quartieren gibt es eine eher lasche Dokumentations- und Kontrollpflicht in Asylquartieren. Man muss schon eines bedenken, dass die Personen Schutz auf Zeit bei uns in Österreich haben. Sie sind, wenn sie in solchen Quartieren sind, ja meist auch weiß man den Status des Asyls noch nicht. Dementsprechend kann man schon von Personen erwarten, die

diesen Schutz bei uns genießen in Österreich, dass sie sich auch geregelte Zeiten halten. Es kommt immer wieder zu Problemen, dass dann Asylwerber abgängig sind, nach mehreren Tagen erst wieder zurückkommen in das Quartier, kein Mensch hat gewusst, wo sich der Asylwerber aufgehalten hat. Erst nach drei Tagen oder ab drei Tagen gilt eine Berichtspflicht an den Bund, eine Meldepflicht an den Bund, dass der abgängig war. Es gibt aber auch diesbezüglich keine Sanktionen. Unseres Erachtens ist das eben der völlig falsche Weg. Die Betreiber bekommen ja auch Steuergeld dafür. Ich glaube, es ist das mindeste, dass man diese Zeiten auch einhält, wenn man sie vorgibt. Ja, im Endeffekt fordern wir An- und Abwesenheitskontrollen, die durchgeführt werden müssen. Die Anwesenheit muss kontrolliert werden und gewährleistet werden in den Asylquartieren, wobei natürlich Arztbesuche oder Arbeitswege und Kursbesuche als Ausnahme zu definieren sind. Bei einer Abwesenheit von maximal drei Tagen im Monat ist der Asylwerber automatisch von der Grundversorgung zu streichen und allfällig geleistete Zahlungen sollen vom Quartiergeber als auch vom Asylwerber rück zu fordern sein. Vielen Dank! (*Beifall bei der FPÖ – 19.10 Uhr*)

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor, ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 2891/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ, den Grünen und der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Soziales, Einl.Zahl 3177/4, betreffend Vollzug der Bedarfsorientierten Mindestsicherung zum Antrag von Abgeordneten der FPÖ, Einl.Zahl 3177/1.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Stefan Hermann, bitte schön Herr Klubobmann.

LTAbg. Hermann – FPÖ (19.11 Uhr): Danke Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrat! Nur ein Satz noch zum Inhalt und zu meiner Wortmeldung davor auch, weil das wortgleiche Stück haben wir in Wirklichkeit schon diskutiert. Sie haben mich bei den Zahlen korrigiert,

ich habe gesagt, es gibt 16.000 Mindestsicherungsbezieher insgesamt, 8.000 davon sind Ausländer, Sie haben gemeint, 8.000 davon sind Inländer. Wir haben in diesem Fall beide Recht, kommt selten vor, weil wenn es 16.000 sind, sind 8.000 Inländer und 8.000 Ausländer. Sie haben gesagt, das ist nicht mehr so lustig, dass seit dem Jahr 2017 auch geprüft, intensiv geprüft wird. Meine Kritik, mein Zwischenruf ist da vermutlich falsch angekommen. Ich habe gesagt, warum wird dann erst jetzt diese Kommission eingerichtet und nicht schon früher. Warum hat man nicht früher entgegengearbeitet und warum ist man erst jetzt an die Medien gegangen mit diesen Missständen, warum hat man nicht schon früher entgegengesteuert. Ist das etwa nur der Fall, weil der Rechnungshofbericht ins Haus steht. Soviel einmal zum Inhalt. Was ich auf jeden Fall noch sagen möchte ist das, ich glaube, das eint auch die Opposition. Wir werden bei einem Themenkomplex wie der Mindestsicherung mit Grünen und KPÖ vermutlich nie oder sehr selten auf einer Linie sein. Was wir aber, glaube ich, geschlossen ablehnen, das hat die Frau Kollegin Klimt-Weithaler heute gesagt, ist die Art und Weise, wie die Regierung mit Oppositionsstücken und Anträgen auch umgeht. Dass teilweise wortidenten, abgeschwächte, nichtssagende, ich sage jetzt salopp Wischi-Waschi-Anträge eingebracht werden, nur um nicht Flagge zu bekennen und nicht Fahne zu zeigen, das ist wirklich schwach und schäbig und dieses Spiel werden wir nicht mitspielen. Danke schön und einen schönen Abend. *(Beifall bei der FPÖ – 19.13 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Barbara Riener, bitte schön Frau Klubobfrau.

LTAbg. Riener – ÖVP (19.13 Uhr): Danke Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Eigentlich hätten wir heute schon viel früher Schluss machen können, weil dieser Tagesordnungspunkt war immer schon auf der Tagesordnung, aber es kam eine Dringliche dazwischen, die eigentlich den gleichen Inhalt hatte. Ich habe mir vorgenommen, ich melde mich jetzt und das müssen Sie jetzt aushalten, liebe Kolleginnen und Kollegen, nämlich, das, was ich zu sagen habe, dass ihr das heute jetzt hört. Die letzte Aussage von dir, Herr Klubobmann, ist sowieso eine sehr spannende, weil die FPÖ seit einiger Zeit ein sehr eigenartiges Spiel spielt. Wir sind in der Bundesebene in Koalition, in der Landesebene seid ihr Opposition. Da wird ganz, ganz gewaltig immer wieder versucht auseinanderzutreiben, herauszufordern, hält die Koalition in der Steiermark noch oder können wir vielleicht da ein

bisschen einen Keil hineintreiben (*LTabg. Hermann: „Dann braucht ihr uns nicht.“*) also insofern müsst Ihr euch das gefallen lassen, dass wir diesbezüglich auch einen Ausweg suchen und unsere eigenen Entschließungsanträge einbringen, die wir dann auch mit Mehrheit beschließen. So ist es da in dem Hohen Haus, Ihr macht es auch, in dem Ihr Anträge einbringt um zu stören, um zu spalten. (*LTabg. Hermann: „Was soll denn das?“*) Ihr sagt immer, das ist euer parlamentarisches Recht, da habt Ihr recht. (*Unruhe bei der FPÖ – Durcheinanderrufen der Abgeordneten*) Es ist euer parlamentarisches Recht, aber das Gleiche ist auch unseres, es ist auch unser Recht, dass wir Entschließungsanträge einbringen und das machen wir auch weiterhin. Also keine Sorge, ihr werdet euch mit dem Auseinandersetzen müssen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Doch nun zur Sache. Ich habe mir heute bei der Dringlichen gedacht, bei so manchen Debattenbeiträgen, ich würde mir so wünschen, dass so mancher sich von euch in die Verwaltung begeben und ein bisschen Verwaltung lernt. Wie sind denn die Abläufe? Was haben die Kolleginnen und Kollegen zu tun? Jetzt sage ich gleich vorweg, es war auch von der Frau Landesrätin schon angesprochen: Es ist auch unsere Aufgabe darauf zu achten, und wir sind auch teilweise, ich habe das auch in einem Vorgespräch zu dir schon gesagt, wir sind auch schuld, wenn es manchmal im Vollzug Schwierigkeiten gibt, weil wir eine Novelle nach der anderen machen und das muss dann vollzogen werden. Das ist nicht einfach für die Fachabteilung und es ist nicht einfach für die Kolleginnen und Kollegen draußen, dass dann umzusetzen, wenn wir gewisse Dinge relativ rasch umstellen. Wenn man die Diskussion damals mit der Wohnunterstützung, wir haben gesagt, wir schauen uns dann auch an und wir waren dann auch im Kontakt immer weiterhin, auch mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort, wie das mit dem Gegenrechnen ist, Wohnunterstützungsveränderung, was das bei der Mindestsicherung bedeutet usw., ist das eine besondere Herausforderung vor Ort letztendlich für die Kolleginnen und Kollegen. Aber was ist die Aufgabe der Fachaufsicht bzw. der Oberbehörde? Generell im Land Steiermark ist es den Aufgabenvollzug sicherzustellen. Wissen, das vor Ort dann angewendet wird, sicherzustellen. Es ist aber nicht nur die Aufgabe der Oberbehörde, sprich der Abteilung, sondern es ist auch jegliche Führungskraft, die dieses Wissen sicherstellen muss. Wenn man draufkommt, dass in der Administration etwas nicht funktioniert, dann muss man das rückmelden. Insofern diese Abläufe sollte man kennen, dann tut man sich auch leichter, wenn man etwas kritisiert.

Ich weiß schon, die Kritik ging eigentlich in eine andere Richtung, das war dann der Ausfluss davon. Nun zu dieser Fachkommission, wie es genannt wurde in dem Antrag der Regierung. Wenn man länger in der Verwaltung ist und wenn man gewisse Dinge und vor allem Projekte der Landesverwaltung immer wieder auch erlebt hat, dann teilweise sogar drinnen gesessen ist in den Projektgruppen, über die Personalvertretung weiß man, die Fachkommission ist die Steuerungsgruppe eines Projektes des Landes Steiermark. So ist es aufgesetzt und es wird umgesetzt. Warum ist es wichtig auch jetzt zu machen, auch jetzt zu machen? Weil eine neue Änderung ins Haus steht. D. h., wenn man weiß, dass man bei Umstellungen immer wieder Gefahr läuft, dass es den uneinheitlichen Vollzug gibt, dann hat man daraus gelernt und hat eben jetzt vorgesorgt, rechtzeitig so ein Begleitprojekt aufzusetzen. Da sitzen letztendlich in der Steuerungsgruppe - die Frau Landesrätin hat es gesagt - dann die Praktiker, die dann in der Projektgruppe sitzen. Und dann das, was sozusagen gemeinsam beschlossen wird, dann auch umgesetzt wird und für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, dass sie die Sicherheit haben, wie habe ich das jetzt umzusetzen, wie habe ich das zu machen. Das ist das Wesentliche. Da möchte ich niemanden hören, der das kritisiert, weil das ist letztendlich gutes Verwaltungsmanagement und ich würde mir wünschen, dass man mehr in diese Richtung hat, weil das wird am Ende des Tages dann eine Rechtssicherheit ergeben und eine Umsetzungssicherheit. Manchmal sollte man es vielleicht früher machen, ja, aber in dem Fall ist es trotzdem just in time, weil eine große Novelle ins Haus steht. Danke sehr! *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 19.20 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3177/4, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ, den Grünen und der ÖVP die erforderliche Mehrheit.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 30. April 2019 statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d. h. elektronischem Weg eingeladen. Versuchen Sie die Dinge zuerst von der positiven Seite zu nehmen. Machen Sie sich nicht so viel Stress, nehmen Sie sich manchmal ein bisschen Zeit, bleiben Sie gesund, die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 19.21 Uhr)